REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 474 · 20.6.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Den Gegner treffen
2. Keine Folter, Herr Botschafter?
3. "Meine Biografie beginnt mit der Geburt." Erinnerungen an Johannes Agnoli - Stefanie Haacke, Markus Mohr
4. Kirchlicher Segen für Schröder und Fischer. Erster ökumenischer Kirchentag: unerfreulich unkritisch - Martin Pechtold
5. Protestpause bis zum Herbst. Der DGB wird wieder "konstruktiv" - Georg Wißmeier
6. Menschenrechtsverbrecher bittet zur Vorlesung. Ex-Ministerpräsident aus der Türkei als Gastprofessor in Bochum - efa
7. Neue Verteidigungspolitische Richtlinien: Offensivarmee mit globalem Einsatzgebiet - Martin Singe
8. Abwinken und Auslachen. Proteste gegen das jährliche Traditionstreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald - Anke Schwarzer
9. gender troubles aktuell
10. Frauen gegen GATS. Kölner Kongress mobilisiert gegen globale neoliberale Ausbeutung - efa
11. Das GATS hat ein Geschlecht. Zu den Auswirkungen des Handelsabkommens auf Frauen - Marianne Hochuli
12. TRIPS im Weltmarkt. Genjäger und Biopiraten - Gregor Kaiser
13. Am Ende geht's ans Lager. Aktionstage in Nürnberg/Fürth schließen Camp-Sommer ab - Gregor Samsa
14. "Effektives Normalbild herstellen." Der "Freistadt" Christiania droht die Räumung - Peter Birke
15. Vor zehn Jahren: Islamistisches Pogrom in Sivas fordert 37 Tote - Corry Görgü
16. Eine andere Mehrheit ist möglich. Italiens Mitte-Links-Opposition profitiert von Schwächen der Rechten - Js.
17. Mordanklage gegen argentinische Militärs (Anzeige der Koalition gegen Straflosigkeit)
18. Das "kommunistische Komplott" fand nicht statt. Bei den Wahlen in Spanien verlor die Rechte nur ein bisschen - Tom Kucharz
19. Kubanische Repression gegen Oppositionelle stürzt Linke in Verwirrung - Miriam Edding
20. "Wir wollen eine anti-neoliberale Front." Studierendenproteste in der Dominikanischen Republik
21. Abkommen zwischen Regierung und Opposition in Venezuela - Dario Azzellini
22. Stadt der Frauen. Eine Reise nach Juchitan - Almuth Intemann
23. Europa kann von Afrika lernen. Interview mit dem Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka
24. Indonesien: Aceh erlebt Neuauflage militärischer Befriedung - Rainer Werning
25. Araber, Antisemitismus und Holocaust. Zur Rezeption der Shoah in der arabischen Welt, Teil 2 - Omar Kamil
26. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
27. Globalisierung und Gegenwehr. Krise bei FIAT und soziale Bewegungen in Italien - Raffaele Sciortino
28. Standortwettbewerb ab Klasse 5. Zur neoliberalen "Modernisierung" des Bildungswesens - Jürgen Klausnitzer
29. Geld oder Leben! Mit der Agenda 2010 wird die Gesetzliche Krankenversicherung abgewrackt - Andreas Bachmann
30. Plädoyer für eine europäische Zone des Friedens. Jürgen Elsässer hat einen Traum - Knut Mellenthin
31. Nach Auslieferung Untersuchungshaft. Schweiz lieferte Gabriele Kanze an Spanien aus - Ariane Müller
32. Willkommen im Club. PDS auf dem Weg in die Stahlhelm-Liga - Knut Mellenthin
33. Für einen antimilitaristischen, antipatriarchalen Internationalismus. BUKO 26 tagte in Bremen - Stefanie Graefe, Georg Wißmeier
34. Erster Schritt zur Neuformierung. Gründungstreffen der FreundInnen der Europäischen Antikapitalistischen Linken - Henning Böke
35. Revolution Lady Style, Now! Das Ladyfest Hamburg und das Erbe von Riot Grrrl - Pressegruppe des Ladyfests Hamburg

36. Geblubber und Bullet-Time. "Matrix Reloaded": Action-Film, nicht Philosophie-Vorlesung - dk.
37. Ohren-Propaganda
38. Monster-Haie vor dem Country Club - DSe
39. Wem gehört die Musik? 100 Jahre GEMA - Thomas Schroedter
40. Aufbruchstimmung. Globalisierungskritik und Antikriegsaktionen: neue Chancen für die Linken - Albert Sterr
41. Spiel in deutschen Grenzen. Begründung einer Absage für den Kongress "Spiel ohne Grenzen" - Gerhard Hanloser
42. Genetics and Gender. Dem Bestseller "Middlesex" fehlt die kritische Distanz zur Biogenetik - Petra Mayer
43. AUFGEBLÄTTERT
44. LESERINNENBRIEFE
45. Verdammt noch mal, wo gibt es ak?
46. KALENDER
47. EDITORIAL

1. Den Gegner treffen

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:46

Die katastrophale Wirklichkeit des kapitalistischen Weltsystems heißt Krieg. Vierundvierzig Kriege werden gegenwärtig weltweit ausgetragen: schmutzige, von der Weltöffentlichkeit vergessene low-intensity-Kriege. Die Linke und die sozialen Bewegungen weltweit haben diese Kriege so wenig wie den Krieg gegen den Irak verhindern können. Dennoch hat sich im Protest gegen den Irakkrieg eine Globalisierung sozialer Kämpfe artikuliert, die einen neuen Ausgangspunkt markiert: Antikriegsbewegung ist globalisierungskritische Bewegung ist Antikriegsbewegung ist...

Die kompromisslose Gegnerschaft zum imperial(istisch)en Krieg ist grundlegende Bedingung für linken Antimilitarismus. Es geht darum, die "Solidarität der Gleichen", die unter dem Banner "Zivilisation, Moderne, Westen" weltpolizeiliches Gewaltmonopol beansprucht, zu brechen. Es geht darum, sich dieser Gewalt zu widersetzen, ohne sich auf der anderen Seite mit - zum Beispiel - dem gestürzten irakischen Regime und seiner Gewalt zu solidarisieren. Kurz: "Es geht nicht darum, ob der Gegner einedler, ebenbürtiger, ein interessanter Gegner ist, es geht darum, ihn zutreffen." (Marx)

Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung S. 32-33

Verteidigungspolitische Richtlinien und antimilitaristische Aktivitäten S. 6-7

Frauen mobilisieren gegen GATS S. 8-9

Wider die neoliberale Modernisierung von Arbeit und Bildung S. 22-24

Bericht vom BUKO S. 27

WAR RELOADED - die Globalisierung, die Linke, der Krieg: Fantômas 3

2. Keine Folter, Herr Botschafter?

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:35

Der spanische Botschafter

Leserbrief an die taz, veröffentlicht am 22.5.2003

Als regelmäßiger Leser der taz und Kenner ihrer Genauigkeit bei der Berichterstattung habe ich mit großer Überraschung und Enttäuschung den Kommentar von Bernd Pickert gelesen, in dem behauptet wird, dass "in spanischen Knästen gefoltert wird". (...)

Nur ein Irrtum kann zu dieser Behauptung führen, da Spanien heutzutage, wie alle Welt weiß, ein mit den übrigen demokratischen Nationen in jeder Hinsicht vergleichbarer Rechtsstaat mit einem von Richtern verbürgten und geschützten Strafsystem ist. Im Hinblick auf die drastische Wertung von Bernd Pickert erlaube ich mir zudem, die möglichen Informationsquellen in Frage zu stellen, die Ihr Mitarbeiter benutzt haben könnte, um zu einem so gewagten Urteil zu kommen. Wie seit langem öffentlich bekannt, weist die Terrororganisation ETA ihre Mitglieder und ihr Umfeld wie zum Beispiel Batasuna an, im Falle einer Verhaftung automatisch und in jedem Fall eine Anzeige wegen Folter zu erstatten, ohne dass in einer gerichtlichen Untersuchung die Existenz falscher Anschuldigungen nachgewiesen werden kann. (...)

Abschließend muss man ebenfalls daran erinnern, dass in Spanien, genau wie in Deutschland und im restlichen Europa, die Richter jeder Anzeige wegen Folter, unabhängig von ihrem Hintergrund, nachgehen, darüber befinden und eventuelle Schuldige mit aller Schärfe des Gesetzes zur Rechenschaft ziehen.

Daher werden sowohl die spanische Polizei als auch die Gefängnisbeamten, die sich nicht von allen anderen in der Europäischen Union unterscheiden, lediglich von jenen Terrororganisationen fälschlich der Folter beschuldigt, die wie ETA und Batasuna jeglichen Bezug zur Moral verloren haben und Mord, Gewalt und Täuschung als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele in einer Gesellschaft mit universellen demokratischen Freiheiten anwenden.

José Rodríguez-Spiteri

Botschafter von Spanien

amnesty international, Jahresbericht 2003 (Auszug)

Spanien

Haft ohne Kontakt zur Außenwelt

Viele Menschen, die wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der ETA ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft gehalten wurden, gaben an, dass sie von Angehörigen der Guardia Civil oder Polizeibeamten gefoltert und misshandelt worden seien. Im August und September wurden mehrere Personen, die im Zusammenhang mit der der ETA zugeschriebenen baskischen Kampagne kale borroka (Straßenkampf) festgenommen worden waren, Berichten zufolge bis zu vier Tage ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft gehalten. Einige von ihnen erhoben den Vorwurf, dass sie geschlagen, sexuell belästigt, bis zur Erschöpfung zu körperlichen Übungen gezwungen und mit der so genannten bolsa-Methode, bei der Plastiktüten über den Kopf gestülpt und festgezogen werden, fast zum Ersticken gebracht worden seien.

Im November gab der UN-Ausschuss gegen Folter seiner tiefen Besorgnis darüber Ausdruck, dass durch die Haft ohne Kontakt zur Außenwelt der Einsatz von Folter erleichtert werde. (...)

Die Anwälte von Unai Romano Igartua, der angegeben hatte, im September 2001 gefoltert worden zu sein, legten Widerspruch gegen einen Beschluss vom Juli ein, mit dem eine entsprechende Klage gegen drei Angehörige der Guardia Civil abgewiesen worden war. Während der Haft ohne Kontakt zur Außenwelt war der Kopf von Unai Romano Igartua so stark angeschwollen, dass man ihn praktisch nicht mehr wiedererkannte und er vorübergehend sein Sehvermögen verlor. Die Schwellungen waren offenkundig durch schwere Schläge durch Angehörige der Guardia Civil verursacht worden. Die Guardia Civil hingegen behauptete, Unai Romano Igartua habe sich die Verletzungen selbst zugefügt.

3. "Meine Biografie beginnt mit der Geburt." Erinnerungen an Johannes Agnoli

Autor: Stefanie Haacke, Markus Mohr · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der BRD; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:26

"Seine Leidenschaft galt der Politik, der Kritik der Öffentlichkeit, der intellektuellen Umwälzung der Verhältnisse, von der er die praktische Umsetzung erhoffte. Seine geliebtesten Schüler waren die Unbotmäßigen, die Autonomen (die ‚Selbstbestimmten`), die Spontanen und Spontaneisten", so der enge Freund von Johannes Agnoli, Ekkehart Krippendorff. Johannes Agnoli starb am 4. Mai im Alter von 77 Jahren. Seit Ende der 1960er Jahre war Johannes Agnoli an der Freien Universität Berlin tätig - erst als Assistent, dann als Professor der Politikwissenschaft. Zwei dieser "geliebtesten Schüler" erinnern sich für uns an ihre Begegnungen mit Johannes Agnoli.

Im Jahr 1991 verfasste die in Nürnberg ansässige linksradikale Gruppe Krisis eine Polemik mit dem Titel "Hier ruht Johannes Agnoli". Seine Schriften, so heißt es in diesem Text, hätten beim Freiburger ça ira Verlag eine "letzte Ruhestätte" gefunden. Vermeintlich in der Metapher bleibend bezeichneten die Autoren Agnolis Schriften im Weiteren als "Fossilien des theoretischen Denkens". Agnoli, der die Anwürfe in diesem aus der Perspektive einer verabsolutierten Wertkritik geschriebenen Nürnberger Gerichtsbeschluss keiner ernsthaften Replik für Wert erachtete, amüsierte sich in einem Leserbrief jedoch über die Metapher: Fossilien, so bemerkte er, würden gemeinhin aus- und nicht eingegraben. Dieser Leserbrief wurde leider nicht publiziert, was ein bezeichnendes Licht auf den hiesigen Linksradikalismus wirft.

Eine weitere Anekdote zu Johannes Agnolis Umgang mit der Marxistischen Orthodoxie: In einem Gespräch mit Ernest Mandel referierte Agnoli die Kritik eines "begabten Genossen": Die These, der Klassenkampf reduziere sich zum Verteilungskonflikt in Agnolis berühmter Schrift "Die Transformation der Demokratie", sei gerade "kein Ergebnis bewusster Strategie, sondern Ergebnis der Verkehrung des Klassenverhältnisses in der Produktion von Wert und Mehrwert durch die Entwickelte Oberfläche der Konkurrenz". Als Agnoli darauf von dem entgeisterten Ernst Mandel gefragt wurde, was das denn heiße, antwortete dieser gut gelaunt: "Das weiß ich auch nicht, aber ungeheuer theoretisch und durchdacht klingt es allemal."

Sprühende Subjektivität, ...

Es war nicht zuletzt dieser antiautoritäre Witz, der viele an ihm faszinierte. Auch wir waren schon lange fasziniert von seinem Werk und von ihm als Figur. Nach einer Vorlesung, die er zusammen mit Wolf-Dieter Narr an der Freien Universität Berlin gehalten hatte, redeten wir uns die Köpfe heiß. Seine provozierend vorgetragene Weigerung, konstruktiv und politisch korrekt den Niedergang "der Linken" schön zu reden oder zu betrauern, hatte uns begeistert. Es war Mitte der Neunziger, und wir befanden uns auf der verzweifelten Suche nach einer gültigen und funktionierenden Exegese, die ein kohärentes Verhältnis zwischen den Büchern und Theorien "unserer" Tradition und der disparaten Wirklichkeit herzustellen vermochte. Kommunistische oder sozialistische Hoffnungen schienen völlig diskreditiert. Wir engagierten uns in den antirassistischen Grenzcamps, versuchten dort die Fahne der Reflexion und Kritik hochzuhalten, und hatten unsere liebe Not, die mannigfachen Motive, mit denen die linksradikalen, autonomen, feministischen, jugendlichen Camperinnen und Camper an den jährlichen Aktionen teilnahmen, mit unseren utopischen Vorstellungen von einer Vereinbarung nicht deformierter Subjektivität mit kollektiver Verbindlichkeit übereins zu bringen.

Wir entschlossen uns, mit Johannes Agnoli ins Gespräch zu kommen. Unsere Idee: Wir besuchen ihn und befragen ihn vor laufender Kamera über sein Leben. Wir machen einen Film über ihn, wir retten etwas von dieser sprühenden Subjektivität, diesem provozierenden Intellekt, dieser Verkörperung subversiven Denkens auf Zelluloid, für die Jüngeren, die ihn vielleicht nicht mehr kennen lernen können.

Johannes schien uns damals - das müssen wir heute eingestehen -, wie ein viel versprechender Orientierungsquell. Er war zweifellos ein alter intellektueller Fuchs, der sich mit seinen theoretischen Äußerungen zu jedweder Situation der revolutionär orientierten Linken immer furchtlos zum Fenster herausgehängt hatte. Ohne dass uns das bewusst war, hofften wir, dass er uns sagen würde, was wir angesichts unserer eigenen politischen Auseinandersetzungen tun und reden sollten. Seine Haltung, seinen

polemischen Witz hatten wir immer bewundert, und wir hätten natürlich auch gern gelernt, so furchtlos, witzig und frei von Pathos die Klinge gegen unsere Gegner, natürlich vor allem die im eigenen Lager, zu führen. Kurz, wir erhofften uns Erkenntnisse von ihm, die für unser eigenes politisches und persönliches Leben von großer Bedeutung waren: Wir fielen ihm sozusagen mit allen vier kantischen Fragen zur Philosophie vor die Füße: "Was können wir wissen?", "Was sollen wir tun?", "Was dürfen wir hoffen?", "Was ist der Mensch?". Sicher war das nicht nur dem großen Respekt vor dem Intellektuellen Johannes Agnoli geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass wir, unausweichlich in die Tradition des deutschen Idealismus gebannt, vom Theoretiker und Philosophen Johannes Agnoli mehr erwarteten, als man von einem Sterblichen erwarten kann, nämlich Wahrheit und vollständige reflexive Durchdringung. Im Nachhinein ist es uns, als hätten wir uns erhofft, in ihm das Schlaraffenland-Pendant eines jeden Philosophie-Studenten kennen zu lernen, die sprechende Schrift, die auf Hintergrundfragen und eigene Gedanken bereitwillig Antwort gibt, dabei aber stets Autorität und gültige Weltauslegung bleibt. Dies zu unserer Haltung, als wir mit roten Ohren und einer beeindruckenden Ausstattung von Kameras und Tonaufnahmegeräten zu Johannes Agnoli und seiner Familie nach Lucca fuhren.

provozierender Intellekt, ...

Die explizite Hauptfrage, mit der wir ihn besuchten, war die nach seiner eigenen Verwicklung in die politisch-historischen Brüche des 20. Jahrhunderts. Wie hatten sie sein Denken geprägt, welche Lehren zog er vor allem im Hinblick auf die Entwicklung nach dem gerade erfolgten letzten großen Bruch, dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums, aus diesen Erfahrungen. Wir wussten, dass Johannes in seiner frühen Jugend Linksfaschist und freiwilliger Wehrmachtssoldat war, dass er also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aktiv in die Verbrechen des Faschismus und Nazismus verstrickt gewesen sein musste. Wir wussten, dass er nach dem Krieg zur theoretischen Entwicklung der westdeutschen Linken maßgeblich beigetragen und die Bewegungen um 1968 vor allem mit seinem Werk "Die Transformation der Demokratie" entscheidend beeinflusst hatte, das Vilfredo Paretos Elitentheorie kritisch wendete. Wir wussten - und fanden dies besonders interessant -, dass er an den autonomen Bewegungen in Europa kritisch Anteil nahm. Und wir fragten uns: Welches Motiv bzw. welche Motive ziehen sich durch so ein Leben? Was ist das Gemeinsame und Verbindende im Engagement für Staat, Krieg und Elite im deutsch-italienischen Diktaturenbündnis und in der radikalen Staatskritik in der demokratischen Bundesrepublik? War Johannes vielleicht bis zum Zusammenbruch des NS ein pathetischer Mensch und wurde er durch die harte Lehre der Niederlage zum Ironiker? Können Johannes' Taten im NS als Verbrechen aus Leidenschaft, aus Pathos interpretiert werden, die seine Fähigkeit zum ungebrochenen Bekenntnis zerstörten und ihn zu einem Meister der Ironie und des klaren, weil bösen Blicks gemacht haben?

Folgerichtig war eine unserer ersten, ungeschickten Fragen die nach seiner "Biografie" "Meine Biografie beginnt mit meiner Geburt", erwiderte Johannes barsch und begann dann mit einer beißenden Polemik gegen die in den 1990er Jahren verbreitete Veröffentlichung der eigenen "Biografie" vor allem seitens Prominenter aus der ehemaligen DDR, aber auch vieler Ex-Linker aus dem Westteil der Republik. Von vornherein wurde klar: Über die menschlich-psychologischen Motive seines politischen Denkens und Handelns würde er uns nichts erzählen. Diesen Zugang verachtete er als zutiefst ideologisch und unästhetisch.

Johannes präsentierte sich an allen Stellen ironisch, an denen andere politisch interessante Gelehrte des 20. Jahrhunderts vielleicht bereitwillig Lehren und Bekenntnisse verkündet hätten. Er amüsierte sich köstlich über seine eigene Eitelkeit, als er uns sein "Vanitätenkabinett" zeigte, eine nicht sehr prominent platzierte Kommode, in die Zeitungsartikel und andere Zeugnisse seines öffentlichen Wirkens in einem schönen Durcheinander verstaut waren. Er schimpfte, lachte und spottete über viele theoretische und politische Auseinandersetzungen, die wir Revue passieren ließen. Ernst, aber in der Weise des immer noch Weiterdenkenden, nie in der des Wissenden, wurde er nur, wenn es um philosophische Fragen z.B. zum Verhältnis von Marx zu Hegel oder zu subversiven Linien in der Vorsokratik ging. Die Felder der Philosophie, der Politik und des persönlichen Lebens waren für ihn etwas je völlig Unterschiedliches. Gegenüber der Philosophie verhielt er sich buchstäblich als Denkender, in der Politik als parteiisch mit einem radikal antiideologischen Blick auf Interessen, im persönlich Leben als Erotiker (was ein intensives Verhältnis zur Literatur, insbesondere zur Lyrik, vor allem Goethes und Ungarettis einschließt). Er litt nicht am protestantischen Zwang vieler Linker und Linksradikaler, all diese Felder in Übereinstimmung bringen zu müssen. Johannes wollte nicht "gut", geschweige denn vollkommen sein. Säkularisierter Katholik, der er war, hatte er ein akzeptierendes Verhältnis zur eigenen Fehlbarkeit.

eine Verkörperung subversiven Denkens

Johannes Agnoli hat uns ehrfürchtige Schülerlein produktiv enttäuscht. Anstatt uns eine gültige und autoritative Auslegung der gegenwärtigen Weltlage plus Extrapolierung in die polit-ökonomische Zukunft Europas und der Welt inklusive nützlicher Handlungs- und Lebensführungsanweisungen mitzugeben, hat er uns behandelt wie ein Zen-Meister seine Schüler: An Stelle von beruhigenden Antworten haben wir Schläge von ihm einstecken müssen. Er hat uns irritiert, provoziert, gelegentlich auch ein bisschen schockiert, hat sich der Monumentalisierung verweigert und unsere Naivität im Umgang mit textuellen oder gesellschaftlichen Autoritäten, nicht zuletzt mit ihm selbst, schlicht verlacht.

Damit hat er uns anderes und viel mehr mitgegeben, als wir von ihm erwartet hatten: Er hat uns demonstriert, dass es interessanter ist, mit aller intellektueller Kraft und Moral, über die wir verfügen, ins Unreine zu handeln und zu sprechen, als uns ängstlich hinter einer Idee objektiver Gültigkeit zu verstecken. Ihm ging es nicht um die richtige Auslegung heiliger Schriften, sondern darum, möglichst klar und vor allem selbst zu denken. Sein Spott galt denen, die sich hinter Wahrheiten verschanzen, die vermeintlich größer sind als sie selbst.

Gefragt, ob er den Tod fürchte, antwortete er frei nach Karl Popper, bei der Auffassung, alle Menschen müssten sterben, handle es sich bisher um eine unbewiesene Hypothese. Schade dass es ihm nicht gelungen ist, diese Hypothese zu falsifizieren.

Johannes Agnolis Schriften sind beim ça ira Verlag in Freiburg erschienen.

Stefanie Haacke,

Markus Mohr

Mindestens eine/r der VerfasserInnen wird am Freitag, den 27. Juni um 20 Uhr im Buchladen "Schwarze Risse", Mehringhof, Geneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg, Ausschnitte aus einem langen Videointerview mit Johannes Agnoli zeigen. Danach Diskussion.

4. Kirchlicher Segen für Schröder und Fischer. Erster ökumenischer Kirchentag: unerfreulich unkritisch

Autor: Martin Pechtold · Rubrik: Kirche und Religionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:09

War es ein "Christenwoodstock" (taz)? Oder ein religiöser Gemischtwarenmarkt? Irgendwo dazwischen wird er wohl gelegen haben, der erste Ökumenische Kirchentag, der vom 28. Mai bis zum 1. Juni in Berlin über die Bühne ging. Rund eine viertel Million DauerbesucherInnen und 200.000 beim Abschlussgottesdienst sollen es gewesen sein - die größte Zusammenkunft von ProtestantInnen und KatholikInnen seit der Kirchenspaltung im 16. Jahrhundert.

Im Zentrum stand nicht wie wohl anfänglich geplant der Irak-Krieg. Denn der war schon zu lange vorbei. Zudem wäre bei diesem Thema ein schaler Nachgeschmack geblieben, hatte man doch 1999 noch Rudolf Scharping, damals Krieg führender Verteidigungsminister, mit Beifall empfangen, womit eine heutige offizielle Friedensforderung ziemlich unglaubwürdig ausgefallen wäre. Oder sind deutsche Kirchen wirklich nur dann gegen den Krieg, wenn er nicht von deutschem Boden ausgeht, wie Robin Alexander in der taz mutmaßte?

Auch der Agenda 2010 genannte Generalangriff der rot-grünen Bundesregierung auf das Sozialsystem konnte sich als zentrales Thema nicht durchsetzen. Dies lag sicher auch daran, dass die Kirchen sich zur Zeit kaum glaubhaft gegen die geplanten Einschnitte wehren können, gedenken sie doch selbst weitere Einsparungen - sprich: Stellenabbau, Gehaltskürzungen - vorzunehmen. "Großen Protest gegen Bundeskanzler Schröders Agenda 2010 - den gab es hier nicht", musste dann auch Caritas-Sprecherin Claudia Beck in Berlin laut Süddeutscher Zeitung feststellen. Und Prof. Friedhelm Hengsbach, katholischer Sozialethiker, ergänzte in einem Interview auf der offiziellen Kirchentagsseite im Internet: Die "Kirche als Arbeitgeber (ist) auch kaum Thema des Kirchentages: Wo die Kirche Wirtschaftsmacht ist, herrscht Stille."

Ökumenische Taufe der Agenda 2010

Nachdem sich Bischof Karl Lehmann, Vorsitzender der Katholischen Bischofskonferenz, und Manfred Kock, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands, in einem Interview für einen "Umbau des Sozialstaats in Deutschland" ausgesprochen hatten, sprach die Initiative Kirche von unten (IKvu) gar von einer "ökumenischen Taufe der Agenda 2010". Lehmann und Koch hatten sich in diesem Interview gegen höhere Vermögens- und Erbschaftssteuer ausgesprochen, geschürten "Sozialneid" entdeckt und grundsätzliche Unterstützung für Schröder und Fischer signalisiert. Diese beiden Politiker erhielten dann auch schön brav Beifall, wie auch Angela Merkel und die zahlreiche andere Politprominenz, die sich in Foren oder an Bibelarbeiten aktiv beteiligten.

Positiv anzumerken ist jedoch die Mahnwache für soziale Gerechtigkeit vor der Deutschen Bank, die mal wieder von dem sehr rührigen Pater Gregor Böckelmann von den Ordensleuten für den Frieden organisiert wurde. Wohl um der Ausgewogenheit willen durfte dann aber auch Prof. Norbert Walter, Chefideologe jener Bank, auf einem Podium sein Vorstellung von Solidarität in neoliberalen Zeiten präsentieren: In seiner Abteilung hätte in einer Gruppe einer von fünf MitarbeiterInnen entlassen werden müssen. Doch konnte er alle fünf Betroffenen überzeugen, auf 20% des Gehalts zu verzichten und gemeinsam weiterzuarbeiten. Fazit: Fünf Arbeitskräfte zum Preis von vier. So geht Solidarität nach Geschmack der Deutschen Bank!

Die wohl größte Einzelveranstaltung war mit 20.000 BesucherInnen der Auftritt des wie immer sehr freundlichen und charismatischen Dalai Lama. Eine Bewertung der tibetischen Spielform des Buddhismus kann hier zwar nicht erfolgen, ein Blick auf seine europäischen Fans sei aber erlaubt: Menschen, die sonst gerne den Papst wegen sakralem Prunk, zentralistischer Autorität und barocker Heiligenverehrung auf das Schärfste kritisieren, hingen an den Lippen des höchsten Vertreters einer Religion, deren Praxis sich durch erschreckenden Dämonenglaube, höchst seltsame Riten und extremen Personenkult auszeichnet. Da wird der Dalai Lama dann auch gerne als "seine Heiligkeit" bezeichnet, was die gleichen Menschen beim Papst brüskiert ablehnen würden.

Im Mittelpunkt des Kirchentages stand allerdings - alles überragend - die innerchristliche Auseinandersetzung um das gemeinsame Abendmahl, eine selbst für bekennende KatholikInnen und ProtestantInnen kaum und für

kirchenferne Menschen gar nicht nachvollziehbare Auseinandersetzung, in die sich sogar der Papst einschaltete. Er verbot - wie schon bisher - die gemeinsame Kommunion; in zwei Gottesdiensten wurde sie dennoch ganz öffentlich und wohl kalkuliert vollzogen.

Gegenüber dieser Auseinandersetzung traten alle anderen Fragen in den Hintergrund. Daran konnten auch 5.000 Demonstrierende nichts ändern, die einen radikalen Schuldenerlass für die Länder des Trikont forderten. Es mag aber sein, dass Rodriguez Maradiaga, Kardinal in Honduras, der nächste Papst wird; eben jener Maradiaga, der beim Kirchentag die Frage stellte "Wem gehört die Welt?" und dabei massive Kritik an der neoliberalen Globalisierung übte. Sollte er Bischof von Rom und damit Papst werden, wird zumindest dieses Thema sicherlich noch mehr in den Vordergrund treten.

Ansonsten gab es einen Agora genannten Markt der Möglichkeiten, auf dem sich der Bund Katholischer Unternehmer genauso tummeln konnte wie der Bund religiöser SozialistInnen Deutschlands, der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ebenso wie zahlreiche andere unkritische, kritische, rechte und eher linke Gruppen.

In den Kirchen spiegelt sich in gewisser Weise die gesamte Gesellschaft. Bisher war es aber gelungen, den Kirchen- und Katholikentagen zumindest in weiten Teilen einen kritischen, der sozialen Botschaft der Bibel entsprechenden Inhalt zu geben. Es ist für die gesellschaftliche Situation in Deutschland nicht unerheblich, ob sich der offenbar erkennbare Trend durchsetzt - weg von (wenn auch oft nur sehr zahmer) Gesellschaftskritik, hin zu Seelsorge und Verkündigung, wie ein ungenannter hochrangiger evangelischer Vertreter laut taz meinte - oder ob eine Rückkehr zur notwendigen Kritik auch in größerem Rahmen möglich ist. Denn in kleinen Gruppen und Projekten hat es diese religiös fundierte Kritik auch auf diesem ersten Ökumenischen Kirchentag in zahlreichen Fällen gegeben.

Martin Pechtold

5. Protestpause bis zum Herbst. Der DGB wird wieder "konstruktiv"

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:39

Die Messe ist gelesen. Der SPD-Sonderparteitag hat mit über 90 Prozent Zustimmung die massiven sozialen Einschnitte der Agenda 2010 akzeptiert. Die innerparteilichen KritikerInnen - im Parteijargon werden die bekanntesten Köpfe "die schmutzigen Zwölf" genannt - werden alsbald ruhig gestellt sein. Auch dem Mitgliederbegehren ist eine zweitklassige Beerdigung sicher. Die SPD wird weitere Mitglieder verlieren. Nicht in Form von organisierten Massenaustritten, sondern auf Grund individueller Entscheidung.

Unter denen, die der SPD aus enttäuschter Reformhoffnung den Rücken kehren, dürften auch viele Gewerkschaftsmitglieder sein. Mit dem rotgrünen Wahlsieg 1998 und vor allem 2002 verbanden sie die Erwartung, die Gewerkschaften würden für ihre Wahlkampfunterstützung belohnt werden, indem zumindest die eigene Klientel von größeren sozialen Einschnitten verschont bliebe. Mit der Schröder-Rede am 14. März und der innerparteilichen Durchsetzung der Agenda 2010 können diese Hoffnungen ad acta gelegt werden. Die Regierung wird mit aller Macht die Ansagen der Agenda 2010 in Gesetzesform gießen. Die Gesetze zur Gesundheitsreform werden noch vor der parlamentarischen Sommerpause durchgepeitscht.

Als Schröder jegliche Kompromissbereitschaft vermissen ließ, signalisierten die Gewerkschaftsvorsitzenden Zwickel, Bsirske und Wiesehügel der SPD, man sehe die Rolle der Gewerkschaften nicht als Erfüllungsgehilfen einer neoliberalen Sozialdemokratie. Die Absage eines Spitzengesprächs mit dem SPD-Gewerkschaftsrat und hektische Betriebsamkeit bei Protestaktionen im Mai waren die Folge. In dieser Situation wurde die strategische Schwäche der Gewerkschaften deutlich. Denn immer noch ist die Verbundenheit mit der SPD groß. Schließlich ist die SPD die einzige Partei, auf die die Gewerkschaften Einfluss nehmen könnten. Die gewerkschaftliche "Kampfkraft" beschränkt sich auf das Führen von Tarifauseinandersetzungen. Größere betriebliche und außerbetriebliche Mitgliedermobilisierungen - insbesondere gegen Rotgrün - waren und sind nicht gewollt.

Das wird auch in einer Analyse des aktuellen Konfliktes zwischen Gewerkschaften und SPD von dem "Chefdenker" der IG Metall, Klaus Lang, deutlich gemacht: "Den Gewerkschaften droht, jenseits von Betrieben oder Verwaltungen und Tarifauseinandersetzungen, auch die Einschränkung ihrer Politikfähigkeit, wenn sie zu keiner der im Bundestag vertretenen Parteien einen kontinuierlichen und konstruktiven Gesprächszusammenhang haben. Eine nur auf Mobilisierungsdruck aufgebaute Politikfähigkeit ist in der sozialen und politischen Situation in Deutschland weder wünschenswert noch realistisch." Im neoliberalen Jargon geht es weiter: "Die Gewerkschaften müssen programmatisch und praktisch vollziehen, dass eine funktionierende Wettbewerbswirtschaft die Grundlage des Sozialstaates ist. Ein aktivierender Sozialstaat versucht die Solidarität als Balance zwischen Gemeinschaftsverpflichtung und Eigenverantwortung in praktische Politik umzusetzen und ist selbst wieder Voraussetzung ökonomischer Effizienz und gesellschaftlicher Mobilität." (Frankfurter Rundschau, 21.5.)

Wo so offensichtlich zurückgerudert wurde, brauchte sich die Bundesregierung um den von DGB-Chef Sommer Anfang Mai angedrohten "Großkonflikt" wegen der Agenda-Pläne keine Sorgen zu machen. Zumal schon vorher klar war, dass eine Konfliktstrategie nur von Teilen der Gewerkschaften getragen wird.

Der "Modernisierungsflügel" um den IG-BCE-Vorsitzenden Schmoldt signalisierte schon vor den Protesttagen im Mai, dass er durchaus gewillt ist, die Politik der Bundesregierung mitzutragen. Entsprechend heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von IG BCE, Transnet und NGG: Die drei Gewerkschaften "erkennen die Reformnotwendigkeiten (...) an und werden sich mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung des Sozialstaates, der Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft (...) an den Reformprozessen beteiligen." Eine Position, die sich durchaus nicht auf die Spitzen der drei genannten Gewerkschaften reduziert, sondern in allen anderen Funktionärskörpern der DGB-Einzelgewerkschaften und des DGB anzutreffen ist, wie auch das Papier von Klaus Lang zeigt.

Zu den Protestaktionen in der Aktionswoche vom 12. bis 17. Mai wurde, wenn überhaupt, nur halbherzig mobilisiert. Folglich kamen zur Demonstration am 17.5. in Berlin, ursprünglich von verdi als Großdemonstration

gegen die Politik im Gesundheitsektor geplant, lediglich 10.000 Menschen. Am 24.5. beteiligten sich an Kundgebungen und Demonstrationen in 14 Städten nach DGB-Angaben rund 90.000 Menschen. Mit diesen Zahlen lässt sich nur schwerlich Eindruck schinden. Im Nachhinein erscheinen die Aktionen eher als Alibiveranstaltungen denn als Kampfmaßnahmen.

Noch vor dem SPD-Sonderparteitag verordnete DGB-Chef Sommer sich und den Gewerkschaftsmitgliedern eine "Protestpause" bis zum Herbst, da "der Druck, den die Gewerkschaften aufgebaut haben, zu Erfolgen geführt" habe. Diese Aussage dürfte nicht nur bei den SPD-Oberen Heiterkeitsstürme ausgelöst haben.

Weniger erheiternd ist, dass größere Aktionen gegen den Sozialabbau von Gewerkschaftsseite auf Bundesebene nicht zu erwarten sind. Negativ bemerkbar macht sich in dieser Situation, dass die vor einigen Jahren hoffnungsfroh gestartete Koordination der Betriebs- und Gewerkschaftslinken so gut wie nicht mehr existent ist. Absehbar wird eine aktive, auch gewerkschaftliche, Politik gegen die Sozialkürzungen vorrangig auf örtlicher Ebene stattfinden. Dass dies möglich und erfolgreich sein kann, zeigen lokale Proteste wie beispielsweise im verdi-Bezirk Stuttgart. Dort wird sowohl betriebliche Gegenwehr organisiert als auch in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften außerparlamentarische Oppositionsarbeit geleistet. Auswirkungen auf den Gesetzgebungsprozess wird dies bis auf weiteres allerdings nicht haben.

Georg Wißmeier

6. Menschenrechtsverbrecher bittet zur Vorlesung. Ex-Ministerpräsident aus der Türkei als Gastprofessor in Bochum

Autor: efa · Rubrik: Jugend und Studenten; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:43

Seit dem 15. Mai hat der ehemalige türkische Ministerpräsident und Vorsitzende der ANAP (Mutterlandspartei) Mesut Yilmaz eine Gastprofessur an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ruhr-Universität inne. Yilmaz war zwischen 1991 und 1998 dreimal türkischer Ministerpräsident und ist für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. 1998 musste er auf Grund seiner Verbindungen zum organisierten Verbrechen sein Amt aufgeben. In den kommenden zwei Semestern soll Yilmaz laut Pressemitteilung der Fakultät über "Schlüsselfragen der internationalen Politik in Europa" sowie über "Beziehungen zur Türkei und zum Mittelmeerraum" referieren. Die Gastprofessur des ehemaligen Ministerpräsidenten offeriert, glaubt man der Dekanin der Fakultät, Professorin Ilse Lenz, eine "einzigartige Chance, einen hervorragenden Experten" zu hören. Bislang stießen die massiven Proteste von Studierenden und MenschenrechtsaktivistInnen gegen die Einladung von Yilmaz in der Ruhr-Uni nur auf eines: Ignoranz.

In der Regierungszeit von Yilmaz wurden mehr als fünf Millionen Kurden und Kurdinnen vertrieben und rund 5.000 kurdische Dörfer zerstört, tausende KurdInnen und türkische Linke wurden ermordet. 60.000 politische Gefangene saßen im selben Zeitraum in türkischen Gefängnissen, in denen systematisch gefoltert wurde. Die Verbrechen wurden nicht aufgeklärt und die Verbrecher nicht verfolgt. Statt dessen brachten Antiterrorgesetze, die Einschränkung der Pressefreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung, Verbote von Parteien, Organisationen und Gewerkschaften unzählige Intellektuelle, Rechtsanwälte und Linke ins Gefängnis. Die zahlreichen internationalen Proteste ließen Yilmaz kalt; er ließ sich in keinem einzigen Fall dazu herab, Gnade walten zu lassen. Allein im Jahr 1998 waren 2.500 Klagen gegen türkische staatliche Institutionen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig.

Yilmaz' erste Amtszeit als Ministerpräsident der Türkei war verhältnismäßig kurz. Sie dauerte vom 23.6.1991 bis zum 20.11.1991. In diesen kurzen Zeitraum fallen jedoch einige Menschenrechtsverbrechen, die auch international für Aufsehen sorgten: Am 5. Juli 1991 wurde der kurdische Politiker und Mitbegründer des türkischen Menschenrechtsvereines IHD, Vedat Aydyn, von Zivilpolizisten entführt, gefoltert und erschlagen. Nur drei Tage zuvor hatte der IHD-Vorsitzende von Batman, Siddik Tan, ein Attentat durch eine Autobombe schwer verletzt überlebt. Auf der Beerdigung von Vedat Aydyn richtete die Polizei ein Blutbad an. Acht Menschen wurden erschossen, über 300 verletzt. Mesut Yilmaz warnte bei einer eilig einberufenen Sondersitzung des türkischen Parlaments vor "weiteren separatistischen Provokationen".

Von Ende 1991 bis 1996 blieb Yilmaz Oppositionsführer. Während seiner Oppositionszeit eskalierte unter den MinisterpräsidentInnen Demirel und Çiller der Krieg in den kurdischen Provinzen immer weiter. Yilmaz erwies sich von der Oppositionsbank aus als Hardliner und Scharfmacher. Die durch die Regierung in Aussicht gestellte Aufhebung des Ausnahmezustandes und eine Teilamnestie als Reaktion auf den von der PKK einseitig verhängten Waffenstillstand bezeichnete er im Jahr 1993 als "Konzession an die Terrororganisation". Darüber hinaus begrüßte Yilmaz die Aufhebung der Immunität der kurdischen Abgeordneten der Partei DEP. Ein halbes Jahr später wurden diese aus dem Parlament heraus verhaftet.

Bei den Wahlen im Jahr 1995 landete die ANAP zwar nur auf dem zweiten Platz. Die meisten Stimmen konnte die islamistische "Refah-Partisi" (Wohlfahrtspartei) auf sich vereinigen. Um eine Regierungsbeteiligung der Refah zu vermeiden, übernahm am 12.3.1996 jedoch ein Minderheitskabinett mit einer Koalition aus ANAP und DYP die Regierungsgeschäfte. Mesut Yilmaz wurde zum zweiten Mal Ministerpräsident. Ins Kabinett wurden eine Reihe Minister berufen, die ideologisch der faschistischen MHP nahe standen oder ihr vormals angehört hatten.

Die Ruhr-Uni pflegt den Dialog

In seiner Regierungserklärung vom März 1996 bekannte sich Ministerpräsident Yilmaz ausdrücklich zur Fortsetzung des Krieges in den kurdischen Gebieten der Türkei. Nur wenige Tage später machte Yilmaz anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz zwar erste zaghafte Ankündigungen über "neue humanere

Herangehensweisen" - doch das einzige, was passierte, war eine groß angelegte Militäroffensive im April, die mehr als 100 KurdInnen das Leben kostete. Bei einem Staatsbesuch in Bonn erklärte Yilmaz vor der Presse, die kurdischen Flüchtlinge in Deutschland seien "größtenteils von der PKK nach Deutschland eingeschleust und lassen sich für politische Ziele der PKK benutzen, um politisches Asyl zu erlangen".

Nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit gehörte Mesut Yilmaz weiter dem Parlament an. Bis zum 30.6.1997 führte er die ANAP-Opposition gegen Refah-Ministerpräsident Erbakan und DYP-Außenministerin Çiller. Yilmaz nutzte auch während seiner Zeit als Oppositionsführer seine gute Beziehungen zum Nationalen Geheimdienst der Türkei. Später wurden auch seine Korruptionsverbindungen zur türkischen Mafia offenbar, die 1998 seinen Rücktritt erzwangen. Über ihre Kontakte zu verschiedenen Geheimdiensten und den daraus abrufbaren Informationen bezichtigten sich Mesut Yilmaz und Tansu Çiller jeweils gegenseitig der Zusammenarbeit mit bestimmten Mafiagruppen, die im staatlichen Auftrag die Opposition terrorisierten und die Wirtschaftsbereiche von Bauwirtschaft und Banken über Glücksspiel und Menschenhandel bis zum Drogenexport kontrollierten.

Herr Yilmaz freut sich auf die Diskussion

Die dritte Amtszeit Yilmaz' als Ministerpräsident dauerte von Juni 1997 bis November 1998. Mit Hilfe von Drohungen hatte der Generalstab mit einem unblutigen Putsch den Weg für eine neue Regentschaft von Mesut Yilmaz bereitet. Yilmaz selbst gab unumwunden zu, dass sein neues Kabinett die Antwort darauf sei, dass Ministerpräsident Erbakan sich nicht den Weisungen des Militärs unterordnete. Auch während Yilmaz' dritter und längster Amtszeit gehen unzählige Menschenrechtsverletzungen auf das Konto der türkischen Regierung. Yilmaz hatte zu Beginn seiner Amtszeit zwar umfassende Verbesserungen der Pressefreiheit angekündigt. Faktisch wurde jedoch lediglich eine Handvoll Chefredakteure unter strengen Auflagen auf Bewährung aus der Haft entlassen. Das Gesetz gegen "Gesinnungsdelikte" bestand unvermindert fort. Auch das kurdische Neujahrsfest geriet am 21. März 1998 erneut zu einer blutigen Machtdemonstration des türkischen Staates. Rund 80.000 Menschen hatten sich auf dem Batikent-Platz in Diyarbakir versammelt, um Newroz zu feiern. Das Fest wurde umzingelt, ein anschließender Demonstrationszug brutal zerschlagen. Räumpanzer und andere Fahrzeuge wälzten die Menge nieder, ungeachtet dessen, wer unter die Räder kam. Von Motorrädern der Polizei schlugen Beifahrer mit langen Holzknüppeln auf die Köpfe der Umherrennenden. Unter den Misshandelten befand sich auch die deutsche Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Die Zahl der Verletzten wurde nie festgestellt. Allein 25 mussten jedoch noch am selben Nachmittag stationär in umliegenden Krankenhäusern aufgenommen werden, wo sie umgehend festgenommen wurden.

Am 15. Oktober 1997 kritisierte der Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereines IHD, Akin Birdal, die Regierung Yilmaz wegen der andauernden Menschenrechtsverbrechen. Allein innerhalb der ersten drei Monate der Regierung seien 22 Menschen Opfer unaufgeklärter, von "Banden und Mafia" verübter Morde geworden. 28 Menschen seien "bei Exekution ohne Gerichtsurteil, im Verlauf von polizeilichen Einsätzen oder bei Folterung in Polizeigewahrsam" ums Leben gekommen.

Ein halbes Jahr später, am 12. Mai 1998, wurde Birdal in Ankara selbst Opfer eines Attentates, das er nur schwer verletzt überlebte. Unmittelbar nach dem Attentat äußerte Ministerpräsident Yilmaz öffentlich den Verdacht, der IHD könne selbst hinter der Tat stecken. Damit setzte Yilmaz die Propaganda fort, die dem Attentat vorausgegangen war und in den Massenmedien über Wochen hinweg den IHD-Vorsitzenden als gekauften Befehlsempfänger Öcalans verunglimpfte. Bis heute ist nicht klar, ob Mesut Yilmaz von dem geplanten Attentat gewusst hat. Zumindest zu einem Mafiakiller aber können direkte Verbindungen mit ausreichender Begründung angenommen werden. Dass diese Verbrechen niemals vor Gericht verhandelt wurden, liegt in erster Linie an der Immunität, die Yilmaz als Parlamentsabgeordneter genoss. Die Erkenntnisse sämtlicher parlamentarischen Untersuchungsausschüsse bewegten das Parlament nicht, eine Verbindung von Yilmaz oder seiner Konkurrentin Çiller zum Organisierten Verbrechen anzuerkennen und deren Immunität aufzuheben. Eine gerichtliche Klärung wurde damit verhindert.

Hundertschaften leisten ihm Gesellschaft

Von der Straflosigkeit profitieren in der Türkei all jene, die ihre Verbrechen im Auftrag des Staates begehen. Ob sich dies in Zukunft ändern kann, wird die Zeit zeigen. Eine unabhängige Justiz existiert in der Türkei bislang nicht. So bleibt, auch nachdem Mesut Yilmaz nun keine Immunität mehr genießt, für die unmittelbare

Zukunft wenig Hoffnung, ihn vor einem türkischen Gericht zu sehen. Kleiner Hoffnungsschimmer ist aber, dass jüngsten Pressemeldungen zufolge ein Untersuchungsausschuss des türkischen Parlaments, der mit der Aufklärung von Korruptionsvorwürfen beauftragt ist, Mitte Juni den ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz vorgeladen hat.

Mit der Kampagne "Anklagebank statt Lehrstuhl" fordert das "Bündnis für Menschenrechte an der Ruhr-Universität Bochum" die juristische Aufarbeitung der Verantwortung des ehemaligen Ministerpräsidenten für die ihm vorgeworfenen Verbrechen und begrüßt den Vorstoß des türkischen Parlamentes - in der Hoffnung, dass in Zukunft ebenfalls Yilmaz' Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen juristisch untersucht werde.

Kaum begreiflich ist, dass sich die Ruhr-Universität gegenüber der Forderung, Yilmaz' Gastprofessur zurückzuziehen, derartig ignorant geriert. Die zuständige Dekanin Ilse Lenz, ihres Zeichens Soziologin mit Schwerpunkt Geschlechter- und Sozialstrukturforschung und ehemalige Sprecherin der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, möchte Yilmaz nicht ausladen, sondern den Dialog mit ihm pflegen. An Peinlichkeit kaum zu überbieten sind auch die Äußerungen von Professor Jürgen Gramke, der als "Motor" für die Einladung von Yilmaz gilt und sich im Interview mit der Ruhruni-eigenen Zeitschrift RUBENS folgendermaßen äußert:

Auf die Anklagebank mit ihm!

"Dass es eine Kontroverse um seine Gastprofessur gibt, ist absolut legitim, aber auch gewollt: Es besteht die Chance, Fragen der türkischen Innen- und Außenpolitik anzusprechen und zu diskutieren. Wer könnte hierzu besser als Gesprächspartner dienen als der ehemalige Ministerpräsident? Ich glaube es ist hoch zu bewerten, dass sich Herr Yilmaz bereit gefunden hat, sich jeglichen Auseinandersetzungen zu stellen. Im übrigen weiß ich, dass sich Herr Yilmaz auf die Diskussion freut." Wie Yilmaz sich diesen Auseinandersetzungen "stellt", davon zeugt folgende Aussage eines Journalisten, der einer Pressekonferenz mit dem Herrn Gastprofessor beiwohnen durfte: "Zahlreiche sehr kritische, z.T. detaillierte Fragen mit persönlichen Stellungnahmen (z.B. über gefolterte Kurden) wurden gestellt; Yilmaz ließ sich aber nicht in die Enge drängen. Er blieb Vollblutpolitiker, beantwortete die kritischen Fragen allerdings nicht. Nur einmal räumte er ein, dass die Türkei ‚kein Paradies der Menschenrechte` gewesen ist, was sich jedoch ändern solle."

Yilmaz' seinerseits ist aufgrund der massiven Proteste und ungeachtet der unsäglichen "Demokratie"-Appelle von Lenz, Gramke & Co., auf Polizeibegleitung angewiesen, will er unbehelligt den Campus erreichen. Immerhin.

efa

Dieser Artikel basiert auf Informationen der Kampagne "Anklagebank statt Lehrstuhl"; nachzulesen unter: www.bo-alternativ.de/mfh/homepage/yilmazl und v.a. auf Informationen aus der von der Kampagne herausgegebenen Broschüre Anklagebank statt Lehrstuhl. Der Fall Mesut Yilmaz. Ruhr-Universität Bochum, Mai 2003. Unter obiger Webadresse ist auch der Aufruf: Mesut Yilmaz ausladen zu finden, den zahlreiche UnterstützerInnen unterzeichnet haben (u.a. die ak-Redaktion).

Nächste Demo: 10. Juli, 17 Uhr ab Husemannplatz

7. Neue Verteidigungspolitische Richtlinien: Offensivarmee mit globalem Einsatzgebiet

Autor: Martin Singe · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:33

Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, die am 21. Mai offiziell bekannt gegeben wurden, haben es in sich: Sie sind nichts anderes als eine verbindliche Grundlage für den grenzenlosen Einsatz der Bundeswehr gegen alle erdenklichen Ziele in jeder erdenklichen Dauer und in jeder möglichen Intensität - so jedenfalls die Kurzzusammenfassung der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI).

Verteidigungsminister Struck hat mit dem Satz, Deutschlands Sicherheit werde auch am Hindukusch verteidigt, eine kühne These aufgestellt", so die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrem Kommentar vom 10. Juni zum Anschlag auf Bundeswehrsoldaten in Kabul. "Tatsächlich geht es darum, wie viel Ordnung diese Welt braucht, damit im Westen, in Europa, Frieden und Wohlstand erhalten bleiben, und welchen Beitrag dazu Deutschland leisten kann, soll oder muss. Es ist eine Frage, die nüchtern zu prüfen ist, von Fall zu Fall, die eigenen Interessen durchaus im Blick, ob in Afghanistan oder in Kongo."

Diese Sätze hätten gut als Motto den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vorangestellt sein können, die Peter Struck am 21. Mai 2003 offiziell erlassen hat. Diese Richtlinien ersetzen die zuletzt 1992 von Volker Rühe vorgelegten und aktualisieren sie. Die neuen Richtlinien versuchen, so Struck, das veränderte sicherheitspolitische Umfeld zu analysieren und die Prinzipien, Interessen sowie die bestimmenden Faktoren deutscher Verteidigungspolitik zu definieren. "Auf dieser Grundlage werden Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr definiert und neu gewichtet sowie Folgerungen gezogen für die Bundeswehr und die künftig erforderlichen Fähigkeiten unserer Streitkräfte", wie Struck auf einer Pressekonferenz am 21. Mai bekannt gab.

Die eigenen Interessen durchaus im Blick

In den VPR wird von einer Gefährdungslage ausgegangen, in der militärische und nicht-militärische Risiken die Sicherheit und Stabilität Deutschlands bedrohen. Der 11. September 2001 habe die asymmetrischen Gefährdungen durch den "internationalen Terrorismus" bewusst gemacht, "die jederzeit, an jedem Ort der Welt erfolgen und sich gegen jeden richten können" und die Errungenschaften der modernen Zivilisation bedrohen, heißt es da. Und weiter: Die Weiterentwicklung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen können zu einer direkten Bedrohung der Bevölkerung und der Länder Europas werden. Zudem sei Europa von nationalistisch und ethnisch motivierten gewaltsamen Konfliktaustragungen sowie von Krisen an seiner südlichen und südöstlichen Peripherie betroffen bzw. bedroht. Auch wirtschaftliche Konflikte und Flüchtlingsbewegungen werden als sicherheitspolitische Probleme wahrgenommen: "Ungelöste politische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte wirken sich im Verbund mit dem internationalen Terrorismus, mit der international operierenden Organisierten Kriminalität und den zunehmenden Migrationsbewegungen unmittelbar auf die deutsche und europäische Sicherheit aus ... Die deutsche Wirtschaft ist auf Grund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen und -mitteln zusätzlich verwundbar."

So breit gefächert wie die Bedrohungen, so umfassend müsse laut neuer VPR die deutsche Sicherheitspolitik angelegt sein und "politische, ökonomische, ökologische, gesellschaftliche und kulturelle Bedingungen und Entwicklungen" berücksichtigen. Obwohl betont wird, dass das Militär weder vorrangig noch allein in diesen Bereichen Sicherheit gewährleisten kann, spiele es doch in allen diesen Bereichen eine potenzielle Rolle: "Gleichwohl sind die politische Bereitschaft und die Fähigkeit, Freiheit und Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen oder wiederherzustellen, unverzichtbare Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit eines umfassenden Ansatzes von Sicherheitspolitik."

Die neue Rolle der Bundeswehr

Im Kapitel "Multinationale Einbindung" wird vor allem die Kooperation der Bundeswehr im Rahmen von NATO und EU thematisiert. Die NATO müsse selbstverständlich auch im erweiterten geographischen Umfeld wirken. Nicht mehr die Grenzen und Territorien der Mitgliedstaaten sollen im Falle eines Angriffs verteidigt werden, sondern "die lebenswichtigen Sicherheitsinteressen ihrer Mitglieder". Als eine der Grundlagen künftigen

Handelns der NATO wird explizit das strategische Konzept der NATO erwähnt. Dieses wurde als weltweites Einsatzkonzept erstmals im November 1991 in Rom verabschiedet und dann zum 50-jährigen Bestehen der NATO - inmitten des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien - am 24. April 1999 in überarbeiteter aktualisierter Form in Washington vorgestellt. Dieses neue Strategische Konzept der NATO geht weit über das bisherige NATO-Konzept hinaus und stellt den ursprünglichen Washingtoner Vertrag quasi auf den Kopf, indem ein für ein bestimmtes Territorium zuständiges Verteidigungsbündnis kurzerhand zu einem weltweiten Interventionsbündnis zur Wahrung und Durchsetzung westlicher Interessen konstruiert wurde.

Im strategischen Konzept, das mit den neuen VPR ausdrücklich als Bestandteil bundesdeutscher Militärpolitik festgeschrieben wird, wird in erster Linie von "Nicht-Artikel-5-Einsätzen" gesprochen, also von out-of-area-Einsätzen, die im ursprünglichen Vertrag überhaupt nicht vorgesehen waren. Zudem wird im Strategischen Konzept den Atomwaffen des Bündnisses eine Ewigkeitsrolle zugeschrieben, die im klaren Widerspruch zum Nichtverbreitungsvertrag steht, dem gemäß sich auch die so genannten anerkannten Atommächte zum Abbau ihrer Nuklearwaffen bekannt haben. Auch werden künftige NATO-Einsätze nicht mehr eindeutig an UN-Mandate gebunden, sondern eine UN-Anbindung wird lediglich angestrebt. Damit aber ist die Anerkennung des strategischen Konzepts der NATO durch die Bundesregierung in mehrfacher Hinsicht grundgesetz- und völkerrechtswidrig, da sie den Bruch internationaler Verträge und Vereinbarungen bedeutet und die Zustimmung des Bundestages fehlt.

Für die Zukunft falle Deutschland - so die VPR - "eine herausragende Rolle und Verantwortung für den künftigen Kurs der NATO zu". Prioritär seien für die NATO der Aufbau der neuen schnellen Eingreiftruppe, die Verbesserung militärischer Fähigkeiten zum Schutz gegen Massenvernichtungswaffen sowie die Verteidigung gegen den "Terrorismus". An allen diesen Vorhaben will sich die Bundeswehr im Rahmen ihrer Fähigkeiten beteiligen.

Die EU wird als Kern des europäischen Stabilitätsraums beschrieben: "Für ihre politische Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit ist es unabdingbar, dass sie umfassend in allen Politikbereichen handlungsfähig wird. Krisen, die Europa berühren, muss die EU mit einer breiten Palette ziviler und militärischer Fähigkeiten begegnen können." Dem soll der zu forcierende Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion dienen.

Weltweiter Geltungsanspruch

Die wesentlichen Punkte der neuen VPR hinsichtlich der künftigen Einsatzoptionen für die Bundeswehr können so zusammengefasst werden:

- Die out-of-area-Orientierung wird zentrale Aufgabe der Bundeswehr. Es geht um eine Neuausrichtung der Bundeswehr jenseits der Aufgaben der Landesverteidigung. Die Landesverteidigung im Bündnisrahmen gegen konventionelle Angriffe als die bisher maßgebende strukturbestimmende Aufgabe der Bundeswehr entspricht nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen.

- Die klassische Landesverteidigung ist vernachlässigbar und darf nicht länger Ressourcen verbrauchen, die dringend für die neuen prioritären Optionen benötigt werden. Künftige Einsätze sollen vor allem der internationalen Krisenbewältigung und dem Kampf gegen den "internationalen Terrorismus" dienen. Multinationale Operationen könnten sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen.

- Das Profil der Streitkräfte soll an "sechs wesentlich miteinander verzahnten Fähigkeitskategorien" ausgerichtet werden. Hierzu gehören "Führungsfähigkeit, Nachrichtengewinnung und Aufklärung, Mobilität, Wirksamkeit im Einsatz, Unterstützung und Durchhaltefähigkeit, Überlebensfähigkeit und Schutz".

- Frühzeitige militärische Eingriffe in Krisenfällen - praktisch US-Strategie-ähnliche Präventivkriegsoptionen - werden für die Zukunft nicht ausgeschlossen, auch wenn sie nicht explizit erwähnt sind. Jedenfalls ist an keiner Stelle des Papiers von dem in politischen Debatten ansonsten so hoch gehaltenen "Ultima-ratio"-Prinzip die Rede. Auch wird im Papier ein künftiger Bundeswehreinsatz weder von einem bewaffneten Angriff noch von sonstigen prinzipiellen Voraussetzungen abhängig gemacht.

- Die Bundeswehr soll erweiterte Optionen für Einsätze im Inneren erhalten - insbesondere angesichts der "gewachsenen terroristischen Bedrohungen" - falls nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfüge oder wenn zum Schutz der Bürger und kritischer Infrastruktur ein erheblicher Personaleinsatz erforderlich sei.

- Die Wehrpflicht soll erhalten bleiben, vor allem für folgende Optionen: Kampf gegen den "Terrorismus" im Inneren; Möglichkeit der Rekonstitution der klassischen Verteidigungsfähigkeit im Fall einer (unwahrscheinlichen) Veränderung der Bedrohungslage; Unterstützung bei Naturkatastrophen.

Das Recht folgt der Macht

Mit den erweiterten Aufgabenumschreibungen für die Bundeswehr gehen die neuen VPR eindeutig über alles bisher strategisch Festgelegte hinaus. Zur Erinnerung: Noch bis zum 2. Golfkrieg 1991 waren sich alle PolitikerInnen darin einige, dass das Grundgesetz out-of-area-Einsätze strikt verbiete. 1992 erließ der damalige Minister Rühe erste Verteidigungspolitische Richtlinien, die den NATO-Strategiewechsel (Rom 1991) für die Bundeswehr nachvollziehen sollten, aber mit dem Grundgesetz (Art. 87a GG) nicht kompatibel waren. 1992/1993 wurde dann an entsprechenden Vorlagen für Grundgesetzänderungen bzw. ergänzenden Klarstellungen (gemäß Art. 79 GG) gearbeitet. Eine dafür notwendige 2/3-Mehrheit im Bundestag zeichnete sich jedoch nicht ab. Verfassungsklagen gegen erste out-of-area-Einsätze der Bundeswehr (Adria-Überwachung; AWACS-Einsatz über Bosnien; Somalia-Einsatz) führten 1994 zu einem höchst umstrittenen Verfassungsgerichtsbeschluss, der alle diese Einsätze als verfassungskonform erklärte.

In diesem Beschluss hatte das höchste Gericht die NATO von einem klassischen Verteidigungsbündnis zu einem System kollektiver Sicherheit umdefiniert. In ein solches könne sich der Bund gemäß Art. 24 Abs. 2 GG einordnen und somit auch entsprechende (militärische) Aufgaben wahrnehmen (obwohl alle solche Beteiligungen - sowohl im UN- wie im NATO-Kontext - vertraglich unter dem Vorbehalt des jeweiligen nationalen Verfassungsrechtes stehen!). Artikel 87a, der den Einsatz der Bundeswehr außer zur Verteidigung ausdrücklich verbietet, stünde dem - so das Gericht - nicht entgegen. Die Regierungsseite hatte damit einen gewissen Endpunkt der Debatte erreicht. Auch das damals im Entstehen befindliche Entsendegesetz wurde nicht mehr auf den Weg gebracht, um sich als Regierung für künftige Entscheidungen in Sachen Kriegsbeteiligungen nicht von einer 2/3-Mehrheit des Bundestages, die in allen Gesetzesentwürfen vorgesehen war, abhängig zu machen.

Die Entfernung zum grundgesetzlich festgeschriebenen Verteidigungsauftrag der Bundeswehr wird nun mit den neuen VPR um etliche Meilensteine weiter verlagert. Die "neu ausgerichtete" Bundeswehr hat mit dem Grundgesetzauftrag nichts, aber auch gar nichts mehr gemeinsam. Die nun endgültig vorgenommene Neukonstituierung der Bundeswehr als einer Offensivarmee zur weltweiten Absicherung bundesdeutsch-westlicher Interessen - durch einfachen Erlass des Verteidigungsministers - ist verfassungswidrig. Dabei nützt es auch nichts, dass in den neuen VPR am Anfang darauf hingewiesen wird, dass Art. 87a mit den VPR vereinbar sei, da es ja das entsprechende Verfassungsgerichtsurteil gebe.

Martin Singe

Komitee für Grundrechte und Demokratie

8. Abwinken und Auslachen. Proteste gegen das jährliche Traditionstreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf; Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:20

Wie jedes Jahr an Pfingsten versammelten sich Wehrmachtsveteranen und Bundeswehrsoldaten der Gebirgsjägertruppe im bayrischen Mittenwald, um den gefallenen Soldaten zu gedenken. 50 Jahre lang trafen sie sich ungestört, mittlerweile aber regt sich Protest: 300 Menschen besuchten das Hearing zu den Kriegsverbrechen der NS-Gebirgsjäger. Überlebende aus Griechenland und Italien berichteten dort von den Massakern und forderten eine Entschädigung sowie eine offizielle Verurteilung der von Gebirgsjägern begangenen Kriegsverbrechen.

Nahe der österreichischen Grenze, umgeben von steilen Bergen und stillen Gewässern, liegt das Örtchen Mittenwald. Dort treffen sich jedes Jahr an Pfingsten Wehrmachtsveteranen und Bundeswehrsoldaten, um am "Ehrenmal der Gebirgstruppe" auf dem Hohen Brendten der "gefallenen und vermissten Kameraden" zu gedenken. Die Veranstaltung mit Gottesdienst und Gebirgsmusikkorps gilt als größte soldatische Feier in Deutschland.

Angreifbare Traditionspflege

Der Traditionsverband "Kameradenkreis der Gebirgstruppe", der die Versammlungen organisiert, hat rund 8.000 Mitglieder. Zu den Prominenteren zählt Edmund Stoiber. In einem Grußwort an die Kameraden hatte er laut TV-Magazin Monitor auf einem der letzten Treffen gesagt: "Als bayrischer Ministerpräsident, der seinen Grundwehrdienst bei den Gebirgsjägern abgeleistet hat, bin ich natürlich besonders stolz auf diese spezifisch bayerische Truppe und ihre Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart."

Die Leistungen in der Vergangenheit - dazu gehören Massaker, standrechtliche Erschießungen, Raub und das Schänden von Frauenleichen. Schwerste Kriegsverbrechen der Gebirgstruppe sind für rund 50 Orte in Europa belegt. Die Leistungen in der Gegenwart - Edmund Stoiber dachte dabei sicher an die Einsätze der Gebirgsjäger innerhalb der SFOR und KFOR im früheren Jugoslawien und der Isaf in Afghanistan und weniger an die Videoaufnahmen mit gestellten rassistischen Morden, Vergewaltigungen und antisemitischer Gewalt. Soldaten des Gebirgsjägerbataillon 571 aus Schneeberg/Westerzgebirge hatten die Filme gedreht. Auch Offiziere sollen daran beteiligt gewesen sein.

Edmund Stoibers Diktum von der "unangreifbaren Traditionspflege" stimmt nicht mehr. Fünfzig Jahre lang prosteten sich die Gebirgskameraden ungestört auf ihren Treffen mit Schweinebraten, Knödeln, Bier und Blaskapelle zu und gaben sich militaristischer Gefühlsduselei hin. Nun wurde zum ersten Mal kräftig in die bayrisch-deutsche Idylle gepiekst.

Der Arbeitskreis "Angreifbare Traditionspflege" und die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen" (VVN-BdA) veranstalteten am traditionellen Stationierungsort der 1. Gebirgsdivision ein Hearing mit Überlebenden der Massaker auf Kephalonia, in Kommeno und Distomo. Fast 300, meist junge TeilnehmerInnen des Hearings lauschten ihren Berichten. Sie waren aus dem ganzen Bundesgebiet angereist, viele erreichten die Veranstaltung am 7. Juni wegen umfangreicher Personen- und Gepäckkontrollen der Polizei mit Verspätung. Von wenigen Einzelpersonen abgesehen interessierten sich die MittenwälderInnen nicht für die Vorträge der Überlebenden aus Italien und Griechenland. Einige zogen es vor, der Kranzniederlegung zum 25-jährigen Bestehen des Tragtierdenkmals beizuwohnen.

Auf dem Podium des Hearings sitzt eine kleine Frau mit Kopftuch, schwarz gekleidet. Christina Dimou aus Griechenland berichtet, wie deutsche Wehmachtssoldaten im August 1943 das Dorf Kommeno im Schlaf überrascht und mit Granaten angegriffen hatten. Die Gebirgsjäger erschossen 317 Männer, Frauen und Kinder. Sie zündeten Häuser an und zielten auf die flüchtenden Menschen. Mit Bierflaschen schändeten sie Frauenleichen, das Vieh und Wolle nahmen sie mit. Die Gebirgsjäger entdeckten auch Christina Dimous Brüder, die sich im Maisfeld versteckt hatten, und erschossen sie. "Mehr will ich nicht erzählen, aber ich

möchte betonen, dass wir gute Menschen waren", sagt die alte Frau, die als 13-Jährige das Massaker überlebte.

Reinhold Klebe, unter dessen Kommando die 12. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 98 stand, wies vor der Staatsanwaltschaft München von sich, dass er den Befehl erteilt habe. Die Ermittlungen waren 1972 mit der Begründung des "Beweismangels" eingestellt worden. HistorikerInnen des "Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege" sind sich sicher, dass die Tatverdächtigen 1968, als es Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen gegen ehemalige Angehörige der Gebirgstruppen gab, die Pfingsttreffen nutzten, um ihre Aussagen und ihre Verteidigungsstrategie untereinander abzusprechen. "Unser Interesse ist, dass deutsche Soldaten wegen Kriegsverbrechen endlich vor ein deutsches Gericht gestellt werden - das hat es, so weit wir wissen, noch nie gegeben", sagt der Historiker Ralph Klein, Veranstalter des Hearings und Mitglied im "Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege".

Dieser hat im letzten Jahr Anzeige und Antrag auf Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens wegen Mordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen namentlich bekannte Angehörige der 12. Kompanie des Gebirgsjägerregiment 98 gestellt. Diese Kompanie hat kollektiv das Dorf Kommeno massakriert. "Wir wissen nicht, wie viele von denen noch leben, wir haben bislang nur ein Dutzend ausfindig machen können", sagt Klein. Die Staatsanwaltschaft könne das sehr viel schneller recherchieren, aber die zuständigen Stellen seien personell unterbesetzt, die Ermittlungen verliefen schleppend und bislang sei noch keine Anklage erhoben worden, kritisiert Klein. Im Fall Kommeno wird derzeit nur geklärt, wer von den aufgelisteten Personen noch lebt. "Zur Zeit führt die Polizei noch Vorermittlungen", sagt Joachim Eckert, Oberstaatsanwalt in München. Wann entschieden wird, ob das Ermittlungsverfahren wieder aufgerollt wird, ist unklar: "Es wird dauern", so die Einschätzung des Oberstaatsanwaltes.

Auch Amos Pampaloni war Gast des Hearings. Der 93-Jährige hat die Massenerschießungen auf der griechischen Insel Kephalonia überlebt. Dort hatten im September 1943 Truppen der 1. Gebirgsdivision der Wehrmacht mindestens 4.000 italienische Kriegsgefangene ermordet, nachdem das einst verbündete Italien einen separaten Waffenstillstand mit den Alliierten geschlossen hatte. "Die Deutschen sind dann singend abgezogen", erzählt der ehemalige Artilleriehauptmann, der sich den griechischen PartisanInnen anschloss, als seine Schusswunden verheilt waren.

Weil HistorikerInnen und JournalistInnen neue ZeugInnen und historische Belege vorlegten, wurden die Ermittlungsverfahren wegen der Erschießungen auf Kephalonia wieder aufgenommen. So konnten bei den Ermittlungen in den Sechziger Jahren keine Tatverdächtigen aus der damaligen DDR vernommen werden.

"Ich ermittele mit Hochdruck und arbeite jeden Tag zehn Stunden", sagt der Staatsanwalt Ulrich Maaß. Er ist Leiter der nordrheinischen Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Dortmund und ermittelt im Fall Kephalonia. Über 4.000 Personen aus Kanada, Belgien, den USA, Österreich, Italien und anderen Ländern müsse er ausfindig machen und befragen. In der früheren DDR habe er mittlerweile 25 Zeugen ermittelt und vernommen. "Es erscheint möglich, dass es in etwa fünf Fällen zu einer Anklage kommen könnte," formuliert der Staatsanwalt vorsichtig. Das juristische Problem: Totschlag ist längst verjährt, jetzt muss den Tätern Mord nachgewiesen werden.

Singend zogen die Deutschen ab

Argyris Sfountouris, der als kleiner Junge das SS-Massaker in dem griechischen Dorf Distomo überlebte, mahnte auf dem Hearing nicht nur die Bestrafung der Täter an, sondern auch die öffentliche Verurteilung der Verbrechen und die Entschädigung der Opfer. "Es schmerzt das Schweigen hier, es schmerzt das kalte Herz", sagt Sfountouris. Er und seine Schwester, deren Eltern und 30 weitere Verwandte erschossen wurden, klagen derzeit gegen die Bundesrepublik Deutschland. Diese verweigert bislang jegliche Entschädigungszahlungen. Die Überlebenden sind mit gesellschaftlicher Gleichgültigkeit konfrontiert und es wird nichts unternommen, um das Leid der Opfer zu mindern.

Die Trauer der Täter und ihrer Familien, nicht nur um die eigenen Opfer, sei der erste Schritt zur Reue. "Es ist auch nach 60 Jahren nicht zu spät, sondern notwendig", so Sfountouris. Mit dem Verschweigen der Untaten und der Flucht in Unglauben werde auch die Würde der Hinterbliebenen zerstört. Eine "ethische Prophylaxe" sei nötig, zu der es beispielsweise auch gehöre, in Schulen "die moralische Pflicht zur Desertion" zu unterrichten. Nur weil sich an jenem apokalyptischen Abend in Distomo bei einem Soldaten eine

"ur-menschliche Regung" erhalten und er zwei fliehenden Kinder in ein Versteck gewunken hatte, seien er und seine Schwester noch am Leben, erzählt er.

Parolen auf dem Ehrenmal

Während der Feier und des Gottesdienstes der Gebirgsjäger auf dem Hohen Brendten am Pfingstsonntag kam Sfountouris' Anliegen nicht zur Sprache. Die 1.500 Gebirgsjäger und ihre Familien gedachten den "gefallenen und vermissten Kameraden". Man dankte der Polizei, die im Hubschrauber, mit Hunden und auf Pferden die Proteste überwachte. Am "Ehrenmal der Gebirgsjäger", das mit grünen Planen verhüllt war, um die Tage zuvor gesprühten Parolen gegen die Traditionspflege zu verdecken, wurde der Kranz des Verteidigungsministeriums niedergelegt. Eine Blaskapelle spielte auf - ab und an ertönte ein Partisanenlied, das von der Protest-Mahnwache hinaufwehte.

Dort hatten sich über 300 DemonstrantInnen, darunter auch der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann und der Widerstandskämpfer Peter Gingold, versammelt, um an die Massaker der NS-Gebirgsjäger zu erinnern. Als die Kameraden in der grauen Gebirgsjägeruniform mit ihren Ehefrauen im Dirndl die Feier verlassen, müssen sie die Transparente und Sprechchöre der ProtestiererInnen passieren. Die meisten schütteln den Kopf, lächeln verachtend. Als sie in ihren Autos langsam an der Mahnwache vorbeirollen, ertönen die Namen von Wehrmachtssoldaten der 12. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 98, die das Massaker in dem Dorf Kommeno anrichtete.

Anke Schwarzer

9. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:22

Steinigung bestätigt

Die Berufungsverhandlung im Fall der Nigerianerin Amina Lawal ist auf den 27. August vertagt worden. Mehr als fünf Millionen Menschen weltweit unterzeichneten laut dem britischen Guardian bisher die Protest-E-Mail gegen die Steinigung der Nigerianerin Amina Lawal Kurami. Amina Lawal war am 22. März 2002 von einem islamischen Gericht wegen "Ehebruchs" zum Tod durch Steinigung verurteilt worden. Sie hatte ihr drittes Kind nach der Scheidung von ihrem Mann unehelich zur Welt gebracht. Der Richterspruch löste weltweit Empörung aus, doch das Urteil wurde erneut bestätigt. Vor Gericht hatte die Frau angegeben, dass ihr Freund Yahaya Mahmud sie mit einem Heiratsantrag verführt habe. Mahmud wurde freigesprochen, nachdem er auf den Koran geschworen hatte, nicht der Vater des Kindes zu ein. Das Urteil soll Anfang 2004 vollstreckt werden, also sobald Lawal ihr Kind abgestillt hat. In einem ähnlichen Fall hatte im März 2002 ein Gericht die 35-jährige Safiya Husaini wegen Verfahrensfehlern freigesprochen - drei Tage, nachdem Amina Lawal zum Tod durch Steinigung verurteilt worden war.

www.diestandard.at

Hurenrechte: Gesetz...

Der 2. Juni ist der "Internationale Hurentag". Er erinnert an eine Aktion im Jahr 1975, bei der etwa 100 Prostituierte in Frankreich eine Kirche besetzten, um auf ihre Unsichtbarmachung und Entrechtung aufmerksam zu machen. Doch 23 Jahre später hat sich an der gesellschaftlichen Doppelmoral in Bezug auf Prostitution noch nicht sehr viel geändert. In Deutschland ist die Realität der Prostitution mittlerweile zwar durch ein Gesetz anerkannt: Seit mehr als einem Jahr ist das "Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse von Prostituierten (ProstG)" in Kraft. Nach dem Willen des Gesetzgebers sollte mit dieser Regelung die rechtliche Stellung der Prostituierten verbessert und ihre soziale Benachteiligung abgebaut werden. Der Zugang zu den Sozialversicherungen sollte ihnen über die Möglichkeit erleichtert werden, ein rechtlich abgesichertes Beschäftigungsverhältnis in Bordellen und bordellähnlichen Betrieben eingehen zu können. Doch ein Jahr nach In-Kraft-Treten des Gesetzes stellt die AG Recht in der deutschen Hurenbewegung fest:: "Das Gesetz läuft bisher weit gehend ins Leere. Arbeitsverträge gibt es noch kaum und wenn, dann nur auf Niedriglohnebene. Eine soziale Absicherung von Prostituierten ist noch nicht erreicht."

... und Realität

Dies liegt u.a. daran, dass das ProstG in einigen Bundesländern mit dem Gewerberecht kollidiert, das mit dem Verweis auf gewerberechtliche Sittenwidrigkeit die Prostitution generell untersagt. Damit gibt es dort auch keine legalen Arbeitsverhältnisse. Darüber hinaus berücksichtigt das Gesetz die Situation von Migrantinnen nicht, die in der Prostitution tätig sind - immerhin 60% aller Prostituierten. Ausländerrechtliche Restriktionen betreffen vor allem Prostituierte aus Ländern außerhalb der EU, die über die Hälfte der Sexarbeiterinnen in Deutschland ausmachen: "Die Halblegalität oder Illegalität ihrer Erwerbstätigkeit drängt sie in Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse", stellt die AG Migrantinnen in der Sexarbeit fest: "Dies verhindert, arbeitsrechtliche Mindeststandards und somit selbstbestimmte Formen der Berufsausübung. Denn illegalisiert hierzulande zu arbeiten, heißt, unter enormem Druck zu stehen, sich in ständiger Angst vor einer Polizeikontrolle bzw. Razzia zu befinden. Die fehlende legale Grundlage für die Arbeitsmigration und die gleichzeitige Nachfrage nach Arbeitskräften in der Prostitution schaffen einen eklatanten Widerspruch zwischen offizieller Politik der Zielländer und tagtäglicher Praxis." Was ist die Lösung? Logo: Legalisierung. Sofort.

www.agisra.de

Designer-Vagina

Nachdem die Brust vergrößert resp. verkleinert, der Bauch fettabgesaugt und die Nase gerade gebogen ist, fehlt zum perfekten weiblichen Körper doch eigentlich nur noch ein Teil, das auf Schönheit getrimmt werden muss: die Vagina. Denn auch im Intimbereich gibt es inzwischen konkrete Vorstellungen darüber, was trendy ist. Klein soll der Scheideneingang sein und kurz die Schamlippen. Wie dieser Trend zustande gekommen ist,

darüber rätseln selbst Sexualwissenschaftler. Angefangen hat es in den USA. Dort wird fast ausschließlich mit Laser gearbeitet; das bedeutet, dass das Gewebe der Schamlippe weggebrannt wird. Die Vagina selbst wird "zugeschweißt" in genau der Größe, in der die Kundin es mit dem Arzt abgesprochen hat. Inzwischen ist der Trend auch in Europa angekommen. In den Niederlanden zum Beispiel melden sich in schönheitschirurgischen Kliniken täglich Frauen an, die Schamlippen und oder Vagina verkleinern lassen möchten. Hier wird in der Regel mit dem Skalpell gearbeitet. Dr. Roddi in Maastricht etwa operiert im Jahr etwa siebzig Frauen. Wer sich fragt, ob und was dieser Körpernormierung-Wahn mit neoliberaler Leistungs- und Selbstbestimmungsideologie zu tun haben könnte, dem sei die Lektüre von Dr. Roddis Homepage empfohlen, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt. Denn dort heißt es: "In unserer modernen Leistungsgesellschaft kann nur bestehen, wer vital, durchsetzungsfähig und selbstbewusst ist. Dazu gehören zwangsläufig neben hohen Anforderungen an die allgemeine Körperhygiene auch eine veränderte Einstellung zum eigenen Körper, die sich in genauerer Beobachtung möglicher oder scheinbarer Mängel äußert. Körperbetonte Kleidung und freizügiges Sexualverhalten verstärken diese Entwicklung. Dem trägt die kosmetische Chirurgie Rechnung mit diversen großen und kleinen Eingriffen wie Gesichtskonturenveränderungen, Faltenentfernungen, Fettabsaugungen, Busenstraffungen, Busenvergrößerungen usw. Sinn dieser Maßnahmen ist nicht nur die sichtbare Hervorhebung der sozialen Stellung des Betreffenden sondern auch die Erhöhung der sexuellen Attraktivität." Es ist doch irgendwie beruhigend, dass sich auch das leidige Problem mit der sozialen Stellung inzwischen operativ entfernen lässt.

www.lobby-fuer-menschenrechte.de

10. Frauen gegen GATS. Kölner Kongress mobilisiert gegen globale neoliberale Ausbeutung

Autor: efa · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Gender; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:41

"Frauen, stoppt GATS!" Dies war der Slogan des Internationalen Kongresses Dienste ohne Grenzen? GATS, Privatisierungen und die Folgen für Frauen, der vom 09. bis zum 11. Mai in der Fachhochschule Köln statt fand. Referentinnen aus Kanada, Indien, Bangladesh, Österreich, Argentinien, Großbritannien und Deutschland diskutierten mit den etwa 500 Teilnehmerinnen und den wenigen Teilnehmern über die Folgen der neoliberalen Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen in ihren jeweiligen Ländern und insbesondere für Frauen. Doch was genau ist GATS und warum beschäftigen sich Feministinnen damit? Dazu im Folgenden eine kurze Einführung auf der Grundlage der im Netz dokumentierten Kongresstexte von Maria Mies und Ellen Diedrich. Auf der gegenüberliegenden Seite dokumentieren wir den Überblickstext von Marianne Hochuli zum Zusammenhang von GATS und Geschlecht in voller Länge. (1)

Die Welthandelsorganisation WTO hat bislang 29 Freihandelsabkommen geschaffen. Eines dieser Abkommen ist GATS Das General Agreement on Trade in Services (Allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen) ist ein Abkommen der 134 Mitgliedstaaten der WTO zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Es ist seit 1995 in Kraft.

"GATS ist dabei, in der ganzen Welt für die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen den Weg freizumachen. Nichts wird ausgenommen sein - jeden und jeglichen Dienst , der gegenwärtig jeweils von staatlicher Seite im Namen des öffentlichen Interesses zur Verfügung gestellt wird, wird man privaten Unternehmen zugänglich machen und unter Profitgesichtspunkten betreiben", stellte die kanadische Referentin Maude Barlow in Köln fest.

GATS legt die nahezu uneingeschränkte Öffnung des staatlichen Dienstleistungssektors für den Wettbewerb fest und entzieht dem Staat die meisten Mittel zur Regulierung des Marktes. Der Vertrag ist für alle Entscheidungs- und Regierungsebenen bindend. Die Einwilligung zum GATS hat die Europäische Union stellvertretend für ihre Mitgliedsländer gegeben. Für die Staaten, die GATS zugestimmt haben, ist es schwer bis unmöglich, eine einmal beschlossene Liberalisierungsverpflichtung wieder zurückzunehmen. Allerdings ist diese Verpflichtung eingegangen worden, ohne dass es in den jeweiligen Ländern zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte um Inhalte und Konsequenzen von GATS gekommen wäre - und das, obwohl nahezu alle Teile der Bevölkerung von den direkten Auswirkungen von GATS betroffen sind.

Die Verträge umfassen praktisch den gesamten Sektor öffentlicher Dienstleistungen, also konkret: Sozialdienste, Gesundheitswesen, Energie, Personen- und Gütertransport, Tourismus, Museen, Bibliotheken, Verwaltung, Reinigungswesen, Müllentsorgung, Kultur, Schulen (auch Forschung an Universitäten), Post, Wasserver- und -entsorgung, Radio, Fernsehen, Altenpflege und Kinderbetreuung, etc.

Besonders drastisch sind die Konsequenzen von GATS in Bezug auf die lebensnotwendige Ressource Wasser. Die indische Ökofeministin und Alternativer-Nobelpreis-Trägerin Vandana Shiva berichtete in Köln, dass in Kerala, einem der wasserreichsten Staaten Indiens, der Staat innerhalb kurzer Zeit so viel Wasser an Coca Cola verkauft hat, dass in der Folge der Grundwasserspiegel sank und Seen austrockneten.

400 Frauen, die gegen die Wasserprivatisierung protestierten, wurden verhaftet. Die Nutzung des Wassers zum Fischen, Baden, Waschen gilt jetzt als Diebstahl.

Das Beispiel Wasser verdeutlicht aber u.a. auch, welche Interessen die GATS-Staaten an der Privatisierung haben: Die globalen Ausgaben für Wasserversorgung belaufen sich auf über 1 Billion Dollar pro Jahr, für Erziehung auf über 2 Billionen Dollar, Gesundheitsversorgung auf über 3,5 Billionen Dollar pro Jahr. In diesen drei Bereichen sehen die multinationalen Konzerne umgekehrt ihre größten Profitmöglichkeiten. Es ist daher kein Wunder, dass sie auf die Privatisierung gerade dieser Bereiche drängen.

Marktähnliche Verhältnisse in Kindergärten, Schulen, Bildungseinrichtungen bedeuten eine erzwungene kommerzielle Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens; kulturelle Dienstleistungen und Güter stehen damit jenen zur Verfügung, die es sich leisten können und gemäß der neoliberalen Logik zur Nutzung ausersehen

sind. 40 Länder der WTO, einschließlich aller Länder der EU haben bereits die Erziehung unter den Zuständigkeitsbereich von GATS gesetzt. Die EU hat angekündigt, dass jede öffentliche Schule in Europa noch in diesem Jahrzehnt eng mit einem Unternehmen verbunden werden muss.

Die Mehrheit der Menschen, die weltweit im Dienstleistungssektor arbeiten, sind Frauen. Die Formen sind unterschiedlich, so Christa Wichterich: "In den Ländern des Südens geschieht dies vor allem im sogenannten Informellen Sektor, in personenbezogenenen oder haushaltsnahen Diensten, unter meist ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Frauen sind auch am meisten betroffen von den negativen Folgen der Strukturanpassungsprogramme. In den Industrieländern ist der öffentliche Sektor der größte Arbeitgeber für Frauen, wo sie bisher geschützte, geregelte Arbeitsplätze hatten. Frauenerwerbslosigkeit wird massiv zunehmen, geregelte Langzeitarbeitsplätze werden dereguliert, fragmentiert und in Billiglohnjobs verwandelt. Arbeitsschutzgesetze wie Mutterschutz werden ‚flexibilisiert'. GATS bedroht Frauen nicht nur als Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst weltweit, sondern sie sind auch betroffen, weil gerade sie auf erschwingliche öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind."

Doch es gibt Widerstand gegen GATS. Natürlich nicht nur in Köln. Dort aber wurde ein sofortiger Aktionsaufruf für Frauen gegen die Privatisierung des Wassers vorgeschlagen. Der Kongress rief außerdem zu Protest und Widerstandsaktionen gegen die nächste Ministerkonferenz der WTO in Cancun, Mexiko, auf. Denn, so Maria Mies: "Das GATS muss weg! Es lässt sich nicht verbessern."

efa

Anmerkung:

1) www.attac.de

11. Das GATS hat ein Geschlecht. Zu den Auswirkungen des Handelsabkommens auf Frauen

Autor: Marianne Hochuli · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:06

Die WTO-Regeln gelten bei Handelsdelegierten, bei Wirtschaftsämtern und vielen ParlamentarierInnen als geschlechtsneutral. Zu Unrecht.

Das 1994 abgeschlossene Handelsabkommen GATS hat zum Ziel, den Handel mit Dienstleistungen weltweit zu liberalisieren. Zu den Dienstleistungen gehören aber auch politisch stark regulierte Bereiche wie der Gesundheits- und Bildungsbereich, die Wasser- und Energieversorgung, Bereiche also, die Grunddienstleistungen zur Verfügung stellen, auf die alle Menschen ein Recht haben. Mit ihrer weitgehenden Liberalisierungsagenda schreibt die WTO diejenige Politik fest, die seitens des Internationalen Währungsfonds sowie der Weltbank seit anfangs der achtziger Jahre verfolgt wurde: Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, um das Staatsbudget zu entlasten. Die Erfahrungen dieser sogenannten Strukturanpassungen in den letzten 20 Jahren haben gezeigt: Insbesondere die ärmste Bevölkerung wird ihrer Grundrechte beraubt. Dazu zählen überdurchschnittlich viele Frauen. In den Neuverhandlungen des GATS bis 2005 zeichnen sich diesbezüglich Besorgnis erregende Entwicklungen ab.

Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck

Obwohl die Regierungen theoretisch frei wählen können, in welchen Sektoren sie Liberalisierungsverpflichtungen eingehen wollen, üben Länder mit starken Dienstleistungsindustrien auf andere einen ungeheuren Druck aus, gewisse Sektoren zu öffnen. Von der EU ist beispielsweise bekannt, dass sie gegenüber 29 Handelspartnern das Begehren gestellt hat, ihren Wassersektor für multinationale Konzerne zu öffnen. Begehrlichkeiten wecken auch der Gesundheits- und Bildungsbereich, wo ein milliardenschweres Umsatzpotenzial schlummert. Auf ärmere Länder üben gleichzeitig der IWF und die Weltbank Druck aus, ihre Staatsausgaben zu senken und "Partnerschaften" mit privaten Firmen einzugehen. Auch reichere Staaten sind immer mehr bereit, solche Partnerschaften einzugehen. Durch die Öffnung der Grenzen für private Anbieter besteht die Gefahr, dass Staaten ihre Verantwortung, die Grundversorgung für alle zu sichern, auch noch an diese abgeben.

Nthuthu Fuzile, Mitarbeiterin bei der Gewerkschaftsausbildungsorganisation Khanya College in Johannesburg schilderte bei einem Besuch in der Schweiz, welche Erfahrungen sie mit solchen Entwicklungen in Südafrika gemacht haben: "Es existieren private Krankenhäuser, die sich lediglich Wohlhabende leisten können. Die mittellose Bevölkerung geht, wenn überhaupt, in staatliche Krankenhäuser, wo die Bedingungen extrem schlecht sind. Es ist keine Ausstattung vorhanden, manchmal nicht einmal grundlegende Dinge wie Wäsche. Die Leute müssen mitbringen, was sie haben. Und sie müssen die Wäsche zum Waschen mit nach Hause nehmen. Es sind vor allem Frauen, die diese vermehrte Arbeit machen." Auch der Zugang zu Wasser sei immer Zeit raubender und werde durch die Privatisierung massiv erschwert. Da die Menschen in den Townships das privatisierte Wasser nicht bezahlen konnten, seien Karten eingeführt worden, mit denen das Wasser im Voraus bezahlt werden müsse. "Ist der Betrag aufgebraucht, dann kommt kein Wasser mehr. Früher haben sich die Frauen, die hauptsächlich für den Haushalt verantwortlich sind, in den umliegenden Häusern ausgeholfen, nun werden sie immer zurückhaltender, weil es so teuer ist", erklärt sie. Frauen müssen immer mehr Zeit darauf verwenden, das kostbare Gut Wasser beschaffen zu können.

Diese beiden Beispiele zeigen einen grundlegenden blinden Fleck in der Theorie der WTO. Die WTO definiert Ökonomie als Theorie der Marktregelungen und der in Geld gemessenen ökonomischen Tätigkeiten. Die viele unbezahlte Arbeit, die vor allem Frauen leisten, sei es als Produzentinnen von Gütern, als Haushälterinnen, Erzieherinnen von Kindern, Pflegerinnen von Kranken, als Gemeinschaftsarbeiterinnen, ist in diesem Modell nicht mitgedacht. Darum kann, was in der Geldökonomie als Effizienzsteigerung erscheint, in der Realität eine Verschiebung von Arbeitsaufwand vom bezahlten in den unbezahlten Sektor sein. Deregulierung, Privatisierung und Reduzierung staatlicher Leistungen bedeuten in Realität, dass das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit neu geregelt wird - meist zu Ungunsten von Frauen.

Um beim Zugang zu privatisierten Leistungen zu bleiben: In den USA hat die Privatisierung dazu geführt, dass über 44 Millionen der armen US-BürgerInnen nicht versichert sind. In Chile haben sich die öffentlichen Krankenhäuser durch die Konkurrenz privater Krankenhäuser rapide verschlechtert. Die Wohlhabenderen können sich die kostbaren, privaten Leistungen leisten, die Mehrheit der ärmeren Bevölkerung, zu der viele Frauen zählen, sind auf den immer schlechter werdenden öffentlichen Sektor angewiesen. In Harare, Zimbabwe, hatte sich 1995 die Sterberate von Frauen bei der Geburt innerhalb von zwei Jahren verdoppelt, nachdem das Gesundheitsbudget von der Regierung um einen Drittel gekürzt worden war.

Auch im Bildungsbereich drängen IWF und Weltbank darauf, dass die Staatsausgaben gesenkt werden. In Zambia beispielsweise wurden die Kosten auf die lokalen Gemeinschaften und Familien abgewälzt. Eine Studie machte deutlich, dass sich dadurch die Qualität der Grundschule nicht verbessert hat, dass aber viel weniger Mädchen als Jungen an Schulen eingeschrieben wurden.

Menschen als Handelsware

Die Reduzierung von Staatsausgaben sind oft auch mit Entlassungen von Staatsangestellten verbunden. Im Staatssektor sind überdurchschnittlich viele Frauen tätig, als Sekretärinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern und Ärztinnen. Im Staat haben es Frauen meistens auch leichter als im Privatsektor, Anstellungen für qualifizierte Berufstätigkeit zu finden.

Frauen sind außerdem im Dienstleistungssektor oft als Kleinunternehmerinnen tätig. Durch Liberalisierung müssen sie mit großen multinationalen Firmen in Konkurrenz treten. Dieser Konkurrenz sind sie nie und nimmer gewachsen.

Staaten haben die Aufgabe zu erfüllen, die Grundrechte der Bevölkerung zu sichern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die ökonomischen Aktivitäten entsprechend geregelt werden. Private Firmen jedoch verfolgen das Ziel, Profite zu erzielen, sie fühlen sich, wie ein französischer Wasserkonzern kürzlich in einer Schweizer Radiosendung erklärte, nicht als Wohlfahrtsorganisation. In der WTO soll auf Ersuchen der EU eine Arbeitsgruppe untersuchen, ob bestehende nationale Regulierungen nicht mehr als nötig "handelsverzerrend" wirken. Es besteht die Gefahr, dass insbesondere Sozialgesetze, zum Beispiel Gleichstellungsgesetze, aber auch Umweltregelungen, mehr und mehr als Handelsschranken für den Welthandel angesehen werden.

Die Art der Erbringung von Dienstleistungen wird von der WTO in vier verschiedene Modi aufgeteilt. Der vierte Modus regelt den "grenzüberschreitenden Personenverkehr", so der Fachausdruck. Gut ausgebildete Dienstleistungserbringer sollen die Möglichkeiten erhalten, ihre Dienstleistungen während drei, maximal sechs Monaten in einem anderen Land direkt anbieten zu können. Diese Möglichkeit erhalten lediglich gut ausgebildete Fachleute, beispielsweise im Computerbereich. Ärmere Länder verlangen einen erleichterten Personenverkehr Richtung Norden, haben sie doch als Wettbewerbsvorteil vor allem ihre günstige Arbeitskraft anzubieten. Frauenorganisationen- und Netzwerke üben jedoch grundsätzliche Kritik: Sie verneinen das Konzept, dass Grenzüberschreitungen von Menschen einfach als Handelspolitik angesehen werden. Ausserdem werden in diesem Konzept die Lebens- und Arbeitsrealitäten von Frauen in keiner Weise berücksichtigt. Viele Frauen im Dienstleistungssektor arbeiten als ungelernte, schlecht bezahlte Arbeitskräfte. Sie können von den seitens der WTO proklamierten Vorteilen eines liberalisierten Dienstleistungshandels am allerwenigsten profitieren, denn die Auswahl der beruflichen Dienstleistungen, die grenzüberschreitend von natürlichen Personen angeboten werden dürfen, ist limitiert und männerorientiert. Außerdem kann der als Handelspolitik deklarierte Personenverkehr den "Brain Drain" fördern, das heißt die Abwanderung von gut ausgebildetem Fachpersonal. So werden zum Beispiel Krankenschwestern von Jamaica oder den Philippinen in die USA "exportiert". Laut einem WTO-Bericht von 1995 blieben dadurch in Jamaica 50% der Stellen unbesetzt. Tatsächlich verdienen die emigrierten Krankschwestern in den USA mehr als in ihren Heimatländern, sie werden aber in den USA teilweise massiv marginalisiert und leiden unter einem offenen oder latenten Rassismus und Sexismus.

Ein wichtiger Dienstleistungssektor, speziell für südliche Länder, ist der Tourismusbereich. Viele ärmere Länder sind bereits zahlreiche Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen, ohne in der Konsequenz zu wissen, was dies in Zukunft bedeuten würde. Auch in der anstehenden Liberalisierungsrunde steht der Tourismus ganz oben auf der Wunschliste. Liberalisierungsverpflichtungen in der WTO einzugehen heißt, das "Inländerprinzip" befolgen zu müssen: alle ausländischen Firmen müssen behandelt werden wie lokale

Unternehmen. Außerdem verbietet das Meistbegünstigungsprinzip, zum Beispiel besonders umweltbewusste oder soziale Firmen zu bevorzugen. Die meisten Länder haben es 1994 auch verpasst, entsprechende Klauseln einzubauen, die Beschränkungen erlauben würden. Im Nachhinein ist dies nicht mehr möglich. Der Tourismus, wird allgemein argumentiert, bringe Wachstum und ziehe ausländisches Kapital an. Die sozialen Folgen, die Folgen für Frauen oder die Umwelt werden in dieser Argumentation nicht berücksichtigt. Auch im Tourismusbereich herrscht eine Arbeitsteilung entlang der Geschlechtergrenzen vor. Männer sind viel stärker im formellen Sektor tätig, während Frauen als ungelernte Beschäftigte, in ungesicherten Stellungen und je nach Saison teilzeitangestellt, einen minimalen Lohn erhalten. Außerdem sind Frauen eher in kleinen Agenturen tätig. Männer hingegen kontrollieren die wichtigsten und großen Sektoren wie die Flugzeuggesellschaften, Eisenbahnen, Hotelketten, Autovermietungen. Obwohl unter Umständen im Tourismusbereich für Frauen mehr Jobs geschaffen werden, ist die Frage nach den Arbeitsbedingungen und nach den Langzeitperspektiven zentral. Ein drängendes Problem ist der rasant wachsende Sextourismus - er gilt unterdessen als eine der beständigsten, saisonunabhängigen und lukrativsten Möglichkeiten für Frauen.

Tourismus: Fluch oder Segen?

Je nach Art des Tourismus kann er einer Gemeinde und deren Bevölkerung besseren Zugang zu Straßen, Wasser, Elektrizität oder Sanitären Einrichtungen bringen. Umgekehrt kann ein forcierter Tourismus den Zugang zu grundlegenden Gütern sogar verschlechtern - beispielsweise, wenn riesige Hotels überdurchschnittlich viel Wasser verbrauchen oder wenn Firmen Steuern erlassen werden, die dann im Gemeindebudget fehlen, um eine soziale Politik und umweltverträgliche Politik machen zu können.

Frauen fordern vehement ein Moratorium der GATS-Verhandlungen sowie sorgfältige und unabhängige Untersuchungen über die Auswirkungen der bisher eingangenen Liberalisierungsverpflichtungen auf Frauen, Kinder und Männer. Künftige Pläne sollen öffentlich gemacht und diskutiert werden. Außerdem sollen öffentliche Dienstleistungen unter keinen Umständen den WTO-Regeln unterstellt werden.

Marianne Hochuli

Marianne Hochuli ist bei der entwicklungspolitischen Organisation Erklärung von Bern/ Schweiz für den Programmbereich Handelspolitik zuständig. Weitere Informationen zur Kampagnen- und Lobbyingarbeit der Erklärung von Bern unter www.evb.ch.

12. TRIPS im Weltmarkt. Genjäger und Biopiraten

Autor: Gregor Kaiser · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:32

Im Mittelpunkt der Erforschung, Aneignung und Inwertsetzung biologischer Vielfalt steht das Interesse an finanziellem Gewinn; in der Öffentlichkeit wird jedoch durch geschickte PR-Strategie der Eindruck erweckt, alles geschehe zum Wohle der Menschheit.

Die Bio- und Gentechnologien verleihen pflanzengenetischen "Ressourcen" einen ökonomischen Wert als "Rohstoff" für Pharma- und Nahrungsmittelindustrie. Um die ökonomischen Gewinne aus der Nutzung dieses "Rohstoffes" abzusichern, werden weltweit Patente (nicht nur) auf Pflanzen und deren Bestandteile erteilt. Die Kontrolle über die Ressourcen fällt damit in die Hände von Forschungslabors und transnationalen Konzernen, die mit Hilfe der Gentechnologie Manipulationen an Pflanzen, Tieren und Menschen vornehmen (wollen). Die Grundbausteine des Lebens werden zur Ware im kapitalistischen Produktionskreislauf. Dritte werden von der kostenlosen Nutzung der "genetischen Ressourcen" ausgeschlossen.

Was bedeutet es nun, ein Patent für eine Erfindung erteilt zu bekommen? Zunächst einmal muss das zu patentierende Produkt oder Verfahren neu sein, es darf zweitens nicht offensichtlich sein (d.h. es muss sich um eine besondere geistige Leistung handeln) und es muss drittens gewerblich anwendbar sein. Ein Patent kann dann für in der Regel 20 Jahre gewährt werden, so dass der Inhaber/die Inhaberin Dritte von der Nutzung ausschließen kann. Er/Sie kann aber auch an Dritte Lizenzen zur Nutzung vergeben und dafür Gebühren kassieren; ein Patent beinhaltet jedoch noch kein ökonomisches Monopol, sondern es ist durch staatliche Gesetzgebung möglich, dem Patentinhaber die Anwendung des Patentes zu untersagen (Ausschließungsrecht). Ein Patent räumt somit kein positives Nutzungsrecht ein. Es ist, einmal eingetragen, weltweit gültig. Niemand kann die gleiche Sache noch einmal zum Patent anmelden. Andererseits ist das geistige Eigentumsrecht auf das Territorium, wo es erteilt wurde, begrenzt - im Gegensatz zum Sacheigentum. Ein vom Deutschen Patentamt erteiltes Patent gibt dem Inhaber/der Inhaberin das Recht, Dritte in Deutschland von der Nutzung auszuschließen, nicht jedoch in anderen Ländern - es sei denn, das Patent ist auch in anderen Ländern erteilt worden. Für Europa ist das Europäische Patentamt (EPA) in München zentrale Anlaufstelle zur Koordination von länderübergreifenden Patentanträgen, global die Weltorganisation zum Schutz geistigen Eigentums, WIPO.

Seit Anfang der 1980er Jahre werden nun auch Patente auf Gene von Pflanzen, Tieren und Menschen erteilt. "Dammbruch" war ein Urteil des US-amerikanischen Supreme Courts. Die Richter erklärten alles, was "unter der Sonne von Menschenhand geschaffen ist", als patentierbar. Die Patentämter legten in den folgenden Jahren die jeweiligen Gesetze sehr großzügig aus. Das EPA erteilte 1991 das erste Patent auf menschliche Gene (Relaxin-Gen) und 1992 auf das erste Tier (Harvard-Krebsmaus). Die Anzahl der Patentanmeldungen auf Pflanzen nimmt stetig zu. Wurden 1990 beim EPA 182 Patentanmeldungen für gentechnisch veränderte Pflanzen eingereicht, stieg diese Zahl im Jahr 2002 auf 2.634. Auch bei Patentanmeldungen auf nicht gentechnisch veränderte Pflanzen hat sich die Zahl nahezu verzehnfacht (von 67 1990 auf 582 2002).

Globalisierung der Ansprüche ...

Das 1995 in Kraft getretene WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights, TRIPS-Abkommen) nahm die Rechtsprechung des US-amerikanischen Supreme Courts auf. Es schuf weltweit gültige Minimumstandards im Hinblick auf und zur Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte. Nach und nach wird das Abkommen in der nationalen Gesetzgebung der Vertragsstaaten umgesetzt. Waren und sind die oben genannten Patenterteilungen noch umstritten, werden nach In-Kraft-Treten der Europäischen Richtlinie zum Schutz biotechnologischer Erfindungen (Biopatentrichtlinie) kaum noch Fragen gestellt werden. Zu offensichtlich ist, dass alles patentierbar sein soll und muss. Bisher sind jedoch erst sechs EU-Staaten dieser Verpflichtung gefolgt.

Eigentlich hätte die EU-Richtlinie bereits bis Sommer 2000 in nationales Recht der EU-Staaten umgesetzt werden müssen. Ein entsprechender Gesetzentwurf war in der BRD in der letzten Legislaturperiode zurückgezogen worden. Der Bundestag berät noch in diesem, spätestens im nächsten Jahr über die

Umsetzung der Richtlinie. Die Folgen der Umsetzung wären gravierend. Während das TRIPS-Abkommen im Hinblick auf Patente auf Leben noch Ausnahmeregelungen aufweist, die in nationalstaatlicher Gesetzgebung bzw. bilateralen Abkommen ausbuchstabiert werden können und somit einen Spielraum offen lassen, umfasst die Biopatentrichtlinie der EU explizit Patente auf Pflanzen, Tiere, menschliche Gene und Teile des menschlichen Körpers. Denn "biologisches Material, das mit Hilfe eines technischen Verfahrens aus seiner natürlichen Umgebung isoliert und hergestellt wird, ...(kann) auch dann Gegenstand einer Erfindung sein, wenn es in der Natur schon vorhanden ist", und "Erfindungen, deren Gegenstand Pflanzen oder Tiere sind, können patentiert werden, wenn die Ausführung der Erfindung technisch nicht auf eine bestimmte Pflanzensorte oder Tierrasse beschränkt ist".

Patente sind heute Ansporn der Entwicklungen der Bio- und Gentechnologien; Erteilung oder Verweigerung eines Patentes kann extreme Kursschwankungen an den internationalen Börsen auslösen. Dominiert wird der Markt von wenigen transnationalen Konzernen, unter denen der in Leverkusen ansässige Bayer-Konzern einer der größten ist. Durch die Übernahme des Agrarbereichs von Aventis im vergangenen Jahr - nun firmierend unter Bayer Crop Science - ist dieser Konzern dominierender Akteur auf dem europäischen Saatgut- und Pestizidmarkt.

... Privatisierung der Gewinne

Vielfach sind die Konzerne jedoch auf die "Schätze" der Natur angewiesen, um ihre marktfähigen Produkte herstellen zu können. Konventionelles Hochertragssaatgut muss immer wieder mit traditionellen Land-/Wildsorten rückgekreuzt werden, um Widerstandsfähigkeit und Anpassung an Umwelteinflüsse zu erhalten und zu verbessern. Viele Inhaltsstoffe von Medikamenten kommen bereits in der Natur vor und werden in traditioneller Heilmedizin genutzt und weiterentwickelt. Aber auch Kosmetik- und "Wellness"industrie setzen große Erwartungen in natürlich vorkommende Stoffe zur Befriedigung der nördlichen Märkte (z.B. Schlankheitspillen - Hoodiakaktus). Und hier kommt der Begriff der Biopiraterie ins Spiel. Biopiraterie bezeichnet die Aneignung von genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen durch private Konzerne oder staatliche Institutionen mit dem Ziel, diese zu patentieren oder durch andere geistige Eigentumsrechte als Privatbesitz abzusichern.

So meldet DuPont ein Patent auf alle Maispflanzen an, die einen Ölgehalt von mehr als 6% und einen Ölsäuregehalt von mehr als 55% besitzen. Das seitens des EPA zunächst erteilte Patent umfasste alle herkömmlich gezüchteten Maissorten ebenso wie alle natürlich vorkommenden. Die Folge wäre gewesen, dass z.B. die mexikanischen BäuerInnen ihre seit Generationen weiterentwickelten Maissorten nur gegen die Zahlung von Lizenzgebühren in die Länder einführen könnten, in denen das Patent gilt. Durch einen Einspruch von Greenpeace und Misereor wurde das Patent von der Beschwerdekammer des EPA im März 2003 zurückgewiesen. Wäre die EU-Biopatentrichtlinie Grundlage der Patenterteilung gewesen, wäre dieses Einspruchverfahren aller Voraussicht nach gescheitert und das Patent auf den Mais hätte noch Bestand.

Transnationale Piraterie

Vor allem in den Ländern des globalen Südens ist Biopiraterie seit vielen Jahren ein Thema, in den Industrieländern und somit auch in Deutschland spielt es bisher nur eine untergeordnete Rolle.

Gregor Kaiser

13. Am Ende geht's ans Lager. Aktionstage in Nürnberg/Fürth schließen Camp-Sommer ab

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:12

Der Schlussakkord im diesjährigen Camp- und Gipfelsommer wird in Bayern ertönen. Verschiedenste Gruppen aus dem antirassistischen Spektrum rufen auf zu Anti-Lager-Aktionstagen zwischen dem 11. und 14. September in Nürnberg/Fürth. Aufhänger ist das dortige so genannte Ausreisezentrum, gegen das sich seit seiner Eröffnung im Oktober 2002 massiver Protest regt.

Die ursprüngliche Idee lautete anders: Danach sollte das 6. antirassistische Grenzcamp seine Zelte in Nürnberg/Fürth aufschlagen, nicht zuletzt um dem so genannten Ausreisezentrum und somit Lagern und Lagerpolitik überhaupt eine entschlossene Absage zu erteilen. Woomera und Bologna wären in diesem Szenario Camp-PatInnen geworden! Allein, die Mehrheit der Grenzcamp-Community wollte das nicht, das nächste Camp wird stattdessen in Köln stattfinden. (vgl. ak 470) Einzelne Gruppen, darunter The Voice und die Karawanegruppe Nürnberg, entschlossen sich deshalb, zusätzlich zu Köln Aktionstage inkl. Camping in Nürnberg/Fürth auf die Beine zu stellen. Mittlerweile werden diese vor allem von der Karawane und verschiedenen Gruppen aus dem bundesweiten Netzwerk gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager (3A-Kampagne) getragen.

Mittel der Illegalisierung

Politisch ist in Nürnberg/Fürth dreierlei geplant: Erstens soll das Ausreisezentrum als das angeprangert werden, was es ist: als Abschiebe- und Verfolgungslager. Praktisch bedeutet das, die sofortige Schließung aller fünf bisher in Deutschland eröffneten Ausreisezentren zu fordern. Zweitens soll das bundesdeutsche Lagersystem in Bezug zu anderen Lagern bzw. Lagertypen in Europa und weltweit gesetzt werden. Es geht darum aufzuzeigen, in welchem Sinne der vor allem von den reichen Industriestaaten massiv forcierte Aufbau eines globalen Lagersystems einzig darauf abzielt, einen Beitrag zur sozialtechnologischen Kontrolle weltweiter Flucht- und Migrationsbewegungen zu leisten. Drittens sollen durch die Aktionstage die vielfältigen, ebenfalls rund um den Globus stattfindenden Anti-Lager-Proteste unterstützt und verbreitert werden.

Das derzeit in Deutschland herrschende Lagersystem für Flüchtlinge und Papierlose basiert auf vier Säulen: Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen, werden zunächst für maximal drei Monate in einer Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) untergebracht. Danach erfolgt für die gesamte Dauer des Asylverfahrens die Unterbringung in so genannten Gemeinschaftsunterkünften. Dies können normale Wohnhäuser sein genauso wie große Containerlager oder ehemalige Kasernenkomplexe für mehrere hundert Menschen. Flüchtlinge oder MigrantInnen, die über keinen offiziellen Aufenthaltstitel (mehr) verfügen und deshalb ausreispflichtig sind, landen im Abschiebeknast, so denn ihnen per Gerichtsbeschluss unterstellt wird, sie könnten sich ihrer bevorstehenden Abschiebung entziehen. Abschiebe- bzw. Sicherungshaft kann bis zu sechs, in Ausnahmefällen bis zu 18 Monate andauern. Von ihr sind in Deutschland jährlich zwischen 10.000 und 20.000 Menschen betroffen.

In so genannte Ausreisezentren werden schließlich Menschen eingewiesen, die zwar ausreisepflichtig sind, die jedoch mangels gültiger Ausweispapiere nicht in ihre (mutmaßlichen) Herkunftsländer abgeschoben werden können. Die Behörden werfen diesen Menschen Identitätsverschleierung vor, sie müssten deshalb durch geeignete Maßnahmen dazu gebracht werden, auf die eine oder andere Weise bei der Beschaffung gültiger Ausweispapiere mitzuwirken. Konkret bedeutet das: Permanente Interviews, Sprachtests, Botschaftsvorführungen, Zimmerdurchsuchungen, Anwesenheitskontrollen, verschärfte Residenzpflicht, Taschengeldentzug, etc. (vgl. ak 467)

Geflissentlich verschwiegen wird indes, dass es häufig die Botschaften der Herkunftsländer selbst sind, die sich weigern, die Betroffenen als "ihre" StaatsbürgerInnen anzuerkennen und entsprechende Ausweispapiere ausstellen. Last but not least: Gemessen an ihren offiziellen Zielsetzungen sind die fünf bislang als Modellprojekte arbeitenden Ausreisezentren weitgehend gescheitert: Gerade mal 16% der Eingewiesenen konnten abgeschoben werden, bei ca. 30% konnte zwar die Identität festgestellt, trotzdem aber keine Abschiebung erwirkt werden, demgegenüber sind über 50% in die Illegalität abgetaucht.

Dass an den Ausreisezentren trotzdem festgehalten, also auch ihr massenhafter Illegalisierungseffekt billigend in Kauf genommen wird, zeigt, worum es wirklich geht: Nicht Flüchtlinge sind das Problem - jedenfalls unter bestimmten Umständen, sondern Flüchtlinge, die Geld kosten.

Die immer konsequentere Unterbringung von Flüchtlingen und Papierlosen in Lagern oder Knästen ist ein nahezu überall in Europa vorherrschender Trend. Insbesondere in Osteuropa werden vielerorts mit finanzieller Unterstützung durch die EU gefängnisartige Lager errichtet, in welchen MigrantInnen bzw. Flüchtlinge ohne gültige Transitpapiere interniert werden. Das diesbezüglich immer noch krasseste Beispiel dürften indes die von der International Organisation for Migration (IOM) auf der Pazifikinsel Nauru betriebenen Internierungslager sein: Im Auftrag der australischen Regierung werden dort abgefangene Boat-People-Flüchtlinge unter laut amnesty international "höllischen" Bedingungen auf unbestimmte Zeit festgehalten. (vgl. ak 473)

Ein anderer Lagertypus sind die erstmalig im Zuge des Kosovo-Kriegs systematisch errichteten Flüchtlings(abfang)lager: Waren 1992 und 1993/94 während der Kriege im zerfallenden Jugoslawien noch mehrere Millionen Menschen nach Westeuropa geflüchtet, so konnten im Kosovo-Krieg 1999 ca. 550.000 von 800.000 kosovarischen Flüchtlingen direkt in temporäre und streng bewachte Flüchtlingslager in Albanien und Mazedonien "gelotst" werden.

Aus migrationspolitischer Sicht ist dieses zwischen NGOs und westlichen Kriegsparteien ausgehandelte Konzept der kriegsregionnahen Flüchtlingsunterbringung ein absoluter Erfolg gewesen. Es stellt deshalb auch die Blaupause dar für einen derzeit von der britischen Regierung innerhalb der EU unter dem Titel "A new vision for refugees" stark gemachten Vorschlag: Danach sollten Flüchtlinge rund um den Globus in EU-finanzierten und von der UN verwalteten Lagern untergebracht werden, etwaige Asylanträge müssten sodann - nach einer Sperrfrist von sechs Monaten - in diesen, nahe der jeweiligen Kriegs- und Krisenregion errichteten Lagern gestellt werden. Flüchtlinge, die sich bis nach Europa durchgeschlagen hätten, würden ebenfalls direkt in das für sie zuständige Lager rückverschickt werden.

Was aber sind Lager in analytischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht? Welche Funktion und welchen Charakter haben sie? Klar ist: Allein die Vielfalt unterschiedlicher Lager und Lagertypen verbietet eindimensionale Antworten, dennoch lohnt es, exemplarisch verschiedene Deutungsversuche kennen zu lernen.

1. Stephan Dünnwald vom Bayrischen Flüchtlingsrat, der sich in einem äußerst lesenswerten Artikel ("Die Bundesrepublik als Lagergesellschaft") vor allem mit Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge beschäftigt, formuliert zwei Thesen: Zum einen dienten, wie ja von staatlicher Seite auch freimütig eingestanden würde, die mit Lagerunterbringung und anderen asylpolitischen Maßnahmen verknüpften Restriktionen der gezielten Demütigung und Degradierung von Flüchtlingen und somit der präventiven Abschreckung. Zum anderen sei die Unterbringung in Lagern Ausdruck einer politisch "gewollten Separierung und Exklusion" von Flüchtlingen. Denn je nicht-integrierter und somit stigmatisierter diese seien ("Die Leute aus dem Lager"), desto leichter könnten Abschiebungen durchgesetzt werden. Seitens der Mehrheitsbevölkerung sei unter solchen Bedingungen weder Unterstützung noch Widerstand zu erwarten. Im Gegenteil: Die Unterbringung in Heimen sei vielmehr geeignet, rassistische Ressentiments zu schüren bzw. zu intensivieren.

Lager mit verschiedenen Bedeutungen

2. Der in Italien viel diskutierte Philosoph Giorgio Agamben beschäftigt sich vor allem mit der italienischen Variante von Ausreisezentren bzw. Abschiebelagern (die dort Internierten müssen binnen 60 Tagen abgeschoben oder freigelassen werden): Lager seien, so Agamben in einem Interview, Orte des "Ausnahmezustandes"; die Internierten seien keine "Rechtssubjekte, sondern nackte Existenzen" - aller staatsbürgerlichen Rechte entblößt. Dies ergebe sich daraus, das die Internierten juristisch als Personen gelten würden, "die bereits der Maßnahme der Abschiebung unterworfen sind, für die aber der Vollzug der Maßnahme nicht möglich gewesen ist". Abschiebehäftlinge befänden sich zwar faktisch, d.h. als nackte Existenzen auf italienischem Territorium, nicht aber juristisch, d.h. als Personen mit "Subjektposition im bürgerlichen Recht". Möglich sei dieses juristische Paradox, weil Lager in "biopolitischer" Absicht auf die "Regulierung der Bevölkerungsströme" zielten. Nur vor dem Hintergrund dieser Aufgabenstellung sei zu verstehen, weshalb Abschiebehäftlinge Abgeschobene seien, "die nicht mehr da, doch inhaftiert sind". In

politischer Hinsicht würden Abschiebelager das herrschende Konzept von Staatsbürgerschaft prinzipiell in Frage stellen.

3. Demgegenüber kritisiert der ebenfalls in Italien lehrende Historiker und antirassistische Aktivist Sandro Mezzadra in einem Werkstattgespräch, dass "Arbeit" in Agambens Überlegungen keine Rolle spielte. Und das, obwohl es, so Mezzadra, "einen grundlegenden Zusammenhang zwischen den gegenwärtigen Abschiebelagern und der umfassenden Restrukturierung des Arbeitsmarktes im globalen Kapitalismus" gäbe. Das Abschiebelager sei "eine Art Druckverminderungskammer, welche die auf dem Arbeitsmarkt angesammelten Spannungen verstreuen würde". Konkret meint dies dreierlei: Erstens würde durch Abschiebungen ein gesamtgesellschaftlich kontraproduktives Zu-Groß-Werden der lohnarbeitsbezogenen Reservearmee vermieden werden. Zweitens produzierten die Abschiebelager massenhaft irreguläre, d.h. überproportional ausbeutbare Arbeitskräfte (schließlich kämen etwa 40% der Internierten nach 60 Tagen wieder frei). Drittens artikulierte die Gewalt der Abschiebelager symbolisch und weithin sichtbar den "despotischen" Anspruch des globalen Kapitalismus, einzig nach aktuellem Bedarf Arbeitskräfte unter Regie zu nehmen und in eins damit deren Mobilität zu kontrollieren.

Wie weit Mezzadras Thesen im Einzelnen tragen, müsste genauer untersucht werden. Dennoch scheinen seine Überlegungen äußerst hilfreich zu sein, machen sie doch deutlich, dass die in jüngerer Zeit immer wieder proklamierte Notwendigkeit einer Re-Ökonomisierung von Antirassismus das globale Lagersystem ausdrücklich miteinschließt. Einerseits, weil zunehmend auch (irreguläre) MigrantInnen von Lagerinternierung betroffen sind, andererseits, weil Lager einen zentralen Baustein innerhalb herrschender und primär an ökonomischen Kriterien ausgerichteter Migrationspolitik darstellen.

Kammern zur Druckverminderung

Es bleibt abzuwarten, was in Nürnberg/Fürth konkret passieren wird. Fest steht: Das dortige Ausreisezentrum ist kein geschlossenes Internierungslager, insofern dürfte es nicht, wie im australischen Wüstenlager Woomera, zu spektakulären Befreiungsversuchen kommen. Genauso wenig ist a la Bologna eine buchstäbliche Demontage des Ausreisezentrums durch Disobbedienti (Ungehorsame) zu erwarten. Die PlanerInnen hoffen dennoch auf mindestens 200 AktivistInnen. Wo gecampt wird, welche Aktionen stattfinden werden, wie die praktische Kooperation mit den Flüchtlingen im Ausreisezentrum selbst aussehen wird etc., diese und andere Fragen werden erst in den nächsten Wochen diskutiert und entschieden werden.

Gregor Samsa

Der Stephan Dünnwald Text und das Interview mit Giorgio Agamben sind abrufbar unter: www.abschiebehaft.de/kampagne/reader.pdf. Das Gespräch mit Sandro Mezzadra kann abgerufen werden unter: www.borderlandsejournal.adelaide.edu.au/vol2no1_2003/mezzadra_neilson

14. "Effektives Normalbild herstellen." Der "Freistadt" Christiania droht die Räumung

Autor: Peter Birke · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:38

Vor über 30 Jahren mit erheblichem gegenkulturellen Drive besetzt, soll Christiania in Kopenhagen jetzt geräumt werden. So sehen es jedenfalls die Pläne der dänischen Regierung und der rechtspopulistischen "Dansk Folkeparti" vor, während die sozialdemokratische Stadtregierung Kopenhagens für eine sanftere Variante der "Normalisierung" eintritt

Im Jahre 1971 entfernte eine Gruppe von BewohnerInnen des Kopenhagener Viertels Christianshavn einen Teil des Zauns um ein verlassenes Militärgelände und errichtete einen Spielplatz. Im Kontext der sozialen Bewegungen der frühen 1970er Jahre begann damit Dänemarks größte und berühmteste Aneignungsaktion. Mit der Zeit zogen etwa 800 Menschen auf das Gelände und erklärten es zur "Freistadt". Seitdem hat diese Besetzung die bürgerliche Öffentlichkeit immer wieder herausgefordert. In schöner Regelmäßigkeit wurde den "Christianittern" vorgeworfen, dass sie sich Dinge aneigneten, die ihnen nicht gehörten und dass sie ihre Wohn- und Lebensform frei wählten.

Bis heute haben sich viele der Ideen von Christiania relativiert. Die meisten der jetzigen BewohnerInnen haben die Besetzung selbst nicht erlebt. Und sie sind älter geworden, der Altersdurchschnitt liegt mittlerweile bei über 40 Jahren. Gleichzeitig haben sich einige "Christianitter" durchaus etabliert. Es ist ein Gefälle zwischen wohlhabenden BürgerInnen und Armutsbevölkerung entstanden. Gleichzeitig ist Christiania eine Touristenattraktion geworden, die jährlich von 500.000 bis 1 Mio. Menschen besucht wird. Die Veränderungen haben zur Belastung, aber bisher noch nicht zur Spaltung und Auflösung des Projektes geführt.

Im Mittelpunkt der aktuellen Debatte um die "Freistadt", die schon seit langem an die öffentliche Versorgung angeschlossen ist und dafür Abgaben entrichtet, steht mal wieder die "Pusher Street", der einzige Markt in der dänischen Metropole, auf dem öffentlich und kontrolliert Cannabisprodukte gehandelt werden. Pia Kjaersgaard, Vorsitzende der Rechtspopulisten, hetzte im Februar im Parlament gegen die "Freistadt": "Alle sind sich einig, dass dies ein gesetzloses Gebiet ist. Dort hausen Rockerbanden und gewalttätige Einwanderer, sie haben Waffen".

Von Chaoten und bewaffneten Kiffern

Mit dem zynischen Verweis auf den katastrophalen Wohnungsmangel in Kopenhagen wird von der "Volkspartei", aber auch von den rechten Regierungsparteien der Bau von Wohnungen "für gesetzestreue Bürger" auf dem Gelände von "Christiania" gefordert. Der für das Areal immer noch zuständige Verteidigungsminister drückte im Parlament die Hoffnung aus, "das total verbieten zu können" und "das ganze Normalbild zu effektivieren". Ein erster Schritt auf diesem Weg sind Razzien, die sich gegen den Verkauf von Cannabis auf dem Gelände der "Freistadt" richten. Seit Mitte Mai wurden bei solchen Aktionen von fast 100 PolizistInnen etwas mehr als 300 Gramm Haschisch beschlagnahmt, also ca. drei Gramm pro Einsatzkraft.

Schicke Stadt für schöne Menschen

Für die BewohnerInnen Christianias sind Razzien und Räumungsdrohungen nichts Neues. Dass es der Regierung diesmal ernster ist, hängt jedoch sicherlich nicht in erster Linie mit der "Gesetzlosigkeit" der BewohnerInnen zusammen. Die Inseln östlich von Kopenhagen sind seit einigen Jahren das Zentrum der Stadtentwicklung, die durch die Verlagerung des Hafens und der hafennahen Industrie aus der Innenstadt und die Errichtung der Brücke nach Schweden forciert wurde. Im alten Fischereihafen und im Schlachthof nahe des Hauptbahnhofes sind in diesem Zusammenhang große Vergnügungs- und Konsumkomplexe entstanden. Mit der "Örestad" entsteht auf dem Weg nach Schweden ein neuer Stadtteil. Die U-Bahn, deren erste Teilstrecke vor kurzem eröffnet wurde, soll dazu beitragen, dass die "Örestad" auch für zahlungskräftiges Klientel attraktiv wird. Die weitere Verkleinerung des Militärgeländes auf Christianshavn und das Verschwinden einer Großwerft haben eine Fortsetzung der Hafenrandbebauung ermöglicht. Aktuell entsteht u.a. ein hypermodernes Opernhaus auf dem Gelände der ehemaligen Militärwerft, nur einige hundert Meter von Christiania entfernt.

In dem Maße, wie die Grundstückspreise in Christianshavn steigen, nimmt auch der Druck auf Christiania zu. Dabei gibt es zurzeit Differenzen zwischen Zentral- und Stadtregierung über den richtigen Weg zur

"Normalisierung". Der sozialdemokratisch dominierten Stadtregierung geht es darum, dass sich der traditionell auf Christianshavn angesiedelte proletarische Bevölkerungsteil, die "Christianitter" und die Operngäste, Bankangestellten, Regierungsbeamten u.s.w. nicht stören, was de facto vor allem Forderungen an Anpassungsleistungen der Armutsbevölkerung nach sich ziehen wird. Im Gegensatz zur Zentralregierung sucht der Bürgermeister der Stadt deshalb derzeit den Dialog mit den "Christianittern". Für die Strategie der Sozialdemokraten spricht, dass es juristisch gar nicht so einfach sein wird, Christiania in einem Zug zu räumen. Zwar läuft der Nutzungsvertrag für das Gelände im kommenden Jahr aus, jedoch hat das Parlament die "Freistadt" 1980 offiziell legalisiert.

Der Widerstand gegen die Räumung bezieht sich derzeit vor allem auf die Razzien gegen die "Pusher Street". Dabei gestehen die "Christianitter" zu, dass der Drogenmarkt, der Tourismus und die Armut in der "Freistadt" durchaus zu Konflikten führen. Allerdings weisen sie zu Recht darauf hin, dass diese Probleme von der dänischen Gesellschaft produziert werden und dass Christiania dem dänischen Staat in erheblichem Ausmaß sozialarbeiterische Aufgaben abnimmt. Legalisierung von Cannabis statt Räumung der "Pusher Street" ist daher eine ihrer zentrale Forderungen. Ende März fand eine erste Demonstration für den Erhalt der "Freistadt" statt. Wer sich, wie übrigens die Mehrheit der dänischen Bevölkerung, ebenfalls für dieses attraktive Ausflugsziel einsetzen will, kann dies nach wie vor mit seiner E-Unterschrift auf www.christiania.org dokumentieren.

Peter Birke

15. Vor zehn Jahren: Islamistisches Pogrom in Sivas fordert 37 Tote

Autor: Corry Görgü · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:27

Am 2. Juli 1993 fand in der Provinzstadt Sivas ein Kulturfestival statt, zu dem sich namhafte DichterInnen, SchriftstellerInnen, MusikerInnen, Folkloregruppen und Tausende vor allem junger Menschen versammelt hatten. Auf dem Programm standen Konzerte, Theaterdarbietungen, Tänze, Dichterlesungen und Debatten. Die Mehrheit der BesucherInnen gehörte der alevitischen Glaubensrichtung an, die von der herrschenden (sunnitischen) Glaubensrichtung des Islam als "ketzerisch" und von der extremen Rechten als "kommunistisch" verteufelt wurde. Doch auch Nicht-Aleviten, Freidenker, Schriftsteller verschiedener Auffassungen waren nach Sivas gekommen. Unter ihnen der Satiriker Aziz Nesin, einer der populärsten Autoren der Türkei, der für seinen Widerspruchsgeist bekannt war.

Organisiert wurde das Festival zu Ehren des Mystikers und Volksdichters Pir Sultan Abdal, der im 16. Jahrhundert in der Provinz Sivas einen Volksaufstand angeführt haben soll und vom osmanischen Gouverneur in Sivas hingerichtet wurde. Ihm zu Ehren sollte vom damaligen Kulturminister Fikri Saglar ein Denkmal eingeweiht werden.

Auf dem Festival wurde ein offensichtlich geplantes Pogrom entfacht. Unter aktiver Teilnahme von Einpeitschern verschiedener rechtsislamistischer Sekten und Mitgliedern der faschistischen Parteien MHP und BBP sammeln sich mehrere tausend Menschen und zertrümmern die Fensterfront des städtischen Kulturpalastes und schließen etwa fünfzig Menschen, darunter vor allem die geladenen Gäste, im Hotel Mdimak ein. Unter Parolen wie "Die Partei Mohammeds ist der Schrecken der Laizisten", "Der Laizismus geht, die Scharia kommt" wird das Hotel stundenlang von dem Mob belagert, wobei Polizei und Sicherheitskräfte wohlwollend zuschauen und der Bürgermeister der Stadt (Mitglied der Refah-Partei) der Menge über Mikrofon seine "Achtung" ausspricht. Als das Hotel gegen 19 Uhr schließlich in Brand gesteckt wird und in Flammen aufgeht und die Hilfeschreie der im Hotel Eingeschlossenen zu vernehmen sind, erreicht die Stimmung des Mobs ihren Höhepunkt. Unter dem Gejohle der Menge verbrennen und ersticken 37 Menschen in den Flammen. Die Bilder, die von mehreren Fernsehkameras aufgezeichnet wurden, erinnern in beklemmender Weise an die Bilder aus Rostock.

Zu den Opfern gehörten der Philosophielehrer und Dichter Metin Altiok, der Schriftsteller und Literaturkritiker Asim Bezirci, der Karikaturist Asaf Kocak , die Dichter Ugur Kaynar und Behcet Aysan, die bekannten SängerInnen Muhlis Akarsu, Edibe Sulari, Nesimi Cimen und Hasret Gültekin, viele der Opfer waren Jugendliche, das jüngste Opfer war der zwölfjährige Koray Kaya.

Obwohl im Herbst 1994 in Ankara ein Prozess gegen 124 Angeklagte stattfand, ist eine Aufarbeitung der Ereignisse bis heute ausgeblieben. Viele der Hauptangeklagten flohen nach Europa. Erst im vergangenen Jahr , neun Jahre nach der Tat, beantragten die türkischen Stellen internationale Haftbefehle gegen die flüchtigen Haupttäter. Doch als im April dieses Jahres einer von ihnen in Deutschland festgenommen wurde, versäumten die türkischen Stellen es über Wochen, seine Auslieferung zu verlangen. Ein Großteil der Mitglieder der damaligen Refah-Partisi, die das Pogrom zumindest duldete, z.T. aktiv betrieb, sind heute Mitglieder der modernen AKP.

Corry Görgü

16. Eine andere Mehrheit ist möglich. Italiens Mitte-Links-Opposition profitiert von Schwächen der Rechten

Italiens Mitte-Links-Opposition profitiert von Schwächen des Rechtsblocks

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:19

Mit seinem persönlichen Einsatz an der Wahlfront hat der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi offensichtlich mehr GegnerInnen als AnhängerInnen mobilisiert: Die Wahlen in diversen Regionen, Provinzen und Kommunen, zu denen zwischen dem 25. Mai und dem 9. Juni mehr als 11 Millionen Stimmberechtigte - also fast ein Drittel - aufgerufen waren, endeten mit einem Achtungserfolg der Mitte-Links-Opposition Ulivo und der mit ihr verbündeten Partei der kommunistischen Neugründung, Rifondazione Comunista (RC). "Von den Alpen bis nach Sizilien" habe die Opposition zugelegt, freuten sich deren SprecherInnen. Herausragend ist der Sieg in der Provinz Rom und in der nordöstlichen Region Friuli Venezia-Giulia.

Dass diese Wahl der erste große Test seit dem Sieg der Rechten bei den Parlamentswahlen vor genau zwei Jahren sein würde, war in beiden Lagern unumstritten. Entsprechend prangte das Porträt des Ministerpräsidenten auch dort, wo nur ein Bürgermeister oder ein Provinzregent zu wählen war; Berlusconis Attacke gegen die "kommunistischen" Richter, die er als "Krebsgeschwür" der italienischen Demokratie beschimpfte, war zeitlich bewusst auf den Urnengang abgestimmt. Genützt hat es nichts, eher im Gegenteil. Dass auch die Gefolgschaft der Regierung derzeit leisere Töne bevorzugt, zeigen Umgruppierungen innerhalb des Rechtsblocks: So wurde Berlusconis Forza Italia in ihrer sizilianischen Hochburg von der rechtskatholischen Unione di Centro (UDC), einer Nachfolgepartei der aufgelösten Democrazia Cristiana, überflügelt. Auch Berlusconis wichtigste Bündnispartnerin, die neofaschistische Alleanza Nazionale, verlor deutlich, während die Lega Nord sich behaupten konnte. Manch ein Oppositionspolitiker reibt sich angesichts der Querelen im Rechtsblock die Hände; schon nach dem ersten Wahlgang hatte es eine erste dreistündige Krisensitzung der Regierungskoalition gegeben. Nach dem Ende der Stichwahl machen nun sowohl die Lega Nord als auch die UDC neue - und einander ausschließende - Ansprüche geltend.

Demgegenüber herrschen links der Mitte Harmonie und Zuversicht. Tatsächlich zeigen die aktuellen Wahlergebnisse, dass die rechte Mehrheit auch auf nationaler Ebene gebrochen werden kann - wenn es denn gelingt, auch bei den Parlamentswahlen ein entsprechend breites Bündnis zu schaffen. Bis dahin vergehen aber voraussichtlich noch fast drei Jahre; vorgezogene Neuwahlen, von Berlusconi immer mal wieder als Drohung gegen die Opposition in die Debatte geworfen, dürften erst einmal kein Thema mehr sein. Während die Anhänger der Mitte-Links-Parteien bei ihren Siegesfeiern "Unità!" ("Einheit!") skandierten, überbieten sich die Spitzen des Ulivo mit Bekenntnissen zum breiten Bündnis, auch mit Rifondazione Comunista. 2001 waren flächendeckende Absprachen gescheitert - eine wesentliche Ursache für den Triumph der Rechten.

Ungewohnte Harmonie links der Mitte

RC-Sekretär Fausto Bertinotti hält die derzeitige Annäherung der linken Mitte für ernst gemeint. Noch vor zwei Jahren habe der rechte Flügel des Ulivo versucht, die kommunistische Konkurrenz "auszulöschen", sagte Bertinotti der linken Tageszeitung Il Manifesto (3.6.). Nachdem sich RC bei den Wahlen 2001 behauptet, in den außerparlamentarischen Bewegungen etabliert und als Organisation gefestigt habe, hätten die Mitte-Links-Strategen umgedacht. Zumal ihre eigenen Gruppierungen und auch das Ulivo-Bündnis wenig Ausstrahlung entwickelt hätten.

In der Tat waren es eher die Zumutungen der Regierung und der durch die breite Mobilisierung gegen Krieg und sozialen Kahlschlag ausgelöste Stimmungswechsel, die dem maroden Mitte-Links-Lager neue Unterstützung verschafft haben. Innerhalb dieses Lagers haben sich die Gewichte leicht nach links verschoben: Das Parteienbündnis Margherita, die Basis des bisherigen Spitzenkandidaten Francesco Rutelli, hat deutlich verloren. Tonangebend ist nun die linksdemokratische Mehrheitsströmung um Piero Fassino und Massimo D'Alema, die mit der innerparteilichen linken Opposition Frieden geschlossen hat.

Wahlarithmetisch steht die Opposition also zur Zeit denkbar gut da. Die viel beschworene "programmatische Übereinkunft" von Ulivo und Rifondazione ist dagegen bislang nur eine Floskel. Das zeigt sich auch an der Kampagne zum Referendum am 15. Juni, wenn über die Beibehaltung des Kündigungsschutzes nach Artikel 18 des "Arbeitstatuts" abgestimmt wird. Während RC voll für die Zustimmung mobilisiert, rufen Teile des Ulivo zur Enthaltung auf - und machen damit ungewollt gemeinsame Sache mit den Rechten: Wird das Quorum von mindestens 50 Prozent der Stimmberechtigten nicht erreicht, ist das Referendum gescheitert. Die Regierungsmehrheit hätte freie Hand bei der Demontage eines Gesetzes, für dessen Erhalt in den vergangenen Monaten Millionen Menschen gestreikt und demonstriert haben.

Vorbehalte gegen den Ulivo sind also durchaus am Platze. Die interne RC-Opposition, die mit Recht auf die Unzuverlässigkeit des neuen Partners verweist, möchte am liebsten schon den Dialog unterbinden und droht mit einem Sonderparteitag. Dessen Ausgang müsste Bertinotti nicht fürchten. Denn sein Konzept ist überzeugend: Eigenständigkeit der Partei bei größter bündnispolitischer Offenheit gegenüber den sozialen Bewegungen, auch und gerade den FriedensaktivistInnen linkskatholischer Prägung, gleichzeitig ein Wahlbündnis des kleineren Übels (das er selbst in den Rang einer "programmatischen Allianz" erhebt). Als dessen Spitzenkandidaten würde er auch den derzeitigen Vorsitzenden der EU-Kommission, Romano Prodi, akzeptieren, dessen Rücktritt als Ministerpräsident er im Herbst 1998 herbei geführt hatte. Warum auch nicht? Die Chance für den Regierungswechsel spätestens 2006 ist da. Es wäre grob fahrlässig, sie nicht zu nutzen.

Js.

17. Mordanklage gegen argentinische Militärs (Anzeige der Koalition gegen Straflosigkeit)

Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:15

Am Mittwoch, den 28. Mai überreichte die Koalition gegen Straflosigkeit im deutschen Justizministerium eine Anzeige gegen insgesamt 33 argentinische Militärs, die beschuldigt werden, für Mord, Geiselnahme und gefährliche Körperverletzung an der verschwundenen Marlene Kegler-Krug verantwortlich zu sein. Die junge Medizinstudentin wurde am 24. September 1976 an der Bushaltestelle vor der Universität von La Plata in Argentinien entführt. Ein überlebender Zeuge berichtet, sie im Konzentrationslager "Puesto Vasco" gesehen zu haben. Dort starb die engagierte Studentin und Christin nach Aussagen eines Überlebenden unter der Folter.

Der Menschenrechtler Arturo Blatezky hatte die Verschwundene Marlene Kegler-Krug als Jugendliche während seiner Zeit als Vikar in Paraguay kennen gelernt. Die aus einem wenig religiösen Elternhaus stammende Marlene arbeitete in der christlichen Jugendarbeit engagiert mit. Als Jugendliche und Studentin entwickelte sie ein besonderes Bewusstsein für die in Paraguay und Argentinien herrschende Ausbeutung und Unterdrückung. Marlene Kegler-Krug verschwand, weil sie sich an Studierendenprotesten in Argentinien beteiligt hatte. Bis heute ist das Verbrechen an Marlene Kegler-Krug nicht aufgeklärt worden. Für die Koalition gegen Straflosigkeit ist diese Anzeige ein weiterer Fall, der die unvorstellbare Dimension und Grausamkeit der bis heute ungesühnten Verbrechen der argentinischen Militärs schildert. Insofern steht Marlene Kegler-Krugs Schicksal symbolisch für das tausender Menschen, die während der argentinischen Militärdiktatur von 1976 bis 1983 entführt, gefoltert und ermordet wurden. Diese Verbrechen werden in Argentinien nur ausnahmsweise und dann auch nur in Randbereichen verfolgt, zumal dort nach dem Ende der Diktatur umfassende Amnestiegesetze verabschiedet wurden. (vgl. ak 459)

Besonders brisant: Unter den 33 in der Anzeige Beschuldigten befindet sich auch Antonio Domingo Bussi, seinerzeit General und heute Gouverneur der Provinz Tucumán. Der skandalöse Aufstieg des einstigen Generals Bussi in politische Ämter zeigt nach Ansicht der Nürnberger Menschenrechtsorganisation deutlich, dass es bis heute eine verbrecherische Kontinuität zwischen der Militärdiktatur und den gegenwärtigen politischen Eliten des Landes gibt. Auch aus diesem Grund ist der internationale Druck auf die neue argentinische Regierung unter Präsident Kirchner um so wichtiger.

Die "Koalition gegen Straflosigkeit" ist eine Vereinigung von Menschenrechts-Organisationen und Einrichtungen der evangelischen und katholischen Kirche. Auf Initiative der Vereinigung hat die zuständige Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth bereits in der Vergangenheit zahlreiche Verfahren eingeleitet, um die Verschleppung und Ermordung deutscher und deutschstämmiger Staatsangehöriger während der argentinischen Diktatur aufzuklären.

Weitere Informationen unter: www.menschenrechte.org

18. Das "kommunistische Komplott" fand nicht statt. Bei den Wahlen in Spanien verlor die Rechte nur ein bisschen

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:23

"Sie repräsentieren uns nicht" - der Schlachtruf Hunderttausender bei den großen Demonstrationen in Spanien gegen den Irakkrieg, die Ölkatastrophe in Galizien oder die Reform der Arbeitslosenversicherung fanden keine Entsprechung an der Wahlurne. Anders als erwartet, wurden die Wahlen in den Kommunen, Provinzen und autonomen Gemeinschaften Ende Mai nicht zum Desaster für den in Madrid regierenden Partido Pouplar (PP) und Ministerpräsident José Maria Aznar.

In Muxia, der am härtesten von der Umweltkatastrophe in Galizien betroffenen Region (5.000 EinwohnerInnen), verlor der PP nur ganze 25 Stimmen. Obwohl Galizien noch Jahrzehnte mit den Auswirkungen der Ölpest konfrontiert sein wird, gingen der Rechten nur 3,9 Prozentstimmen verloren. Ein erstaunliches Ergebnis, wenn man bedenkt, welche Massenproteste das Tankerunglück im November in ganz Spanien ausgelöst hatte.

"In meinem Dorf hat der PP eine hervorragende Arbeit gemacht", so der in Avila residierende britische Ex-Minister für Europa-Angelegenheiten, Tristan Garel-Jones, gegenüber der erzkonservativen Tageszeitung ABC, "20 Kilometer asphaltierte Landwege, ein neues Sanatorium, ein Golfplatz, eine Sporthalle und eine Kläranlage". Klare Wort des britischen Ex-Ministers, die darauf verweisen, was die Kommunalwahlen in Spanien erneut gezeigt haben: In Gemeinden und Städten entscheiden eher umgesetzte Infrastrukturmaßnahmen oder der Bekanntheitsgrad eines Kandidaten als Parteiprogramme oder gar aktuelle politische Stimmungen, die sich auf der Straße gegen die Politik der Zentralregierung richten. Allein in Katalonien, wo die Anti-Kriegsbewegung am stärksten war, konnten Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) und die Wahlkoalition aus Iniciativa per Catalunya Verds (ICV) und Esquerra Unida i Alternativa (EUiA) von den Friedensmobilisierungen profitierten. In Barcelona verdoppelten beide ihre Stimmanteile.

Dabei hatten die monatelangen massenhaften Mobilisierungen der Bevölkerung enorme Hoffnungen in der Linken auf einen politischen Wechsel geweckt. Viele warteten auf die Überraschung. Doch das "kommunistische Komplott", vor dem AltfrancistInnen des PP im Vorfeld der Wahlen gewarnt hatten, blieb aus. Im Vergleich zu den Wahlen von vor vier Jahren gewann das Wahlbündnis um die spanische KP, Izquierda Unida (IU), lediglich 3.000 WählerInnen hinzu. Der sozialdemokratische Partido Socialista Obrero Español (PSOE) erhielt gerade einmal 100.000 Stimmen mehr als der PP. Beide feierten sich dementsprechend als Sieger.

Kläranlagen als ausschlaggebendes Argument

Doch schon im Wahlkampf, der eher einer Präsidentschaftswahl ähnelte, zeichnet sich ab, dass der außerparlamentarische Protest gegen die Regierung in Madrid sich nicht eins zu eins an den Wahlurnen umsetzen würde. Besonders die Themen "Innere Sicherheit" und Einwanderung standen im Mittelpunkt der Wahlkampagnen, oder in den Worten von El País: "1.570.000 Immigranten als Wahlargument". "Mehr Sicherheit, weniger Steuern", lautete entsprechend der Wahlslogan der PP. Aznar verschwieg dabei nicht, wen er und seine Partei als größtes "Sicherheitsrisiko" ansehen: "Spanien explodiert, wenn wir die illegale Einwanderung nicht aus dem Weg schaffen."

Neben den 8.108 Gemeinden wurde in 13 der 17 autonomen Gemeinschaften (in Andalusien, Galizien, Katalonien und dem Baskenland wurden kein Regionalparlamente gewählt) sowie in 51 Provinzen entschieden, wer die nächsten vier Jahre die Politik verwaltet. Landesweit verlor der PP zwar 368 Abgeordnete in den Regionalparlamenten und 970 Stadträte. Doch durch die hohe Wahlbeteiligung (in einigen Orten bis zu 75%) wuchs seine Wählerschaft um 306.266 Stimmen in den autonomen Gemeinschaften bzw. 487.743 Stimmen in den Kommunen. Dem PP gelang es, sein gesamtes Wählerpotenzial zu mobilisieren, was reichte, um in sieben Regionen zu gewinnen und in den spanischen Exklaven Melilla und Ceuta zu regieren. Der PSOE setzte sich in fünf autonomen Gemeinschaften durch und konnte dem PP nur eine einzige Provinz abnehmen. 21 Provinzen verwaltet jetzt der PSOE, 19 der PP und in den restlichen elf Provinzen bestimmen

regional-nationalistische Parteien. Das kanarische Parlament bleibt weiterhin in Händen der Coalición Canaria, einer ausländerfeindlichen und dem PP nahe stehenden Partei. Es bleibt also alles beim Alten.

"Die wirkliche Revolution dieses Wahltags", so Mario Zubiaga von der Baskischen Universität UPV in Bezug auf die dortigen Kommunalwahlen, "ist der Ausschluss von mehr als 150.000 Bürgern aus dem geltenden politischen System." Damit spielte er auf das Verbot der linksnationalistischen Koalition Autodeterminaziorako Bilgunea (AuB) an, die nach dem Verbot von Batasuna gebildet worden war, und sich vor allem dort zeigte, wo die Linke eine starke soziale Basis hat. Nach Angaben der Tageszeitung Gara erhielt die AuB, die eigene Wahllisten ausgegeben hatte, 153.497 Stimmen. Die ungültigen Stimmen (10% im Baskenland) übertrafen in einigen Ortschaften sogar die "gültigen" Stimmen.

Baskenland: Ausschluss von Hunderttausenden

"Die Illegalisierung treibt die politische Aktion in den Untergrund", so Zubiaga. Die ETA-Anschläge des letzten Monats, bei denen zwei Menschen ums Leben kamen, sowie die neuesten Verlautbarungen, in denen ETA eine neue Offensive ankündigt, zeigen, dass die PP-Politik das "baskische Problem" weiter verschärft, wobei der PP auch noch 110.000 Stimmen im Baskenland verlor. Die Provokation des spanischen Nationalismus mittels Parteienverbot, Repression und Folter sowie die Schließung der einzigen baskisch-sprachigen Tageszeitung Egunkaria kam unter diesen Umständen alleine den gemäßigten Nationalisten (Partido Nacionalista Vasco und Eusko Alkartasuna) zu Gute. PNV-EA regieren in 195 der 250 baskischen Gemeinden (Navarra ausgenommen). "Wenn Spanien in die dunklen 1960er Jahre zurückgeht, dann geht auch das Baskenland in die 1960er Jahre zurück", so Zubiaga. Mit anderen Worten: Es droht eine weitere Eskalation des Konflikts.

Tom Kucharz,

Madrid

19. Kubanische Repression gegen Oppositionelle stürzt Linke in Verwirrung

Autor: Miriam Edding · Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:31

Seit Sommer letzten Jahres nimmt die Zahl der Flugzeug- und Schiffsentführungen von Kuba in die USA wieder zu. Insgesamt wurden sieben Schiffe und Flugzeuge mit Waffengewalt gezwungen, Kurs auf die USA zu nehmen. Einige dieser Entführungen gelangen, bei anderen ging den Entführern der Sprit aus, und sie mussten nach Kuba zurückkehren. Die Entführer einer Personenfähre, in der die Passagiere als Geiseln genommen wurden, wurden auf Kuba zum Tode verurteilt und im März hingerichtet. Gleichzeitig wurden 87 Oppositionelle zu Haftstrafen zwischen zehn und 25 Jahren verurteilt. Internationale BeobachterInnen sprechen von der massivsten Repression gegen Oppositionelle seit zehn Jahren.

Von der kubanischen Regierung wird die Verhaftungswelle mit den aggressiven anti-kubanischen Aktivitäten des neuen Leiters der US-amerikanischen Interessenvertretung auf Kuba, James Cason, erklärt. Langjährige Weggefährten kündigen Kuba daraufhin die Gefolgschaft, so der portugiesische Schriftsteller José Saramago: "Bis hierhin und nicht weiter. Kuba wird seinen Weg weiter gehen, aber ohne mich." Andere linke Intellektuelle nehmen den im Gefolge der Urteile entbrannten Haltungsstreit zum Anlass, um Kuba die ewige Treue zu schwören: "Mit Saramago bis hierher, mit Kuba für immer und ewig", versichert etwa der mexikanische Autor Pablo Casanova. Der Zwang zu kritikloser Solidarität einerseits oder demonstrativer Abkehr andererseits dominiert die Debatte und verstellt den Blick auf die komplexe kubanische Realität.

Die rechtliche Grundlage für die Urteile ist das erst 1999 verabschiedete Gesetz zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der Wirtschaft Kubas. Mit diesem Gesetz können jegliche Kontakte von Kubanerinnen und Kubanern mit VertreterInnen der US-Administration unter (schwere) Strafe gestellt werden. Die kubanische Regierung begründet die harten Urteile mit den offenen Counter-insurgency-Aktivitäten von James Cason, der seit September 2002 Leiter der Ständigen Interessenvertretung der USA in Kuba ist. Laut kubanischen Geheimdienstinformationen hat Cason seit seinem Amtsantritt gezielt versucht, kubanische Dissidenten zu organisieren und diesen dafür auch schon mal die Botschaftsräumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die Teilnahme an den von Cason initiierten Treffen ist die Grundlage für die Verurteilung der 78 Oppositionellen. Bei den Festgenommenen handelt es sich um nicht-staatliche JournalistInnen und GewerkschafterInnen, VertreterInnen von Menschenrechtsgruppen und religiösen Vereinigungen. Viele dieser Gruppen hatten sich in den letzten Jahren zu dem Bündnis Todos Unidos por la Democracia en Cuba (Alle vereint für Demokratie auf Kuba) zusammengeschlossen. Todos Unidos unterstützt unter anderem das international sehr beachtete Projekt Varela. Das Ziel dieses Projektes ist es, durch eine Unterschriftensammlung grundlegende Veränderungen der kubanischen Verfassung durchzusetzen. Zentrale Punkte dabei sind das Recht auf freie Unternehmungsgründung für alle KubanerInnen und eine Änderung des Wahlrechts. Die kubanische Verfassung sieht die Möglichkeit eines solchen "Volksbegehrens" zwar vor. Doch die Regierung hatte diese Initiative bislang stets abgelehnt und stattdessen im Juni 2002 eine Gesetzesänderung initiiert, die den sozialistischen Charakter der Revolution für "unberührbar" erklärt. Parallel dazu organisierten die kubanischen Massenorganisationen eine der größten pro-revolutionären Demonstrationen in der Geschichte des Landes. Diese allerdings war eher Ausdruck einer riesigen Mobilisierungsleistung von oben als ein spontaner Zustimmungsakt der Bevölkerung und weist darauf hin, dass die Regierung die Bedrohung durch das Projekt Varela durchaus ernst nimmt.

James Cason blickt auf eine lange Karriere als Botschaftsangehöriger in verschiedenen Staaten des "Hinterhofs" der USA zurück und arbeitete als Berater für NATO und US-Militär. Er ist politischer Weggefährte des US-Regierungsberaters für Lateinamerika, Otto Reich. Reich steht seinerseits für die ultrarechte, militaristische Aufstandsbekämpfungspolitik der USA in den 80er Jahren. Er war tief verwickelt in die Iran-Contra-Gate-Affäre, bei der die USA nicaraguanische Häfen verminen ließ. Sowieso sind die Schlüsselpositionen für die Lateinamerikapolitik in der Bush-Regierung besetzt mit einem Horrorkabinett aus jenen Zeiten, in denen den USA kein Betrag zu teuer und kein Trick zu schmutzig war, um die lateinamerikanischen Diktaturen vor linken Guerillas und Basisbewegungen zu "schützen". Das und die

Aufnahme Kubas in die Liste der "Schurkenstaaten" lassen in der Tat für die Zukunft der Insel nichts Gutes ahnen.

Richtig ist auch, dass über die Kontakte zu James Cason hinaus vielen der Verurteilten gute Verbindungen zu revanchistischen exil-kubanischen Vereinigungen nachgewiesen werden können. Der Direktor von Cuba-Press etwa, Raul Rivero, ist gleichzeitig Mitglied in der von Miami aus gesponserten Partei der demokratischen Solidarität. Viele der unabhängigen JournalistInnen arbeiten für das von Miami aus sendende Radio Martí, ein Unterstützungsgeschenk der US-Regierung für die rechten ExilkubanerInnen, das die Insel vierundzwanzig Stunden lang mit Propaganda beschallt. Alle Festgenommenen - ob sie nun wollen oder nicht - werden außerdem von den rechtsmilitanten Hermanos al Rescate (Brüder zur Rettung) als Märtyrer gehandelt.

Die im Projekt Varela vorgeschlagenen Verfassungsänderungen würden faktisch auf die Abschaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf Kuba hinauslaufen und den Weg bereiten für den Übergang zu einer typischen lateinamerikanischen Demokratie mit den bekannten Einflussmöglichkeiten der USA. Trotzdem greift die kubanische Propaganda, die in den Verurteilten nur "Söldner der US-Regierung" erkennt, zu kurz. Die Möglichkeit einer nicht US-hörigen Opposition wird nämlich nicht nur von der Nachbarmacht und den revanchistischen ExilkubanerInnen verhindert, sondern auch von den kubanischen Machteliten selbst: Diejenigen, die sich unabhängig organisieren möchten, aber keine ausländische Unterstützung annehmen, werden von kubanischer Seite "erledigt". Das Wissen darum, dass jede "abweichende" Äußerung "von oben" systematisch in den Blick genommen wird, produziert eine meist effektive Selbstzensur. Eine Opposition, die nicht zu absoluter Wirkungslosigkeit verurteilt sein will oder nur im Kopf stattfindet (was in der Tat die häufigste Variante ist), hat de facto kaum eine andere Möglichkeit, als vom Ausland aus oder durchs Ausland unterstützt zu sprechen.

Das bekümmert aber so manchen internationalistischen Kubafreund nicht wirklich. So weiß etwa der in Mexiko lehrende deutsche Professor Heinz Dietrich: "In der Sphäre der abstrakten Wahrheiten existiert zweifelsohne eine große kosmische Harmonie hinsichtlich des Rechts auf abweichende Meinung, auf Meinungsfreiheit und auf Demokratie. ... Aber nein, die Wahrheit ist konkret., und wenn festgestellt wird, dass die Freiheit immer die Freiheit des Anderen ist, muss dazu gesagt werden, ob dieses Axiom auch Gültigkeit hat, falls der Andere Adolf Hitler, Ariel Sharon oder George Bush ist. Dies ist das Wesen der Diskussion um die Erschießungen in Kuba, denn es ist des Pudels (d.h. der Praxis) Kern." Des Pudels Kern ist hier - neben dem unsäglichen Vergleich von Bush und Sharon mit Hitler - ein Solidaritätsbegriff, der die Diskussion von Widersprüchen oder gar Missständen in Kuba der Beschwörung der Systemkonkurrenz opfert. Und dieser Solidaritätsbegriff ist immer noch dominant in der internationalen Soli-Bewegung. In den Debatten der lateinamerikanischen Intellektuellen, bei Cuba sí und bei Kommentatoren der Jungen Welt begegnet man dem selben Reflex: Die Todesurteile werden, durchaus unangenehm berührt, benannt - doch sodann wird umgehend ins Horn der kubanischen Regierung getutet. Am Ende hat die Leserin den Eindruck, die Todesurteile seien eigentlich vom großen Nachbarn vollstreckt worden.

Die kubanische Regierung hatte die Todesstrafe 1999 ausgesetzt, aber verlauten lassen, dass eine völlige Abschaffung nicht in Frage komme, solange die USA mit ihrer aggressiven Kubapolitik fortfahre. Die Todesurteile wegen der Schiffsentführung sind die ersten seit 1999, und sie wurden unmittelbar nach den unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällten Urteilen durch Erschießung vollstreckt. Auch hier ist richtig, dass die Begründung für die Urteile nicht aus der Luft gegriffen ist. Gleichwohl ist erschreckend, wie schnell Teile des internationalen SympathisantInnen-Spektrums bereit sind, darüber die grundsätzliche Verurteilung jeglicher Todesstrafe für nicht ganz so wichtig zu erachten oder gleich ganz auszusparen.

Der US-amerikanische Cuban Adjustment Act von 1966 garantiert allen KubanerInnen, die von Kuba aus in die USA gelangen, ein automatisches Aufenthaltsrecht - ein Gesetz, von dem MigrantInnen weltweit nur träumen können. Diese aus ideologischen Gründen gewährte freundliche Aufnahme aller Flüchtlinge wird ergänzt durch eine faktische Straffreiheit für alle Arten der zum Zwecke der Flucht verübten Straftaten. Gängige Praxis der US-Regierung ist es außerdem, die für die Flucht benutzten Flugzeuge und Schiffe, die meist kubanisches Staatseigentum sind, nicht zurückzugeben, sondern zu konfiszieren. Doch schon seit einigen Monaten werden von der US-Interessenvertretung kaum noch Visa für die Ausreise in die USA erteilt. Das bedeutet, dass auch Menschen, die von kubanischer Seite aus die Erlaubnis erhalten, in die USA zu reisen, diesen Wunsch nicht umsetzen können. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei der Reduzierung der Visums-Ausstellungen um

eine gezielte Destabilisierungsstrategie handelt, die möglichst viele KubanerInnen zu extremen Fluchten bewegen soll.

Vor diesem Hintergrund können die Todesurteile als Signal sowohl an die USA als auch an die potenziellen kubanischen EntführerInnen und DissidentInnen verstanden werden, dass Kuba dieser Strategie mit aller Härte zu begegnen gedenkt. Aber auch hier gilt: Der universelle Hinweis darauf, dass alle Probleme Kubas letztendlich von den USA verschuldet sind, ist - im wahrsten Sinne des Wortes - ein Totschlagargument. Eine Linke, die weltweit für offene Grenzen und für das Recht auf Migration jenseits von staatlicher Kontrolle eintritt, im Falle Kubas aber ohne mit der Wimper zu zucken, von niederen Motiven der Wirtschaftsflüchtlinge oder gar von Terroristen redet, ist, gelinde gesagt, etwas einäugig. Es ist interessant, wenn die Ablehnung der Todesstrafe von einigen Linken im Falle Kubas plötzlich zu einer rein moralischen Haltung erklärt wird, die sich im Dschungel des Kampfes gegen das Imperium eben nicht alle leisten können. Solch eine komplette Identifikation mit der kubanischen Staatsräson durch die Linke verhindert die Auseinandersetzung mit dem daraus entstehendem Dilemma.

Dass Solidarität mit Kuba nicht zu kritiklosem Nachbeten der Regierungsparolen führen muss, zeigt der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano: Unter dem Titel "Kuba schmerzt" übt er bittere Kritik an den Todesurteilen und den hohen Haftstrafen, unterschreibt aber gleichzeitig einen offenen Brief von 90 Intellektuellen, in dem die Weltöffentlichkeit vor der Verschärfung der US-amerikanischen Kubapolitik gewarnt wird.

Miriam Edding

Anmerkung:

1) Fidel Castro, knapp zwei Wochen nach den Hinrichtungen, am 25.4.03.

20. "Wir wollen eine anti-neoliberale Front." Studierendenproteste in der Dominikanischen Republik

Rubrik: Dominikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:16

Felipe Ledesma ist der nationale Koordinator der linken Jugendorganisation Fuerza Juvenil Dominicana (FJD) der Dominikanischen Republik. Zu seiner Einschätzung der sozialen Protestbewegung im Land befragte ihn Dario Azzellini.

Dario Azzellini: Die Dominikanische Republik wird meist nur mit Stränden und Rum in Verbindung gebracht. Nahezu unbekannt ist die Vielfalt an sozialen Bewegungen im Land und die Repression gegen diese. So gab es in den vergangenen Jahren bei den Mobilisierungen in Armenstadtteilen gegen Stromausfälle und infrastrukturelle Benachteiligung wiederholt Tote - DemonstrantInnen, die von der Polizei erschossen wurden...

Felipe Ledesma: Die erste Stufe der gesellschaftlichen Repression ist ja schon das massive Abdrängen in die Armut. Wenn sich die Menschen damit aber nicht abfinden und Proteste gegen die hohen Kosten für den Lebensunterhalt, die Stromausfälle usw. organisieren, dann antwortet die Regierung mit noch mehr Repression. Sie bietet keinen Spielraum für Verhandlungen oder Gespräche, sondern versucht, die Bewegungen zu zerschlagen. Auch in den Universitäten hat die Repression zugenommen. Im Jahr 2002 etwa wurden 20 Studierende, die die Kämpfe gegen die Privatisierung anführten, aus den Universitäten ausgeschlossen. Doch die Einschüchterung wirkt nicht und die Leute kämpfen weiter.

Die StudentInnen gehören zu den Sektoren in der Dominikanischen Republik, die am stärksten zu Protesten mobilisieren. Was sind ihre Forderungen?

Die Kämpfe der UniversitätsstudentInnen richten sich seit langer Zeit vorwiegend gegen die Privatisierung der Hochschulbildung. Doch in den vergangenen zwei Jahren hat sich der Kampf ausgeweitet. Gemeinsam mit der StudentInnenorganisation "Föderation Dominikanischer Studenten" (FED) setzen wir uns für den Erhalt der öffentlichen und kostenfreien Bildung insgesamt ein. In der Dominikanischen Republik sind etwa 70 Prozent der Bevölkerung sehr arm. Das bedeutet, dass das Schulsystem gratis sein muss. Die Regierung sieht aber im Rahmen ihrer neoliberalen Politik die Privatisierung der höheren Schulbildung und der Hochschulen vor. Dagegen mobilisieren wir in den Universitäten, in den Schulen und auf der Straße.

Gelingt es denn, die vielen Bewegungen aus den Armenstadtteilen, die StudentInnen und die Campesin@s (1) zusammenzubringen, um die Kräfte zu bündeln und ein alternatives politisches Projekt zu entwerfen?

Das ist ein schwieriger Weg, denn es gibt jede Menge Sektierertum in den Bewegungen - und es gibt historische Entwicklungen, die eine solche Einheit erschweren. Aber es gibt Aktionsbündnisse, gemeinsame Kampftage etc. - und das Engagement, auf ein solches gemeinsames Projekt hinzuarbeiten, wird immer stärker.

Was sind die Hauptziele deiner Organisation?

Wir wollen zu der Einheit beitragen, daher arbeiten wir für die Entstehung einer einzigen breiten linken basisorientierten Jugendorganisation in der Dominikanischen Republik und für die Schaffung einer einzigen linken Koordination der studentischen Organisationen. Bislang gibt es noch mehrere davon. Politisch drängen wir als Jugendorganisation auch die anderen linken Organisationen zur Einheit und plädieren für die Gründung einer breiten alternativen Front, die basisorientiert, anti-neoliberal, progressiv und demokratisch ist.

Obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung schwarz ist, ist ein schwerwiegendes Problem in der Dominikanischen Republik der Rassismus - sowohl von seiten der herrschenden Klasse, die meist weiß oder sehr hell ist, als auch in der Bevölkerung selbst, gegen die MigrantInnen aus dem anderen Inselteil, der Republik Haiti.

Die dominikanische Gesellschaft ist sehr gemischt, aber mehrheitlich schwarz. Dennoch ist das rassistische koloniale Erbe sehr präsent. Offiziell gelten z.B. nur 15 Prozent der Bevölkerung als "schwarz", denn schwarz gilt als schlecht - und schwarz sind in der herrschenden Propaganda nur die HaitianerInnen. Die rechten

Sektoren, die an der Macht sind und auch die Medien wesentlich kontrollieren, führen eine regelrechte rassistische Hetzkampagne gegen die HaitianerInnen durch, die als "die Schwarzen" gelten. Diese Kampagne stellt die Menschen aus Haiti als faul dar und als ÜberträgerInnen von Krankheiten. Aber es gibt auch eine starke Bewegung dagegen, die auf Solidarität mit der Bevölkerung Haitis setzt.

Anmerkung:

1) @ ist die spanische Entsprechung des deutschen großen I, etwa in "StudentInnen".

21. Abkommen zwischen Regierung und Opposition in Venezuela

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:14

Vertreter der venezuelanischen Regierung unter dem linkspopulistischen Präsidenten Hugo Chávez und der rechten Opposition einigten sich Ende Mai auf ein 19 Punkte umfassendes Abkommen zur friedlichen Beilegung des politischen Konflikts. Vor gut einem Jahr hatten oppositionelle Kräfte versucht, den gewählten Präsidenten Chávez per Putsch zu stürzen; um den Jahreswechsel mobilisierten sie zu einem Generalstreik, der die Regierung zu Fall bringen sollte - wiederum ohne Erfolg.

In dem Abkommen verpflichten sich beide Seiten, eine Lösung in Form von Wahlen im Rahmen der Verfassung zu suchen. Das bedeutet, dass die rechtsgerichtete Opposition nach monatelangen Gesprächen erstmals eine demokratische Lösung gemäß der geltenden Verfassung akzeptiert. Demnach müssen die Mitglieder des Nationalen Wahlrates einvernehmlich von der Nationalversammlung ernannt werden und dann die Richtlinien zur Durchführung von Volksabstimmungen festlegen, die die Abwahl politischer Amtsträger auf verschiedenen Ebenen - Bürgermeister, Gouverneure, Abgeordnete und eben auch Präsident Hugo Chávez - nach Ablauf der Hälfte ihrer Amtszeit ermöglichen.

Genau diese Vorgehensweise hatte die Opposition in den vergangenen anderthalb Jahren stets abgelehnt. Doch trotz eines Putschversuchs, der Sabotage der Erdölindustrie, dem Abzug von über 33 Milliarden US-Dollar in vier Jahren, der Kontrolle sämtlicher Medien und der Unterstützung seitens der USA war es der rechten Opposition nicht gelungen, den linkspopulistischen Präsidenten Chávez aus dem Amt zu vertreiben - so dass nun offenbar doch der "legale Weg" eingeschlagen werden muss.

Doch man kann davon ausgehen, dass die USA und die mit ihnen verbündete venezolanische Opposition weiterhin alles daran setzen werden, die Chávez-Regierung zu stürzen. Die Ernsthaftigkeit der Opposition bezüglich der im Abkommen mit der Regierung nun getroffenen Vereinbarungen ist ohnehin zweifelhaft. Obwohl in dem Ende Mai öffentlich gemachten Papier auch von Gewaltverzicht die Rede ist, rief die ehemalige Regierungspartei Acción Democrática (AD) einen Tag später zur "Rückeroberung des Westens" auf. Während der von Reichen bewohnte Osten der Hauptstadt Caracas weitgehend von der Opposition dominiert wird, gilt der Westen der Stadt als Territorium der Regierungsanhänger.

Die AD-Demonstration im Viertel Catia mobilisierte 2.000 Personen. BewohnerInnen des Stadtteils blockierten andererseits die Straßen, um den Demonstranten den Weg zu versperren. Während der Demonstration eröffneten Unbekannte das Feuer. Dabei wurden mindestens elf Personen verletzt und eine getötet. Wie schon oft erschienen die Sprecher der Opposition erst nach dem Zwischenfall auf der Demonstration und beschuldigten die Regierung der Repression. Doch bei dem Toten, Modesto Martínez, handelte es sich um einen Basis-Aktivisten der Regierungspartei MVR.

Dario Azzellini

22. Stadt der Frauen. Eine Reise nach Juchitan

Autor: Almuth Intemann · Rubrik: Mexiko; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:04

Juchitan ist eine Stadt im Süden von Mexiko, in der Region Oaxaca, der nach Chiapas zweitärmsten Region des Landes. "Stadt der Frauen" wird sie auch genannt, und man munkelt, es gäbe sogar Reste von Matriarchat. Almuth Intemann hat Juchitan im April diesen Jahres besucht und zumindest einige bemerkenswerte Frauen kennen gelernt.

Wir sind voller Neugier, als wir uns mit dem Bus nach Juchitan aufmachen. Die Stadt liegt wenige Stunden vom Pazifik entfernt im Landesinneren. Hier fehlt der üppige Bewuchs der Pazifikküste. Alles ist trocken, und es scheint, als hätten die Hitze und der starke Wind auch noch den letzten Rest an Fruchtbarkeit aus der Erde gezogen.

Wir machen unseren ersten Gang durch die Stadt. Wie überall in Mexiko ist auch hier der Marktplatz mit seinen Hallen das Zentrum, der Ort, wo das Leben pulsiert. Uns fallen die vielen Farben auf. Es sind die traditionellen Trachten der Frauen, aber auch die Häuser und die Vielfalt der Früchte und Waren, die zu dieser Farbenpracht beitragen. Der Markt lebt mit den Frauen und von den Frauen. Sie sind die, die die Geschäfte machen. Viele tragen die traditionellen Kleider, etwas, worauf sie stolz sind. Erst auf den zweiten Blick ist auch hier die Armut deutlich zu erkennen. Es sind die alten Frauen, die am Rande, außerhalb der Hallen, sitzen, deren Armut nicht zu übersehen ist. Oft tragen sie keine richtigen Schuhe, die Zähne fehlen, und die einst prächtige Tracht ist verschlissen.

Bunte Farben - trister Alltag

Anders in den Markthallen. Hier bieten die Frauen ihre Waren oder auch ihre Kochkünste an. Nie sind sie allein. Manchmal arbeiten sie mit anderen Frauen zusammen. Meistens werden sie jedoch von ihren jungen Töchtern unterstützt, die nicht zur Schule gehen. Das ist für Mädchen nicht vorgesehen, weil sie ja sowieso heiraten werden. Diese Frauen wirken in der Tat selbstbewusster und eigenständiger als diejenigen, die wir in DF (Mexiko City) oder Oaxaca auf dem Markt gesehen haben. Sie blicken dir direkt in die Augen und drücken einen bestimmten Stolz aus. Sie sind direkt und weder schüchtern noch unterwürfig, wenn sie ihre Waren oder Dienstleistungen verkaufen. Ist es also das, was diese Stadt zu der "Stadt der Frauen" gemacht hat, von der viele behaupten, sie würde matrilineare Strukturen aufweisen? Ist es diese ökonomische Emanzipation der Frauen, die ihre Stellung in der Gesellschaft von Juchitan ausmacht? Mit diesen Fragen im Kopf treffen wir uns mit Rogelia, der Leiterin des Centro de Atención y Apoyo de las Mujeres Istme (CAAMI, Zentrum für Hilfe und Unterstützung von Frauen im Istme).

Wir hatten uns gegenüber den Markthallen verabredet. Plötzlich hielt ein roter kleiner Pickup neben uns, und da war sie. Wir fuhren in das Frauenzentrum, etwa zehn Minuten außerhalb des Stadtzentrums von Juchitan. Dieses Zentrum ist der Stolz der dort arbeitenden Frauen. Es ist ihr Zentrum, aufgebaut in Eigenarbeit und im Mai 2001 eingeweiht. 1996 hatte die Regierung ihnen endlich dafür Land zur Verfügung gestellt, nachdem die Frauen dieses jahrelang gefordert hatten. Das Haus ist ihr Eigentum. Das ist etwas Außergewöhnliches, keine andere Frauenorganisation in der Region Oaxaca oder anderswo ist Eigentümerin ihres Zentrums. In anderen Orten müssen die Frauen die Zentren mieten, oder diese werden von den Regierungen wohlwollend zur Verfügung gestellt, was natürlich auch Kontrolle und Abhängigkeit bedeutet. Geld ist permanent knapp, und so sind die Mieten immer ein zusätzliches Problem. Dies fällt zumindest in Juchitan weg. Getragen wird das Zentrum von der Grupo de Mujeres de 8 de Marzo (Frauengruppe des 8. März).

Als wir das Büro betreten, fällt unser Blick sofort auf das riesengroße Foto von Rosario Ibarra de Piedra. Sie ist eine der Frauen, die am 28. August 1978 die Kathedrale in DF auf dem Zócalo besetzte und wegen ihres seit April 1975 verschwundenen Sohnes in den Hungerstreik trat. Dieser Besetzung und diesem Hungerstreik schlossen sich 83 weitere Frauen an. Alle aus den gleichen Motiven. Sie forderten eine Generalamnestie für Gefangene, "Verschollene" und politische Flüchtlinge. Am 1. September 1978 wurde die Aktion abgebrochen, als Präsident Portillo vor der Deputiertenkammer eine Regierungserklärung abgab und eine Amnestie gewährte. Bis 1986 gab es noch 481 Verschwundene, und bis heute sind die Mörder nicht bekannt gemacht worden.

Rogelia ist seit ihrer Jugend aktiv. Mit 16 trat sie der COCEI bei, der Coalición Obrera Campesina Estudiantil Istme, eine Organisation, die 1970 gegründet wurde und die aus der StudentInnenbewegung von 1968 hervorging. Damals gingen viele StudentInnen in die Dörfer des Südens. Rogelia erzählt von dieser Zeit mit viel Begeisterung. Es gab keinen Sexismus, sagt sie, alle kämpften zusammen. Die Frauen waren eine der wichtigsten Säulen der Bewegung. Rogelia selbst arbeitete als Verbindungsfrau zwischen den verschiedenen Gruppen. Sie stellte die Kommunikation zwischen den Gruppen her. In Juchitan hatte die COCEI so viel Erfolg, dass sie es schafften, die PRI abzusetzen und 1981 eine der ersten linken Stadtregierungen zu installieren. Rogelia wurde als Abgeordnete gewählt. Durch die Machtübernahme veränderte sich jedoch auch das Geschlechterverhältnis. Jetzt beanspruchten die Männer die Machtpositionen, und ihre früheren Ideale der Gleichheit waren vergessen. Trotzdem ist Rogelia in der Organisation geblieben, als einzige Frau mit 36 Männern. Warum? Weil sie sich mit dieser Organisation, in der sie sich politisierte und Erfolge errang, immer noch identifiziert und es nicht aufgibt, innerhalb dieser als Frau akzeptiert zu werden.

Von Beruf ist Rogelia Lehrerin für Zapatekisch und Spanisch. Sie ist eine Indigena. Sie erzählt uns über das Leben der Frauen und Mädchen hier in Oaxaca und Juchitan. Die Sozialisation der Frauen ist darauf ausgerichtet, dass sie Mütter werden, sich ganz und gar dieser Rolle widmen. Schulbildung ist für sie nicht vorgesehen. Das einzige Berufsbild, das sie kennen, ist, Verkäuferin auf dem Markt zu sein. Als wir ihr von unseren Vorstellungen berichten, dass hier die Frauen das Leben dominieren, lacht sie.

Die Mühen der Ebene

Für Rogelia hat die ökonomische Beteiligung an einem System der Ungleichheit nichts mit Matriarchat zu tun. In Juchitan, so Rogelia, liegt die Macht bei den Männern, sie dominieren die Gesellschaft. Die ökonomische Partizipation der Frauen ist das Erbe einer alten Tradition, denn die Frauen brauchten Geld, um ihre teuren Trachten und ihren Schmuck bezahlen zu können, den sie gern zur Schau stellten. Diese relative ökonomische Unabhängigkeit stärkt zwar sichtbar ihr Selbstbewusstsein, hat aber keinen Einfluss auf die wirklichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Ein Ausdruck dafür ist die existierende Gewalt gegen Frauen, eine traurige Alltäglichkeit auch in Juchitan, sowie die hohe Analphabetenrate und die Armut unter den Frauen. Beides sind Indikatoren dafür, wo eine Frau in der Gesellschaft steht, welche Würde und welcher Respekt ihr zukommt. Wenn in Juchitan ein männlicher Kandidat zur Wahl antritt, wird dieser gewählt, nicht die Frau, die sich ebenfalls als Kandidatin aufstellen lässt.

Das CAAMI kämpft für soziale Gerechtigkeit und gegen die rassistische und Geschlechterdiskriminierung. Der Ausgangspunkt sind die Indigenas, ihre Menschenrechte überhaupt. Das Zentrum unterstützt sie bei Gewalterfahrungen, in dem sie einen Anwalt bezahlen. Ein zukünftiges Vorhaben ist es, eine Art Frauenhaus für die geschlagenen Frauen aufzubauen. Außerdem macht das CAAMI Kampagnen, Workshops und Tagungen zur Situation von Frauen und Mädchen. Dabei liegt ein Schwerpunkt in der Bildungsarbeit und Gesundheitserziehung. Durch die Kolonialisierung wurde das Wissen der Frauen über ihren eigenen Körper wie auch ihre Selbstachtung und Selbstwertschätzung zerstört. Dies versuchen sich die Frauen zurückzuerobern. Die Kampagnen kosten Geld, und das ist das größte Problem, besonders für die längerfristige Bildungsarbeit. Von der Regierung können sich die Frauen nur wenig erwarten. Wie überall steht sie diesen Projekten der Selbstorganisation skeptisch bis ablehnend gegenüber. Für die Folklore in Mexiko und für den Tourismus sind die Indigenas mit ihrer Kultur und ihren Farben ein ausbeutbares Projekt. Im alltäglichen Leben allerdings werden sie mit rassistischer Verachtung behandelt.

Das CAAMI finanziert sich durch Spenden und Stipendien, besonders für die Frauen, die dort arbeiten. Zwei Mal ist im Zentrum bereits eingebrochen worden. Alle Computer und Telefone sind gestohlen worden, ein großer Verlust. Aber sie lassen sich nicht unterkriegen. Ihr größter Erfolg ist es, dass sie bereits in fünf Gemeinden in Oaxaca Frauengruppen aufgebaut haben. Neben der Frauenarbeit ist ihnen die soziale Bewegung wichtig. Sie wollen die Veränderung der sozialen Ungleichheit im gesamten Istme erreichen. Das ist ein weiterer Grund, warum Rogelia die COCEI nicht verlässt, obwohl sie von den männerdominierten Organisationen und Parteien wenig erwartet. Das CAAMI selbst ist parteiunabhängig.

Am 8. März 2003 waren zum ersten Mal 800 Frauen auf der Demonstration in Juchitan. Sie kamen aus der gesamten Region. Es war eine Demo gegen Gewalt gegen Frauen und gegen den Krieg. Auch in diesem Jahr war eine weitere wichtige Forderung die nach der Aufklärung der Morde an den Frauen in Juarez, im Norden von Mexiko, wo in den Maquiladoras fast ausschließlich junge Frauen arbeiten, zu Hungerlöhnen und unter

menschenverachtenden Bedingungen. In den letzten Jahren hat es dort über 300 Morde an Frauen gegeben. Viele wurden verstümmelt und irgendwo verscharrt aufgefunden. Die Mörder und die Motive sind nicht geklärt. Manchmal wurden Frauen mit ihren Babys ermordet. Organhandel soll eine der Mordursachen sein, aber vielleicht auch Hass gegen Frauen, die ihre Dörfer und gleichzeitig ihre traditionelle Rolle verlassen haben, um ökonomisch unabhängig zu sein. Die meisten der im Norden arbeitenden Frauen kommen aus dem Süden.

Zum Schluss nimmt uns Rogelia in ihrem Pickup mit zu sich nach Hause. Sie ist stolz auf ihr Viertel. In den 80er Jahren haben sie mit vielen Leuten das Land besetzt und nach einer erzwungenen Räumung und Wiederbesetzung in Eigenarbeit ihre Häuser gebaut. Es gibt ungefähr 500 Häuser dort, wunderschöne Häuser mit vielen Pflanzen, und jede Woche arbeiten die Leute einen Tag gemeinschaftlich für das Viertel. So haben sie eine Bibliothek und ein Gemeindehaus errichtet, in denen Lesungen und andere politische Aktivitäten stattfinden. Gemeindeeigentum in Oaxaca ist sehr verbreitet. Hier gibt es ein Gesetz, nach dem nicht genutztes Privateigentum von der Gemeinde konfisziert werden kann. Auch die Gemeinschaftsarbeit und das Offenlegen der Ausgaben und Bedürfnisse der Gemeinden sind weit verbreitet und gesetzlich verankert.

Gemeindeeigentum und Selbstorganisation

Es scheint viel in Bewegung, die Menschen wissen um Lösungen für ihre Probleme. Dazu brauchen sie keine Nichtregierungsorganisationen, keine verkrusteten Parteien oder deren Vertreter. So ist es auch logisch, dass in ganz Oaxaca die Umstellung auf die Sommerzeit ignoriert wird. Sie hätten keinen Vorteil davon, wird uns gesagt. Morgens ist es dunkel, sie müssen Licht machen, das kostet extra. Wofür die Sommerzeit? Sie existiert, damit die Elektrizitätsgesellschaften daran verdienen, nicht, damit die Bevölkerung etwas davon hat. Die Strompreise sind so gestiegen, dass der Boykott absolut plausibel erscheint. Die Lösungen kommen nicht "von oben", sondern von den Leuten selbst, in kollektiven Prozessen der Selbstbestimmung und Organisation. Die PRI hat durch ihre Politik der Korruption und Ignoranz das Vertrauen der Menschen längst zerstört. Diese Erfahrung ist nicht rückgängig zu machen, und gleichzeitig ist daraus, so scheint es, diese praktische Phantasie und Umsetzung hervorgegangen.

Almuth Intemann

23. Europa kann von Afrika lernen. Interview mit dem Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka

Rubrik: Kirche und Religionen; Nigeria; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:28

Wole Soyinka, geboren bei Abeokuta (Westnigeria), ist Dramatiker, Lyriker und Regisseur. Er studierte Literatur- und Theaterwissenschaft in Nigeria und der damaligen Kolonialmacht Großbritannien und arbeitete in London, Paris und Ife als Dramaturg. 1960, nach der Unabhängigkeit Nigerias, ging Wole Soyinka in sein Land zurück. 1967-1969 saß er dort wegen seiner Aktivitäten gegen den Biafra-Krieg in Isolationshaft. 1986 erhielt Soyinka für sein vielseitiges uvre als erster Afrikaner den Literatur-Nobelpreis. 1995, als Diktator Abacha seinen Dichterkollegen, den Sprecher der Ogoni-Bewegung, Ken Saro Wiwa, sowie acht weitere Aktivisten hinrichten ließ, rief er zum Boykott der nigerianischen Regierung und von Shell auf. Wole Soyinka lehrt als Professor für Vergleichende Literaturwissenschaften an der Emory University in Atlanta.

Nigeria ist der bevölkerungsreichste Staat Afrikas. Von den 126 Millionen EinwohnerInnen, die sich aus mehr als 250 ethnischen Gruppen zusammensetzen, leben 45 Prozent unterhalb der Armutsgrenze.

Das Interview mit Wole Soyinka über die Krise der Glaubenslehren, Fundamentalismus und Nigeria führte Tim Oliver Schaffrick.

Frage: Herr Soyinka, wo leben Sie derzeit?

Wole Soyinka: Ich lebe in Kalifornien, ich unterrichte in Atlanta, und ich bin dabei, nach Nigeria zurückzuziehen. Ein Drittel meiner Zeit verbringe ich in den USA, ein Drittel in Nigeria - und ein Drittel im Flugzeug.

Sehen Sie Einschränkungen der Meinungsfreiheit in den USA?

Es besteht durchaus ein Bewusstsein für Zensur in den Staaten. Einige der Stellungnahmen meiner Kollegen werden nicht mehr in den großen Zeitungen publiziert.

Die USA beanspruchen ja, eine sehr offene Gesellschaft zu sein, aber in vielerlei Hinsicht sind sie eine sehr orthodoxe. Das kann man z. B. an der Reaktion auf die französische Ablehnung des Irakkriegs festmachen. Da gab es diese himmelschreiende und absolut kindische Feindseligkeit. Die Leute wurden aufgefordert, keinen französischen Wein mehr zu trinken und "French fries" wurden in "Freedom fries" umbenannt. An der Oberfläche sind die USA eine sehr aufgeschlossene Gesellschaft, aber die Hysterie und Xenophobie, die im Zusammenhang mit dem Irakkrieg zu Tage traten, enthüllten, was dieser Gesellschaft wirklich zu Grunde liegt.

Seitens der Intellektuellen gab es keinen ernsthaften Widerspruch. Wo sich doch welcher regte, wurde er einer Mentalität des Konformismus untergeordnet.

Kann die "Koalition der Willigen" ein Modell für eine zukünftige unilaterale Weltordnung sein?

Das ist zu befürchten. Die USA haben durch diesen Krieg im Irak die einzige globale Struktur, die wir hatten, extrem geschwächt, insbesondere durch die arrogante Art und Weise wie dieser Krieg zu Stande kam, dem Weltwillen zum Trotz. Wenn sie jetzt zumindest sagen würden, die Vereinten Nationen sollen die Verwaltung im Irak übernehmen - aber nein, sie haben den Riss geschaffen, und jetzt vertiefen sie ihn noch. Die Vereinigten Staaten sind ein Hindernis auf dem Weg des universalen Willens, der auch den Willen des Schwächeren achtet. Je eher die Bush-Administration abgeschafft wird, desto besser.

Die Bush-Administration und die islamistischen Fundamentalisten kann man als Glaubenskrieger unterschiedlicher Couleur betrachten, die sich aneinander hochschaukeln und als Bedrohung brauchen. Die Logik der Eskalation verspricht einen langen Kampf.

Es gibt zwei verschiedene Formen des Fundamentalismus: Die eine Form ist eine Antwort auf kulturelle Arroganz. Die Leute kehren zu urtümlichen Konzepten zurück, weil die andere Kultur ihnen nichts anzubieten hat, weil sie den Eindruck bekamen, geschwächt worden zu sein, bis hin zu der Befürchtung, ihr eigenes Ich könnte von den anderen vollkommen übernommen werden. Die andere Form des Fundamentalismus wird zur opportunistischen Strategie, bei der es nur um Macht geht, die alles kontrolliert. Die andere Hälfte der

Bevölkerung wird zu Menschen zweiter Klasse degradiert. "Wir haben Recht. Du hast Unrecht. Weil wir Recht haben, bist du tot." Mit der ersten Form des Fundamentalismus ist ein Dialog möglich, die zweite ist einfach abzulehnen.

Im Norden Nigerias beispielsweise gibt es eine föderale Struktur, die die kulturelle Vielfalt akzeptiert. In diesem Rahmen waren Scharia-Gesetze schon immer in der normalen Gesetzgebung verankert. Dann hat ein Staat angefangen, nur diese Scharia-Gesetzgebung einzuführen, was es zuvor nie gab - und damit haben sie die Wahlen gewonnen. Inzwischen sind es nun neun Staaten, die aus purem politischen Kalkül diese Gesetzgebung angenommen haben. Jetzt werden die Hände abgehackt und Frauen wegen Ehebruchs lebendig begraben und gesteinigt, aus reiner Machtkontrolle, obwohl die Gelehrten das Gesetz ganz anders auslegen.

Es ist wichtig, ein Minimum an ethischen Standards festzulegen. Kulturen sind relativ, die Menschenrechte aber nicht.

Könnte dies dazu beitragen, die Globalisierung und den Neoliberalismus in menschenwürdige, geordnete Bahnen zu lenken?

Es ist ständig von Globalisierung die Rede, aber ich glaube nicht, dass man da über eine Sache diskutiert, die man vereinheitlichen kann. Globalisierung ist unvermeidbar. In Afrika und in Asien sehen wir das selbe Modell europäischer Gewerkschaften. Sogar die Globalisierungsgegner sind heute globalisiert. Von Seattle nach Johannesburg, von Prag nach Manhattan, überall sieht man die selben anti-globalen Krieger. Die Mentalität, die Stimmung, die Psychologien der Protestierenden haben sich homogenisiert.

Wo fängt man an, wenn man über Globalisierung redet? Globalisierung geht zurück auf die Christianisierung und die Islamisierung und deren aggressive Armeen, die ihre Werte und ihren Handel ausstreuten. Afrika, das zwischen Christen und Moslems als auch indigenen Kulturen aufgeteilt ist, ist durch die bloße Existenz dieser Kulturen Teil der globalisierten Welt. Fangen wir jetzt "ganz oben" an und diskutieren die Demokratisierung des UN-Sicherheitsrats, einer Institution, die so offensichtlich undemokratisch ist? Reden wir von einer amerikanischen oder einer französischen Globalisierung? Reden wir von der deutschen Rivalität mit den Briten?

Die Post-Saddam-Ära zeigt, dass die Bündnisse weniger ideologischer als wirtschaftlicher Natur sind. Mein Ansatz besteht darin, zurück zu gehen zur Vielfalt in der Welt.

Sie kommen gerade aus Nigeria. Wie sieht die politische Realität dort aus?

Ich war dort an aktuellen politischen Aktivitäten beteiligt. Wir hatten gerade Wahlen, die alles andere als frei und gleich abgelaufen sind und es gibt in diesem Zusammenhang Dinge, die mich außerordentlich besorgen. Sie stehen im Zusammenhang mit Auszählungspraktiken bei der Wahl in einigen der "hot areas" im Norden des Landes und in Teilen der Öl produzierenden Gebiete. Kürzlich gab es eine Revolte in der Delta-Region, die zur Geiselnahme einiger Ölarbeiter durch einige Einheimische führte. Darauf folgten Vergeltungsschläge.

Es gibt da so viele Brennpunkte. Fakt ist, dass das Militär immer noch einfach in diese Gebiete gehen kann, um angeblich den Frieden zu sichern und dies immer mit dem Tod von Zivilisten endet.

Gibt es eine neue Partei oder Veränderungen, die Anlass zu Hoffnung geben?

Da müsste ich ganz weit ausholen. Um diese Frage zu beantworten, müsste man in die Geschichte der regierenden Partei - derjenigen Partei, die gerade die Wahl gewonnen hat - zurückgehen und die Geschichte der Opposition und den Hintergrund der Ermordung eines der Führer der Opposition wieder aufrollen. Ich müsste über die Gewalt, die bereits vor den Wahlen im Land herrschte, berichten. Und ich müsste die unfassbare Geschichte von Ken Saro Wiwa und seiner acht Mitstreiter erzählen, die von der Militärdiktatur gehängt wurden und ein unfassbares Los ertragen mussten ... Es gibt einige Veränderungen.

Das Verteilungsprinzip der Staatseinkünfte hat sich verändert, der Verteilungsschlüssel hat sich zu Gunsten der Öl produzierenden Gebiete verändert - aber die Frage bleibt, ob dieses zusätzliche Geld die einfachen Leute erreicht. Wohin geht die Verteilung der externen Einkünfte? Man müsste Jahrzehnte zurückgehen in der Geschichte eines Landes, dessen Wirtschaft seit 30 Jahren eine Monoproduktwirtschaft ist. Alles hängt vom Petroleum ab: der Verfall der Landwirtschaft, der Kleinindustrie, die Veränderung der Umwelt. Die Seen

versorgen die Leute nicht mehr mit Fischen, die Abgase haben die Luft vergiftet und Gesundheitsprobleme verursacht. Wohin adressiert man den Mangel an Schulen und Krankenhäuser genau in den Gebieten, die seit all den Jahren all den Reichtum produziert haben? Wie können diese Korrekturen gemacht werden?

Es gibt diejenigen, die glauben, dass eine demokratische Integration dem Land hilft und andere, die es für ihre Mission gehalten haben, zum Boykott dieser Wahlen aufzurufen, einfach deshalb, weil sie nie in der Lage waren, die selbe Gerechtigkeit wie der Rest des Landes zu erhalten. Letztere kämpfen an zwei Fronten, gegen die multi-nationalen Konzerne und gegen die Regierung. Wiederum andere sehen die einzige Formel für eine ökonomische Rettung darin, dass sich ihre Region vom Rest Nigerias abspaltet. Es besteht ein sehr komplexes Netzwerk an politischen Interessen, das können wir nicht in einem Interview abhandeln.

In den Sechzigern und Siebzigern gab es sehr viel ideologisch motiviertes Theater in Afrika, oft auch mit einem "funktionalen Aspekt", z.B. dem Kampf gegen Analphabetismus in der uralten Tradition der "oral history". Wie sieht es in der afrikanischen Theaterlandschaft derzeit aus?

Das Theater hat zu Gunsten von Video und Neuen Medien an Stellenwert verloren. Wie überall sonst ist auch das afrikanische Theater eine Mischung aus Mythologie, gesellschaftlicher Meinung und einem Aufklärungs- und Bildungsaspekt. Im Norden Nigerias gibt es beispielsweise eine Kampagne gegen weibliche Genitalverstümmelung, der Kampf gegen AIDS und der Kampf gegen den Analphabetismus, der auch wie eine Krankheit ist, geht weiter.

Gibt es auch eine Kampagne gegen die Scharia?

Davon ist mir derzeit nichts bekannt. Ich habe vor vielen Jahren ein Stück namens "Die still, Mr. Godspeak" geschrieben, das sich gegen verschiedene Formen des Fundamentalismus, gegen Aberglauben und Ausbeutung wandte. Schon damals waren die Schauspieler, die es aufführten, in ernsthafter Gefahr. Daher würde es mich keineswegs wundern, wenn im Augenblick keine Stücke gegen die Scharia inszeniert werden. Aber es werden welche entstehen, daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Das hört sich an, als ob Sie, was regionale Entwicklungen betrifft, kämpferischer und optimistischer sind als auf der weltpolitischen Bühne.

Ich weiß nicht, ob man mich einen Optimisten nennen kann. Ich weiß aber genau, dass es manchmal einfach Zeit braucht, damit ein soziales Phänomen in das kreative Sammelbecken eines Schriftstellers und jeglicher künstlerischen Arbeit einsickert. Da unterscheidet sich Afrika wesentlich von Gesellschaften, die augenblicklich auf Ereignisse reagieren. Manchmal dauert es eine Weile, bis ein Phänomen einem Schriftsteller eine Antwort in einer strukturierten Form entlockt. Selbst zu Beginn einer Diktatur können manche Schriftsteller nicht reagieren - aber dann, ganz unvermittelt, bäumt sich etwas auf und löst eine Aufmerksamkeitsdebatte aus. Das hat mit Optimismus nichts zu tun. Es ist lediglich eine Bemerkung zu einem bestimmten künstlerischen Schaffensprozess.

Hat Afrika der Welt Strategien oder Alternativen anzubieten für die Krise, die durch den Gegensatz von Neoliberalismus und islamistischem Fundamentalismus besteht?

In der Krise der aggressiven Glaubenslehren, die die Welt überschattet, kann Europa von Afrika lernen. Die Feindseligkeit, die wir derzeit beobachten, wird durch eine Wahrnehmung von Realitäten geliefert. Wir haben den George-Bush-Typus von Fundamentalisten, der glaubt, die Welt retten zu müssen und wir haben den Osama-Bin-Laden-Typus, der glaubt, die Welt anzünden zu müssen. Diese Art von Geisteshaltung, diesen obsessiven Purismus, der dann das Existenzrecht anderer leugnet, findet man in der afrikanischen Religion nicht. Wir sehen einen Wettstreit, in dem es darum geht, die Welt islamisch oder christlich zu formen. Beide Gesellschaftssysteme haben eine aggressive Geschichte von Gewalt und Herrschaftsstreben, die Religion und Politik zusammenfasst.

Das ureigene Wesen der traditionellen afrikanischen Religionen hingegen ist, dass sie sehr penibel darauf bedacht sind, Staat und Religion voneinander zu trennen. Die afrikanischen Religionen haben niemals einen Krieg in ihrem Namen geführt, weil sie so tolerant sind, dass sie die Existenz anderer Religionen als Teil des Puzzles der spirituellen Ströme akzeptieren, das die Ganzheit jeglichen menschlichen Wesens ausmacht.

Und ganz sicher mischen sie sich nicht in weltliche Prozesse der Gesellschaftsordnung ein, ganz im Gegensatz zu Christentum und Islam, diesen beiden ungleichen Zwillingen, die den fragilen Frieden in der Welt bedrohen.

24. Indonesien: Aceh erlebt Neuauflage militärischer Befriedung

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:07

Die langjährige Unruheprovinz Aceh im Norden der indonesischen Insel Sumatra stand bis vor kurzem wieder einmal vor der Entscheidung: Krieg oder Frieden. Letzterer soll, geht es nach der Zentralregierung in Jakarta, jetzt notfalls herbeigebombt werden. In der Nacht zum 19. Mai verhängte Präsidentin Megawati Sukarnoputri den Notstand und stürzte Aceh damit in einen neuerlichen Krieg mit verheerenden Konsequenzen für die regionale Zivilbevölkerung und die nationale Wirtschaft. Die Friedenskrieger in Jakarta kalkulieren bis zu 200.000 interne Flüchtlinge als Kriegsopfer ein.

Am 21. Mai jährte sich zum fünften Mal der Abgang des mit 32 Jahren dienstältesten Despoten in Südostasien, doch eitel Freude über das Ende des Ex-Generals Hadji Mohamed Suharto mochte in Indonesien nicht aufkommen. Erst recht nicht in der seit langem unruhigen Provinz Aceh im Norden Sumatras. Dort nämlich dürfen die Militärs, seit Suhartos Zeiten die eigentlichen Machthaber im Lande, erneut darüber bestimmen, wer als "Staatsfeind" oder "Terrorist" abgestraft wird. Ultimativ forderte Jakarta die Widerstandsorganisation Bewegung Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka - GAM) zunächst auf, sich bis zum 12. Mai, schließlich - nach Verlängerung des Ultimatums - bis definitiv zum 17. Mai seinem Friedensdiktat zu beugen. Andernfalls drohe die seit Jahren größte Militäroffensive auf dem Archipel.

Kampfjets und Kampfhubschrauber sind von ihrem Stützpunkt in Madiun (Ostjava) nach Medan (Nordsumatra) verlegt, Kriegsschiffe und über 40.000 Regierungssoldaten in die Region entsandt worden. Einem kurzfristig angesetzten, letztlich ergebnislos verlaufenen Krisentreffen in Tokio am Wochenende des 17./18. Mai folgte tags darauf der Beginn der militärischen Großoffensive.

Dabei hatte alles so vielversprechend ausgesehen, als am 9.12.2002 in Genf ein Abkommen über die Beendigung von Feindseligkeiten für Aceh vereinbart wurde. Die Stimmung schwankte zwischen ausgelassener Freude und überschwänglicher Euphorie. "Ein historischer Tag für das Volk von Aceh", kommentierte Martin Griffiths, Direktor des Genfer Henri-Dunant-Zentrums für den humanitären Dialog (HDZ), den Vertragsabschluss zwischen indonesischen Regierungsvertretern und Emissären der GAM. Seit annähernd zwei Jahren hatte sich das HDZ für die Unterzeichnung dieses Abkommens und multilaterale Hilfsleistungen eingesetzt.

Aceh: Lange Tradition des Widerstands

Indonesien ist ein zentralistisch regierter Inselstaat, dessen Präsidenten sich seit dem Abgang Suhartos mit dem Erbe des Ex-Diktators herumschlagen müssen. Eine politische Krise folgt der nächsten, die tief greifende Wirtschaftsmisere verursacht soziale Unruhen. Noch Anfang 1998 zählte die Weltbank Indonesien zur zweiten Generation der ökonomisch erfolgreichen "Tigerstaaten". Doch kein Land erlebte eine so rasche Verarmung so großer Bevölkerungsschichten, wie das seitdem in Indonesien der Fall ist. Über ein Fünftel der knapp 215 Millionen Einwohner Indonesiens, so der Australier Dr. Kevin O'Reilly, im Jakarta-Büro der UN Leiter der Sektion Feldforschung und Analyse, ist gegenwärtig von Lebensmittelhilfen des UN-Ernährungsprogramms abhängig. Über 150 Bombenanschläge in verschiedenen Landesteilen, bewaffnete Konflikte sowie interethnische und interreligiöse Spannungen erschütterten seit Mai 1998 das Vertrauen der Menschen in die öffentliche Ordnung. Die Attentate auf Bali am 12. Oktober 2002 mit 202 Todesopfern erheischten nur deshalb kurz mediale Aufmerksamkeit im Westen, weil das Gros der Opfer Weiße waren.

Aceh ist eines der ältesten Sultanate in Südostasien und gleichzeitig eine Konfliktregion mit einer langen Tradition von Widerstand gegen Kolonialisten, Besatzer und despotische Politiker. Während der holländischen Kolonialzeit von England zeitweilig als unabhängiger Staat anerkannt, verlor Aceh diesen Sonderstatus 1871, als die Engländer klein beigaben und mit dem Vertrag von Sumatra Holland nun auch über Aceh freie Hand ließen. Der holländisch-acehnesische Krieg (1873 bis 1903) war der längste und blutigste während der holländischen Kolonialherrschaft. Selbst nachdem der Sultan von Aceh die Waffen gestreckt hatte und der Guerillakrieg 1912 endete, sah sich die holländische Militärregierung von Sabotageakten bedroht.

Die Mehrheit der Acehnesen revoltierte gegen die Herrschaft der Europäer und begrüßte 1942 die japanische Okkupation Sumatras, was den holländischen Einfluss in diesem Teil ihres Imperiums beendete. Seine große Rolle im Unabhängigkeitskampf Indonesiens (1945-49) sah Aceh von der zentralistischen Politik Jakartas unzureichend gewürdigt: 1953 wurde eine unabhängige islamische Republik ausgerufen, die im Jahre 1961 erst aufgelöst wurde, nachdem Jakarta dem Territorium einen Sonderstatus zubilligte.

Das änderte nichts daran, dass Jakarta auch fortan die Politik in Aceh und über den Erlös seiner Ressourcen bestimmte. Aceh ist reich an Bodenschätzen inklusive der für Indonesien überaus wichtigen Öl- und Erdgasvorkommen, die seit Beginn der siebziger Jahre systematisch erschlossen wurden. Ökonomisch wäre ein eigenständiges Aceh überlebensfähig. Würde auch der Rest Sumatras auf Distanz zu Jakarta gehen, wäre das für Indonesien ein veritables Desaster, bräche dann doch einer seiner bedeutsamsten Exportzweige weg. Allein die Ölfelder in Zentral- und Südsumatra, wo während der holländischen Kolonialzeit in erster Linie Kautschuk, Pfeffer und Kaffee für den Weltmarkt produziert wurden, decken etwa achtzig Prozent des landesweiten Rohölbedarfs. Acehs Reichtum wurde zum Fluch, weil Jakarta zum Schutz der Förderanlagen immer mehr Sicherheitskräfte in die Region beorderte und damit das ohnehin vorhandene Protest- und Widerstandspotenzial gegen die Zentralregierung vergrößerte und zunehmend militanter werden ließ.

Ein zweites Osttimor?

Am 4.12.1976 formierten sich unter Führung des heute im schwedischen Exil lebenden Muhammad Hasan di Tiro die GAM und ihr bewaffneter Arm, die AGAM. Etwa 400 AGAM-Kämpfer sollen anfänglich in Libyen militärisch ausgebildet worden sein. Aktuell beziffert Jakarta die Gesamtstärke der AGAM mit 8.000 bis 10.000 Mann. Erklärtes politisches Ziel der GAM ist ein unabhängiges Aceh, eine Forderung, die von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt, doch von Jakarta kategorisch abgelehnt wird. Die Konsequenz: Als die GAM den bewaffneten Kampf begann, holte Jakarta zum Gegenschlag aus. Von 1989 bis zum Ende der Ära Suharto währte die daerah operasi militer (DOM), das heißt, die Region war das Counterinsurgency-Terrain par excellence. Sämtliche Methoden der Aufstandsbekämpfung wurden dort praktiziert. Forderungen nach einem Referendum wurden erstickt, selbst wenn dafür in der Hauptstadt Banda Aceh weit über eine halbe Million Menschen friedlich auf die Straße gingen. Massive Menschenrechtsverletzungen waren die Folge, Bürgerrechtsgruppen gerieten ins Schussfeld und mindestens 12.000 Tote waren zu beklagen.

Die Lage schien sich während der Präsidentschaft von Abdurrahman Wahid (Herbst 1999 bis Sommer 2001) zu entspannen, als Wahid erwog, die Bevölkerung Acehs nun doch in einem Referendum über die Zukunft ihrer Region abstimmen zu lassen. Das wiederum ging dem Militär zu weit, und es vereitelte diesen Plan. Es befürchtete die Internationalisierung des Konflikts und eine ähnliche Abfolge der Ereignisse wie in Osttimor, dessen Weg in die Unabhängigkeit letztlich das Engagement der UN ebnete. Während sich das Militär lediglich auf Gespräche über Autonomie, einen Waffenstillstand und humanitäre Hilfe einließ, verstärkte es aufs Neue seine Präsenz in der Region. Mehreren Phasen koordinierter Militär- und Polizeioperationen folgte die Aufstockung der Truppenstärke auf etwa 40.000 Soldaten einschließlich Spezialeinheiten.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde die Situation noch prekärer. Neue "Antiterrorgesetze" ermächtigen jetzt die Sicherheitskräfte, allein auf Grund geheimdienstlicher Erkenntnisse verdächtigte Personen bis maximal sechs Monate festzuhalten. Außerdem wurde auch in Aceh ein Territorialkommando eingerichtet, das das Militär als Teil der staatlichen Verwaltung auf lokaler Ebene strategisch positioniert und dem Kommandeur mindestens dieselben Rechte einräumt wie der zivilen Exekutive. Wer unter solchen Bedingungen noch immer zu den Waffen greift oder den bewaffneten Widerstand propagiert, gerät zwangsläufig in den Verdacht des "Terrorismus". Das U.S. State Department hat angekündigt, die GAM auf seine Liste internationaler terroristischer Organisationen zu platzieren, sollte diese ihre Attacken gegen Bohranlagen und andere Einrichtungen von ExxonMobil nicht einstellen.

"Humanitärer Krieg" und Anti-Terrorismus

Die in Genf getroffene Vereinbarung sah ein Waffenstillstandsabkommen, einen besonderen Autonomiestatus und eine intensive Dialogphase mit Beteiligung internationaler Beobachter vor, der 2004 freie Wahlen folgen sollten. Binnen eines halben Jahres, spätestens bis zum 9. Juli, sollten die AGAM-Kämpfer ihre Waffen in eigens dafür eingerichtete Depots abgegeben und sich die Regierungssoldaten in vorgeschriebene Defensivstellungen zurückgezogen haben. Außerdem sollten die in Aceh verübten

Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt sowie die Opfer und deren Hinterbliebene entschädigt werden - mittlerweile weiter nichts als Schall und Rauch. Ein insgesamt 150-köpfiges Gemeinsames Sicherheitskomitee (JSC) unter Vorsitz eines thailändischen Generals mit einem philippinischen Kollegen als Stellvertreter sollte all dies überwachen und befugt sein, Sanktionen zu verhängen.

Bereits kurz nach dem Jahreswechsel warf man sich gegenseitig Vertragsbrüche vor. Die GAM kritisierte das JSC wegen Befangenheit; der philippinische General könne nicht neutral sein, da Jakarta 1996 als Makler zwischen der südphilippinischen Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) und Manila aufgetreten sei und Manila gegenwärtig mit der rivalisierenden muslimischen Widerstandsorganisation Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) in den Südphilippinen Friedensgespräche führe.

Jakarta hingegen warf der GAM vor, die JSC-Sitzungen zu verschleppen, seine Waffen nicht niederzulegen und auf Sezession statt auf Autonomie zu drängen. Nichtregierungsorganisationen vor Ort beklagten seit Wochen, die indonesischen Streitkräfte beziehungsweise Segmente des Militärs stünden hinter dem Aufbau von Milizen, die - wie 1999 im Falle Osttimors - Furcht und Schrecken säten und bereits mehrfach internationale Beobachterteams angegriffen und deren Posten niedergebrannt hätten.

Seit Ende April/Anfang Mai eskalierte der Konflikt. "Entscheidet man sich schließlich für ein militärisches Vorgehen", schrieb Wiryono Sastrohandoyo, Chefunterhändler der indonesischen Regierungsseite, in der Jakarta Post, "sollten die Operationen sorgsam geplant sein, so dass kein Krieg im traditionellen Sinne, sondern ein 'humanitärer Krieg' geführt wird, der außerdem berücksichtigt, dass die zunehmend komplexe politische Situation in Aceh nicht ausschließlich mit militärischen Mitteln lösbar ist." Die Zeichen standen also erneut auf Sturm. Vorsichtshalber mahnte denn auch der Militärsprecher der GAM, Sofyan Dawood, die Zivilbevölkerung, sich bedeckt zu halten: "Wir haben den Leuten bereits nahe gelegt, sich ab dem 13. Mai möglichst zu Hause aufzuhalten, um nicht Opfer militärischer Kampfhandlungen zu werden." Welch ein Trost!

Rainer Werning

25. Araber, Antisemitismus und Holocaust. Zur Rezeption der Shoah in der arabischen Welt, Teil 2

Autor: Omar Kamil · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:01

Im ersten Teil seines Artikels in ak 473 beschrieb Omar Kamil die jahrzehntelang in den arabischen Ländern vorherrschende Rezeption der Shoah: Verschweigen, Instrumentalisierung, ja sogar Leugnung des Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden. Die Hauptverantwortung für diese völlig verzerrte Wahrnehmung tragen arabische Intellektuelle. Erst mit den Interventionen der "neuen Intellektuellen" in den 1990er Jahren artikuliert sich eine Strömung, die das "Leiden der Juden" anerkennt und den arabischen Antisemitismus angreift.

Nach dem palästinensischen Israeli Azmi Bishara war es vor allem der in den USA lebende Edward Said, der die Lügen der arabischen Holocaust-Leugner und Instrumentalisierer zurückwies. In seinem Artikel in der in London erscheinenden arabischen Zeitung al-Oayat (5.11.1997) widersprach Edward Said vehement der immer noch verbreiteten Behauptung, "der Holocaust und das Leiden der Juden seien nichts weiter als eine propagandistische Lüge", nämlich "eine Erfindung der Zionisten". Und er zog eine Verbindung zwischen Holocaust und Nakba, der palästinensischen Katastrophe von 1948, überzeugt, dass "die Welt das Leid der Araber erst zur Kenntnis nimmt, wenn die Araber in der Lage sind, das Leid anderer anzuerkennen, auch wenn sie unsere Unterdrücker sind."

Dieser Aufsatz stellt einen Wendepunkt im Holocaust-Diskurs in den arabischen Gesellschaften dar und gewinnt seine Bedeutung dadurch, dass er nicht von einem "pro-israelischen" arabischen Intellektuellen stammt, sondern von einem der schärfsten Kritiker Israels in der arabischen Welt. Dennoch wurde er Zielscheibe heftiger Attacken. Der aus Bahrain stammende bekannte arabische Intellektuelle Muoammed Gabir al-'Ansari veröffentlichte eine Woche später in zwei Artikeln in al-Oayat (11. und 12.11.1997) eine Antwort auf Said. Al-'Ansari brachte keine inhaltlichen Gegenargumente. Vielmehr warf er Said vor, sich von seiner bisherigen patriotischen Position zu entfernen. Al-'Ansari behauptete zu wissen, welchen Druck die US-amerikanische Öffentlichkeit und die zionistische Lobby in den USA auf Said ausübten; diesem Druck habe Said nachgegeben. Al-'Ansari sieht den Holocaust als eine europäische Angelegenheit. Die Deutschen hätten den Juden etwas angetan, wofür die Palästinenser heute den Preis bezahlen müssten. Erstaunlich sei, so al-'Ansari weiter, dass Said als Palästinenser, und damit als "neues Opfer", für ein neues Denken plädiert. Gerade dieses neue Denken sei wegen der israelischen Besatzung nicht opportun. Mit seiner Forderung, die Araber sollten den Holocaust anerkennen, folge Said einem westlichen Diskurs. Inhaltliche Gegenargumente sucht man in al-Ansaris Artikeln vergeblich.

Eine neue Dimension bekam die Debatte über Saids Artikel mit dem Beitrag des saudischen Journalisten Abdallah Mana', der in einem Artikel der gleichen Zeitung (al-Oayat, 14.12.1997) Said heftig attackierte. Mana' argumentiert verschwörungstheoretisch. Zunächst lobt er al-Ansaris "objektive Analyse" und kritisiert die Mangelhaftigkeit von Saids Holocaust-Diskurs. Mana' führt diese Mangelhaftigkeit auf den Druck zurück, der von der zionistischen Lobby in den USA auf Said ausgeübt werde. Vor diesem Druck habe Said geistig kapituliert. Schließlich wirft Mana' Said vor, mit seinem Holocaust-Diskurs als ein "Agent" des Westens im arabischen Kontext zu funktionieren: "Was ist in dich gefahren und welcher Art von Druck warst du ausgesetzt, dass so hastig aus dir ein Botschafter des Westen wurde, um nicht zu sagen - Gott bewahre!" Bemerkenswert sind Mana's Aussagen über den Holocaust. Zum einen stellt er den Holocaust in Frage, zum anderen verharmlost er ihn, indem er ihn der "permanenten Vernichtung" der Palästinenser durch die Zionisten gegenüberstellt. Dass die westliche Welt den Holocaust als eine Katastrophe des jüdischen Volkes anerkennt, führt Mana' auf "die Fähigkeit und Geschicklichkeit der Juden" zurück. Schließlich macht Mana' sich lustig über Said, der die Palästinenser auffordert, den Holocaust anzuerkennen, während sie "das israelische Messer an ihren Hälsen haben und die israelischen Dolche in ihren Rücken stecken!".

Mit einer schonungslosen Kritik reagierte der libanesische Schriftsteller und Journalist Oazim Sagiya auf Mana's Artikel (al-Oayat, 8.12.1997). Er empört sich über Mana's Unwissenheit und Unverschämtheit, die ihm erlaubte, den Holocaust zu verharmlosen. Mana' als Person interessiert Sagiya nicht, vielmehr sieht er Mana' als typischen Vertreter einer arabischen Denkrichtung, die den Holocaust-Diskurs immer noch prägt. Im

Grunde leidet das "arabische Denken" unter einer tiefen Verzerrung, wenn es um den Holocaust geht. Das führt dazu, dass Araber das Thema Holocaust am liebsten meiden. Sagiya fragt sich, wie ein Israeli über einen Frieden mit den Arabern urteile, wenn er die Ausführungen des arabischen "Denkers" Mana' lesen würde. Schließlich betont Sagiya, dass Edward Saids Artikel schon viel früher hätte geschrieben werden sollen.

Edward Said - ein "Botschafter des Westens"?

In der Tat repräsentiert Sagiya in seinem Holocaust-Diskurs die neuen Intellektuellen in der arabischen Welt. Als Libanese spricht er sich nicht nur dafür aus, Israel anzuerkennen; er plädiert auch dafür, das Leid der Juden - den Holocaust - zur Kenntnis zu nehmen. Während Said mit pragmatischen Argumenten für die Anerkennung des Holocaust wirbt, argumentiert Sagiya völlig anders. Ähnlich wie Bishara plädiert er für die Universalisierung des Holocaust. Die Anerkennung der Juden als Opfer des Holocaust dürfe nicht dazu führen, den Holocaust zum Eigentum der "Juden" oder des Staates Israel zu machen. Vielmehr sei der Holocaust eine menschliche Tragödie.

Gemeinsam mit dem tunesischen Autor Saleo Basir verfasste Sagiya einen Artikel (al-Oayat, 18.12.1997), in dessen erstem Teil die Autoren für die Universalisierung des Holocaust plädieren. Die jüdische Leidensgeschichte müsse als universal verstanden werden; heute etwa hätten "die Türken in Deutschland, die Algerier in Frankreich und die Schwarzen überall auf der Welt unter rassistischer Verfolgung zu leiden, die, trotz aller Unterschiede, Kontinuitäten mit der Unterdrückung der Juden aufweist, welche im Holocaust kulminierte". Die aus dem Holocaust zu ziehenden Lehren, dass Ähnliches nie wieder geschehen dürfe, hätten zudem längst den Horizont einer exklusiv jüdischen Perspektive transzendiert und seien integraler Teil des "Gedächtnisses der Menschheit" geworden. Im zweiten Teil konzentrieren sie sich auf den Konflikt im Nahen Osten; bei diesem gehe es weniger um Fragen der Landverteilung und der Sicherheit als darum, "wie Araber und Palästinenser sich gegenüber dem Holocaust und wie die Juden sich gegenüber den palästinensischen Opfern verhalten". Erst eine konstruktive Beantwortung dieser Frage biete die Grundlage für eine wirkliche Koexistenz in der Region. Um eine Ebene gegenseitiger Verständigung zu erreichen, müssten die Palästinenser endgültig darauf verzichten, sich als die wahren Opfer des Holocaust zu inszenieren oder diesen gleich ganz zu leugnen. Bisher nämlich hätten sie mehrheitlich "den weit verbreiteten Glauben übernommen, dass eine Bestätigung des Holocaust die Anerkennung des Existenzrechtes des israelischen Staates beinhalte. Deshalb zogen sie es vor, seine Realität entweder anzuzweifeln oder ihn sogar mit heiterer Gelassenheit zu leugnen."

Holocaust und Gedächtnis der Menschheit

Der Holocaust müsse als "das schrecklichste Kapitel der bisherigen Menschheitsgeschichte" begriffen werden. Würde sich diese Erkenntnis in der arabischen Diskussion durchsetzen, so Sagiya und Basir, wäre keinesfalls das Unrecht geschmälert, das den Palästinensern seit Gründung des Staates Israel angetan worden sei. Im Gegenteil könnte von Israel eine neue Form der Verantwortlichkeit gegenüber den Palästinensern und ihrer geschichtlichen Erfahrung eingefordert werden. Sobald die palästinensische Gesellschaft sich mit dem Holocaust auch als Teil ihrer eigenen Geschichte beschäftigt, würde sie aufhören, dessen Realität und damit das Existenzrecht Israels zu leugnen, und so helfen, ein Klima gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Diese Universalisierung aber werde nur möglich, wenn Israel anerkenne, "dass es auch andere Ungerechtigkeit gebe - besonders die eigene gegenüber den Palästinensern". Eine Koexistenz sei im Nahen Osten nur dann möglich, wenn beide Seiten aufhörten, ausschließlich in ihrer eigenen Geschichte zu leben, und statt dessen beginnen würden, die Geschichte des jeweils anderen in die eigene aufzunehmen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Holocaust-Diskurs der arabischen Intellektuellen liefert auch der in den USA lebende ägyptische Intellektuelle Ma'mun Findi in einem Artikel in der in London erscheinenden arabischen Zeitung as-Sarq al-'Awsat (11.11.2002). Anlass seines Artikels war die auf dem antisemitischen Werk der "Protokolle der Weisen von Zion" basierende und auf verschiedenen arabischen Fernsehkanälen ausgestrahlte Seifenoper Fares bela Gawad ("Reitende ohne Pferd"). In seinem Artikel Fares bela Huga ("Reitende ohne Argument") kritisiert Findi sowohl den Antisemitismus- als auch den Holocaust-Diskurs der meisten arabischen Intellektuellen. Findi greift das Argument arabischer Intellektueller an, man könne Araber nicht als Antisemiten bezeichnen, da sie selbst "Semiten" seien. Dieses Argument ist aus Findis Sicht lächerlich und absurd; es zeige, von welcher Ignoranz der Weltgeschichte der arabische Diskurs in dieser Angelegenheit bestimmt sei. Findi erklärt seinen Leserinnen und Lesern, was Antisemitismus im europäischen

Kontext bedeutet und wie dieser Antisemitismus am Ende die europäischen Juden in die Gaskammern führte; schließlich fragt er: "Wann wurden die ‚semitischen` Araber in die Gaskammern geschickt?" Wenn die Araber in der Weltöffentlichkeit den Antisemitismus als eine anthropologische Frage behandeln und mit Absicht oder aus Ignoranz das grausame Schicksal der Juden infolge des Antisemitismus übersehen, so machten sie sich lächerlich und stellten ihre Glaubwürdigkeit in Frage. In der Tat haben Europäer den Holocaust gegen die Juden verübt, aber wenn die Araber, so argumentiert Findi weiter, den Holocaust leugnen, vor Holocaust-Leugnern aus Europa und den USA in ihren Ländern den roten Teppich ausrollen und die Verbrechen der Deutschen zu den eigenen machen, erklärten sich die Araber selbst für Nazis. Dass sie in einem Konflikt mit Israel stehen, rechtfertige nicht die Leugnung des Holocaust; vielmehr reflektiere diese Leugnung den Verfall der eigenen moralischen Wertvorstellungen. Die Araber irrten, wenn sie meinten, den Holocaust zu leugnen schade Israel - vielmehr schadeten sie sich dadurch selbst.

Antisemitismus - ein Import aus Europa

Zu den neuen Intellektuellen gehört auch der irakische Kolumnist der As-Sarq al-'Awsat Oalid al-Qastini. Fast regelmäßig informiert er seine Leserinnen und Leser über die Kultur und die Geschichte der Juden in den arabischen Gesellschaften, vor allem im Irak. Al-Qastini, der an die Gewaltlosigkeit und die "menschliche Brüderlichkeit" glaubt, beschreibt in einem Artikel unter dem Titel "Die irakischen Juden: diese wunderbare Gemeinschaft" die Stellung irakischer Juden, als sie noch im Irak lebten. Für diesen Artikel wurde er heftig kritisiert und beschimpft. Schließlich, so argumentierten seine Kritiker, dienten die irakischen Juden in der israelischen Armee. Außerdem würden die "wunderbaren Juden" täglich beim Morgengebet die Muslime verfluchen! Genau diesen letzten Vorwurf nahm Al-Qastini zum Anlass für einen weiteren Artikel, in dem er die Haltung der Araber zum Antisemitismus und zum Holocaust kritisch behandelt. Er zählt die in den arabischen Gesellschaften gängigen antisemitischen Vorwürfe auf und weist auf ihre christlich-europäische Herkunft hin. Er beschreibt solche Vorwürfe gegen die Juden als Faseleien, die erst mit den Europäern in den arabischen Orient kamen und schließlich mit dem arabisch-israelischen Konflikt Eingang in den arabischen Diskurs fanden.

Dann geht er auf die Morgengebete der Juden ein, um zu zeigen, dass der gläubige Jude seinen Tag mit einem Gebet beginnt, in dem er Gott um das Wohlwollen für die Menschen bittet. Eine Verdammung der Muslime sei nur in den arabischen Mythen vorhanden, betont al-Qastini. Dann plädiert er für die Lehren von Martin Buber: Die Araber sollten sich in die Situation der Juden versetzen, um ihr Leid, ihre Ängste und Gedanken verstehen zu können. Die "klassische" Antwort darauf, dass "wir als Araber" das nicht tun können, wenn wir sehen, was die Israelis mit unseren palästinensischen Brüdern und Schwestern machen, weist al-Qastini als nicht produktiv zurück, denn ohne Zweifel sagen auch die Israelis: "Schau, was die Palästinenser uns antun!"

"Solidarität mit dem jüdischen Volk"

Der häufig gezogene Vergleich zwischen dem Holocaust und dem Vorgehen der Israelis gegenüber den Palästinensern steht im Zentrum des Diskurses der neuen arabischen Intellektuellen. Der libanesische Kolumnist Guzef Samaoa lehnt in einem Artikel diesen Vergleich vehement ab. In einem provokativen Artikel unter dem Titel "Sollen wir Hitler lieben oder hassen?" wirft er manchen Arabern vor, Hitler als nationalen Helden zu betrachten. (al-Oayat, 5.3.2000) Wenn solche Araber Hitler kritisierten, dann täten sie dies nur, weil Hitler die Vernichtung der Juden nicht vollständig realisiert habe. Die Logik dieser Araber funktioniere sehr einfach. Sie adoptieren Hitler als den Henker der Juden, die wiederum die "Henker" der Palästinenser sind. Durch diese verzerrte Geschichtswahrnehmung werde ein arabisches Bewusstsein konstruiert, das sich antisemitische Werke zu eigen mache und es erlaube, euro-amerikanische Holocaust-Leugner mit Enthusiasmus zu empfangen, europäische Politiker à la Haider zu verteidigen und schließlich Hitler zu verehren.

Samaoa zieht auch einen Vergleich zwischen dem Nazismus und dem Zionismus, nicht um eine Beziehung zwischen beiden zu konstruieren, sondern um den arabischen Leserinnen und Lesern das Wesen beider Ideologien zu erklären. Für ihn ist Israel ein zionistischer Staat, der jahrelang die Existenz der Palästinenser als eine politische Entität negierte, die Palästinenser aber keineswegs als Volk vernichten wollte. Die Nazis dagegen machten sich die Vernichtung der Juden insgesamt zum Ziel. Samaoa betont die Notwendigkeit, die

zionistische Ideologie zu kritisieren; Israel allerdings als "Nazistaat" zu bezeichnen, zeige nur die Unfähigkeit, die Natur des Nazismus zu verstehen.

Genau diese Unfähigkeit der Araber, das Wesen des Nazismus zu begreifen, behandelt der palästinensische Politikwissenschaftler Marawan Bisara in einem Artikel in al-Oayat unter dem Titel "Palästina und der Holocaust". Zuerst betont Bisara, der Diskurs der Araber über den Holocaust sei oberflächlich und diene allein dazu, Israel schlecht zu machen und die palästinensische Sache zu verteidigen. Dieser Diskurs sei in sich widersprüchlich: Einerseits leugnten Araber den Holocaust oder bezweifelten die Zahl der sechs Millionen ermordeten Juden; gleichzeitig bezeichneten sie das, was Israel den Palästinensern antue, als einen palästinensischen Holocaust. Die Araber kennten in ihrer Geschichte diese Dimension des Hasses und die Lust an der Vernichtung des anderen nicht. Daher könnten sie sich nicht vorstellen, wie die Nazis in der Lage waren, sechs Millionen Juden kaltblütig und barbarisch zu vernichten. Daher fordert Bisara die Araber auf, sich mit dem Holocaust auseinander zu setzen, um ihn zu begreifen.

Diese Forderung wurde erst 2003 von einer Gruppe palästinensischer Intellektueller in Israel aufgegriffen. Sie gründete eine Initiative, um zuerst in Seminaren den Holocaust zu studieren und anschließend eine Reise nach Auschwitz zu machen. Die Gruppe wandte sich in einem Kommuniqué mit dem Titel "Erinnerung an das Leid für den Frieden" an die Öffentlichkeit. Darin äußerte sie ihre Sorgen über die sich im Verlauf der Intifada immer mehr verschlechternden Beziehungen zwischen Arabern und Juden. Die Initiatoren wollten ein Zeichen setzen und das Leid der anderen Seite verstehen: "Die beide Völker können den blutigen Weg nur verlassen, wenn sie das Leid und die Ängste des Anderen kennen und verinnerlichen ... Wir wollen mehr über die Schmerzen, das Elend, das Qual und die Zerstörung studieren und kennen lernen ... Wir wollen uns hineinversetzen und uns solidarisch mit dem jüdischen Volk erklären." (Ha'aretz, 5.2.2003). Neben den zwei Hauptinitiatoren, dem Pater Emil Sufani und dem Journalisten Nazir Magli, sind unter den Unterzeichnern Kirchenmänner aller Konfessionen sowie Saio 'Abdallah Nimr Darwis, der Gründer der Islamistischen Bewegung, Amal Murqus, Na'im 'Araideh und Professor Faoil Mansur. Der Wille, die Bedeutung des Holocaust für das jüdische Volk zu verstehen, beruhe auf dem rein humanistischen Interesse der Unterzeichnenden, betonte Emil Sufani. Dieses Interesse sieht er als die Voraussetzung für die Koexistenz von Juden und Arabern in Israel an.

Die Initiative wurde in der arabischen Welt nicht von allen Seiten mit Begeisterung aufgenommen. Zwar betont Magli gegenüber dem Ha'aretz-Journalisten Aviv Lavie die Unterstützung des Vorsitzenden der arabischen Liga 'Amr Musa, dennoch wurde die Initiative in den meisten arabischen Medien verschwiegen. Nur zwei arabische Zeitungen berichteten über sie - mit Skepsis. So hob die in London erscheinende Zeitung al-Quds (Jerusalem) in ihrer Ausgabe vom 4.2.2003 hervor, dass die Initiatoren den Holocaust verstehen wollen, ohne die Israelis aufzurufen, das Leid der Palästinenser anzuerkennen. Außerdem verzerrt die Zeitung das Bild von Pater Emil Sufani, in dem sie ihn als "Freund" der israelischen Rechten bezeichnet. Ähnlich reagierte auch die liberale Zeitung al-Oayat (11.2.2003). Ihr Korrespondent As'ad Tiloami in Nazareth unterstellt den Initiatoren, sie wollten entweder eine Rolle in der Öffentlichkeit spielen oder sich der jüdischen Mehrheit in Israel anbiedern. Interessant an der Kritik ist die Tatsache, dass beide Zeitungen das Ziel der Initiatoren, nämlich das Leid der Juden anzuerkennen, nicht in Frage stellen. Dies zeigt, dass weitere solche Initiativen in der arabischen Welt möglich sind.

Betrachtet man zusammenfassend die Antisemitismus- und Holocaust-Debatten arabischer Intellektueller, so zeichnen sich fünf Strömungen ab: Während die erste den Holocaust verschweigt, relativiert die zweite den Holocaust durch Gegenüberstellung mit der Nakba, dem "wahren Holocaust" an den Palästinensern; die dritte Strömung leugnet den Holocaust als "Erfindung des Zionismus", und die vierte nutzt ihn als Argument gegen die westliche Zivilisation, die auch den auf "Vernichtung" gerichteten Zionismus hervorgebracht habe. (vgl. ak 473)

Elitendiskurs und Alltagsverstand

Diese vier Diskurse sind Ergebnisse des arabisch-israelischen Konfliktes, ihre Konstruktion wurde in allen arabischen Gesellschaften gefördert. Dagegen ist die fünfte Strömung, der hier vorgestellte Diskurs der neuen Intellektuellen, ein Produkt der 1990er Jahre, jener Zeit der Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten. Die Interventionen der neuen Intellektuellen zeigen, dass antisemitische Diskurse in der arabischen Welt dekonstruiert werden können. Der Geist der arabischen Intellektuellen ist bis heute appellativ und wird seine

Bedeutung verlieren, wenn er nicht seinen Weg in das alltägliche Leben der Araber findet. Dabei kann Europa einen konstruktiven Beitrag leisten. Moralische und finanzielle Unterstützung der Ideen der neuen Intellektuellen in den arabischen Gesellschaften ist notwendiger denn je.

Omar Kamil

26. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:18

Päckchen tragen

Die ArbeiterInnen bei UPS Nürnberg bewegen beim Be- und Entladen jede Nacht bis zu 25 Tonnen, tausende von Paketen, i.d.R. mit den eigenen Händen. Gesund ist das nicht, und entsprechend sind die meisten bei UPS zwischen 18 und 35 Jahre alt. Spätestens dann macht der Rücken nicht mehr mit, werden akute Erkrankungen chronisch. Das Magazin der ver.di-Betriebsgruppe bei UPS Nürnberg nennt einige haarsträubende Beispiele für den Umgang des Managements mit kranken KollegInnen: Ein langjähriger Mitarbeiter legt ein ärztliches Attest über ein chronisches Rückenleiden (Verschleiß der Wirbelsäule) vor und bittet um Versetzung auf einen anderen Arbeitsplatz. Ohne Erfolg. Die Schädigung nimmt zu, und längere Arbeitsunfähigkeit ist die Folge. Mit der Konsequenz, dass dem Kollegen dies als Arbeitsverweigerung vorgeworfen wird. Ein anderer braucht wegen eines ärztlich attestierten Knieleidens einen Arbeitsplatz mit mehr Bewegung. Auch das wird abgelehnt. Der Mann muss operiert werden, fällt für längere Zeit aus und kehrt dann in den Betrieb zurück - an seinen alten Arbeitsplatz. Inzwischen ist auch das andere Knie kaputt. Ein dritter Kollege hat einen Arbeitsunfall erlitten und teilt dem Vorarbeiter mit, dass er für mehrere Tage ausfällt. Der hat nichts Besseres zu tun, als ihn drohend daran zu erinnern, dass sein Vertrag ja noch nicht unbefristet sei.

(www.labournet.de)

Mindestlohn im Haushalt

In Südafrika haben Haushaltshilfen seit kurzem ein Recht auf Arbeitslosenversicherung und auf einen Mindestlohn. Darauf, dass sich HausarbeiterInnen dieser Rechte zunehmend bewusst werden, deutet die steigende Anzahl von Beschwerden bei der Schiedskommission CCMA hin. Im Verlauf eines Jahres ist die Zahl der Streitfälle vor der CCMA um 65% gestiegen, von 834 Fällen im April 2002 auf 1.373 Fälle im März 2003. Bei 83% der Fälle ging es um ungerechtfertigte Entlassungen, bei 6% um unfaire Arbeitsbedingungen. Bisher hat die CCMA in 80% der Fälle zu Gunsten der Beschäftigten entschieden, in 16% der Fälle zu Gunsten der Arbeitgeber.

Das südafrikanische Arbeitsministerium geht davon aus, dass ca. 1,2 Millionen SüdafrikanerInnen als Haushaltshilfen arbeiten. Bis zum 30. April, einen Tag vor Ablauf der Anmeldefrist, hatten die ArbeitgeberInnen allerdings lediglich knapp 300.000 Beschäftigte für die Arbeitslosenversicherung abgemeldet, also gerade ein Viertel. Die Weigerung, Haushaltshilfen für die Sozialversicherung anzumelden, wird in Südafrika ab sofort mit Geldstrafen bis zu 5.000 Rand bis hin zu Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren geahndet. Ab Juni wollen die Behörden mit den Inspektionen beginnen.

(www.labournet.de)

Versteigere dich selbst!

Schon mal im Internet bei Ebay gewesen und dabei per Mausklick den einen oder anderen Herzenswunsch ersteigert? Auf dieser digitalen Auktionsplattform gibt's alles, vom Kuscheltier bis zum Laptop. Seit neuestem kann man sogar richtig um Arbeitskraft bieten. Kerstin Cruz aus Ludwigsfelde war die Pionierin auf diesem Gebiet, und nach etlichen NachahmerInnen denkt das Auktionshaus an eine spezielle Rubrik für den elektronischen Sklavenmarkt. Unter der Produktsparte "Büro, Sonstiges" pries sich Frau Cruz an: "Sollte also jemand eine Bürokraft, Sachbearbeiterin, Empfangsdame oder Mitarbeiterin in der Organisation suchen mit viel Organisationstalent, freundlich und zuverlässig, dann bin ich die Richtige." So viel zur Produktbeschreibung. Die Gebote kamen tatsächlich: Jobs als "Finanzdienstleisterin" auf Provisionsbasis. Seriöse Angebote auf Festeinstellungen waren dagegen eher selten, und wenn, waren die Gehaltsangebote unverschämt niedrig. Ein Reisebüro etwa bot 700 Euro im Monat für sechs Stunden pro Tag. Wahrscheinlich hat Frau Cruz den tieferen Sinn von Ebay noch nicht verstanden: Schließlich tummeln sich hier nicht einfach nur KäuferInnen, sondern SchnäppchenjägerInnen.

(Frankfurter Rundschau)

Kassenklingeln

Not macht erfinderisch, heißt ein zutreffendes Sprichwort. VerkäuferInnen verschiedener Hamburger Einzelhandelsgeschäfte haben am ersten super-langen Samstag jedenfalls zu tätiger Selbsthilfe gegriffen, um sich die zusätzliche Arbeit vom Hals zu schaffen. Nachdem gewerkschaftliche Aktionen die ungeliebte Verlängerung der Ladenöffnungszeiten nicht hatten verhindern können, haben die Beschäftigten es jetzt mit Sabotage versucht. In etlichen Geschäften haben die VerkäuferInnen ab 16 Uhr die Verkäufe nur noch notiert, aber nicht mehr in die Kassen eingegeben (Das haben sie erst am Montag darauf getan). Auf diese Weise sind die ausgewiesenen Umsätze nach 16 Uhr am ersten verkaufsoffenen Samstag künstlich niedrig gehalten worden, "um die Geschäftsleitungen zu entmutigen", wie es hieß. Vor allen in den Hamburger Außenbezirken, wo etliche Läden noch nicht mit den supermodernen Scanner-Kassen ausgerüstet sind, scheint diese Aktion bemerkenswert erfolgreich gewesen zu sein. Ulf Kalkmann, Sprecher des Hamburger Einzelhandelsverbandes, beklagt jedenfalls, dass es "noch viel zu viele" der alten Kassen gebe und die Sabotage daher "ein ernstes Problem" darstelle.

(Hamburger Morgenpost)

Bittere Tomaten

Neben Burger King, McDonalds und Pizza Hut ist Taco Bell mit Firmensitz in Irvine, Kalifornien, eine der größten Schnellimbissketten der USA. Wichtigster Rohstoff für Taco-Bell-Produkte sind Tomaten, und die kommen hauptsächlich aus Immokalee, einer Stadt im Südwesten Floridas und Zentrum der wichtigsten Tomatenproduktionszone Amerikas. Gepflückt werden die Tomaten von LandarbeiterInnen, die vor allem aus Lateinamerika in die USA eingewandert sind (40% aus Mexiko, 33% aus Guatemala, weitere aus Haiti, Honduras und El Salvador). Die Arbeitswoche umfasst sechs Tage, und für einen 32-Pfund-Eimer erhält ein/e ArbeiterIn 40 Cents. Das entspricht 50 Dollar für zwei Tonnen Tomaten. Überstunden werden nicht bezahlt, Krankenversicherung, Urlaub und Rentenversicherung sind unbekannt. Rassistische Belästigungen und Einschüchterungen durch Vorarbeiter sind auf den Feldern gang und gäbe, Gewerkschaften sind nicht zugelassen. Die PflückerInnen sind in Barackensiedlungen oder Wohnwagen untergebracht, die oft mit Stacheldraht umzäunt sind. Sanitäreinrichtungen oder warmes Wasser sind in diesen Siedlungen, oft weit außerhalb jeder Stadt, Mangelware.

Seit 1998 kämpft die CIW, die "Coalition of Immokalee Workers" gegen Taco Bell, mit Protestmärschen, Hungerstreiks und Boykottkampagnen. Dabei gelang es der CIW auch, sogenannte "slavery rings" aufzudecken, mafiöse Netzwerke, die mit z.T. brutalen Methoden Zwangsarbeiten organisiert hatten. Taco Bell seinerseits schlägt mit harten Bandagen zurück. So hat der Konzern letztes Jahr die Einwanderungsbehörde auf die CIW und die AktivistInnen unter den LandarbeiterInnen angesetzt. Verhaftungen und Abschiebungen von Illegalisierten waren die Folge. Bisheriger Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen der CIW und Taco Bell war ein zehn Tage langer öffentlicher Hungerstreik von hundert TomatenpflückerInnen und etlichen studentischen UnterstützerInnen vor dem Firmensitz in Irvine. Es wird (leider) nicht die letzte Runde in der Auseinandersetzung um die Beendigung der "sweatshops in the fields" sein.

(www.labournet.de)

Weil's um Frauen geht

Schweden gilt immer noch als sozialpolitisches Musterländle: 80% gewerkschaftlicher Organisierungsgrad, großer gewerkschaftlicher Einfluss auf die Politik, einigermaßen korrekte Sozialleistungen. Da werden Arbeitskämpfe nahezu überflüssig. Die einzigen, die diesbezüglich immer wieder aus der Rolle gefallen sind, sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Obwohl auch in Schweden der Staatssektor in den letzten Jahren zurückgestutzt worden ist, sind die "Kommunals" mit 40% der Beschäftigten nach wie vor das dominierende Segment des schwedischen Arbeitsmarktes.

Seit Ende April haben nun die Gemeindeangestellten, die KindergärtnerInnen, das nichtpädagogische Schulpersonal, Pflege- und Reinigungskräfte die Brocken hingeschmissen. Die Beschäftigten, in der Regel Frauen, oft Migrantinnen und am untersten Ende der schwedischen Lohnskala, streiken für fünf Prozent mehr Lohn und einen Mindesteinstiegslohn von ca. 1.400 Euro. Bisher wird der Streik von der schwedischen

Öffentlichkeit durchaus mit Sympathie begleitet. 87 Prozent der SchwedInnen halten die Streikforderungen für angemessen, obwohl immer mehr Schulen, Krankenhausabteilungen und Kindergärten schließen müssen und die Müllberge sich türmen. Viele müssen Urlaub nehmen, um sich um ihre Kinder zu kümmern, die jetzt nicht mehr in der Schule oder im Kindergarten untergebracht sind.

Umso erstaunlicher ist die zögerliche und vorsichtige Streiktaktik der Gewerkschaftsführung, die auf punktuelle und rotierende Aktionen setzt, so dass keine Stadt länger als zwei Wochen bestreikt wird. Bei den anderen Gewerkschaften im Dachverband LO trifft der Streik gar auf offene Ablehnung. Man fürchtet, die eigenen Mitglieder könnten auch solche Forderungen stellen. Gerade jetzt dürfe keine "Lohnspirale nach oben" in Gang gesetzt werden, die die schwedische Wirtschaftskraft gefährden könnte. Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften sind sich in ihrer "gesamtwirtschaftlichen Verantwortung" gegen die "Kommunals" einig. "Wir sind stocksauer", sagt Riita Eddib, eine streikende Kindergärtnerin aus Rinkeby, und ihre Kollegin Carina fragt sich: "Ob's daran liegt, dass es vor allem um Frauen geht?"

(WoZ)

27. Globalisierung und Gegenwehr. Krise bei FIAT und soziale Bewegungen in Italien

Autor: Raffaele Sciortino · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:10

Mehr als eine Ware, "ein Idol und eine Philosophie" sei das Auto, schrieb der kürzlich verstorbene Luigi Pintor über die Krise bei FIAT. Der Tod des Patriarchen Gianni Agnelli im Januar markiert zugleich das Ende des italienischen "Familien-Kapitalismus". GewerkschafterInnen machen Fehlentscheidungen des Managements für das Desaster verantwortlich, die FIAT-ArbeiterInnen wehren sich mit mehr oder weniger militanten Aktionen gegen Massenentlassungen. Unterstützt werden sie von den AktivistInnen der neuen Protestbewegungen. Solche Bündnisse gegen die Auswirkungen der Globalisierung machen Mut - auch wenn die Perspektiven des Kampfes noch unklar sind.

Nach Jahren relativer Passivität sind die ArbeiterInnen bei FIAT im vergangenen Herbst durch die Ankündigung eines drastischen Restrukturierungsplans aufgeschreckt worden. Der daraus entstandene Kampf geht über unmittelbare Interessen hinaus. Die ArbeiterInnen sehen sich mit der wahrscheinlich entscheidenden Krise des letzten bedeutenden multinationalen italienischen Konzerns konfrontiert; einer Krise, die den Niedergang des Systems im Lande widerspiegelt. Andererseits wird im Kampf eine Brücke geschlagen zwischen der Vergangenheit der Arbeiterklasse der Großindustrie mit ihren relativen "Garantien" und einer prekären Zukunft, die direkt von der Globalisierung der Märkte bestimmt wird.

"Kurzarbeit Null" für Tausende

Durch die Übereinkunft mit General Motors (GM) vor etwa drei Jahren erkannte das italienische Autohaus faktisch das Scheitern seines Versuches an, auf einem globalisierten Automarkt selbstständig zu konkurrieren. Den weiteren Niedergang von FIAT hat das nicht aufhalten können: Der Anteil am italienischen und am europäischen Markt sank weiter, das monatliche Defizit betrug 140 Mio. Euro, die Schulden bei italienischen Banken wuchsen, Betriebsteile wurden geschlossen. So vollzog sich die Flucht des "Familienbesitzes" FIAT aus dem Sektor, durch den er bislang den italienischen Kapitalismus geprägt hatte. Während der Verkauf einiger "Familienjuwelen" in der Bauteile-Produktion und im Luftfahrtsektor der an die Gläubigerbanken zu zahlende Preis war, sind die geplanten Kürzungen der Autoproduktion auch in den italienischen Produktionsstätten die "schmutzige Arbeit", die GM fordert, um die Produktion von FIAT Auto bis 2004 um 20 Prozent zu senken.

Mit Blockaden gegen Entlassungen

Die Streichung von 3.000 Stellen im Juli 2002 erfolgte mit Zustimmung der gemäßigtsten Gewerkschaften FIM, UILM und FISMIC und gegen den Protest der FIOM, der größten und am meisten links orientierten Gewerkschaft der MetallarbeiterInnen, die zum Gewerkschaftsbund CGIL gehört. Im Oktober 2002 erklärt das Unternehmen den Krisenzustand. Angekündigt werden 8.100 Stellenstreichungen und weitere 11.000 im Juni 2003; die Betroffenen sollen Kurzarbeitergeld oder eine Art Ergänzung zur Rente erhalten. Die Fabriken von Alfa Romeo in Arese (Lombardei) und von Termini Imerese (Sizilien) werden faktisch still gelegt, bei Mirafiori in Turin geht der massive Stellenabbau weiter. Nicht betroffen sind dagegen vier süditalienische Standorte, darunter Melfi (Region Basilicata) und Pratola Serra (Campania), zwei Fabriken, die vor zehn Jahren entsprechend den Vorgaben des Toyotismus gebaut wurden und die zu den produktivsten in Europa zählen. Eine Gewerkschaft gibt es hier praktisch nicht.

Den stärksten Widerstand gibt es zunächst in Termini Imerese, wo die 1.800 ArbeiterInnen von der örtlichen Bevölkerung aktiv unterstützt werden - und das in einer Region, in der es bei den Parlamentswahlen eine deutliche Mehrheit für die Rechten gegeben hat. Jetzt organisiert man Streiks, Straßen- und Schienenblockaden. Auch der Flughafen von Palermo und die Meerenge bei Messina werden blockiert.

An den übrigen Standorten und auch bei Mirafiori in Turin sind die Reaktionen anfangs verhalten. Erst am 22. November blockieren die Mirafiori-ArbeiterInnen zusammen mit Studierenden den Turiner Hauptbahnhof. Die relativ schwache Mobilisierung hängt mit dem relativ hohen Durchschnittsalter der Belegschaft zusammen.

Man hofft auf akzeptable Vorruhestandsregelungen und auf eine Gesundung des Unternehmens durch "Verschlankung" auf Kosten der Jüngeren.

Die Mobilisierung macht Anfang Dezember einen Sprung vorwärts und bringt zwei "Neuheiten". 500 ArbeiterInnen aus Termini Imerese fahren nach Melfi und blockieren drei Tage lang, nur mit der Unterstützung der lokalen Metallgewerkschaft FIOM, die einzige Zufahrt zur Fabrik, die wie eine Insel fernab bewohnter Gebiete liegt. Die ortsansässigen jungen ArbeiterInnen, ohne Kampftraditionen und ohne ein Minimum gewerkschaftlicher Organisierung, bleiben aber noch passiv; bei ihnen mischen sich Interesse und Hoffnungen, aber auch die Sorge, von einer Krise überfahren zu werden, welche "die Produktivsten" verschonen werde. Dennoch ist es der erste Versuch, den Kampf auszuweiten und von unten her voran zu bringen und nicht die Initiative allein den Gewerkschaftsführungen zu überlassen. Er ist ein Mittel, die - bis dahin von den scheinbar abgesicherten ArbeiterInnen nicht in Frage gestellte - Politik der Gewerkschaften anzugreifen, eine Politik, die dem Unternehmen bisher erlaubt hatte, an den neuen Produktionsstätten eine harte und zugleich flexible Arbeitsorganisation einzuführen und diese dann auf alle Standorte auszuweiten.

Ein neues Kampfbündnis ist möglich

Die zweite Neuheit ist die Solidarität junger GlobalisierungskritikerInnen, die sich an den Blockaden von Betrieben und von Eisenbahnlinien in Sizilien beteiligen. "Wir sind gekommen, um Ungehorsam zu lernen", sagen die jungen Leute den ArbeiterInnen. Das sind die ersten Beispiele wechselseitigen Austauschs, die man nicht unterschätzen sollte - sei es wegen ihrer politischen Inhalte, sei es wegen ihrer Kampfformen wie dem Trainstopping, die sich anschließend auch als Widerstandsformen gegen den Krieg entwickeln.

Am 5. Dezember 2002 einigen sich die Regierung und FIAT auf ein gemeinsames Programm für den Aufschwung des Unternehmens. Die FIOM ist entschieden dagegen, aber auch FIM und UILM verweigern ihre Zustimmung. Der Vertrag bestätigt alle 8.100 Stellenstreichungen, der einzige Unterschied ist die "Verpflichtung", den Betrieb in Termini Imerese für die Produktion des "Punto" (die bisher bei Mirafiori stattfand) wieder zu öffnen, aber mit reduzierten Stückzahlen und dem aus Melfi übernommenen Schichtsystem und Arbeitstempo. Mit Berlusconis ausdrücklicher Zustimmung wird eine Strategie der Spaltung zwischen den Standorten verfolgt und die direkte Einmischung der Regierung auch in Fragen der Arbeitsorganisation akzeptiert.

An diesem Punkt steigt bei Mirafiori die Wut, und es kommt zu einer heftigen Reaktion. Es wächst die Beteiligung an Streiks, Demonstrationen und Blockaden von Straßen und Eisenbahnlinien, die eine Woche lang aufeinander folgen. Aber während ein Teil der ArbeiterInnen, darunter vor allem die jüngsten, der Firma bewusst "weh tun" wollen, schwanken die meisten ArbeiterInnen (und dafür sind nicht nur die Gewerkschaften verantwortlich), ob sie zu effektiveren Formen des Kampfes übergehen sollen. Die zweite ungelöste Frage ist die Ausweitung der Mobilisierung auf andere ArbeiterInnen der Unternehmensgruppe und auf den Rest der Bevölkerung - schließlich sind viele Jugendliche und die AktivistInnen der globalisierungskritischen Bewegung zur Unterstützung bereit; letztere führen mehrere Besetzungen durch und blockieren ein FIAT-Handelszentrum.

In Termini herrscht derweil Orientierungslosigkeit. Man ist zwar zur Fortsetzung des Kampfes bereit, dessen Perspektiven aber sind unklar: Verlängert die durch die Mobilisierung erreichte Aufhebung der endgültigen Werksschließung nur die Agonie der Fabrik? In dieser Situation ist an eine Fabrikbesetzung, wie sie von einigen vorgeschlagen wird, nicht zu denken. Gegenüber Il Manifesto (5.2.2002) bringt ein Arbeiter das Dilemma auf den Punkt: "Wir Arbeiter haben keine politische Vertretung, während fast alle die Interessen der Unternehmen vertreten wollen."

Die Ausweitung des Kampfes gelingt nicht, die ArbeiterInnen der anderen Standorte rühren sich nicht, der Gewerkschaftsbund CGIL bricht nicht die Isolierung der FIOM, die bis dahin den Kampf organisiert hat, mit einem nationalen Generalstreik. Während man in Termini die Wiedereröffnung der Fabrik, wenn auch nur für fünf Wochen, erwartet, arbeiten die Gewerkschaften FIM und UILM, die in Worten noch gegen die Pläne des Unternehmens sind, an einer "pragmatischen" Handhabung der Überproduktion. Das ist, im Großen und Ganzen, die aktuelle Situation.

Ist also alles vorbei? Wohl kaum, wenn, wie vorgesehen, noch im Juni die zweite Welle der Stellenstreichungen ansteht und nach wie vor der Verkauf der gesamten Autosparte an GM droht. Eine schwierige Situation, die einige Bemerkungen erfordert. Was hat der Kampf bisher gebracht?

Erstens. Es hat sich unter den ArbeiterInnen die, wenn auch noch unklare, Wahrnehmung verbreitet, direkt mit der Globalisierung konfrontiert zu sein, die nicht mehr nur ein Slogan ist oder etwas, das andere betrifft, sondern ein konkreter Mechanismus, der hier und heute wirkt. Unter den ArbeiterInnen herrscht noch die Vorstellung, die Krise sei auf Fehlentscheidungen der Manager zurückzuführen, die es versäumt hätten, neue Modelle zu entwickeln, und es sei ein neuer Aufschwung möglich, auf Basis der Qualität des Produkts und der Arbeit. Aber gleichzeitig stellt sich das Problem, wie man dem Markt gegenübertritt, mit welchen Kräften, welchen Bündnissen und welchen Perspektiven. Und man muss zur Kenntnis nehmen, dass ein Aufschwung von FIAT Mittel erfordern würde, die weder die Regierung noch die Banken und noch viel weniger GM zur Verfügung stellen wollen - gegen eine stammelnde Mitte-Links-Opposition, die keine Alternative hat und jedem entschlossenen Kampf feindlich gegenüber steht. Also stellt sich das Problem: Sichert man Arbeitsplätze mit oder gegen FIAT? Allein oder in einem heterogenen Bündnis, das heute nur auf nationaler Ebene möglich ist?

Zweitens. Die FIOM schlägt einen "wirklichen" Industrieplan vor, für den Aufschwung des Unternehmens (und gegen den "industriellen Niedergang des Landes") mit Hilfe der Forschung und innovativer Produkte, mit wirklichen Investitionen und nicht mit Einsparungen, mit nicht rein "fürsorgerischen" Staatsinvestitionen, die auf ein anderes System des Verkehrs und der Mobilität zielen. Dies ist eine Position, welche die Vorstellungen der am ehesten kampfbereiten ArbeiterInnen widerspiegelt. Aber der Punkt ist, dass selbst für die Förderung dieses Industrieplans heute eine viel entschlossenere Mobilisierung nötig wäre, die sich auch an die anderen immer mehr vom Großkapital enteigneten sozialen Schichten wenden und den sozialen Konflikt um Arbeitsplätze führen müsste, ohne sich von der Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens bremsen zu lassen.

Drittens. Es wird immer offensichtlicher, dass die ArbeiterInnen, um stark zu sein, sich mit jenen - vor allem jugendlichen und prekär beschäftigten - gesellschaftlichen Kräften verbünden müssen, die sich in den globalisierungskritischen Gruppen organisiert haben. Wie ist das zu machen? Und mit welcher Perspektive eines "alternativen Modells" der Gesellschaft gegenüber der bedrohlichen Gleichförmigkeit der kapitalistischen Globalisierung und ihrer Kriege? Wie man sieht, sind das fruchtbare Fragestellungen. Sie erwachsen aus einem Kampf, der teilweise als Kampf eines "alten" Arbeitersubjekts erscheinen mag. Aber mit ihnen erscheinen an der Oberfläche der Gesellschaft auch die grundlegenden Widersprüche des heutigen Systems, mit dem wir mehr denn je die Konfrontation suchen müssen.

Raffaele Sciortino, Turin

Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Js.

28. Standortwettbewerb ab Klasse 5. Zur neoliberalen "Modernisierung" des Bildungswesens

Autor: Jürgen Klausnitzer · Rubrik: Sozialpolitik; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:05

Mangelnde Flexibilität und Innovationsfähigkeit, geringe Effizienz und Qualität, bürokratischer Zentralismus und Egoismen von PädagogInnen. Das sind heutzutage einige der gängigen Anklagepunkte gegen das bundesdeutsche Bildungswesen. Mit internationaler Unterstützung und der PISA-Studie im Rücken wird zu einer Modernisierungsoffensive geblasen. Mit katastrophalen Auswirkungen auf Schulen, Schülerinnen und LehrerInnen.

Zur Beseitigung der angeblichen Defizite im Bildungswesen werden Rezepte diskutiert, die der privatwirtschaftlich verfassten Ökonomie entlehnt sind: Dezentralisierung ("Autonomie und Eigenverantwortung"), Wettbewerb, betriebswirtschaftliche Rechnungslegung und Privatisierung. Hintergrund für diese "Verbetriebswirtschaftlichung" ist die mikroökonomisch orientierte Humankapitaltheorie, die vor allem von der Weltbank und der OECD verfolgt wird und die eine zielgenaue Identifizierung von profitablen Bildungsinvestitionen ermöglichen soll. Die gegenwärtigen Verhandlungen über die Liberalisierung von Dienstleistungen - u.a. auch im Bildungsbereich - sind Ausdruck davon, dass globale Agenturen und nationale InteressenvertreterInnen eine Entwicklung vorantreiben, in der Entscheidungen über Entwicklungen von Bildungssystemen zunehmend in einem internationalen Rahmen gefällt werden, etwa in Form von Standardisierung und Harmonisierung.

Mit PISA zum Freien Markt

Zielsetzung und Instrumentarium der gegenwärtigen Restrukturierung sind in zentralen Punkten übereinstimmend mit den Vorschlägen von Weltbank und OECD formuliert. Als Ziel wird der Gewinn an Produktivität und Effizienz definiert. Wesentliche Mittel dazu sind Flexibilisierung und Ökonomisierung der Institutionen, die Einführung von Wettbewerbselementen und eine "ergebnisorientierte Steuerung". Diese Politik wird auf nationaler Ebene getragen und öffentlich vertreten von Institutionen der Privatwirtschaft wie dem BDI und der IHK, von Stiftungen wie der Bertelsmann-Stiftung und ihrem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), der Heinrich-Böll-Stiftung. Dabei trifft die Modernisierung auf eine Entwicklung, die die Schule als Verteilungsinstrument erhalten und den Auslesecharakter des Bildungswesens verstärken will. Zwei idealtypische Strategien schälen sich heraus: eine konservative und eine sozialdemokratisch/grüne.

Eines der wesentlichen Charakteristika konservativer Bildungspolitik ist der Versuch, die Selektions- und Allokationsfunktion des Bildungswesens aufrecht zu erhalten und sie den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen. Dabei wird das Gymnasium als Eliteschule erhalten (bzw. wieder hergestellt). In allen 16 Bundesländern können Entwicklungen und Tendenzen beobachtet werden, die sich im wesentlichen wie folgt zusammenfassen lassen:

- Verkürzung der 13-jährigen Schulzeit auf 12 Jahre

- Einführung von zentral verwalteten Abschlussprüfungen in den Klassen 9, 10 und 13 bzw. 12 (Zentralabitur)

- Reduzierung von Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe

- Verschärfung der Anforderungen in Tests und Prüfungen

- Reorganisation der Curricula im Sinne "traditioneller Werte"

- Unterstützung für Hochbegabte und "fast track"-Schulbiographien, auch um "Vielfalt und Elitebildung" zu fördern.

Die beabsichtigte Einführung zentral verwalteter Abschlussprüfungen ist dabei nicht nur ein aktuelles Mittel zur Qualitätsverbesserung qua Verschärfung der Selektionsfunktion. Sie ist auch ein erster Schritt hin zur Einführung eines zentral verwalteten Bewertungssystems und eines verbindlichen Kerncurriculums entlang europäischer Indikatoren.

Konservative Landesregierungen betonen in der Bildungspolitik "traditionelle Werte" (versinnbildlicht in den sogenannten Kopfnoten) sowie traditionelle schultypische Lehrpläne und halten am dreigliedrigen Schulwesen fest. Dagegen waren es sozialdemokratische Länderregierungen, die als erste Elemente einer dezentralisierten und ergebnisorientierten Steuerungsstrategie der Bildungsverwaltung eingeführt haben. Im Kontext einer sehr allgemein gehaltenen Debatte über Autonomie und Eigenverantwortung ("selbstständige Schule"), Qualitätssicherung und Evaluation führten diese Landesregierungen unter anderem folgende Elemente ein:

- (teil-) autonomes Management für einen bestimmten, größer werdenden Prozentsatz des Gesamtbudgets einer Schule, Kosten-Leistungsrechnung

- Stärkung der Rolle des/der Schulleiters/in

- Entwicklung von Schulprogrammen.

Dabei bleibt die allgemeine Perspektive einer angeblich effizienteren neuen Verwaltungssteuerung für die Betroffenen genauso im Dunkeln wie deren Folgen für die Qualität der pädagogischen Arbeit. Nach der Phase der Kostenreduktion und De-Legitimierung der alten, staatsbürokratischen Schule beherrscht jetzt der öffentliche "Diskurs des Wandels" die Schulentwicklung. Dieser Prozess der Restrukturierung wird in kleinen Schritten, aber in strategisch wichtigen Schlüsselbereichen organisiert. Pilotprojekte auf einer begrenzten Basis spielen dabei eine wichtige Rolle. Schritt für Schritt werden die Kompetenzen der einzelnen Schulen auf der operationalen Ebene erweitert, wobei die zentralstaatlichen Zuständigkeiten auf strategischer Ebene (z.B. Curricula, Indikatoren für Evaluationsysteme) aufrechterhalten, angepasst und erweitert werden.

Die wesentlichen Akteure dieser Restrukturierung sind ganz offensichtlich die Finanzministerien, die effizienteren Strategien der Ressourcennutzung im Öffentlichen Dienst - sprich Sparvorgaben - absolute Priorität verschaffen. Das entsprechende Know-how stellen Management-Firmen. Ob die Bildungsministerien diejenigen sind, die diesen Prozess steuern, ist mehr als fraglich. LehrerInnen werden in die Rolle ohnmächtiger Zuschauer gedrängt.

Angesicht des Gewichts von Kosten- und Qualitätskontrolle ist die Rede von (institutioneller) Autonomie und Eigenverantwortung wenig mehr als Legitimationsrhetorik (die allerdings an enttäuschte Hoffnungen auf pädagogische Autonomie anknüpfen kann). Tatsächlich geht es um nackte Sparpolitik bzw. um eine Senkung der Staatsquote. Neben einer veränderten Verwaltungssteuerung gewinnt vor allem die Kooperation mit der Wirtschaft (Public-Private-Partnership) an Bedeutung - am deutlichsten vorgeführt durch die enge Kooperation von Bertelsmann-Stiftung und Bildungsministerien der Länder.

Im wesentlichen sind es zwei zentrale Instrumente, von denen man sich Effizienzgewinne verspricht: die Organisierung von Wettbewerb zwischen den (Bildungs-)Institutionen und die Privatisierung, sowohl von Institutionen als auch von Kosten. Der Effizienzsteigerung der Einzelinstitution soll auch die Einführung einer betriebswirtschaftlichen Rechnungslegung dienen. Dazu ist es notwendig, Ergebnisse und entsprechende Indikatoren bzw. Kennziffern für zu erbringende Leistungen zu definieren. Diese Indikatoren werden nicht von den teil-autonomen Einzelinstitutionen, sondern von strategischen Zentralstellen (Bildungsministerium und/oder einer speziellen Agentur) definiert. Sie sind von Bedeutung für die Evaluation der erbrachten Leistungen, für das Kontrakt-Management zwischen Zentrale und Einzelinstitution und nicht zuletzt für ein internationales Benchmarking-System.

Fit for Business und Wettbewerb

Strategien der Privatisierung können neben dem Verkauf vormals staatlicher Institutionen ganz unterschiedliche Formen annehmen: Öffnung vormals ausschließlich staatlicher Tätigkeiten für privatwirtschaftliche Organisationen (Privatschulen); Organisierung von Wettbewerb und Quasi-Märkten innerhalb des öffentlichen Diensts oder zwischen staatlichen und privaten Institutionen (z.B. Jugendamt und private Träger); Einrichtung von privatwirtschaftlich arbeitenden, staatsnahen Agenturen (Evaluation, Tests) u.v.m. Jenseits der verschiedenen institutionellen Formen der Privatisierung ist auch die zunehmende Privatisierung von Kosten von Bedeutung.

Auch wenn die Restrukturierungsprozesse in den deutschen Ländern erst begonnen haben, so lassen sich auf Grund der Erfahrungen in anderen - vor allem angelsächsischen - Ländern doch Aussagen über absehbare

Folgen treffen. Es zeichnet sich deutlich eine Polarisierung ab zwischen LehrerInnen einerseits und Leitungsteams bzw. ManagerInnen an der Spitze der Schulen andererseits. Der Zwang, genügend Schüler zu rekrutieren, führt dazu, dass sich an den Schulen ManagerInnen herausbilden, die ihre Entscheidungen zunehmend eher an Kostenzwängen und Ertragsüberlegungen orientieren als an den (Lern-) Bedürfnissen der SchülerInnen. Der Druck, genügend Schüler zu rekrutieren, verengt Pädagogik auf solche Faktoren, die den Marktwert der Schule verbessern wie z.B. sichtbare, messbare und nach außen vorzeigbare Indikatoren der Qualitätsmessung, Examensergebnisse, Schulgebäude, Glanzbroschüren über die Schule etc.

Bei geringeren finanziellen Ressourcen legt das eine Abwertung und Vernachlässigung von Erziehungs- und Bildungsaufgaben nahe, die jenseits dieser instrumentellen Ziele liegen. Das geht vor allem zu Lasten von SchülerInnen mit Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten. Diese werden zunehmend den Schulen überlassen, die nicht so nachgefragt und damit auf Neuzugänge von Schülern angewiesen sind. Deshalb stellen eine Reihe von Untersuchungen fest, dass die Verbesserung der Leistungen und damit der Position der sogenannten "guten" Schulen nur um den Preis der Bildung einer Gruppe von unterfinanzierten, mit "ProblemschülerInnen" belasteten Schulen gelingt. Der Markt erweist sich als ein mehr oder weniger verdeckter Mechanismus sozialer Spaltung.

In vielen angelsächsischen Ländern ist die Entwicklung einer ausgeprägten Prüfungskultur zu beobachten. Anstatt die Möglichkeiten des Lernens auszuweiten, orientiert man sich an der Überprüfbarkeit von Leistungen. Dies hat gravierende Folgen für den Lehr- und Lernprozess, da das Unterrichtsgeschehen auf die Prüfungen hin orientiert und der Lehrplan zu konsumier- und testbaren Päckchen verschnürt wird.

Der Arbeitsalltag ist in Folge der neu eingeführten Techniken der Rechenschaftspflicht und Kontrolle durch zunehmende Verdichtung, Extensivierung und Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet. Für eine begrenzte Anzahl von LehrerInnen werden besser bezahlte Positionen ("master-teachers") und eine Bezahlung nach bestimmten Leistungskriterien (wie z.B. Unterrichtsbeobachtung, aber auch Schülerleistungen) eingeführt. In dieser Situation, in der die einzelnen Schulen um Quoten und Rangplätze kämpfen, werden die Gewerkschaften als kollektive Interessenvertretung geschwächt. Mit der Durchsetzung dieses veränderten (mehr oder weniger globalen) Modells öffentlicher Bildung wird die in den letzten drei Jahrzehnten gewachsene Bedeutung der LehrerInnen als OrganisatorInnen von Bildungsprozessen zunehmend abgelöst von der der "ExpertInnen" für standardisierte quantitative Verfahren der Leistungsmessung, Evaluation und computergestützen Testverfahren.

Das objektive Ziel des Paradigmenwechsels in der Bildungspolitik besteht darin, die Phase der auf Expansion und Chancengleichheit abzielenden Bildungsreform endgültig zu beenden und einer Kosten sparenden Rationalisierung und Privatisierung Vorrang einzuräumen. Rationalisierung und Privatisierung, Wettbewerb und einzelinstitutionelle Effizienz sind Elemente einer institutionellen Oberfläche, hinter der sich ein neuer "common sense" dessen herausbildet, was im Rahmen von Bildungsprozessen für wichtig erachtet wird. Hinter dem Schleier von Rationalität wird deutlich ein Sozialdarwinismus sichtbar, der unter der Losung von "Autonomie und Eigenverantwortung" den TeilnehmerInnen am Markt - sei es dem Einzelnen (Eltern/SchülerInnen) oder der einzelnen (teil-)autonomen Bildungsinstitution - die alleinige Verantwortung über Erfolg und Versagen zuschreibt.

Jürgen Klausenitzer

29. Geld oder Leben! Mit der Agenda 2010 wird die Gesetzliche Krankenversicherung abgewrackt

Autor: Andreas Bachmann · Rubrik: Gesundheitspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:37

"Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ist der wichtigste, auch notwendigste Teil der innenpolitischen Erneuerung", so Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14. März diesen Jahres. Für die Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stellen diese Kanzlerworte eine Bedrohung dar, die inzwischen wahrgemacht wird.

Die gesetzliche Krankenversicherung ist der wichtigste Kostenträger des Gesundheitswesen, und sie ist ökonomisch gesehen der "sozialstaatlichste" Teil der Sozialversicherung. (1) Teile der CDU, FDP, rechte GesundheitsökonomInnen und UnternehmerInnen wollen den Arbeitgeberanteil zur GKV dauerhaft auf höchstens 6 % festschreiben. Auch das Bundeskanzleramt misst der Beitragssatzstabilität eine strategische Bedeutung bei. In einem Arbeitspapier aus dem Jahre 2001 wurden unterschiedliche Szenarien zur Reform der GKV skizziert. Vor allem geht es darum, den gesetzlichen Krankenversicherungsschutz auf eine rudimentäre Elementarversorgung plus private Zusatzversicherungen zu reduzieren. Gleichzeitig werden Überlegungen angestellt, die freie Arztwahl für gesetzlich Versicherte gravierend einzuschränken. Sozialpolitisch würden diese Veränderungen noch intensiver als die Rentenreformen wirken, denn der Umverteilungseffekt durch die gesetzliche Krankenversicherung zu Gunsten ärmerer Haushalte ist viel bedeutsamer als bei der Rentenversicherung, die starke Elemente eines schlichten versicherungstechnischen Äquivalenzprinzips aufweist. (2) Die bereits jetzt bestehenden Tendenzen zur Rationierung von Gesundheitsdienstleistungen und zum Ausschluss ärmerer Haushalte von einer optimalen Versorgung würden eskalieren.

Institutionell und ideologisch wurde der Privatisierungsprozess seit den 1990er Jahren durch den offenen Wettbewerb der GKV-Kassen um "gute Risiken" eingeleitet. Eine Schlüsselrolle spielten dabei die Neugründungen und Ausweitung von Betriebskrankenkassen, die häufig auch von Betriebsräten in Großbetrieben mitgetragen wurden. Zwar soll bis 2007/2008 der Risikostrukturausgleich (Finanzausgleich) zwischen den gesetzlichen Kassen intensiviert werden. Bis dahin ist das Kassensystem allerdings schon unumkehrbar beschädigt, da sich die Wettbewerbsordnung und die Ausgrenzung von kostenträchtigen Risiken rechtlich, wirtschaftlich und institutionell verfestigt haben wird.

Trotz einer äußerlich progressiven Beschlusslage verhalten sich die Gewerkschaften gegenüber diesen Prozessen äußerst korporatistisch: Die bei ver.di organisierten Betriebsräte von privaten Krankenversicherungen intervenieren (erfolgreich) gegen die gewerkschaftliche Forderung nach einer Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze; die großen Industriegewerkschaften orientieren in den Gremien der Selbstverwaltung auf Kostensenkung und Beitragssatzstabilität; die IG BCE verteidigt zusammen mit der Pharmaindustrie die Profitmargen, die zu den wenigen immanenten Wirtschaftlichkeitsreserven des Gesundheitswesens gehören.

Die Steigerung der Beitragssätze zur GKV resultiert vor allem aus der instabilen ökonomischen Beitrags- und Mitgliederbasis als Folge von stagnierenden Lohneinkommen, Massenarbeitslosigkeit und unterschiedlichen Formen der Scheinselbstständigkeit. Außerdem verlieren die Kassen der GKV durch die Abwanderung gut verdienender und relativ gesunder ArbeitnehmerInnen zur Privaten Krankenversicherung (PKV) wichtige Mitgliedergruppen für den Risikoausgleich. Und schließlich wird die Einnahmeseite der GKV auch durch die Beitragsbemessungsgrenze belastet, die gut verdienende GKV-Mitglieder begünstigt.

Standortfaktor Zahnsspange

Spätestens seit den ersten Runden des Bündnis für Arbeit haben sich auch die Gewerkschaften dem Dogma der niedrigen Lohnnebenkosten verschrieben. In den Alternativvorschlägen des DGB zur Agenda 2010 nimmt dieses Leitbild eine prominente Rolle ein. In der gegenwärtigen Situation ist diese Orientierung jedoch verheerend. Unter den gegebenen Bedingungen und Kräfteverhältnissen steht die Prämisse der niedrigen Lohnnebenkosten (Beitragssätze) ausschließlich für die Privatisierung von sozialen Risiken und für Leistungsabbau.

In diesem Prozess geht es nicht nur um die Soziallohnsenkung zu Gunsten der Unternehmer, sondern auch um die Herstellung einer tatsächlichen privatwirtschaftlichen Marktordnung auf der AnbieterInnen- und Versicherungsseite. Ca. die Hälfte des gesamtgesellschaftlichen Gesundheitsbudgets (ca. 150 Mrd. EUR) ist über die GKV vermittelt. Noch gibt es auf der AnbieterInnenseite von Gesundheitsdienstleistungen einen verhältnismäßig starken kommunalen und gemeinnützigen Sektor. Durch die Erosion der GKV und die Implementierung von gewinnorientierten Steuerungsmodellen können private Versicherungen und private Krankenhauskonzerne ihre Marktanteile und Gewinnmargen jedoch ausweiten. Je größer diese Marktanteile sind, desto größer ist die Ausschlusswirkung: Das private Versicherungsrecht und die privatwirtschaftliche Versicherungstechnik kennrn keinen solidarischen Risikoausgleich. Die Tarife dort differenzieren lediglich nach Alter, Geschlecht und Gesundheitsstatus. Kommerzielle AnbieterInnen von Gesundheitsleistungen zielen vor allem auf den/die zahlenden und lukrativen KundIn der Mittel- und Oberschicht ab.

Gesundheit auf dem Schnäppchenmarkt

Auch die weit verbreitete Polemik gegen die sogenannten versicherungsfremden Leistungen trägt zur Frontstellung gegen die Sozialversicherung bei. Vor allem die typischen umverteilenden Elemente der Sozialversicherung wie z.B. die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Gesetzlichen Krankenversicherung werden mittlerweile als "versicherungsfremd" diffamiert. Dabei wäre diese aber nur dann versicherungsfremd, wenn der Maßstab der kommerziellen Versicherung mit ihrer individuellen Risikobewertung und dem Äquivalenzprinzip angelegt wird.

Die Rürup-Kommission hat vorgeschlagen, den GKV-Versicherungsschutz auf eine rudimentäre Grundversorgung zu beschränken. Im Focus der Streichüberlegungen standen der Unfallversicherungsschutz und der Zahnersatz. Die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung hat das Prinzip der Leistungsausgrenzung aus der GKV zwar aufgegriffen, im Konkreten ging sie allerdings andere Wege. Es sind vor allem die bekannten Elemente von Leistungsausgrenzung, Ausweitung von Eigenbehalten und die Stärkung der noch relativ neuen Bonus-Modelle in der GKV, die das Bild prägen.

Aus dem Rahmen fällt lediglich die Neugestaltung des Krankengeldes. Dieses bleibt zwar formal eine Pflichtleistung der GKV, die Arbeitgeberanteile sollen aber wertmäßig um das entsprechende Krankengeldvolumen entlastet werden. In dem § 249 SGB V neu des Koalitionsentwurfs zur GKV-Änderung wird der Arbeitgeberanteil auf 47 % reduziert. Die wichtigsten weiteren Änderungen stellen sich wie folgt dar:

- Frei verkäufliche Medikamente sollen nicht mehr erstattet werden, die Zuzahlungen zu sonstigen Medikamenten werden erhöht.

- Facharztbehandlungen ohne Hausarztüberweisung sollen eine "Praxisgebühr" von 15 EUR pro Quartal kosten.

- Die GKV wird verpflichtet, wirtschaftliche Bonussysteme für die Versicherten anzubieten, wenn die Zugangssteuerung zu allen relevanten Leistungen über die Hausärzte stattfindet oder wenn die Versicherten an Präventionsprogrammen oder an Spezialprogrammen bspw. für chronische Erkrankungen teilnehmen.

- Sozialleistungen mit familienpolitischem Einschlag wie Mutterschaftsgeld, Haushaltshilfen etc. werden aus der GKV ausgegliedert und sollen künftig über die Tabaksteuererhöhung (!) steuerfinanziert werden.

Die Überlegungen, Hausärzte ("sprechende Medizin") institutionell zu stärken, sind ebenso wie die Verweise auf Prävention und effektive Behandlung von chronischen Erkrankungen nicht unsympathisch. Durch die Verknüpfung mit schlichten ökonomischen Steuerungsmodellen, die lediglich private Versicherungen mit ihren Bonus/Malus-Modellen, Schadensfreiheitsrabatten und individueller risikogerechter Tarifierung kopieren, werden diese Ansätze jedoch konterkariert. (3) Bei den Chronikerprogrammen besteht die Gefahr, dass sie zur Rationierung und Deckelung von Aufwendung für diese Patientengruppen missbraucht werden.

Die Krankengeldreform beendet auch formal die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung. Sie ist ein Zwischenschritt zur absoluten Begrenzung der Arbeitgeberanteile. Beitragssatzsteigerungen werden dann auf die Versicherten konzentriert und sind dann noch weniger durchsetzbar als heute. Weitere Privatisierungen und Leistungsausgrenzungen sind die Folge. So ist es vor allem die starke Impulswirkung für weitere neoliberal inspirierte Reformen, die den Charakter der Agenda 2010 im Gesundheitssektor ausmachen. Am Beispiel der Krankengeldreform soll das verdeutlicht werden.

Wenn im Sozialversicherungssystem erst einmal Wettbewerbselemente integriert werden und wenn der Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen unmittelbarer wird, dann lassen das (herrschende) nationale Wirtschaftsverfassungsrecht und das europäische Wirtschafts- und Kartellrecht kaum noch Alternativen zur (vollständigen) Privatisierung des Krankenversicherungssystems zu. Zwar ist das neue rot-grüne Krankengeld nach wie vor eine Pflichtleistung, aber bei einer rein wirtschaftlichen Betrachtung ist der Unterschied zu einer "Zusatzversicherung" unter dem Dach der GKV (wenn man die paritätische Finanzierung für GKV-typisch hält) nicht sehr groß. Die privaten Krankenversicherer laufen sich schon juristisch warm, um sich den Markt für eigene Krankengeldtarife und gegen das Monopol der GKV in diesem Segment freizuklagen. Noch verkündet die private Versicherungswirtschaft aus taktischen Gründen, auf gesundheitsbedingte und berufsgruppenbezogene Risikozuschläge in den Krankengeldtarifen verzichten zu wollen. Wenn aber der Weg erst einmal freigeräumt ist, werden solche Erklärungen sehr schnell Makulatur.

Konkurrenz ist mega-geil

Warum ist die soziale Basis für diese "Reformen" trotz ihrer eindeutig konfrontativen Tendenz gegen eine Vielzahl von Versicherten so groß? Warum sind die Verteidigungslinien so schwach, obwohl das bundesdeutsche "sozialstaatliche" Gesundheitswesen leistungsfähiger, sparsamer und gerechter ist als z.B. das amerikanische Modell? Die ökonomischen und kulturellen Mythen des Neoliberalismus betonen eine Kultur des Wettbewerbs und des sozialen cost cutting. Es sind diese Mythen, die in der Alltagswahrnehmung die unbestritten zivilisatorischen Elemente einer im historischen Vergleich relativ breit angelegten Gesundheitsversorgung auf mittlerem bis hohem Niveau überlagern und verdecken.

In der herrschenden Medizin und Gesundheitspolitik werden die Menschen oft genug in bestimmt therapeutischen oder pflegerischen Situationen zum Objekt gemacht. So erscheint es vielen attraktiv, als Kunde mit den entsprechenden Rechten und Macht behandelt zu werden. Es reicht daher nicht aus, eine einheitliche Krankenversicherung und die Stärkung der Non-profit-Elemente zu fordern. Eine linke Alternative darf nicht nur ökonomisch oder verteilungspolitisch argumentieren. Es geht auch darum, die sozialen Grundrechte von Versicherten und PatientInnen zu stärken - durch innere Reformen, die mehr Partizipation und Mitbestimmung in den Gesundheitseinrichtungen zum Ziel haben.

Andreas Bachmann

Anmerkungen:

1) Das heißt nicht, dass die von den Krankenkassen finanzierte Medizin und Therapien immer emanzipatorischen Ansprüchen genügen. Ebenso ist das Demokratiedefizit in den Institutionen des Gesundheitswesens und der Krankenkassen selber nicht von der Hand zu weisen.

2) Äquivalenzprinzip steht hier für direkte Abhängigkeit der Höhe der Versicherungsleistung (Rente) von der Höhe der eingezahlten Beiträge.

3) Als Bonus-Modell steht z.B. zur Debatte, dass für die hausarztgesteuerten Patienten die Zuzahlungen ermäßigt werden.

30. Plädoyer für eine europäische Zone des Friedens. Jürgen Elsässer hat einen Traum

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Friedensbewegung; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:17

Jürgen Elsässer, noch vor wenigen Jahren einer der bekanntesten Autoren der "Antideutschen", ist für seine ehemaligen Freunde zur Hassfigur geworden. Verrat werfen sie ihm vor, und dass er in Wirklichkeit doch nur ein Antiimperialist sei, was in jenen Kreisen als eines der gemeinsten Schimpfworte gebraucht wird. Jürgen hat sich gegen den vorherrschenden Trend der "Antideutschen" entschieden, die als Cheerleader-Truppe für die US-amerikanische Kriegsstrategie tingeln. Eine logische Entscheidung, da Jürgens Eintreten für die serbische Position im jugoslawischen Bürgerkrieg und seine klare Verurteilung des Kosovo-Krieges mit dem Bejubeln der US-Kriegsmaschinerie nicht zu vereinbaren wären. Quittiert wurde seine Entscheidung mit dem Rausschmiss aus der konkret-Redaktion. Die Neigung zu kompromisslosen ideologischen Säuberungen ist so ziemlich das Letzte, was den "Antideutschen" noch als Relikt ihrer linksradikalen Vergangenheit geblieben ist.

Sicher werden sie auch mit Jürgens kürzlich erschienenem Buch "Der deutsche Sonderweg" nichtgerade zufrieden sein. Denn neben einer kritischen Darstellung der deutschen Vergangenheit will Jürgen auch die Perspektive einer europäischen Blockbildung gegen die US-Politik aufzeigen: "Der Bruch mit Amerika ist das Gebot der Stunde." Stattdessen müsse "die Liaison Paris-Berlin-Moskau" zum Kern und Ausgangspunkt einer "Zone des Friedens von Brest bis Wladiwostok" werden. "Von einem solchen Staatenbund wäre niemand bedroht. Auch Amerika müsste sich nicht herausgefordert fühlen und könnte sich auf seine isolationistischen Tugenden besinnen."

Jürgen weiß freilich auch, dass dies unter den denkbaren Optionen deutscher Außenpolitik die unwahrscheinlichste ist: Ebenso wie die US-amerikanische Volkswirtschaft habe auch die deutsche eine besondere "strukturelle Neigung zum Krieg". Deutschland stehe "in keinem prinzipiellen Dissens zu den USA und einer militärischen Globalpolitik". Die Volkswirtschaften beider Länder "ergänzen sich in ihrer gegensätzlichen Struktur ideal", seien "symbiotisch verflochten". Daher werde Deutschland nach dem Ende des Irak-Krieges wahrscheinlich zum engen Bündnis mit den USA zurückkehren: "Je kürzer und erfolgreicher die amerikanischen Kriege sind, desto mehr werden sich die deutschen Eliten in der Auffassung bestärkt fühlen, dass man sich mit der ‚einzigen Weltmacht` (Brzezinski) so oder so arrangieren muss, da Widerstand nur die eigenen politischen Spielräume verengt."

Das Problem der deutschen Politik ist aber, was Jürgen in seinem Buch nicht angesprochen hat, dass eine Rückkehr zu dem vergleichsweise vorteilhaften Arrangement mit den USA, wie es vor der mit dem 11. September eingeleiteten Wende bestand, gar nicht mehr möglich ist. Deutschland hat bisher, wie Jürgen zutreffend beschreibt, im Windschatten der USA sehr vorteilhaft seine eigenen Interessen vertreten können. Amerikanischer Unterstützung verdankt das deutsche Kapital die schnelle Einverleibung der DDR, die gegen starke Vorbehalte Frankreichs, Großbritanniens und Russlands durchgesetzt wurde. Im jugoslawischen Bürgerkrieg übernahm die US-Regierung, nachdem sie zunächst die Erhaltung des Einheitsstaates gefordert hatte, die deutsche Linie, die auf Separatismus setzte. So vorteilhaft wird die Zusammenarbeit für die deutsche Politik aber künftig sicher nicht mehr sein. Nicht nur, weil die US-Regierung der deutschen ihre Opposition gegen den Irak-Krieg noch lange nachtragen wird. Sondern auch, weil das ausschließlich auf militärische Massenvernichtungsmittel gebaute neue Selbstbewusstsein der USA, konkurrenzlos einzige Weltmacht zu sein und bleiben zu wollen, eine Neudefinierung des Verhältnisses zu den Verbündeten zur Folge hat.

Die im Vorfeld des Irak-Krieges aufkeimende Hoffnung, dass sich das ad hoc zu Stande gekommene Zweckbündnis zwischen Frankreich, Deutschland und Russland festigen oder gar, wie Jürgen es ausdrückt, zu einer "stabilen Freundschaft" werden könnte, scheint jetzt schon zerschlagen. Sowohl Berlin als auch Moskau hatten es, aus unterschiedlichen Gründen, sehr eilig, bei der US-Regierung um die Wiederherstellung "freundschaftlicher" Zusammenarbeit zu werben. Frankreich wurde dabei im Regen stehen gelassen und hat gar keine andere Wahl, als sich gleichfalls anzupassen. Der UNO-Sicherheitsrat hat, bei Enthaltung Syriens, einstimmig die Macht des Faktischen, also das amerikanische Protektorat über den Irak und dessen Volkswirtschaft, anerkannt.

Jürgen Elsässer hat einen Traum: Ein demilitarisiertes Europa als Bund souveräner, gleichberechtigter Republiken. Er stellt aber auch selbst die nahe liegende Frage: "Ob das in der herrschenden Wirtschaftsordnung möglich ist? Wohl nur gegen sie." Aber ob ein solches Europa, dessen Entstehung revolutionäre Veränderungen wenigstens in den Hauptländern zur Voraussetzung hätte, dann auch demilitarisiert und in Frieden leben könnte? Angesichts des auf militärischer Überlegenheit gründenden US-amerikanischen Anspruchs, sich die Welt vollständig untertan zu machen, muss man an dieser Utopie zweifeln.

Knut Mellenthin

Jürgen Elsässer: Der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung,

Diederichs Verlag Kreuzlingen/München 2003, 264 Seiten, 19,95 EUR

31. Nach Auslieferung Untersuchungshaft. Schweiz lieferte Gabriele Kanze an Spanien aus

Autor: Ariane Müller · Rubrik: Spanien; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:08

Am 10. Januar wurde Gabriele Kanze von den Schweizer Behörden an Spanien ausgeliefert. Auf Grundlage eines internationalen Haftbefehls aus dem Jahr 1994 war die Berliner Sprachlehrerin am 14. März 2002 bei der Einreise in die Schweiz festgenommen worden und saß seitdem in schweizerischer Auslieferungshaft. (vgl. ak 467) Nach der Zwischenstation Madrid ist Gabriele Kanze mittlerweile in den Knast von Brieva verlegt worden.

Die spanischen Behörden beschuldigen Gabriele Kanze, 1993 zusammen mit ihrem Ehemann Benjamin Ramos zwei Wohnungen in Barcelona angemietet zu haben, die von einem ETA-Kommando benutzt worden seien. Neben der Anmietung wird Gabriele Kanze Waffen- und Sprengstoffbesitz vorgeworfen. Bei dem Pulver, das in der von ihr angemieteten Wohnung gefunden worden war, handelte es sich jedoch um Bleisulfid, das zur Herstellung von Sprengstoff völlig ungeeignet ist. Entgegen anders lautender Behauptungen wurden dort auch keine Waffen gefunden. Entsprechende Aussagen waren durch massive Folterungen eines Gefangenen aus der ETA erpresst worden. Aussagen, die er jedoch in seinem Prozess widerrief.

Benjamin Ramos wurde 1995 in Berlin inhaftiert, nach Spanien ausgeliefert und 1997 wegen Unterstützung der ETA zu elf Jahren Haft verurteilt. Weil sie als deutsche Staatsbürgerin nicht ausgeliefert werden konnte, ermittelte die bundesdeutsche Justiz 1994 auf Ersuchen der spanischen Behörden gegen Gabriele Kanze. Auf Grund mangelnden Tatverdachts lehnte die deutschen Staatsanwaltschaft jedoch eine Anklage gegen Gabriele Kanze ab und stellte das Ermittlungsverfahren 1998 ein.

Merkwürdiges Verhalten einer UNO-Kommission

Als nach Gabriele Kanzes Verhaftung in der Schweiz alle rechtlichen Möglichkeiten gegen eine Auslieferung an Spanien ausgeschöpft waren, intervenierte der UNO-Anti-Folter-Ausschuss mit Sitz in Genf nach einer Eingabe ihres Schweizer Rechtsanwalt Marcel Bosonnets. Der UNO-Anti-Folter-Ausschuss forderte am 22. Oktober 2002 die Schweiz auf, von einer Auslieferung nach Spanien abzusehen, solange Gabriele Kanze Beschwerde vor dem Ausschuss geprüft wird. Die Schweizer Behörden akzeptierten notgedrungen. Ursprünglich wollte der UNO-Ausschuss bis Weihnachten 2002 ein Statement abgeben, dann hieß es, eine Entscheidung soll im April 2003 den Schweizer Behörden mitgeteilt werden.

Spätestens Anfang dieses Jahres müssen die Schweizer Behörden jedoch massiven Druck auf den UNO-Anti-Folter-Ausschuss ausgeübt haben, denn am 6. Januar 2003 wurde plötzlich und völlig unerwartet und ohne weitere Begründung der vorläufige Auslieferungsschutz von Gabriele Kanze aufgehoben. Bereits vier Tage später wurde sie in Begleitung von spanischen Polizeibeamten von Zürich nach Madrid ausgeflogen. Nur durch einen Zufall wurde die Auslieferung noch am selben Tage bekannt, nachdem Freunde von Gabriele Kanze im Untersuchungsgefängnis Flums wegen eines Besuchtermins angerufen hatten. Das schweizerische Bundesamt für Justiz verweigerte jegliche Auskunft. Nur über Umwege konnten die Rechtsanwältinnen von Gabriele Kanze in Deutschland und im Baskenland verständigt werden. Eine anwaltliche Betreuung unmittelbar nach ihrer Ankunft in Madrid wurde dadurch erheblich behindert. Deren Sicherstellung war eine der Mindestforderungen, die insbesondere amnesty international vom Bundesamt für Justiz und vom Bundesgericht verlangt hatten.

Auch bundesdeutsche Stellen haben absolut nichts gegen die Auslieferung von Gabriele Kanze unternommen, obwohl die Foltergefahr in Spaniens Knästen bekannt ist. Erst im letzten Jahr hat sowohl die UNO-Anti-Folter-Kommission als auch amnesty international Spanien erneut wegen zahlreicher Folterfälle angeklagt. Ob ein faires Verfahren gegen Gabriele Kanze auf Grund der erfolterten Aussagen und des allgemeinen Hetzklimas gegen alles, was irgendwie mit dem baskischen Volk in Verbindung gebracht wird, überhaupt realistisch ist, ist doch sehr fraglich. Bei einer Verurteilung drohen ihr sechs bis elf Jahre Haft.

Prozessbeginn noch nicht absehbar

Nach der Auslieferung wurde Gabriele Kanze in das Madrider Frauengefängnis gebracht. Völlig überraschend begegnete Gabriele Kanze dort auch Petra Elser, mit der sie sich kurz unterhalten konnte. Petra Elser wurde

im November 2001 von Frankreich an Spanien wegen angeblicher Mitgliedschaft in der ETA (Kommando Madrid) ausgeliefert. Seitdem sitzt Petra Elser in Madrid in Untersuchungshaft.

Anfang Mai wurde Gabriele Kanze in das Gefängnis Brieva in der rund 120 km von Madrid entfernten Provinz Avila verlegt. Für ihren Ehemann, Benjamin Ramos, der in Barcelona wohnt und zur Zeit wegen einer Krankheit Haftverschonung hat, ist die Anreise dadurch noch länger geworden. Mitte Juni wird die Berliner Rechtsanwältin Petra Schlagenhauf, die im März ihre Zulassung als Mitverteidigerin erhalten hat, Gabriele Kanze zum ersten Male im Knast besuchen. Wie zur Zeit konkret die Haftbedingungen von Gabriele Kanze aussehen, wissen wir nicht genau. Auf jeden Fall ist in Brieva die Kommunikation nach draußen wieder erschwert worden, da Gabriele Kanze nur zwei Briefe pro Woche abschicken darf. Empfangen kann sie Post aber unbegrenzt. Natürlich geht die ein- und ausgehende Post durch eine Zensurstelle. In Sachen Hauptverhandlung ist absolut noch kein Termin in Sicht. Wir gehen davon aus, dass der Prozess erst im nächsten Jahr beginnen wird.

Ariane Müller

Solidaritätskomitee zur Freilassung von Gabi und anderen politischen Gefangenen, c/o Eine-Welt-Werkstatt, Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf, Fax: 05442-1215, Spendenkonto: Solidaritätskomitee, Volksbank Barnstorf, BLZ 250 695 03, Konto-Nr.: 2570400.

Zur Situation von Gabriele Kanze sowie zur aktuellen Entwicklung im Baskenland findet in Berlin ein Soliveranstaltung mit Film, Diskussion und Musik statt: 22. Juli, 20 Uhr, Sama-Café, Samariterstr. 32, Berlin-Friedrichshain.

32. Willkommen im Club. PDS auf dem Weg in die Stahlhelm-Liga

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:24

"Beim ersten Mal, da tut's noch weh, da glaubt man noch, dass man es nie verwinden kann, doch dann, so peu a peu, gewöhnt man sich daran." (Hans Albers)

Achtzehn Mal hat die PDS-Abgeordnete Petra Pau seit ihrem Einzug in den Bundestag 1998 über Auslandseinsätze der Bundeswehr abgestimmt, und jedes Mal mit Nein. Wenn diese ak-Ausgabe die Leserinnen und Leser erreicht, hat die muntere Berlinerin zum neunzehnten Mal abgestimmt, und vielleicht zum ersten Mal mit Ja oder wenigstens näherungsweise mit Enthaltung.

Dass etwas im Busche war, erfuhren Außenstehende erstmals am 5. Juni aus dem Neuen Deutschland: In der PDS gebe es Streit um die Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz einer französisch geführten EU-Eingreiftruppe mit Kampfauftrag im Kongo. Die Abgeordneten Petra Pau und Gesine Lötzsch hätten sich noch nicht entschieden, wie sie abstimmen wollen. Gesine Lötzsch ließ eine Pressemitteilung verbreiten, sie wolle "es sich nicht so einfach machen", sich an der Beschlusslage ihrer Partei zu orientieren, sondern erst einmal Einzelheiten der Einsatzplanung abwarten.

Die PDS hatte sich auf ihrem Parteitag in Münster im April 2000 gegen den Vorstoß des Gregor-Gysi-Freundeskreises entschieden, die Haltung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr von Fall zu Fall festzulegen, sich also eine Zustimmung im Bundestag offen zu halten. Die Abwehr dieses Versuchs durch die Parteibasis war ein bemerkenswerter Vorgang, denn Gysi hatte es zuvor im November 1999 geschafft, seine Thesen mit klarer Mehrheit im Parteivorstand durchzusetzen. Es war in erster Linie die Europa-Abgeordnete und stellvertretende Parteivorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann, die auf dem Parteitag mit einer brillanten Rede die Stimmung herumriss. Die PDS "wendet sich gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr", heißt es unmissverständlich in der Resolution.

Die in Münster gescheiterten "Realpolitiker" haben seither nicht nachgelassen, immer wieder durch Testballons und Stoßtrupp-Unternehmen auszuprobieren, ob die Abwehrfront noch steht. Letzter Anlass war der friedenspolitische Sonderparteitag am 5. April dieses Jahres. Vor allem der Berliner Kultursenator Thomas Flierl setzte sich für eine Aufweichung des "dogmatischen" Nein zu Bundeswehreinsätzen ein. Ihm assistierten mehr oder weniger explizit u.a. der mecklenburg-vorpommersche Arbeitsminister Helmut Holter, der ehemalige Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und die beiden Bundestagsabgeordneten. Sie alle vermieden jedoch eindeutige Aussagen und lästerten stattdessen gegen ein "Denkverbot", dem man sich nicht mehr zu beugen bereit sei.

Auch jetzt, da dieser Artikel geschrieben wird, haben die PDS-Frauen im Bundestag ihre Absichten und Argumente noch nicht aufgedeckt. Sie verstecken sich hinter dem Umstand, dass die rot-grüne Regierung sich bisher hinsichtlich der Rolle der Bundeswehr beim Kongo-Einsatz der EU noch nicht exakt und definitiv festgelegt hat. Solange es keinen eindeutig formulierten Antrag gebe, könne man nicht Stellung nehmen, rechtfertigen sich die Abgeordneten. Mit dieser unglaubwürdigen Begründung haben Pau und Lötzsch am 6. Juni im Bundestag mit Enthaltung statt mit Nein gestimmt, als ein Antrag von SPD und Grünen verhandelt wurde, der die Bundesregierung ermächtigt, "entsprechend den deutschen Möglichkeiten Hilfe für die Interims-Eingreiftruppe und für MONUC zuzusagen". Gemeint sind die französisch geführte EU-Truppe, die aus 1.400 Soldaten bestehen soll, und die 1999 aufgestellte UNO-"Friedenstruppe" im Kongo mit derzeit etwa 4.500 Militärpersonen.

Die entscheidende Abstimmung im Bundestag ist auf den 18. Juni angesetzt. Wie der Regierungsantrag genau aussehen wird, ist in diesem Moment immer noch ungewiss. Klar scheint nur, dass weder Regierungsparteien noch Opposition eine aktive Rolle der Bundeswehr im Kongo wünschen. Ungewiss ist sogar, ob überhaupt deutsche Soldaten in den Kongo geschickt werden sollen. Von medizinischen Hilfeleistungen ist die Rede, vielleicht sollen auch Transall-Transporter der Luftwaffe logistische Aufgaben übernehmen. Bliebe die deutsche Beteiligung auf den ersten Punkt beschränkt, würde es vermutlich am 18. Juni im Bundestag erstmals ein Ja der PDS geben. Mit den Transportern würden Petra Pau und Gesine Lötzsch sich vielleicht etwas schwerer tun. Einen Kampfeinsatz würden sie derzeit ganz sicher nicht mittragen, aber das wird im

konkreten Fall sowieso nicht verlangt. Und schließlich hat auch die Zustimmung von SPD und Grünen zu Bundeswehreinsätzen im Ausland einmal ganz klein angefangen, mit Sanitätsdiensten und Lebensmittel-Lieferungen.

Ob die PDS-Abgeordneten am 18. Juni mit Ja stimmen, sich enthalten oder sich doch noch einmal für ein Nein entscheiden, ist zur Stunde nicht vorauszusagen. Alle drei Optionen sind möglich, was jedenfalls bedeutet, dass die Grundsatzentscheidung des Münsteraner Parteitags nicht mehr gilt. Rechtzeitig vor dem am 28. und 29. Juni stattfindenden außerordentlichen Parteitag werden durch die PDS-Bundestagsabgeordneten vollendete Tatsachen geschaffen. Auf diesem Parteitag wollen die Parteirechten, die sich witzigerweise "Reformlinke" nennen, die Schlappe von Gera wett machen und den Vorstand übernehmen. Zu ihrer Agenda gehört die prinzipielle Bereitschaft, Auslandseinsätzen der Bundeswehr zuzustimmen, weil das aus ihrer Sicht ein Knackpunkt der "Politikfähigkeit" der PDS ist. Gemeint ist die Ambition der "Reformlinken", als Koalitionspartner nicht nur in einzelnen Ländern, sondern auch in der Bundesregierung akzeptiert zu werden.

Das öffentliche Nachdenken von Pau und Lötzsch über eine Revision der Beschlusslage von Münster hat in der PDS bisher keinen Sturm der Empörung und Ablehnung ausgelöst. Sollte es dabei bleiben, könnte die PDS schon sehr schnell in die Stahlhelm-Liga aufsteigen. Leider ist zu befürchten, dass sie letzten Endes so oder so diesen Weg gehen wird.

Knut Mellenthin, 10. Juni 2003

33. Für einen antimilitaristischen, antipatriarchalen Internationalismus. BUKO 26 tagte in Bremen

Autor: Stefanie Graefe, Georg Wißmeier · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:45

Unter der Überschrift logik macht krieg trafen sich zu Pfingsten etwa vierhundert Aktive und/oder Interessierte, um über Krieg und Globalisierung aus linksradikaler, antipatriarchaler und internationalistischer Perspektive zu diskutieren - das Ganze bei gutem Wetter und insgesamt guter Stimmung in Bremen. Anlass: der 26. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus, kurz: BUKO.

Die großen Vorsätze von letztem Jahr haben sich zwar nur zum Teil als realisierbar erwiesen. Der BUKO (Bundeskoordination entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) war in die BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) umbenannt worden; und die Umbenennung wurde zugleich als Synonym für Öffnung, Verbreiterung und eine über das traditionelle BUKO-Spektrum hinausreichende linksradikale Organisierung gehandelt. Letzteres war heuer gar kein Thema mehr, was wohl darauf hin deutet, dass der Kongress eben dies ist: ein Kongress, der deshalb nicht mehr kann, als eine Momentaufnahme dessen zu präsentieren und für die Dauer einiger Tage zu bündeln, was im restlichen Jahr an anderen Orten in anderen Konstellationen bearbeitet und bestenfalls vorangetrieben wird. Vorausblickende BeobachterInnen hatten dies übrigens schon im letzten Jahr prognostiziert und auch dortselbst den Traum einiger BUKO-StrategInnen, die Koordination zur zentralen Anlauf- und Koordinationsstelle linksradikaler Bewegung(en) aufbauen zu können, für eine liebenswürdige Fehleinschätzung gehalten.

In den Niederungen des konkreten Kongressalltags aber wurde deutlich: Man hat aus Erfahrungen und Kritik des letzten Jahres gelernt. Der Bremer Kongress war nicht länger erdrückt durch ständige und endlose Podiumsveranstaltungen, auf denen oft RednerInnen, die die Bezeichnung "Promi" bloß mehr oder weniger verdientermaßen trugen, mit ihren Elaboraten das Auditorium ermüdeten. Dieses Jahr waren auf den Podien durchgängig Leute zu hören, die von ihrer Praxis an höchst unterschiedlichen geographischen und politischen Orten berichteten. So sprachen auf dem Sonntagspodium z.B. Dana Rubin aus Israel für die Kvisa Sh'chora ("Schwarze Wäsche"), eine israelischpalästinensische lesbischschwule-bi-transgender Gruppe, sowie Sahar Saba für die Revolutionary Association of Women in Afghanistan (RAWA).

Gelernt hatte man auch aus der Kritik, Geschlechterfragen und Patriarchatskritik würden auch auf dem BUKO systematisch als Nebenthemen abgehandelt. Dieses Jahr waren neben der antimilitaristischen Koordination Krieg ist Frieden (KIF) das Antipatriarchale Netzwerk/Berlin sowie das queere Bündnis Crossover in die Vorbereitung des BUKO eingebunden und bot eine ganze Reihe von AGs an; auch das ist sicherlich als Signal zu verstehen, dass man es mit dem "Projekt Öffnung" ernst meint. Schade gerade deshalb, dass andere Gruppen fehlten, wie z.B. Kanak Attack, die in Frankfurt noch ihre Legalisierungskampagne vorgestellt hatten, für die auf diesem Kongress dann nur sehr marginal in einer schlecht besuchten AG geworben wurde.

Ein zentrales Anliegen dieses Kongresses schien die Konkretisierung von Politik zu sein. Stark gemacht durch die antipatriarchale/crossover-Seite wurde der Bezug von Kriegslogik und Macht zu den Lebensweisen im Norden und den Ausbeutungsverhältnissen im Süden. Doch so konkret dies als Anspruch an politische Perspektiven formuliert werden kann, so sehr ist wohl die konkrete Auffüllung dessen, was das heißen kann, jenseits moralischer Selbstreflexion noch zu leisten. Daneben formulierten Aktive der Informationsstelle Militarisierung (IMI) konkrete Forderungen an zukünftige Antikriegs-Bewegungen: die Konzentration auf die BRD als Kriegsumschlagplatz und Aufmarschgebiet zu richten und Aktionsformen zu forcieren, die den Kriegsablauf über dessen moralische Verurteilung hinaus tatsächlich zu stören vermögen. Die AG zum Thema "Widerstand in der US-Armee" landete beim selben Punkt. Zwei Aktivisten von Vietnam Veterans against the War stellten nachdrücklich die Frage, warum die deutsche Antikriegsbewegung vor den Kasernen und auf den Transportwegen der Bundeswehr so wenig präsent ist, und eben diese Frage wurde in so manchem Pausengespräch aufgegriffen - und das, was angenehm war, gerade nicht in jenem gut bekannten, nervtötenden Selbstbezichtigungston ("was ‚wir` wieder alles nicht auf die Reihe kriegen").

Ein Schwerpunktthema des Kongresses war Gestalt, Geschichte und Hintergründe dessen, was derzeit unter dem Schlagwort "neue Kriege" gehandelt wird, sowie die Frage, inwieweit der Irak-Krieg zu diesen zu zählen

sei. Gerade diese Fragen sind für eine antimilitaristische Linke ja grundlegend, insofern sie überprüfen muss, inwiefern ihre Kategorien und Aktionsformen diesen veränderten Formen von Krieg, die häufig vor allem "vergessene" Regionen im globalen Süden betreffen, noch angemessen sind. Dessen ungeachtet trieb andere hier vor allem die eigene "Betroffenheit" um - so beschäftigte sich eine AG einen Vormittag lang mit der Frage, für wie wahrscheinlich es die TeilnehmerInnen halten, dass es zu einem "großen Krieg" im Stil eines "Dritten Weltkriegs" kommen könnte und wie groß ihre persönliche Angst diesbezüglich sei.

Antideutsche Positionen waren in Bremen noch weniger präsent als in Frankfurt; dafür produzierte die junge Welt mit unangenehm großen Transparenten optischen Dauerstress in Linksruck-Manier. Auch in der gut besuchten Arbeitsgruppe der Fantômas-Redaktion zum Thema Linke und Krieg wurde deutlich, dass das Interesse einer sachlichen Kritik antideutscher Bellizismen Konsens ist, wiewohl zugleich die berechtigte Kritik geäußert wurde, dass die "andere" Seite bei dieser Diskussionsperspektive zu sehr verschont bliebe. Und in der Tat bieten Antiimp-Spektrum und junge Welt-Umfeld gerade in Sachen Krieg genug Ansatzpunkte für gezielte Kritik, die immer noch und immer wieder zu leisten ist.

Auch wenn wohl der Traum einer Organisierung um BUKO herum vorerst ausgeträumt ist - der Kongress hat, weit über die Bundeskoordination Internationalismus hinaus, eine wichtige Funktion als Sammelpunkt, wo man sich jährlich trifft und vergewissert, diskutiert, anregen und ärgern lässt und, nicht zu vergessen, Kontakte pflegt und knüpft. Auch die Themen der BUKOs zeichnen sich - schon lange - dadurch aus, dass sie Tunnelblicke auf ureigenes Terrain vermeiden. Nächstes Jahr wird man sich zum BUKO 27 in Kassel zum Thema "Arbeit, soziale Sicherheit und Privatisierung" treffen.

Stefanie Graefe, Georg Wißmeier

34. Erster Schritt zur Neuformierung. Gründungstreffen der FreundInnen der Europäischen Antikapitalistischen Linken

Autor: Henning Böke · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:02

Die europäische Einigung stellt die Linke vor neue Herausforderungen: Während die politischen Formationen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräfte in den einzelnen Ländern einen Prozess der Homogenisierung im Zeichen neoliberaler Hegemonie durchlaufen, sind die Inhalte und die Präsenz der Linken nach wie vor von recht unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen geprägt. Die Linke muss aber auf europäischer Ebene handlungsfähig sein. Die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) strebt eine Neuformierung sozialistischer Opposition an.

Dem Diskussions- und Arbeitszusammenhang der EAL, zu dessen Zustandekommen insbesondere das Engagement des Brüsseler Sekretariats der IV. Internationale beigetragen hat, gehören überwiegend Organisationen an, die innerhalb ihrer Länder bereits aus Umgruppierungen und neuen Bündnissen hervorgegangen sind: so die Socialist Alliance in England und Wales und die Scottish Socialist Party (beide vor allem getragen von TrotzkistInnen und ehemaligen Labour-Linken), der Linksblock in Portugal (Trotzkisten, Ex-Maoisten und KP-Dissidenten), die Einheitsliste Rot-Grün in Dänemark (ab 1989 von der dänischen KP und verschiedenen linkssozialistischen, trotzkistischen und alternativen Gruppen gebildet) und schließlich als stärkste Kraft die italienische Rifondazione Comunista.

Indem die EAL eine neue Sammlung konsequent antikapitalistischer Kräfte jenseits überkommener Organisationsgrenzen und Traditionsbarrieren anstrebt, unterscheidet sie sich sowohl von Bemühungen, alte ideologische Bezugssysteme zu reanimieren, als auch von den unter reformistischer Dominanz stehenden Arrangements etablierter Linksparteien. Für letztere steht das Neue Europäische Linke Forum (NELF), das vorwiegend aus Parteien der Fraktion der Vereinigten Linken des EU-Parlaments wie etwa der PDS und der französischen KP besteht. Umgekehrt hat in den letzten Jahren die Partei der Arbeit Belgiens (PTB) einige Anstrengungen unternommen, die "antirevisionistischen" marxistisch-leninistischen Kräfte unter Überwindung der Meinungsverschiedenheiten zwischen traditionell prosowjetischen und ehemals maoistischen oder an Albanien orientierten Gruppierungen europa- und weltweit zu bündeln. Während das NELF reformistische Realpolitik mit Diskursen über "Zivilgesellschaft" und "Transformation" drapiert und die PTB auf ihren Sektenkonferenzen die Sammlung der Revolutionäre unter dem Banner Stalins propagiert, liegt dem Wirken der EAL die Erfahrung zu Grunde, dass in einigen Ländern Europas neue, weder sektiererische noch dem Mainstream untergeordnete Linksgruppen beachtliche Erfolge erzielen konnten.

Gesucht: gemeinsame Praxis

Gewiss stellt Deutschland in dieser Beziehung das Schlusslicht dar. Für die Teilnahme an der EAL gelten vier Kriterien: neben der sozialistischen Grundposition die Anerkennung der Pluralität antikapitalistischer Kräfte, das Eintreten für ihr gemeinsames Handeln und ein Minimum an gesellschaftlicher Repräsentativität in Gestalt der Verankerung in sozialen Bewegungen und möglichst auch einer gewissen wahlpolitischen Relevanz. Es liegt auf der Hand, dass in Deutschland keine Organisation diese Kriterien erfüllt: Der PDS fehlt das inhaltliche Profil, während die DKP nicht genügend repräsentativ ist und überdies in ihr die von der Parteivorstandsmehrheit um Heinz Stehr betriebene Politik der Öffnung zu sozialen Bewegungen noch auf erheblichen Widerstand einer stärker "identitär" ausgerichteten Strömung stößt.

Von der kleinen, eng mit der Monatszeitung SoZ verbundenen Gruppe internationale sozialistische linke (isl) ging nun die Initiative aus, Möglichkeiten einer Unterstützung der EAL in Deutschland, gerade auch mit Blick auf die Europawahl 2004, zu erörtern. Am 10. Mai trafen sich in Frankfurt Mitglieder von isl, PDS, DKP, Linksruck und Sozialistische Alternative Voran (SAV) sowie Parteilose. Das Treffen rief die Gruppe der "Freundinnen und Freunde der EAL" ins Leben.

Einigkeit bestand in der Diskussion darüber, dass die Aktivitäten der FreundInnen der EAL einen möglichst breiten Kreis linker Kräfte ansprechen sollen - nicht eine Runde von FunktionärInnen ist beabsichtigt, sondern

die Einbeziehung von Individuen und Gruppen aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften sowie aus dem Umfeld linker Zeitschriften und Zeitungen, die die Positionen der EAL verbreiten helfen können. Noch zu klären ist allerdings das Verhältnis zur PDS im Hinblick auf die Frage einer wahlpolitischen Zusammenarbeit oder der Bildung eigener Wahllisten.

Einigkeit bestand ebenso darin, dass die Einheit der antikapitalistischen Linken nicht über abstrakte Theorie- und Programmdebatten, sondern nur über eine gemeinsame Praxis hergestellt werden kann. Wenn die deutsche EAL-Gruppe allerdings andere Strukturen, etwa die Initiativen für ein deutsches Sozialforum, nicht verdoppeln soll, stellt sich die Frage, ob ihr Profil in erster Linie ein wahlpolitisches oder ein noch zu definierendes anderes sein soll. Christoph Jünke (isl, SoZ-Redaktion) plädierte für eine Bestimmung programmatischer Grundpositionen antikapitalistischer Bewegung. Hingewiesen wurde auch darauf, dass speziell in Deutschland, wo soziale Bewegungen sich noch im embryonalen Stadium befinden, die Berührungsängste zwischen verschiedenen Sektoren der Linken auch dann noch sehr stark sind, wenn sie sich zu Aktionen gegen gemeinsame Feinde wie etwa die Hartz-Kommission zusammenfinden. In der Diskussion fiel das Stichwort "Grundsicherung" als Kampagnenthema - aber zwischen den Milieus, in denen traditionell-gewerkschaftliche, auf Vollbeschäftigung und ein "Recht auf Arbeit" zielende Positionen vertreten werden, und denen, wo man auf Existenzgeldkonzepte setzt, sind die Fronten noch sehr verhärtet. Man wird sich also mit den Ursachen dieser Konflikte beschäftigen müssen.

Während Sascha Stanicic (SAV) als wenn auch noch in weiter Ferne liegendes organisatorisches Ziel die Gründung einer neuen Partei nach dem Vorbild der Scottish Socialist Party benannte, bezeichnete Hugo Braun (DKP) die dänische Rot-Grüne Allianz, in der die beteiligten Parteien und Organisationen bei enger Zusammenarbeit ihre Eigenständigkeit bewahren, als realistischeres Modell. Die Mitgliedschaft in der Allianz ist individuell, viele ihrer UnterstützerInnen gehören keiner der Bündnisparteien an. Dies dürfte insofern wünschenswert sein, als auf diese Weise die Interessen von parteienkritischen Teilen der Linken ebenso berücksichtigt werden könnten wie die von PDS-Mitgliedern, die ein relevantes politisches Potenzial auch dann darstellen, wenn die PDS insgesamt nicht einbezogen werden kann - die PDS wird sich einem EAL-Projekt mit Sicherheit nicht unterordnen.

Neue Partei oder loses Bündnis?

Kleinere Organisationen wie SAV und Linksruck mögen in der Lage sein, ihre Mitglieder geschlossen für die EAL zu mobilisieren; jedoch muss in der DKP, deren Führung das EAL-Projekt unterstützt, mit Vorbehalten seitens des orthodoxen Flügels gerechnet werden. Sascha Stanicic mahnte nicht ohne Grund auch zu einer kritischen Aufarbeitung der Erfahrungen der englischen Socialist Alliance, weil dort die penetrante Dominanz der Socialist Workers Party (britische "Mutterpartei" des Linksruck) die Schwesterorganisation der SAV zum Austritt veranlasste. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass ein deutsches EAL-Projekt nicht zum Spielball der Profilierungsversuche bestehender Organisationen missrät.

Das nächste Treffen der FreundInnen der EAL wurde für den 9. August in Frankfurt angesetzt. Wenn es gelingt, diesen Zusammenhang dauerhaft zu etablieren, zeichnet sich eine Möglichkeit ab, die schwache und zersplitterte deutsche Linke endlich im Rahmen eines europäischen Prozesses zu reorganisieren.

Henning Böke

Dokumente der EAL sind unter www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl zugänglich.

35. Revolution Lady Style, Now! Das Ladyfest Hamburg und das Erbe von Riot Grrrl

Autor: Pressegruppe des Ladyfests Hamburg · Rubrik: Musik; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:29

Wenn vom 21. bis zum 24. August das Hamburger Ladyfest vom Stapel läuft, hat es eine über zehnjährige feministische Tradition im Schlepptau, die als Riot-Grrrl-Bewegung ihren Anfang nahm. Und die hat bekanntlich ihre Wurzeln im Punk. Erinnern wir uns zurück und werfen einen Blick auf das Manifest der Riot Grrrls:

WEIL es für uns Mädchen einfacher werden soll, unsere Arbeiten zu hören/sehen, damit wir unsere Strategien teilen und uns gegenseitig kritisieren/applaudieren können. WEIL wir die Produktionsmittel übernehmen müssen, um unsere eigenen Bedeutungen zu kreieren. WEIL wir Wege finden wollen, wie wir antihierarchisch sein und Musik machen, Freundschaften und Szenen entwickeln können, die auf Kommunikation und Verständnis basieren und nicht auf Konkurrenz und Kategorisierungen von Gut und Böse.

WEIL wir Kapitalismus in all seinen Formen hassen und weil es unser zentrales Ziel ist, Informationen zu teilen und wir nicht den herrschenden Standards entsprechend nur Geld machen oder cool sein wollen.

Das Besondere an Riot Grrrl war, dass die Bewegung genau an der Schnittstelle von Popkultur und Feminismus andockte: Anfang der 90er Jahre formierten sich Frauen aus der Punk- und Grunge-Szene in Olympia, Washington und Washington D.C., produzierten eigene Zines und gründeten Bands wie Bratmobile, Bikini Kill, Team Dresch oder Sleater Kinney. Das waren nur einige der Maßnahmen angesichts einer männlich dominierten, weißen Musikszene, in der Frauen die Nebenrollen spielten - als Groupies oder Girlfriends. Außerdem trafen sich junge Frauen, um über Sexismus, sexuellen Missbrauch, Vergewaltigung, Essstörungen und Pornografie zu diskutieren und Gegenstrategien zu entwickeln. Eines der wesentlichsten Ziele dabei war die Selbstermächtigung, z.B. durch Selbstverteidigung. Klar, dass auch Schönheitsidealen und gängigen Geschlechterkonstruktionen der Kampf angesagt wurde. Die Kritik an kapitalistischen Verwertungszwängen führte dazu, dass der Do-it-yourself-Gedanke sich ausbreitete, wobei es galt Hierarchien abzubauen und die Grenzen zwischen Publikum und Performerinnen aufzuheben, indem die Zuschauerinnen aufgefordert wurden, sich aktiv einzubringen.

So weit, so gut. Wenn da nicht die Medien gewesen wären, die das Riot-Grrrl-movement komplett entpolitisierten und zu einem Modephänomen degradierten. Vor allem in Deutschland wurden Riot Grrrls auf freche Früchtchen und Lolitas im Schlampenlook reduziert. Nicht erst seit diesen bitteren Erfahrungen ist vielen Riot Grrrls die gängige Medienlandschaft ein Dorn im Auge. Daher spielte von Anfang an die Vernetzung und der Aufbau eigener Vertriebsstrukturen, Labels, Fanzines eine zentrale Rolle.

Aufsehen erregte seinerzeit der Fall des Samplers "Home Alive". Home Alive war 1993 in Seattle von Feministinnen als Non-Profit-Organisation für Selbstverteidigungskurse gegründet worden. Die Entscheidung des Kollektivs einen Sampler, dessen Erlös dem Projekt zugute kommen sollte, bei Sony zu veröffentlichen, führte zu heftigen Debatten. Würden sie den Balanceakt bewältigen, eine breite Zielgruppe anzusprechen ohne die eigene Integrität aufs Spiel zu setzen? Home Alive gelang es, einen Vertrag auszuhandeln, der ihnen volle Kontrolle über Inhalt, Marketing und Werbung überließ. Statt der erwarteten 40.000 Alben verkauften sich 150.000, und die Home-Alive-Frauen hatten nun genug Geld um ihre feministische Arbeit zu finanzieren. "Sich durch die Medien manövrieren, so gut wir konnten", war die Taktik des Kollektivs, eine andere, im Riot-Grrrl-Kontext gängigere, ist die totale Verweigerung gegenüber herkömmlichen Medien. Wer aber sind "die Medien" und wer definiert, welche Medien okay sind und welche nicht?

Als Reaktion auf den unsäglich vereinnahmenden Medienhype eigneten sich ehemalige Riot Grrrls den Begriff "Lady" an und zelebrierten das erste Ladyfest im Jahre 2000 in Olympia, Washington. Wie "Girl" ist auch "Lady" als Rückeroberung zu verstehen - so wie man sich zuvor "bitch" oder "slut" subversiv angeeignet hatte oder "gay" oder "nigga". Eine Lady ist eine Frau, die Respekt einfordert, sich ihrer Fähigkeiten bewusst ist und nicht mehr um Anerkennung kämpfen muss. Dabei wird "Lady" keineswegs biologistisch verstanden, sondern bezieht gezielt queere und transgender Personen mit ein, denn schließlich ist eines der Ziele des Ladyfests die Aufhebung von Zwangsheterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit.

Don't be in love with the guitarist ...

Ladyfeste sind eine Plattform für feministische, queere und transgender Kultur. Bereits ein Jahr nach Olympia, Washington organisierten Frauen Ladyfeste in anderen Städten und die Welle schwappte kurz darauf nach Europa über. Das Ladyfest Hamburg, das nunmehr ca. Fünfzigste seiner Art, steht also in einer langen Tradition und ist Teil eines internationalen Netzwerks. Besonders wichtig - und hier wird die Riot-Grrrl-Idee wieder aufgegriffen - ist der Do-it-yourself-Gedanke. In bester Punk-Manier bietet das Ladyfest offene Bühnen für Künstlerinnen, die noch keine oder wenig Bühnenerfahrung haben und ihre Arbeiten nun vor solidarischem Publikum präsentieren können. Dies gilt für Kunstausstellungen ebenso wie für Konzerte junger Bands und Lesungen noch unveröffentlichter Autorinnen. In Work-Shops geben Frauen ihr Wissen weiter, lernen gemeinsam, wie man Fanzines gestaltet oder Comics zeichnet. Stockkampf und Klettern stehen dabei ebenso auf dem Programm wie Radical Cheerleading, das so gar nicht dem Bild braver College-Girls entspricht, die das männliche Team supporten, sondern wo sexistische Inszenierungen ironisch gebrochen werden. Noch mehr gender trouble wird es beim Work-Shop zu Boygroups geben, der sich mit cross dressing, drag kings und queer politics befasst.

Trotz der Verankerung in der Riot-Grrrl-Tradition hat jedes Ladyfest seinen ganz eigenen Charakter. Es gibt keine Corporate Identity, kein einheitliches Format, sondern jedes Ladyfest ist Produkt der Frauen, die in der Vorbereitungsgruppe ihr Engagement, ihre Interessen und Erfahrungen aus diversen politischen und kulturellen Kontexten einbringen. Die Heterogenität, die sich in der Vorbereitung und im Programm wiederfindet, basiert auf der Koexistenz unterschiedlichster feministischer Ansätze - von Separatismus und strategischem Essentialismus bis zu postfeministischen oder dekonstruktiven Praktiken.

Große Diskussion gab es im vergangenen Jahr in London, weil viele Ladys das Festival als viel zu kommerziell ansahen: mit überhöhten Eintrittspreisen und dem Schwerpunkt auf "großen Namen" anstatt - wie z.B. in Amsterdam - auf Networking und Riot-Tradition. Diese Debatten bleiben auch unter den rund 60 Organisatorinnen des Hamburger Ladyfests nicht aus, von denen einige wegen "mangelndem Konsens" oder "zu viel Pragmatismus" bereits wieder ausgestiegen sind.

Konträre Auffassungen von Feminismus treffen aufeinander und zeigen, dass es nicht "den" Feminismus gibt, sondern unzählige verschiedene feministische Strategien. Von "Auf alle Fälle die Stadt rocken" bis "Sich um keinen Preis anbiedern wollen" reichen da die Ansätze. Und der Balanceakt bleibt schwierig, auch wenn sich die Organisatorinnen darauf verständigt haben, dass beide Strategien ihre Berechtigung haben: die Tendenz, eigene Strukturen zu nutzen, zu verstärken, auszubauen (die als Gettoisierung kritisiert wird) bzw. der Wunsch möglichst breit und fett präsent zu sein und auch solche Medien zu nutzen, die kapitalistischen Verwertungszwängen unterliegen (was als Ausverkauf verstanden wird). Oder wie es die New Yorker Fotokünstlerin Shell Sheddy in Lips, Tits, Hits, Power sagt: "Schwierigkeiten ergeben sich immer dann, wenn eine Gruppe von Frauen zu dominant wird, ihre Definition von den ‚richtigen` Riot Grrrls dem Rest aufdrängt und dabei Andersdenkende ausschließt, also genau das tut, was Riot Grrrl eigentlich bekämpfen will - Hierarchien etablieren, Konkurrenz und Abwertung statt Unterstützung schaffen."

... b e t h e g u i t a r i s t !

Auch wenn um die Umsetzung gestritten wird, einig sind sich alle Ladyfest-Organisatorinnen in ihrer Zielsetzung! Denn seit Schwarz-Schill sind die Orte für feministische/queere Kultur in Hamburg weniger geworden. Ein Grund mehr für die Ladyfest-Organisatorinnen öffentliche Freiräume zu schaffen, die weitestgehend frei sind von Sexismus, Kapitalismus, Rassismus und Antisemitismus, aber gerade auch frei von normierten Vorstellungen, Konkurrenzdenken, Schönheitsidealen und anderen (Alltags-) Zwängen und Konstruktionen.

Pressegruppe des Ladyfests Hamburg

Literatur:

Riot-Grrrl-Manifest, in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Baldauf, Anette, Katharina Weingartner (Hg.), Lips, Tits, Hits, Power? Popkultur und Feminismus. Folio, Wien/Bozen, 1998

Kailer, Katja/ Anja Bierbaum: Girlism, Feminismus zwischen Subversion und Ausverkauf. (Berliner Arbeiten zur Erziehungs- und Kulturwissenschaft, Bd. 10), Logos Verlag, Berlin 2002

36. Geblubber und Bullet-Time. "Matrix Reloaded": Action-Film, nicht Philosophie-Vorlesung

Autor: dk. · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:13

Matrix Reloaded" ist im Vorfeld unglaublich gehyped worden. 150 Mio. Dollar soll der Film gekostet haben. Ein finanzielles Risiko war das nicht: "The Matrix" hatte 1999 65 Mio. Dollar gekostet, aber 460 Mio. eingespielt. Im Unterschied zu früheren Marketing-Strategien ist sein Nachfolger weltweit nahezu zeitgleich gestartet worden, der Vorsprung in den USA betrug nur wenige Tage. 93,3 Mio. Dollar spielte "Matrix Reloaded" dort an seinem ersten Wochenende ein, so viel wie kein Film mit Altersbeschränkung vor ihm und das zweitbeste Einspielergebnis aller Zeiten. Der erste Teil brauchte vier Wochen, um auf dieses Resultat zu kommen.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger ist "Matrix Reloaded" bei der aufgeklärten Kritik in aller Regel durchgefallen. Allerdings war dabei die tiefe Enttäuschung kaum zu überhören und zu überlesen, die sich beim Vergleich mit "The Matrix" einstellte. Wo dieser maßlos überhöht wurde ("kleines Wunder", "Philosophie in die Kinos holen" etc.), musste jener natürlich genauso maßlos niedergemacht werden.

Der inzwischen zum Kultfilm avancierte erste Teil der "Matrix"-Trilogie kreiste thematisch um die Frage von Realität, von der sinn- und wirklichkeitsstiftenden Macht der Zeichen, von Befreiung als Akt des Ausbruchs aus einem virtuellen Verblendungszusammenhang. Wo der Erstling aus dem Jahre 1999 noch eine stringente und konsistente Erzählstruktur besaß, besteht "Matrix Reloaded" aus einer 140-minütigen Aneinanderreihung von Szenen, deren innerer und logischer Zusammenhang nicht mehr erklärt wird. Eine Story im engeren Sinn des Wortes existiert nicht mehr. Warum Neo (Keanu Reeves), Morpheus (Laurence Fishburne) und Trinity (Carrie-Ann Moss) nun dies oder jenes tun, warum sich eigentlich in den diversen Action-Sequenzen und den über 500 Trickeinstellungen herumgeprügelt wird, welche Rolle und Funktion die anderen Figuren in dem Film haben - man weiß es eigentlich nicht.

Exquisit choreografiertes Massen-Kung-Fu

Wo es noch dialogische Erklärungsversuche gibt, sind diese nichts anderes als wirres Gerede, pseudo-philosophierendes Gestammel und blanker Nonsens. Oder schlicht der Hinweis auf die Vorsehung, die penetrant bemüht wird, wo die Erklärung fehlt: "Ich bin hier, weil es meine Bestimmung ist", fabuliert nicht nur der "Schlüsselmacher". (Nicht nur bei dieser Figur fragt man sich, wer das eigentlich ist, wo der herkommt.) Wie drückte es ein Rezensent treffend aus? "Sobald die Menschen den Mund aufmachen, wünscht man sich, die Maschinen würden gewinnen."

Wenn sich der Navigator der "Nebukadnezar" voller seliger Heimatgefühle freut, wieder zu Hause in Zion zu sein, einem Gebilde, das wie ein Bergwerk aussieht, voller Lärm, Dreck und Dunkelheit, und wenn er sich trocken über Neo lustig macht, der "wieder seine Superman-Nummer abzieht", dann freut man sich im Kinosaal über diese seltenen Momente der (unfreiwilligen) Komik und des Ansatzes zur Selbstironie. Und wo der erste Teil noch mit Erlösermystik und andauerndem Gequatsche vom "Auserwählten" genervt hat, kann sich der zweite Teil dieses Brimborium sparen: Man weiß inzwischen, dass Neo der heilsbringende Retter der Menschheit ist, die Wachowski-Brüder brauchen das Thema nicht mehr penetrant breit treten.

Im Gegensatz zum ersten Teil setzt "Matrix Reloaded" konsequent auf das Wesentliche - und das ist die Action. Allein 120 Mio. Dollar sind für die Trick- und Spezialeffekte draufgegangen, und entsprechend geht es zur Sache: eine Mischung von Superman und Martial Arts, Echtzeit und "Bullet-Time" (wo das bloße Auge dem Flug der Kugeln folgen kann) in steter Abwechslung, exquisit choreografiertes Massen-Kung-Fu, die genialste Autoverfolgung der Kinogeschichte, durchgestylte Figuren, bei denen ein Unterschied zwischen echten SchauspielerInnen und Computeranimationen kaum mehr feststellbar ist, Kino als High-Speed-Comic. Meistens gelingt es den Wachowskis, in diesem Feuerwerk der Tricktechnik den Spannungsbogen zu halten. Trotz ihrer Länge sind die Action-Szenen selten hohl und langweilig. Der Film setzt auf Affekte, Bilder und Emotionen. Und darin ist er gut und unterhaltsam. Wer was für den Verstand gesucht hat, hat sich allerdings in der Tür geirrt.

dk.

"Matrix Reloaded", Regie: Andy und Larry Wachowski, mit Keanu Reeves, Laurence Fishbourne, Carrie-Ann Moss u.a., USA 2003, 138 Min.

37. Ohren-Propaganda

Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:36

Zu gewinnen: Kopfhörers Ultraschall

Nach der Single UnterDruck haben die Limburger Rapper Kopfhörer nun bei al dente recordz ihr erstes Album Ultraschall veröffentlicht. Das sich die beiden jungen Rapper in eine bestimmte HipHop-Geschichte einordnen, ist ein Charakteristikum dieser in jedem Fall hörenswerten CD. Bezugspunkt des Kopfhörer- Kosmos ist Hannes Loh und seine inzwischen geschlossene Anarchist Academy. Damit verbunden ist nicht nur ein linkes Statement, sondern auch der Bezug auf die migrantisch geprägten Entstehungswurzeln des Rapps in Deutschland. Auch wenn Pete "nicht wirklich sehr fit in Politik" ist, wie er selbst behauptet: Mit Beats wie Scheinwelt, 5vor12 oder Ist das alles? setzen sich die beiden MCs mit einer neoglobalisierten Realität auseinander, mit Krieg und ökologischen Katastrophen, Armut nicht nur in der Dritten Welt oder mit den massenmedialen Illusionswelten. Attac lässt grüßen.

Wohltuend ist auch, dass sich die beiden Kopfhörer weitgehend von der sattsam bekannten Macho-HipHop-Szene absetzen. Das unterstreichen Pete und Junk Dean in dem ironischen Partybreak. Darin geht es um die Absurdität pubertierender Kids, die zwischen Drogen, Schlägereien und Frauen anbaggern in jedem Fall die absolut coolsten Typen sind - auch wenn sie kotzend vor der Tür hängen und nichts mehr auf die Reihe kriegen.

ak verlost zwei dieser CDs. Schickt einfach eine Mail mit dem Betreff Kopfhörer-CD an: redaktion@akweb.de Unter den EinsenderInnen losen wir die GewinnerInnen aus. (Dse)

www.al-dente-recordz.de

Dirty Linen

Mit dem Geschichten erzählenden Liedermacher Eddy Winkelmann, dem Musik-Kabarett Herrchens Frauchen und der im Turtle Bay Country Club aktiven Onejiru gibt es am 27. Juni in der Hamburger St. Johanniskirche ein Benefizkonzert für den in der Flüchtlingsarbeit aktiven Verein Woge e.V. Außerdem dabei die ehemals bei den Sisters Keepers beteiligte Soulsängerin Kaye.

Wie viele andere soziale Projekte in Hamburg, wird die Arbeit von Woge e.V. immer stärker gefährdet. Massive Haushaltseinsparungen des Schwarz-Schill-Senats bedrohen selbst die beratende Arbeit mit und für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge, mit denen Woge e.V. zusammen arbeitet und für die der Verein z.B. entsprechende Jugendwohngemeinschaften betreibt. Im Umfeld von Woge ist deshalb nun ein Förderverein entstanden, der sich u.a. die Aufgabe gesetzt hat, zusätzliche Spenden und Mitgliedsbeiträge zu beschaffen, um zumindest einige Teile der Arbeit von Woge e.V. auch ohne Haushaltsmittel absichern zu können. Dazu zählt z.B. das Wäscherei-Projekt in Hamburg-Billstedt, in dem jugendlichen und heranwachsenden Flüchtlingen trotz geltendem Arbeitsverbot zumindest einige berufsqualifizierende Kenntnisse vermittelt werden sollen. Die Erlöse aus dem Benefizkonzert sollen dazu einen ersten Beitrag leisten.

27. Juni (Freitag), St. Johanniskirche in Hamburg (Max Brauer Allee, Ecke Sternbrücke), DIRTY LINEN mit Eddy Winkelmann, Herrchens Frauchen, Kaye und Onejiru. Anschließend Party mit den DJs Inchspektor Drop-Out und King Tobbi. Ab 20 Uhr, Eintritt: 9 Euro (Fördermitglieder haben freien Eintritt!!), Karten an allen Vorverkaufsstellen, mehr Infos unter www.rock-links.de oder www.wogeev.de

38. Monster-Haie vor dem Country Club

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:40

Universal Monstershark heißt das Album, das Matthias Arfmann als Turtle Bay Country Club dieser Tage veröffentlicht. Arfmann - Musik-Produzent für Künstler wie Jan Delay, den Absolute Beginners, Seeed, Patrice und diversen anderen - nimmt mit der neuen CD das Verhältnis von künstlerischem Prozess und dem Verkauf dieser Kunst in Form von Konzernen aufs Korn. Den Titel kann man aber auch gern als Umschreibung für den Neoliberalismus und seine wachsende Gleichschalterei und Kriegstreiberei nehmen.

Arfmann gehört zu den wenigen bekannten ProduzentInnen, die es sich seit Jahren leisten können, ihre Musik weitgehend in eigener Regie herzustellen, ohne sich dabei von Plattenfirmen und ArtdirektorInnen rein reden zu lassen. Völlig zu recht eilt ihm der Ruf voraus, Musiktrends nicht nur trüffelschweinmäßig aufzuspüren, sondern vor allem eigene Styles zu entwickeln. Dabei kommen dann Alben wie das von Jan Delay (Searching for the soul rebel) raus.

Seine eigenen Sachen erscheinen seit Jahren unter dem Namen Turtle Bay Country Club, Universal Monstershark ist nun das dritte Album. Schon die daran beteiligten Künstler ergeben eine interessante Mischung. Neben Jan Delay ist beispielsweise der Goldene-Zitronen-Frontmann und inzwischen zum begehrten Theater-Regisseur aufgestiegene Schorsch Kamerun mit dabei. Auch Katrin Aichinger, mit der Arfmann als Kastrierte Philosophen auf sich aufmerksam machte, ist zu hören. Gemeinsam mit Patrice singt die hoch gehandelte Onejiru ein Duett. Onejirus erstes eigenes Album erscheint demnächst, es wird - wenn wundert's? - von Arfmann produziert. Der Marokkaner Mahmoud Gania, der in seiner Heimat vor zigtausenden Fans spielt, ist auf Universal Monstershark mit dem Hajhouj zu hören, einem dreiseitigen Bass. Der Schlagzeuger Tony Cook, der in den 70er/80er Jahren in der Band von James Brown unterwegs war, ist ebenfalls beteiligt.

Das Album deckt ein musikalisches Spektrum von Dub/Reggae-Tönen über Soul und House bis hin zu Elektro-Punk ab. Dass dennoch eine klare Handschrift zu erkennen ist, ist sicherlich das eigentliche Kunststück von Arfmann. Inhaltlich wird immer wieder das Spannungsfeld zwischen künstlerischem Prozess und Musikindustrie aufgegriffen, z.B. wenn Jan Delay in Part of the Industry auf seine unnachahmliche Art näselt oder Tony Cook das business of music zum Thema macht.

So ist es kein Zufall, dass Universal Monstershark ausgerechnet bei dem zum Universal-Imperium gehörenden Motor-Label erscheint. Nicht zuletzt auch, weil Universal-Chef Tim Renner in dem voraussichtlich im Herbst erscheinenden Film input/output mit dabei sein wird. Der Film vom Regisseur Jochen Krauss (Tanga Nonstopp) dokumentiert die Entstehung des neuen Turtle Bay Country Club Albums: Er zeigt die Begegnung der KünstlerInnen und wie sie mit ihren unterschiedlichen Hintergründen und Styles arbeiten und Neues entwickeln. input/output thematisiert das ambivalente Verhältnis zwischen KünstlerInnen auf der einen und Musikkonzernen auf der anderen Seite. Könnte spannend werden.

DSe, www.rock-links.de

Turtle Bay Country Club, Universal Monstershark, www.turtlebaycountryclub.de

39. Wem gehört die Musik? 100 Jahre GEMA

Autor: Thomas Schroedter · Rubrik: Kultur; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:21

Bis zur Verbreitung des Buchdruckes kontrollierten in Europa Fürsten und Kirchen die schriftliche Verbreitung von Musikkompositionen und die der dichtenden Kunst. Urheberrechtliche Fragen waren völlig unbekannt. Mündlich überlieferte Kunst war fürs Volk und kein Mensch wäre auf die Idee gekommen, dem fahrenden Sänger einen Teil seiner Einnahmen abzunehmen. Mit dem Beginn der Unterordnung der Kunstproduktion unter die Warenwelt und damit die Massenproduktion von Kunst änderte sich die Situation radikal.

Zwei Phänomene begleiten seitdem die Diskussion um die Verwertung von Musik und anderen Kunstproduktionen. Die Frage, wer ist der/die UrheberIn zum Beispiel des betreffenden Musikstückes. Urheberrechtliche Persönlichkeitsrechte wurden erstmals in der Französischen Revolution thematisiert. Älter ist schon die Frage: wer darf was produzieren. Im frühen 18. Jahrhundert sicherten sich englische Buchdruckergilden diese Rechte in Form von Privilegien. Auf der anderen Seite war es eine Errungenschaft der bürgerlichen Revolutionen, den Bürgern (und später auch den Bürgerinnen) den Zugang zur Kunst nicht zu verschließen. Eine Kunst, die nicht verkauft werden kann, ist für den Kapitalismus unangenehm wie Fußpilz. In der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte vom 25. April 1945 heißt es daher im Artikel 27: "[1] Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten teilzuhaben. [2] Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz der moralischen und materiellen Interessen, die sich aus jeder wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Produktion ergeben, deren Urheber er ist."

Solange die Wiedergabe musikalischer Werke über den Verkauf von Notenblättern gesteuert werden konnte, gab es kein Problem. Erst die Erfindung der Radiotechnik und der Tonaufzeichnung und -Wiedergabe schaffte die Auseinandersetzung darum, wie die KünstlerInnen an den Gewinnen, die aus der Verbreitung ihres "gedanklichen Eigentums" erzielt wurden,beteiligt werden. Es ist daher kein Wunder, dass ein Komponist, nämlich Richard Strauss, einer der Gründungsväter der "deutschen Anstalt zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte" ist, die im Januar 1903 in Berlin gegründet wurde.

Aufgabe ist es bis heute, die Nutzungsrechte für die Mitglieder wahrzunehmen. Wenn immer ein Musikstück zum Konsum gebracht wird, versucht die GEMA sich diese Nutzung bezahlen zu lassen, um einen Teil der Einnahmen an die KünstlerInnen weiter zu geben. Solange die Produktion von Tonträgern allein durch Konzerne kontrolliert wurden, Radiostationen weitgehend staatlich und Discotheken marginal waren, drehte sich die Debatte eher um die Höhe der abzuführenden Gebühren und den Anteil, den die MusikerInnen davon bekamen. Dass die GEMA unter Führung konservativer Geister nicht zum Schreck der Phonoindustrie wurde, ist sicherlich ein Fakt. Nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus wurde Ex-Wehrmachtsgeneral Erich Schulze von den Alliierten 1947 mit dem Aufbau der heutigen GEMA beauftragt. Bis zum 31. Dezember 1989 war er deren alleiniger Vorstand und Generaldirektor, ihm folgte der CSU Finanzexperte Reinhold Kreile auf den Stuhl.

Über 60.000 KomponistInnen, TexterInnen und MusikverlegerInnen lassen heute von der GEMA ihre Nutzungsrechte wahrnehmen. Mit einem jährlichen Ertrag von über 800 Millionen Euro ist die GEMA eine der weltweit bedeutendsten AutorInnengesellschaften. Doch seit den siebziger Jahren sind zunehmend Risse im heilen Gebäude der GEMA in München-Haidhausen zu beobachten.

Die Musikkassette machte die Popmusik auch für diejenigen zugänglich, die sich teures Vinyl nicht leisten konnten. Hinzu kamen in der Bundesrepublik die Jugendzentren, die nicht einsahen, den fetten Musikkonzernen Geld in den Rachen zu werfen. Sie waren es, die zum ersten Mal die GEMA zwangen ihre Geschäftsgebaren zu überdenken. Das heile Bild der GEMA als "Gewerkschaft" der MusikerInnen wurde angekratzt. Die Diskussion ging an der politischen Linken jedoch ganz vorbei. Hatten sich Benjamin und Brecht noch über die Möglichkeit des Radios, Kommunikation zu revolutionieren, gestritten, setzte zu diesem Zeitpunkt höchstens eine Diskussion um Freiräume ein.

Die Steigerung der Produktivität durch die Mikroelektronik führte dazu, dass sowohl in der Konsumtion als auch in der Produktion von Musik Wege gegangen wurden, die die "Wahrnehmung" der Nutzungsrechte durch die GEMA massiv in Frage stellten. Im Bereich der Produktion kam es in den letzten zwanzig Jahren zu einem

Preisverfall, den Mad Professor so beschreibt: "Als ich mein Studio in London Anfang der siebziger Jahre einrichtete, kosteten die Geräte, die heute für ein paar hundert Pfund zu haben sind, so viel wie ein ganzes Haus, das heißt, heute müsste man dafür etwa 200.000 Pfund (ca. 400.000 Euro) hinlegen." Das bedeutet, dass die Herstellung z.B. einer CD nur noch den Bruchteil dessen kostet, was vor zwanzig Jahren für die Herstellung einer LP notwendig war. Zudem führen Musikzitate und Sampling das Urheberrecht zunehmend an seine Grenzen. Auf der Seite der Konsumtion sind es der Download und die Brenner, die den Tonträgermarkt erschütterten. Die GEMA reagiert darauf mit Prozessen, wie z.B. gegen HP, den sie gewann und wonach HP jetzt pro verkauftem Brenner einen Teil der Einnahmen an die GEMA abführen muss.

Die GEMA kann sich auf Grund ihres Selbstverständnisses und ihrer tiefen Verankerung im Verwertungssystem mitnichten der Debatte stellen, die eine Verwertung überhaupt in Frage stellt. Doch diese Diskussion ist die Wichtige: Wie ist eine soziale Sicherung von KünstlerInnen unabhängig von der Verwertung ihres Produktes möglich? Schon heute landen bei den Kunstschaffenden kaum mehr als zwei Prozent der rund 30 Milliarden Euro, die jährlich weltweit für Tonträger ausgegeben werden. Dass dieser Prozentsatz bei erfolgreichen Stars höher liegt, sei nur nebenbei erwähnt. Würde die soziale Absicherung über einen anderen Weg, als den der Beteiligung an der Verwertung ihres Produktes gesichert, wäre es für eine Kultur des Gebens und Schenkens leichter Fuß zu fassen. Doch die Frage nach der sozialen Sicherung der UrheberInnen vergessen in der Regel diejenigen, die in der GEMA lediglich ein Hassobjekt sehen und die es sicherlich als als absurd empfänden, wenn Landwirte nichts von dem Geld abbekämen, das im Supermarkt für die Milch bezahlt wird.

Thomas Schroedter

40. Aufbruchstimmung. Globalisierungskritik und Antikriegsaktionen: neue Chancen für die Linken

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Brasilien; Mexiko; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:03

Der Irak-Krieg hat nicht nur zur Entstehung einer globalen Antikriegsbewegung beigetragen, sondern auch die globalisierungskritische Bewegung politisiert. Beide Bewegungen wurden in den letzten Monaten zahlenmäßig gestärkt, dehnten ihre Aktivitäten über alle Erdteile aus und intensivierten ihre Beziehungen zueinander. Dieser rasche Aufschwung nach einem Jahrzehnt schwerer politischer Niederlagen und Rückschritte schien noch vor zwei, drei Jahren undenkbar. Die neuen Mobilisierungen kamen aber keineswegs aus dem Nichts. Sie hatten Vorläufer und konnten Elemente und Konzepte aufgreifen, die diese in den letzten Jahren entwickelt hatten. Eröffnet dies neue Chancen für die Linken?

I. Der Ausgangspunkt: Minus 273 Grad Celsius

In den letzten Monaten wurde die politische Architektur der herrschenden Weltordnung von Widersprüchen in einer Art und Heftigkeit geschüttelt, die noch bis vor kurzem kaum vorstellbar war. Dies gilt für die Bündnissysteme der hegemonialen Mächte ebenso wie für die weltweit sprunghaft gewachsene Kritik an Neoliberalismus und Krieg. Angesichts dieser Umbrüche ist es nicht weiter verwunderlich, dass in und zwischen den verschiedenen linken und linksradikalen Strömungen und Gruppierungen in heftigen Debatten darum gerungen wird, die neue Lage "richtig" einzuschätzen und daraus Handlungsorientierungen für die zukünftige Praxis abzuleiten. Die spannende Frage ist, ob es auch in der Bundesrepublik Deutschland gelingen kann, durch einen kritisch-differenzierten, im Grundsatz aber positiven Bezug auf die neuen sozialen Bewegungen aus der Selbstbezogenheit linksradikaler Ansätze auszubrechen. Auf diese Weise könnte die atomisierte und inhaltlich schwache marxistische Linke Deutschlands unter Umständen den Anschluss an hoffnungsvolle Debatten und Organisierungsprozesse finden, wie sie in mehreren westeuropäischen Nachbarländern bereits laufen und mittlerweile in konkrete europaweite Arbeitsprojekte wie etwa die Konferenzen "Europäische Antikapitalistische Linke" mündeten.

Wenn wir, wie mir scheint, Strategien, Inhalte und Organisationsformen neu definieren müssen, ist es nützlich uns zu vergegenwärtigen, woher wir kommen. Deshalb soll als Bezugspunkt die nahezu vollständige ideologische und politisch-praktische Isolation in Erinnerung gerufen werden, in der sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus alle linken und emanzipatorischen Strömungen befunden hatten. Die Debatte um die "Krise des Marxismus" ist zwar schon älter, aber mit dem Fall der Berliner Mauer brach nicht nur die bis dahin gültige, internationale Staatenordnung zusammen, sondern auch der politisch-ideologische Bezugsrahmen antikapitalistischer Politik. Dies gilt auch für Tendenzen, die sich nie als prosowjetisch verstanden bzw. sogar für jene, die das staatssozialistische Modell strikt abgelehnt hatten.

Die ganzen neunziger Jahre hindurch gab es - zumindest hier zu Lande - nicht einmal mehr in Ansätzen eine konsistente linke und radikale Politik. Organisationen mit allgemeinpolitischem Anspruch und einem Blick, der über den eigenen Tellerrand hinausreichte, wie etwa die VSP, bluteten aus, andere wie der KB lösten sich auf. Zeitschriften wie "links" machten dicht, viele andere verloren an Leserschaft. Grüne und SPD drifteten immer weiter nach rechts und waren für linke Interventionen/Kampagnen kaum mehr ansprechbar, während sich wichtige Teile der Linksradikalen im Labyrinth so genannter antinationaler bzw. antideutscher Debatten verloren. Die PDS konnte sich im Westen nie als dynamisierender Faktor etablieren. Die Aktivitäten in für die Linke wichtigen Politikfeldern wie Antifa oder Anti-Rassismus wurden häufig von themen- und anlassbezogenen Bündnissen getragen, die immer wieder zerfielen. Die Aktionen blieben in der Regel vereinzelt, waren zumeist Reaktionen auf rechtsradikale Provokationen oder Übergriffe. Kaum miteinander verbunden, waren sie nicht Ergebnis eines umfassenderen politischen Ansatzes. Konzeptionelle Vorstellungen, die verschiedene Ebenen (Soziales, Wirtschaft, Politik, Kultur, Alltag) und Themenbereiche hätten integrieren können, fehlten. Von Organisationen, die diese hätten umsetzen können, ganz zu schweigen. Nach der "Überwinterung", welche der KB zu Beginn der achtziger Jahre als Überlebensstrategie propagiert hatte, kam nicht wie erhofft ein Frühlingstauwetter, das die marxistischen Linken hätte revitalisieren können, sondern die absolute Kälte der neunziger Jahre.

Die triumphale Selbstgewissheit der Sieger in der Systemkonkurrenz hatte in der ersten Hälfte der Neunziger ihren Höhepunkt erreicht. Sie wurde in Margaret Thatchers neoliberalem Dogma "Es gibt keine Alternative" bzw. in Fukuyamas Rede vom "Ende der Geschichte" auf den Punkt gebracht. Zwar wurden diese Propagandathesen von der Restlinken abgelehnt, sie konnten jedoch die öffentliche Debatte durchdringen und prägen. Gegen die darin zum Ausdruck kommende ideologische Hegemonie, der auf der Linken das "Ist alles sinnlos" bzw. "Kennen wir schon, bringt nichts" entspricht, konnten MarxistInnen wenig ausrichten. Die Sozialdemokratie ordnete sich der Logik unter, die 1989 im neoliberalen Credo des "Washington Consensus" programmatisch gefasst wurde. Die europäische Sozialdemokratie nahm Abschied von Umverteilung und sozialstaatlich orientiertem Ausgleich und setzt stattdessen seither auf neoliberale Standortlogik und globale Wettbewerbsfähigkeit als maßgebliche Bezugspunkte ihrer Politik. Bundeskanzler Schröder vollzieht hier lediglich nach, was vor ihm Blair und "New Labour" in Großbritannien oder Felípe González und die PSOE in Spanien in die Praxis umgesetzt hatten. Starke soziale Bewegungen, die sich diesem Rechtstrend hätten entgegensetzen und den von der Sozialdemokratie preisgegebenen Raum hätten besetzen können, gab es zwar in einigen Nachbarländern, sie fehlten jedoch in der Bundesrepublik. Lähmendes neoliberales Einheitsdenken in breiten Teilen der veröffentlichten Meinung und strategische Ratlosigkeit der Linken waren die Folge.

II. Hoffnungssignale 1: Mexiko

In dieser Situation markierte der überraschende Aufstand der Zapatisten 1994 ein erstes, vereinzeltes aber weltweit aufgenommenes Signal der Hoffnung. Die Erhebung blieb zwar in der Praxis regional begrenzt, wies jedoch durch den Anlass (In-Kraft-Treten des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA), Art und Inhalt der Politik (Kombination von Aufstandsbewegung, neuem Diskurs, internationaler Orientierung, Ablehnung von Machteroberung) sowie die Wechselwirkung mit sozialen Bewegungen weit darüber hinaus. Die Bündnispolitik der Zapatisten und hier insbesondere die charismatische Rolle des Subkommandanten Marcos vertieften die internationale Resonanz und verschafften einer Grundsatzkritik an der Zurichtung der Welt um der Profitmaximierung willen auch außerhalb enger linker Zirkel wieder Gehör. Es gelang Marcos durch die Charakteristika seiner Person sowie eine vorwiegend moralisch geprägte Argumentation, die sich bewusst und deutlich von der Klassenkampfrhetorik und Staatsmachtorientierung sozialistischer Gruppierungen und anderer Befreiungsbewegungen unterscheidet, erstmals seit den siebziger Jahren wieder in größerem Maße Intellektuelle in eine internationale Diskussion um radikale Gesellschaftsveränderung einzubeziehen. Um den Zapatismus entstand ein Debattenstrang, der bei der Herausbildung eines internationalen Oppositionspols gegen den Neoliberalismus eine wichtige Rolle spielte. Die zapatistische Zielbeschreibung einer "Welt, in der alle Welten Platz haben", etablierte sich, im übrigen weitgehend unabhängig von den sich verschlechternden konkreten Verhältnissen vor Ort, als "Pol der Hoffnung". Jugendliche und Intellektuelle wurden davon besonders angezogen.

Es sind meiner Ansicht nach jedoch weniger die Praxis oder die wechselnden politischen Schwerpunkte sondern vielmehr der Diskurs der Zapatisten oder genauer: jener von Marcos, der diese Wirkung hat. Pablo Casanova, ehemals Rektor der staatlichen UNAM-Universität, resümierte, das Wichtigste am Zapatismus sei, dass die sozialistische Linke in seinem Gefolge den Blick erstmals wieder nach vorne gerichtet habe. Als größtes praktisches Defizit ist festzuhalten, dass es dem Zapatismus nicht gelungen ist, außerhalb der Strukturen in Chiapas, die militärisch eingekreist sind, eine schlagkräftige Organisation aufzubauen.

III. Hoffnungssignale 2: Brasilien

Parallel zum Zapatismus, jedoch mit weitaus weniger internationaler Resonanz (wenn man von trotzkistischen Strömungen einmal absieht), setzte sich in Brasilien die Stärkung sozialer Bewegungen sowie sozialistischer Parteien fort. Anders als in Mexiko sind es hier verschiedene Strömungen der "traditionellen" marxistischen Linken, die mit zum Teil neuen Methoden, großer Offenheit und Toleranz sowie einer ausgeprägten Bündnisbereitschaft Schritt für Schritt an gesellschaftlichem Einfluss gewannen. Entgegen dem internationalen Trend setzte sich deren Aufstieg auch in den neunziger Jahren fort, wenngleich sich die Aktionsschwerpunkte zum Teil hin zu Wahlen/Parlamentarismus verlagerten und sozialdemokratische Tendenzen an Einfluss gewannen.

Wahlerfolge der Arbeiterpartei (PT) und kleinerer marxistischer Parteien zuerst in Kommunen und einzelnen Bundesstaaten ermöglichten es nicht nur, Verwaltungserfahrungen zu sammeln und öffentliche Gelder zu

verwalten, sondern schufen auch Spielräume für politische und soziale Experimente wie etwa den Beteiligungshaushalt. Zum anhaltenden Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung kam die Stärkung und Konsolidierung der Landlosenbewegung MST. Letztere hat einige Hunderttausend Aktive, trägt durch massive Landbesetzungswellen und ihre Agrarreformforderungen unmittelbar zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums bei. Die MST organisiert ihre Mitgliedschaft in Kooperativen und Produktionsgenossenschaften. Die brasilianische Linke ist also in den Städten und auf dem Land auf vielfältige Weise nicht nur im politischen sondern auch im sozialen Alltag erheblicher Bevölkerungsschichten verankert und versucht, diesen zum Positiven zu verändern.

Diese Massenverankerung, die sich auf vielen Ebenen ausdrückt und vergleichsweise starke sozialistische Organisationsstrukturen trägt, ist auch die Grundlage für die Schrittmacherfunktion im internationalen Maßstab. Sowohl das Sammelbecken linker Parteien, das "Forum von Sao Paulo", als auch jenes der sozialen Bewegungen, das "Weltsozialforum", wären ohne die weithin anerkannte Repräsentativität und Legitimität der brasilianischen Linken nicht zu Stande gekommen. Das Hauptproblem ist, dass die Vielfalt des brasilianischen Prozesses hier zu Lande in breiteren Kreisen der Linken nicht einmal in Ansätzen wahrgenommen wird. Stattdessen dominiert gerade in der radikalen Linken eine platte Lula- bzw. Reformismusschelte, welche den Blick für die hinter ihm stehende soziale und politische Dynamik verstellt. Es wäre zur Anhebung des Diskussionsniveaus sehr zu wünschen, dass die knappe, allgemein verständliche und informative Einführung, die der exponierte PT-Linke Raul Pont unter dem Titel "Hoffnung für Brasilien" (Köln 2003) vorgelegt hat, über die engen SpezialistInnenkreise hinaus zu Kenntnis genommen wird.

IV. Hoffnungssignale 3: Metropolen

Die Umgruppierungsprozesse in den Gewerkschaftsbewegungen einiger Metropolenländer wie Frankreich, Italien und USA fanden noch weniger Beachtung als der Aufstieg der brasilianischen Linken. Dabei hatten sie im Laufe der neunziger Jahre konzeptionelle Verschiebungen zur Folge, die interessierten Gruppierungen der radikalen Linken neue Anknüpfungspunkte boten und Bündnisprojekte im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung ermöglichten. Die kursorische Übersicht über gewerkschaftliche Anti-Kriegsaktivitäten in ak 472 zeigt, dass diese in einigen Ländern ein bemerkenswertes Niveau erreichten.

Christophe Aguiton, ein bekannter Vertreter von Attac-Frankreich, der selbst aus einer klassenkämpferischen Gewerkschaftstendenz kommt, hat in seinem Buch "Was bewegt die Kritiker der Globalisierung" (Köln 2002) einige Veränderungen in der Gewerkschaftsszenerie nachgezeichnet. Verkürzt gesagt kam es in einigen Bereichen der Gewerkschaftsbewegung zu Gewichtsverschiebungen zu Gunsten demokratischer und umverteilungsorientierter Kräfte, die dem Niedergang gewerkschaftlicher Organisierung mit zeitgemäßeren Organisationsmethoden und dem Zugehen auf andere soziale Bewegungen entgegenwirken wollen. Dies führte zur Herausbildung unabhängiger, bündnisbereiter und kämpferischer gewerkschaftlicher Tendenzen mit einer gewissen Massenverankerung. In Frankreich werden sie etwa vom Zusammenschluss SUD repräsentiert, der seinerseits vor allem in großen Staatsbetrieben wie der France Telecom nennenswerte Unterstützung hat. Als weitere aktive Kraft wären die TransportarbeiterInnen/LKW-Fahrer zu nennen. In den USA sind es auch die Unionen im Transportbereich (Teamsters) bzw. Paketdiensten(UPS), die neue Mitglieder gewinnen konnten bzw. ihre innere Struktur demokratisierten.

Dazu kommen neugegründete Gewerkschaften im Agrarsektor, die vor allem ImmigrantInnen organisieren. All dies hatte zur Folge, dass der Dachverband AFL/CIO sich Mitte der neunziger Jahre öffnete und für globalisierungskritische Positionen ansprechbarer wurde. In Italien sind in diesem Zusammenhang vor allem die Linkswendung der Metallarbeitergewerkschaft FIOM und der Zulauf zu den basisorientierten COBAS zu nennen. Die Gründung örtlicher Sozialforen ist ebenfalls Teil dieses Erneuerungsprozesses. In diesem Kontext konnten sich mit Rifondazione Comunista in Italien und mit der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) in Frankreich auch marxistische Parteien festigen und einige bemerkenswerte Wahlergebnisse erzielen.

V. Hoffnungssignale 4: Medien

Neben dem erwähnten Bedeutungsgewinn emanzipatorischer Strömungen in einigen Ländern, der mit Ausnahme des Zapatismus auch von der linken Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen wurde, kam es in den letzten Jahren zu einer weiteren wichtigen Veränderung: Es entstanden neue, unabhängige Medien wie indymedia, Znet, Rebelion oder Le Monde diplomatique. Sie dienen als Publikationsorgane und Debattenforen,

die weltweit genutzt werden. Von ihren Nutzerzahlen her betrachtet sind es Massenmedien, die mehr oder weniger deutlich links positioniert sind. Da es sich vielfach um Internetangebote handelt, sind sie sogar tagesaktuell. Eingeführte linke Publikationen legten sich Internetausgaben zu und weiteten ihr Angebot und ihre Leserkreise so ebenfalls aus. Ein linkes TV-Angebot (Global TV), womit während des Europäischen Sozialforums schon experimentiert wurde, ist in der Diskussion.

Hinter dem Rücken der weiter dominanten Print- und TV-Giganten etablierten sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre schrittweise Strukturen einer neuen Gegenöffentlichkeit, deren Einfluss auf die Meinungsbildung gerade bei jungen Leuten nicht unterschätzt werden sollte. Parallel dazu wuchs bei Schriftstellern wie Manuel Vázquez Montalban oder José Saramago, Intellektuellen wie John Berger und einer Reihe von Künstlerinnen und Künstlern die Bereitschaft, sich wieder in tagesaktuelle politische Debatten einzumischen und wider den Stachel der Macht zu löcken. Dies ist nicht nur eine intellektuelle Bereicherung, sondern sorgt auch dafür, dass Argumente, die von der Linken kommen, wieder ernster genommen werden.

VI. Qualitätssprung: Weltsozialforum und Antikriegsbewegung

Die erwähnten emanzipatorischen Potentiale verdichteten sich im November 1999 bei der Belagerung der WTO-Tagung in Seattle zu etwas qualitativ Neuem. Es wäre müßig, die größten Mobilisierungen nach Seattle aufzuzählen, wichtig scheint mir zweierlei: es gelang - manchmal mehr, manchmal weniger - auf der Straße Bündnisse zwischen Gewerkschaftsleuten, anderen sozialen Bewegungen, Jugendlichen, BasisaktivistInnen und Kräften der Linken zu schmieden und machtvolle Großaktionen auf die Beine zu stellen. Und es gelang unter dem Schlagwort "Eine andere Welt ist möglich" außerdem, in den Köpfen und ansatzweise auch schon in den bürgerlichen Massenmedien eine erste Bresche in das neoliberale Einheitsdenken zu schlagen.

Das Weltsozialforum, das im Januar 2001 zum ersten Mal auf Grundlage einer Initiative von brasilianischen Basisgruppierungen wie der Landlosenbewegung MST, Attac-Frankreich sowie Kreisen um den Le-Monde-diplomatique-Herausgeber Ignacio Ramonet in Porto Alegre stattfand, spielt dabei eine Schlüsselrolle. Nach den erfolgreichen Großmobilisierungen sollte ursprünglich ein Forum für die inhaltliche Vertiefung der Kritik sowie die Kontaktaufnahme der in den verschiedensten Ländern Aktiven geschaffen werden, eine Art Anti-Davos. Das erste Treffen 2001, an dem zu aller Überraschung schon 20.000 Leute teilnahmen, hatte noch den Charakter einer "Versammlung Gelehrter, die Seminare abhielten", wie die iBase resümierte, ein brasilianisches Sozialforschungsinstitut, das zu den Mitbegründern gehört. Im Jahr darauf, im Januar 2002, verdreifachte sich nicht nur die TeilnehmerInnenzahl auf gut 50.000, es änderte sich auch ihre Zusammensetzung. Es kamen etwa 15.000 Jugendliche und wesentlich mehr "normale Bürgerinnen und Bürger, die gesellschaftlich aktiv sind", so iBase. Als wichtigstes Ergebnis des Treffens im Jahre 2002 ist die proklamierte und im Nachgang auch begonnene Regionalisierung des Weltsozialforums zu nennen. Diese mündete in Europa im Europäischen Sozialforum (ESF), das im vergangenen Jahr mit zahlenmäßig überragender Teilnahme erstmals in Florenz tagte und dessen nächstes Treffen für Mitte November in Paris anberaumt ist.

Vom Europäischen Sozialforum in Florenz, das von der Berliner Gruppe "FelS" noch im Dezember 2002 in ak 468 als Veranstaltung zur "Selbstvergewisserung der Bewegung", gekennzeichnet durch den "Verzicht auf konkrete politische Debatte" und "Stagnation auf hohem Niveau", charakterisiert wurde, ging der Aufruf zu einem europäischen Anti-Kriegstag aus. Dieser Aufruf wurde auf dem 3. Weltsozialforum im Januar 2003 als weltweiter Aktionstag übernommen. Der Erfolg des Aufrufes war einzigartig. Nach Schätzungen gingen bis zu 30 Millionen Menschen auf die Straße. Vor allem in Europa, den USA und Australien kam es zu Mobilisierungen mit historischer Bedeutung. Aber auch in großen Städten Asiens, Lateinamerikas und - mit deutlich weniger Gewicht - Asiens und Afrikas gab es Aktionen. Die Sozialforen als Ganzes haben offenkundig, trotz ihrer - von den einen beklagten und den anderen gelobten - Diffusität, weltweit eine Legitimität und Repräsentativität, die Aktionsvorschläge von dieser politischen Tragweite benötigen. Wohlgemerkt: Legitimität und Repräsentativität, die aus der Ambivalenz erwachsen sind. Das heißt natürlich nicht, dass das Weltsozialforum bzw. das Europäische Sozialforum sich nicht inhaltlich und organisatorisch weiter entwickeln müssten. Es geht hier nur darum sich zu vergegenwärtigen, was für weite Kreise das Anziehende daran ist und worin die Grundlage für deren Bedeutung besteht. Denn daran müssen sich Grundsatzkritiken am WSF/ESF messen lassen.

VII. Von der Phantasterei zur konkreten Utopie

Der internationalen Anti-Kriegsbewegung gelang es in wenigen Monaten, sich als relevanter politischer Akteur zu formieren und die Kriegsbefürworter unter bemerkenswerten Legitimationsdruck zu setzen. Der weltweite Charakter der Proteste, dessen zahlenmäßige Stärke sowie dessen Verknüpfungen mit der globalisierungskritischen Bewegung könnten meiner Ansicht nach eine neue Phase der Kritik am globalen Normalzustand eröffnen. Die geschwächte und diffuse Linke ist, sogar in Deutschland, ein ganzes Stück aus der scheinbar aussichtslosen Defensive und nahezu vollständigen politischen und sozialen Isolation herausgekommen, die sozialen Bewegungen haben einen neuen Aktivitätsschub erfahren. Dies sind eigentlich vergleichsweise günstige Voraussetzungen, um in diese Bewegungen einzusteigen, zu lernen und an der Herausbildung eines linkes Pols mitzuarbeiten. An Anlässen für Aktivitäten wird es nicht mangeln.

Allein die Verlagerung des nächsten Weltsozialforums nach Indien, was die Teilnehmerstruktur völlig verändern wird und organisatorisch ein Herkulesakt ist, deutet ein politisches Potenzial an, dessen Relevanz noch gar nicht abzuschätzen ist. Denn eine Basisbewegung, die sich in einem bewussten Akt hin nach Asien öffnet und dies nicht nur proklamiert, sondern mit kühnen praktischen Schritten auch zu realisieren versucht, hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Und dass die Anti-Kriegs-Manifestationen erstmals in der Geschichte die Qualität wirklich globaler Massenaktionen aufwiesen, macht Appetit auf mehr.

Denn damit trat eine Kraft auf den Plan, welche die "globalisierte Konfrontation" (Hartmann/ Vogelskamp 2003) gegen das dominante ökonomisch-soziale und politisch-militärische Herrschaftsprojekt aufgenommen hat. Die länderübergreifenden Mobilisierungen für die Sozialforen, gegen den Irak-Krieg oder anlässlich internationaler Tagungen haben gezeigt, dass sich auf der Straße erneut ein internationalistisches Bewusstsein herausbildet. Dies ist Teil einer erst noch zu formulierenden linken Antwort auf geänderte Rahmenbedingungen in Politik und Ökonomie. Machtzusammenballungen jenseits des Nationalstaates sowie globalisierte und strukturell geänderte Produktionsbedingungen erfordern ja auch dringend neue, schon im Ansatz international angelegte Strategien und Taktiken der Linken, wenn diese wieder eine Option entwickeln wollen, die über Teilbereichsforderungen hinausgeht und wieder eine grundlegende Umwälzung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft thematisiert.

Die heutigen Verwertungsmechanismen des Kapitals und ihre politisch-militärische Absicherung - Hartmann/Vogelskamp bezeichnen sie in ihrem neuen Irak-Buch als "sozialen Weltkrieg" - wirken nicht nur sozial ausgrenzend und sind, was ihre Gewaltförmigkeit betrifft, in hohem Maße risikoreich. Sie implizieren gleichzeitig, zumindest potenziell, völlig neue Interventionschancen für konsequente Linke. Die möglichen Ansatzpunkte müssen dabei nicht in hochgeistigen Debatten herausgefiltert werden, sondern liegen in der Natur der Produktionsweise selbst begründet. Wenn es uns beispielsweise gelingt, die Angriffsmöglichkeiten zu entdecken, die sich aus fehlender Lagerhaltung, "Just-in-time-Produktion" sowie der Schlüsselfunktion hocheffizienter und gleichzeitig sehr störanfälliger Kommunikation (Warenzirkulation; Datenaustausch) ergeben, könnten zielgerichtete Massenaktionen selbst unter der Bedingung gewerkschaftlicher Schwäche bzw. Systemintegration enormen Druck auf die Kernorte der Reichtumsproduktion entfalten.

Druck, der sich etwa über die Blockade von Verkehrsknotenpunkten (Flughäfen, Autobahnkreuze, Eisenbahnen) schon binnen weniger Tage in Produktionsausfällen in Weltmarktfabriken auswirken kann. Denn beim heutigen Stand der Arbeitsteilung kann die Produktion nicht nur von innen her durch streikende Belegschaften, sondern auch von außen her durch Unterbrechungen des Warenzuflusses gestört werden. Die Möglichkeiten, die sich für eine Linke daraus ergeben, die sich neben anderem auch sozialen Fragen wieder zuwendet, scheinen mir enorm zu sein.

Was wäre denn, wenn man beispielsweise auf einem Weltsozialforum Erfahrungen der französischen Fernfahrer und der argentinischen Piqueteros mit Straßenblockaden aufgreifen, debattieren und aufheben würde in dem Sinne, in mehreren Ländern gleichzeitig Widerstandsaktionen an Großflughäfen zu lancieren, weil sie besonders störanfällige Knotenpunkte der neoliberalen Globalisierung und der Militärinfrastruktur sind? Oder was wäre, wenn auf dem WSF eine Kampagne zur Gründung von Gewerkschaften in den Sonderwirtschaftszonen in Südchina lanciert werden würde - etwa unter dem Motto "500 Patenschaften für GründerInnen unabhängiger Gewerkschaften"? Und diese hätten nur die einzige Aufgabe und Verpflichtung, zu versuchen, die Arbeitsbedingungen in den Schwitzbuden des globalen Kapitals zu verbessern, finanziell gefördert und politisch unterstützt von den globalisierungskritischen Kräften weltweit. Mit dem strategischen Ziel, die Kosten der Ware Arbeitskraft in den globalen Fabriken auf ein akzeptableres Niveau anzuheben und

so der weltweiten Lohndrückerei entgegenzuwirken. Zukunftsmusik? Sicher! Aber eben keine bloße Phantasterei mehr, wie noch vor kurzem.

Albert Sterr, Mai 2003

41. Spiel in deutschen Grenzen. Begründung einer Absage für den Kongress "Spiel ohne Grenzen"

Autor: Gerhard Hanloser · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:11

Der Kongress "Spiel ohne Grenzen" zum Zustand und zur Kritik der Antiglobalisierungbewegung, der vom 23.-25. Mai in München stattfand, war von Anfang an umstritten. Robert Kurz von der Nürnberger krisis-Gruppe hatte einen von den Redaktionen der Zeitschriften krisis und streifzügen unterstützten Boykottaufruf verfasst, "Bellizistenkongress" war dessen Kurzzusammenfassung.

Kurz' Pamphlet fiel vor allem deswegen negativ auf, weil er die ansonsten übliche Souveränität des linken Theoretikers nicht mehr zu wahren wusste: Beschimpfungen und Verbalinjurien durchzogen den Text "Das Spiel ist aus". Doch die meisten sachlichen Argumente von Kurz - und es gab zumindest ein paar davon, nämlich die, die die Monatszeitschrift konkret in Auslassungszeichen verwandelte - sind richtig. Die Mischung aus "linkem Bellizismus" und dem angesagten Bewegungs-Bashing, das mit dem neu-linken Habitus der sozialen Arroganz - sozusagen als bloße Negativ-Spiegelung des 70er Jahre Proletkults und Populismus der Maoisten - vorgetragen wird, ist unerträglich. Genauso Ekel erregend waren so auch die Reaktionen auf Kurz' Text. Zum Beispiel beschwor Joachim Bruhn lustvoll das Ableben eines Theoretikers, worin sich nichts anderes ausdrückte als das auf die Spitze getriebene Konkurrenzverhältnis linker Theoretiker auf dem Markt der Eitelkeiten.

Bellizismus und Bewegungs-Bashing

Auch wenn man angesichts einer breiten Palette von UnterstützerInnen des Kongresses annehmen musste, dass Robert Kurz am Gegenstand vorbeischießt, zeigte sich, dass der Kongress doch mehr war (oder eben viel weniger) als das pluralistisch inszenierte Spektakel, in dem sich die Linke seit einigen Jahren gefällt.

Der Kongress war eine antideutsche Veranstaltung und zeichnete sich dadurch aus, dass eine Analyse der Wirklichkeit (des globalen Kapitalismus) ausblieb, vor deren Hintergrund eine Ideologiekritik (beispielsweise der Antiglobalisierungsbewegung) erst Sinn macht. Auch war ein Austausch mit Leuten, die was tun wollen, nämlich das: die Verhältnisse ändern, nicht möglich.

Für das Abschlussplenum, auf dem das naiv gestellte Thema "Kann die Linke wieder die soziale Frage thematisieren, ohne Gefahr zu laufen, dass sie völkisch beantwortet wird" verhandelt werden sollte, sprangen alle Gruppen und Einzelpersonen ab, die zumindest versuchen, gegen den globalen Kapitalismus anzugehen. Sie taten dies aus terminlichen oder anderen Gründen. Das deutliche Desinteresse an diesem Kongress war nicht zu übersehen.

Dabei hätte es viele Fragen gegeben: Mit Vertretern einer Antifa-Gruppe hätte man die Frage diskutieren können, warum sich ein Teil der Antifa nach der Schröder-Offensive des Staats-Antifaschismus und dem NPD-Verbots-Spektakel mit ihrem Teilbereichskampf in der Krise wiederfand. Man hätte auch darüber diskutieren müssen, warum sowohl das autoritäre Bedürfnis, das in der Antifa-Szene besonders virulent ist, als auch die Unfähigkeit, über die Politik der "Verhinderung des Schlimmsten" (eben: die Beschränkung auf Antifaschismus) hinauszugehen, heutzutage so gut vom Antideutschtum bedient wird. Die antifaschistische Rettung der Republik und der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Revolution wird heutzutage als Schmierenkomödie wiederaufgeführt, in der die bahamas und ihre AutorInnen im Kostüm des individualistischen Spaß- und Fanta-Clowns auftreten. Antideutschtum als radikalisierter und gleichsam auf den Hund gekommener bürgerlich-stalinistischer Antifaschismus. Früher hat man die POUM und die Anarchisten Faschisten genannt, um die Revolution zu liquidieren, heute geht es freilich nicht mehr um so viel: In der trüben Jetzt-Zeit haut man nur die Antiglobalisierungsbewegung in einen Topf mit den Rechten, um einen Bannstrahl über jegliche Bewegungsversuche zu verhängen oder um sich zumindest nicht die Frage stellen zu müssen, was die richtige, kommunistische Kritik des kapitalistischen Weltsystems wäre.

Insgesamt war der Kongress eine Alibi-Marxismus-Veranstaltung auf Steinzeit-Niveau, a bisserl Gramsci, ein nicht unintelligentes Kulturkritikprogramm - aber zu dem eigentlichen Thema, nämlich zum Zustand und zur Kritik der Antiglobalisierungsbewegung gab es herzlich wenig. Es ging ausschließlich um rechte Tendenzen in

besagter Bewegung und so sprachen natürlich auch die ExpertInnen für antideutsches Bewegungs-Bashing, die nichts als wichtig klingende Phrasen zu bieten haben. Wer von "fetischistischer Wertverwertung" schwadroniert, was will der einem schon anderes sagen, als dass für ihn selbst ein dicker Schleier über Marx und der Kritik der politischen Ökonomie liegt?

Der Zustand der (Anti-) Globalisierungsbewegung wurde auch nirgends dargestellt, um dann zu einer angemessenen Kritik zu kommen. Eine Darstellung der (links-)bürgerlichen Kreise und ihrer Ideologie, der neuen Bewegung in Italien (Tute Bianche/Disobbedienti), der AnarchistInnen und des Black Block und ihrer Mythen, der traditionellen Linken und ihres Reformismus blieb aus. Es wurde, wie mittlerweile üblich in der Linken, unter "Ideologiekritik" Ideologieproduktion über die Wirklichkeit betrieben und das ganze unter dem Vorzeichen antideutscher Political Correctness. Und wer die Bewegungsidiosynkrasie nicht teilte, der war garantiert von PDS und GEW, um aus Bewegung ein staatliches Geschäft zu machen.

Phrasen, Phrasen, Phrasen

Wer es angesichts dieser düsteren Situation bis zum Abschlussplenum aushielt, der wollte wirklich nichts anderes als sich die Phrasen abholen, die man braucht, um sich der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Racket zu versichern. Erst wenn der Altersstarrsinn des Antideutschtums (dessen 18-jährige Anhänger sogar schon so argumentieren, als wären sie Horkheimer in den späten 60ern und dabei so trefflich mit früher Kritischer Theorie beschrieben und kritisiert werden können) überwunden ist, wird eine linksradikale Diskussion auf der Höhe der Zeit und der sogenannten "Globalisierung" stattfinden können.

Gerhard Hanloser

Der Autor wollte aus oben angeführten Gründen nicht auf dem Abschlussplenum sprechen

42. Genetics and Gender. Dem Bestseller "Middlesex" fehlt die kritische Distanz zur Biogenetik

Autor: Petra Mayer · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Gender; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak474/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:30

"Ich wurde zweimal geboren", sagt die allwissende Erzählstimme Calliopes und nimmt den/die LeserIn mit auf die Reise ihrer Metamorphose vom Mädchen zum Jungen. So beginnt Jeffrey Eugenides Roman Middlesex, der seit kurzem in deutscher Übersetzung bei Rowohlt erschienen ist. In dem international hoch gelobten Buch erzählt der zu den neuen jungen amerikanischen ErfolgsautorInnen zählende Schriftsteller die Geschichte einer griechischen Einwandererfamilie in die USA. Gleichzeitig ist es die Geschichte eines Hermaphroditen - aus dessen Perspektive das Abenteuer erzählt wird.

Eigentlich sind es zwei Romane. Das in der deutschen Übersetzung 733 Seiten starke Werk ist zum einen ein amerikanisches Familienepos, das den Anspruch hat, alle großen Themen des letzten Jahrhunderts: Industrialisierung, Rassenunruhen, Jugendrebellion, Genforschung, das Zerbrechen von Familien und Beziehungen zu behandeln. Diese gut recherchierte, aber etwas überambitioniert erzählte Historie wäre allein schon ein Buch wert gewesen. Doch bieten die Begegnungen und Verwirrungen der Familie Stephanides den Rahmen für das eigentliche Thema "genetics and gender", wie Eugenides sein Projekt, an dem er insgesamt neun Jahre gearbeitet hat, nennt.

Die Geschichte beginnt in dem kleinasiatischen Dorf Smyrna (heute Izmir). Dies wird 1922 von den Türken zerstört und die Großeltern Callies, hier noch Bruder und Schwester, fliehen in die neue Welt, nachdem sie auf dem Schiff geheiratet und sich den ehelichen Pflichten hingegeben haben. Dies ist der erste Fall von Inzucht, der sich später wiederholen soll. Der Zwitter Callie/Cal ist Spross aus der Verbindung von Cousin und Cousine zweiten Grades in der Familie Stephanides, der 1960 in Detroit auf die Welt kommt. Callie wächst bis zur Pubertät als Mädchen auf. Dann fällt die Stimme des Mädchens vom Sopran zum Tenor, ein zarter Flaum krönt die Oberlippe, die Menstruation bleibt aus und es will sich keine Brust entwickeln. Bei einem Krankenhausaufenthalt infolge eines leichten Unfalls entdecken die ÄrztInnen, dass Callie ein genetischer Junge mit einem XY-Chromosomensatz ist: 5-alpha-Reduktase-Pseudohermaphrodit lautet der medizinische Befund. Ursache sei ein rezessives Gen, das vor allem bei inzestuösen Verbindungen auftritt. Die verzweifelten Eltern lassen die uneindeutig Heranwachsende von einem New Yorker Spezialisten untersuchen, der sie als willkommenes Studienobjekt missbraucht. Aus dem Zwitter soll mittels Hormongaben und Klitorisverkleinerung eine, zumindest nach außen hin sichtbar, "eindeutige Frau" werden.

Callie reißt aus, trampt nach San Francisco, um dort ihre neue Rollenidentität als Mann auszuprobieren. Das findet ein jähes Ende, als Cal von der Polizei aufgeschnappt und zurück zur Familie nach Detroit gebracht wird. Hier hat sich vieles verändert: Der Vater ist bei einem Unfall ums Leben gekommen, die Autostadt hat sich unter der Rezession verwandelt und der Bruder Pleitegeier, ein ehemals gegen die Konventionen kämpfender Rebell, hat die einst so gehasste Hot-Dog-Kette des Vaters übernommen.

Transformation ist das große Thema, dem sich der Pulitzer-Preisträger Eugenides widmet: GriechInnen werden zu AmerikanerInnen, Kinder zu Erwachsenen und Mädchen zu Jungen. Den entscheidendsten Transformationsprozess macht das Individuum während der Pubertät durch. Dies ist auch Grundthema in Eugenides' zehn Jahre zuvor erschienenem Roman The Virgin Suicides (unglücklich ins Deutsche übersetzt mit Die Selbstmord-Schwestern). Für ihn ist die Zeit der Geschlechtsreife Sinnbild für "einen verwirrenden, romantischen, halluzinatorischen Zustand unbestimmten Sehnens". In diesem Werk beschreibt er die Selbstmorde von fünf jungen Schwestern, die sich aus nicht erklärbaren Gründen umbringen. Die Pubertät steht als Metapher für den Verlust von Unschuld.

Einen Roman über einen ungewöhnlichen Helden wollte Eugenides schreiben, "einen modernen Mythos kreieren". Dies ist ihm gelungen. Die Identifikation mit dem Hermaphroditen auf der Suche nach seiner "wahren" Geschlechtsidentität fällt leicht, ist er doch Symbol für die Verwirrungen des Erwachsenwerdens, die jede/r kennt. Der Titel Middlesex verweist zum einen auf den Middlesex-Boulevard, wo die Hauptfigur aufwächst, zum anderen auf den Zwitter, der sich zwischen den Geschlechtern (sex) bewegt.

Die Geschichte wird aus der Perspektive des Anfang vierzigjährigen Cal erzählt, der inzwischen als Kulturattaché in Berlin lebt. Berlin als Ort, "wo einer wie Cal seinen Platz zu sich selbst finden kann" - so Eugenides im Interview -, ist nicht zufällig gewählt, hat doch die einstmals geteilte Stadt ihre (sichtbare) Mauer verloren. Zudem gibt es starke Parallelen zum Romanautor, der, wie er selbst betont, seiner Lieblingsfigur Cal "sehr ähnle". Am Middlesex-Boulevard in Detroit aufgewachsen, lebt Eugenides seit vier Jahren in Berlin.

Mit dem Roman Middlesex begibt sich Eugenides in die äußerst komplexe Diskussion um Geschlechterkonstruktion, Intersexualität und Normierung. Wurde in den siebziger Jahren - von SexologInnen und Feministinnen gleichermaßen - der alleinige Einfluss von Erziehung und Umwelt auf die Geschlechtsentwicklung propagiert, ist heute oftmals das Gegenteil der Fall. Allein Biologie und Genetik seien die bestimmenden Faktoren für geschlechtliche Identität. Eugenides ist sich sicher, dass auch diese Vereinfachung bald überholt sein wird. Er plädiert für einen "Mittelweg": Erziehung und Gene, Umwelt und Biologie "kommen in sehr komplexer Weise zusammen und kreieren Identität, Persönlichkeit und Verhalten".

Die Frage bleibt, ob es dem Autor, der in seinem Epos viel eigene Geschichte mit Fiktivem vermischt hat, gelungen ist, Historie und individuelles Schicksal überzeugend zu verknüpfen. Funktioniert die Analogie zwischen der klassischen griechischen Vorstellung von Schicksal mit der heutigen Genetik? "Der Roman handelt von allem", sagt der 43-jährige Schriftsteller - und das ist etwas anstrengend. Der ständige Zugriff auf die griechische Mythologie - Calliope ist die Muse der epischen Literatur und spielt in der Schule den Tereisias, der zweimal sein Geschlecht wandelte - und der hohe Anspruch der ständigen Verknüpfung mit dem Zeitgeschehen wirkt teilweise aufgesetzt und die Figuren der Familie Stephanides bleiben - vor allem im Vergleich mit der Hauptfigur - recht emotionsarm. Berührend hingegen, mit viel Witz (wunderbar die Beschreibung des Verliebtseins: nach außen Katatonie, innen Raserei) und auf dem neuesten Stand der Biogenetik erzählt, ist die Geschichte des Hermaphroditen.

Hier fehlt Eugenides allerdings die kritische Distanz zur Biogenetik. Das Schicksal von Cal (der höchst seltene genetische "Defekt") wird individuell verhandelt. So bricht Cal völlig überraschend und nicht nachvollziehbar mit Medizin/ern und Familie und verwandelt sich auch äußerlich in das ihm genetisch zugeschriebene Geschlecht. Er nimmt sein Schicksal selbst in die Hand - während seine griechischen VorfahrInnen noch ihrem Schicksal ausgeliefert waren.

"Wir sind freier, als wir denken", lautet denn auch Eugenides' Fazit im Tagesspiegel. Die gesellschaftliche Macht, die Zwitter auch heute noch zur Eindeutigkeit zwingt, wird in Middlesex allerdings weniger deutlich. Im Zeitalter der Gentechnologie würden genetische "Defekte" soweit möglich in medizinischen Untersuchungen diagnostiziert werden. Calliope wäre somit vielleicht nie geboren worden. Oder eine entsprechende Operation würde "Abhilfe" schaffen und - wie in den meisten Fällen von Hermaphrodismus - ein Mädchen "herstellen". Es bleibt wenig wahrscheinlich, dass Cal's intersexuelle Freundin mit ihrer beschwörenden Prognose "Wir sind das, was als nächstes kommt", recht behält.

Für Cal jedenfalls, der am Ende des Romans im strömenden Regen am Detroiter Elternhaus steht, bleibt die Zukunft ungewiss, er weiß noch nicht, "wie es weitergeht".

Petra Mayer

Jeffrey Eugenides: Middlesex, Rowohlt, 733 Seiten, 29,80 Euro

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak474/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:25

Rote-Socken-Quiz

Wie sich abends entspannen, wenn das Wetter schlecht, die Augen zum Lesen zu müde, die FreundInnen beschäftigt und das restliche Fernsehprogramm eine Katastrophe ist? In solchen Situationen kommt eigentlich nichts besser als Deutschlands Sympathieträger Nr. 1, Günter Jauch, mit seinem Rateformat Wer wird Millionär. Warum? Diese Mischung aus "Ich weiß was" und dem wohlig-ungefährlichen Dasein auf dem Sofa, wo man souverän Behauptungen über dies und jenes in die Welt setzen kann, ohne nennenswerte Blamagen zu riskieren, und vis-a-vis in Heller und Cent vorgerechnet bekommt, wie viel diese Lässigkeit wert ist, repariert kurzfristig manchen Kratzer, den der Alltag am Ego ja nun mal zu hinterlassen pflegt. "Wie kann man nur so blöd sein!", ruft man aus und fühlt sich schon viel besser; ist man sich doch sicher, dass Heidelberg nicht in Nordrhein-Westfalen liegt, dass Elvis sein Comeback einst mit "Aloha from Hawaii" versuchte und nicht etwa mit "Hallo aus Wanne-Eickel" und vor allem, dass Leo Trotzki mit dem Eispickel erschlagen und nicht per Revolver niedergestreckt wurde ... Dieses äußerst angenehme, dezent-wohlige Überlegenheitsgefühl kann süchtig machen. Die Sache mit Trotzki aber verweist auf ein Problem. Denn immer wieder muss man als linke Süchtige die frustrierende Erfahrung machen, dass man im Prinzip natürlich mit allen Wassern gewaschen ist, gleichwohl aber ehrlicherweise eingestehen muss, dass man in dieser oder jener Runde allenfalls mit lumpigen 500 Euro nach Hause gegangen wäre. Denn das, was unsereins so weiß oder wenigstens ahnt, interessiert Jauch nur in den seltensten Fällen. Für dieses Problem aber gibt es Abhilfe. Wer wird Revolutionär, ein handliches Büchlein im Pocketformat liefert 15 Besserwisser-Spiele für Linke - mit den Fragen, die uns wirklich interessieren; und die wir, teilweise wenigstens, auch wirklich beantworten können. Obwohl die Millionenfragen auch hier echte Herausforderungen an die linke Allgemeinbildung sind, welche man aber eben auch durch die Lektüre dieses Büchleins zu Höchstform aufpolieren kann, um bei nächster Gelegenheit lässig Eindruck zu schinden - z.B. mit dem Wissen darum, wer von 1965 bis 1977 Vorsitzender des Obersten Sowjets war o.Ä. Übrigens kann, wer mehr authentisches Show-Feeling haben will, Wer wird Revolutionär auch im Internet spielen und am Ende die Million abräumen - wenn auch im Normalfall wohl nur unter Einsatz der drei Joker und sowieso ja bloß virtuell. Spaßfaktor trotzdem: ziemlich hoch. Ach ja: Der gesuchte Sowjet-Vorsitzende ist übrigens Nikolai Podgorny. Weiß doch jedeR.

Olaf Bartz, Jutta Kahle, Susanne Krauß u.a.: Wer wird Revolutionär? Das erste Quiz für rote Socken. Eichborn Verlag 2003, 112 Seiten, 7,95 EUR, www.wer-wird-revolutionär.de

Long Walk Home

Als der Film Long Walk Home 2002 in den australischen Kinos anlief, sorgte er für Aufsehen, behandelt er doch ein Thema, das in der australischen Öffentlichkeit noch immer tabuisiert wird: die rassistische Assimilierungspolitik des australischen Staates gegenüber den Aborigines. Bis in die 70er Jahre hinein regelte das sog. Allgemeine Kinderfürsorgegesetz, dass Aborigine-Kinder, vor allem aber "Mischlingskinder" brutal aus den Familien herausgerissen werden konnten, um sie in staatlichen oder kirchlichen Heimen umzuerziehen. Ziel dieser staatlichen Rassenpolitik war den "Aborigine-Anteil" von Generation zu Generation zu vermindern. Im Zeitraum von 1910 bis 1970 wurden schätzungsweise 100.000 Kinder verschleppt. Beim Rowohlt-Verlag ist nun - passend zum Filmstart in Deutschland - das Buch "Long Walk Home" von Doris Pilkington erschienen. Pilkingtons Aborigine-Name ist Nugi Garimara. In Balfour Downs Station in der Pilbara-Wüste geboren, wurde sie als Vierjährige zusammen mit ihrer Schwester und ihrer Mutter gewaltsam in das Moore-River-Reservat umgesiedelt. Während ihre Mutter fliehen konnte, blieb Nugi im Reservat, bis sie erwachsen war. Ihre Mutter hat sie fast dreißig Jahre nicht gesehen. In dem Buch erzählt Pilkington jedoch die Geschichte ihrer Mutter und ihrer Tante, die bereits in den dreißiger Jahren zwangsumgesiedelt wurden. Es ist die Geschichte der Flucht der Aborigine-Mädchen Molly, Daisy und Gracie durch die australische Wüste. Verfolgt von der Polizei und dem Spurensucher Moodoo, orientieren sich die drei an dem 1.500 Meilen langen Kaninchenschutzzaun (Rabbit-Proof-Fence), der den australischen Kontinent von Norden nach Süden durchzieht. Das Buch und auch der Film zeigen eindrücklich dieses düstere Kapitel der australischen Geschichte. Auf Grund öffentlichen Drucks und eines Berichts der Kommission für Menschenrechte und Gleichberechtigung billigte die australische Regierung 1997 den Opfern eine Wiedergutmachungssumme von

63 Millionen Dollar zu. Die Betroffenen warten noch bis heute auf die versprochenen Mittel, ganz zu schweigen von einer offiziellen Entschuldigung gegenüber den Opfern und ihren Familien.

Doris Pilkington/Nugi Garimara: Long Walk Home. Die wahre Geschichte einer Flucht quer durch die Wüste Australiens. Rowohlt Taschenbuch Verlag, 2003, 160 Seiten, 7,90 EUR. Infos zum Film unter www.arsenalfilm.de

Republican Voices

Das Buch Republican Voices dokumentiert ein Gespräch zwischen sechs ehemaligen Kämpfern der IRA über die politisch-militärischen Stationen des republikanischen Widerstandes der letzten 35 Jahre. Kommentierende Einleitungen, Nachbemerkungen, Fußnoten und ein Glossar ergänzen den Text. Umfangreiche Vorkenntnisse werden somit nicht vorausgesetzt. Die Gesprächsteilnehmer vertreten eine sozialistisch-marxistische Tendenz und sind sich darin einig, dass die gegenwärtige Strategie der republikanischen Bewegung zu einer Integration in den nordirischen Staat führt. Auf Druck der republikanischen Führung zogen weitere Mitkämpfer ihre Beiträge für den Band zurück. Diese hat kein Interesse an einer kontroversen Debatte. Beeindruckend ist die selbstkritische Herangehensweise der IRA-Kämpfer, die sich in den siebziger Jahren ohne tiefer gehende politische Analyse dem militärischen Kampf anschlossen. Häufig betrieben sie erst im Gefängnis ihre politische Selbstbildung zu bewussten Sozialisten. 1972/73 waren sie allesamt davon überzeugt, die britische Armee innerhalb kürzerer Zeit militärisch besiegen zu können. Nach dem Waffenstillstand von 1975 entwickelten die Republikaner die Strategie des "langen Krieges", der den Briten den Willen zur Beherrschung der nordirischen Provinz nehmen sollte. Die Kriminalisierung der IRA-Gefangenen - zunächst galten sie als Kriegsgefangene - mündete 1981 in einen Hungerstreik, bei dem zehn Republikaner starben. Die Mobilisierung außerhalb der Gefängnisse schloss die Teilnahme bei Wahlen ein, die wiederum den Boden für eine politisch-militärische Doppelstrategie bereitete. Nach Darstellung der ehemaligen IRA-Aktivisten folgte 1987/88 der letzte Versuch der IRA, mit Waffen aus Libyen befreite Gebiete zu schaffen. Danach wurde die jetzige Friedensstrategie eingeleitet. Im Gegensatz zur republikanischen Führung gehen die Gesprächsteilnehmer von einer Niederlage der IRA aus, die mit einer politischen Domestizierung der republikanischen Bewegung einhergehe. Diese steht heute im Bündnis mit der katholischen Mittelklasse in Nord- und Südirland sowie Teilen des US-Establishment. In den persönlichen Schilderungen der ehemaligen IRA-Kämpfer wird nicht nur die Dialektik zwischen Repression, militärischem Widerstand und politischer Entwicklung deutlich. Das Gespräch ist auch ein Beispiel für eine aufrichtige Auseinandersetzung von Aktivisten, die sich nicht geschlagen geben, obwohl sie trotz hohem persönlichen Einsatz politisch wenig erreicht haben.

Kevin Bean, Mark Hayes (Hg.): Republican Voices. Stimmen aus der irisch-republikanischen Bewegung. Unrast-Verlag, Münster 2002, 152 Seiten, 13 EUR

44. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak474/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:34

Inhaltliche Auseinandersetzung, nicht Polemik

Betr.: Literatur zum Irak, ak 472

Bekanntermaßen gibt es unterschiedliche Positionen in der Linken zur Irak-Frage - über diese kann und sollte mensch diskutieren. Wenn aber die Rezensentin Nora Mielke inhaltlich andere Auffassungen hat als Brigitte Kiechle, sollte sie sich inhaltlich mit den Positionen auseinander setzen und nicht ein sehr fundiertes, faktenreiches, und sehr gut geschriebenes Buch (...) mit nicht bewiesenen oder belegten Unterstellungen madig machen. (...)

Die einzige richtige Kritik (von Nora Mielke, ak) ist, dass in der Tat auf Grund eines Korrekturversehens die Bevölkerungszahl des Iraks falsch war, dies ist aber schon längst in der zweiten Auflage korrigiert worden. (...)

Nicht ins Weltbild passt es Nora Mielke offensichtlich, dass Brigitte Kiechle auch die zwei großen nationalistischen kurdischen Parteien PUK und KDP kritisiert, und dann auch noch Frauenunterdrückung in den zum Teil feudalistischen Strukturen in Irak-Kurdistan. Auch ist eine differenzierte Bewertung der PKK noch lange kein positiver Bezug. Bei aller unabdingbaren Kritik des diktatorischen Baath-Regimes, das nicht nur Giftgas in Halabscha eingesetzt, sondern auch Tausende von Kommunisten ermordet hat, sollte mensch trotzdem zur Kenntnis nehmen, dass den Frauen im Irak auch unter dem Baath-Regime wesentlich mehr Rechte als in den umliegenden arabischen Ländern zugestanden wurden.

Wenn Nora Mielke von fortschrittlichen Kräften der US-tauglichen Opposition schreibt, wäre es doch mal interessant gewesen, wen sie damit meint. (...) Vielleicht interessiert es sie, dass in der Londoner Konferenz dieser Opposition vor Kriegsbeginn (an der die KP im übrigen nicht teilnahm) die Scharia als Grundlage der Irak-Nachkriegsordnung festgelegt wurde. Das dramatische daran ist, dass auch die PUK und KDP diesem islamistischen Druck offensichtlich nicht standgehalten haben ... (...)

In ihrem Irak-Buch geht Brigitte Kiechle von folgenden Grundpositionen aus: erstens bedingungslose Ablehnung jeglicher Kriegsszenarien, zweitens die Aufhebung des Embargos, das nur die Zivilbevölkerung trifft und Saddam Hussein stärkt, drittens keinerlei Zusammenarbeit mit Saddam Hussein und seinen Schergen und Unterstützung der demokratischen und linken Opposition im Irak und viertens: Maßstab für Freiheit und Demokratie in einer Gesellschaft ist immer die Verwirklichung von Frauenrechten. (...)

Fazit: Allen ak-LeserInnen kann ich nur empfehlen, das Buch von Brigitte Kiechle zu lesen und sich eine eigene Meinung zu bilden (mit dem positiven "Nebeneffekt" der Erringung von profunden Hintergrundinformationen zum Irak). Ich kann nur hoffen, dass die Art der Nora Mielke-Rezension nicht der neue moderne Stil des ak wird, den ich seit 27 Jahren abonniert habe.

Wolfram Treiber, Aktionskreis

Internationalismus Karlsruhe (AKI)

Antikapitalismus ist notwendig

Betr.: Offene Kraftprobe, ak 473

Da hat der DGB und einige Einzelgewerkschaften versucht, den Mund zu spitzen, um dem Bundeskanzler und seinem neoliberalen Kurs zu zeigen, was Gewerkschaftssache ist, dass der DGB nicht bereit ist, sich über den Tisch ziehen zu lassen. Nur herausgekommen ist, wie üblich, nichts. (...)

Aus meiner Sicht ist so der DGB dabei, seine politische und organisatorische Lebensfähigkeit einzubüßen, siehe rasanter Mitgliederschwund oder politische Einflusslosigkeit. An dieser Stelle kann sich dann die radikale Linke in ihrem Logenplatz lustig zurücklehnen, denn mit dem DGB hat mann/frau sowieso nichts am Hut. Nur damit würde gegenüber den Herrschenden das falsche Signal gegeben. (...) Dabei geht es mit Sicherheit nicht nur darum, auf Transparenten unsere antikapitalistische Position deutlich zu machen. Es geht auch nicht darum, wie ich es mit meinen 77 Jahren noch auf Demos mit einem Redebeitrag praktiziere, den Kapitalismus und seine politischen Handlanger anzuprangern. Wir müssen ... unsere politische Position wie auch immer in

der Aktion umsetzen. Was ich in diesem Zusammenhang vermisse, sind theoretische Diskussionen über radikale linke Zukunftsperspektiven - aber bitte ohne Ausgrenzung und Rechthaberei.

Mit freundlichem Gruß,

Paul Michalowicz

Klasse

Betr. Araber, Antisemitismus und Holocaust, ak 473

Liebe Leute,

klasse, was ihr in den letzten Nummern anlässlich des Irakkrieges gebracht habt!

Den Artikel über die Wurzeln und intellektuellen Begründungen des arabischen Antisemitismus habe ich mit großem Interesse gelesen (und ich bin schon sehr gespannt auf die zweite Folge).

Lasst es auch gut gehen, herzlichst

Angela

17. Juni 1953

Betr.: Was in ak fehlt

Im Fernsehen zur Hauptsendezeit ganz schlechte antikommunistische Hetz- und herausragende dialektische Porträtfilme, Sonderbeilagen in Zeitungen, Fachtagungen und öffentliche Erinnerungsforen. Kurz, eine geschichtspolitische Offensive zur Definition von DDR-Geschichte, die ihres gleichen sucht. All das beschert uns der 50. Jahrestag des 17. Juni.

ak aber, sonst zuverlässiger Seismograph für die aktuelle Dimension geschichtspolitischer Debatten in Bezug auf den Nationalsozialismus aus linker Sicht, schweigt. Was beruhigt ist, andere linke Zeitungen schweigen auch. (...)

Sicher ist es schwer ein Thema zu besetzen, bei dem sich Hofhistoriker der herrschenden Elite als Platzhirsche in Talk-Shows spreizen, alte SED-Kader an ebenso alten Legenden stricken und die PDS-Führung nur peinliche Entschuldigungen stammelt. Doch um ein linkes Geschichtsbewusstsein willen, jenseits von altem Dogmatismus und neu-deutscher Geschichtsdeutung, wäre es wünschenswert, das Thema DDR-Vergangenheit würde nicht dem Gruselkabinett aus Altstalinisten, rechten Ex-Bürgerrechtlern und den Ideologiefabriken der Alt-Bundesrepublik überlassen.

Gerda Dorothea Bierbach

45. Verdammt noch mal, wo gibt es ak?

CD-Datei: daten/aksuche/ak474/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:42

Berlin

Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150

b_book, Lübbener Str. 11

Bahnhofsbuchhandlung Berlin-Spandau

Bahnhofsbuchhandlung Berlin-Zoo

Bahnhofsbuchhandlung Ostbahnhof

Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4

Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16

Infoladen Daneben, Liebigstr. 34

Kisch & Co., Oranienstr. 25

Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99

O 21, Oranienstr. 21

Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a

Schwarze Risse, Kastanienallee 85

U-Bahnhof Alexanderplatz

U-Bahnhof Osloer Straße

Zeitungsladen, Bugenhagenstr. 18

Zeitungsladen, Mittenwalder Str. 12

Zeitungsladen, Weserstr. 7-8

Zeitungsladen, Wrangelstr. 91

Zeitungsstand an der FU, Kiebitzweg

Zeitungsstand an der TU, Hardenbergstr.

Bielefeld

Bahnhofsbuchhandlung

Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum

Notstand Büchertisch und Archiv, Uni Bochum

Bonn

Buchladen 46, Kaiserstr. 46

Le sabot, Breitestr. 76

Stilke aktuell, Am Hauptbahnhof

Braunschweig

Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Stilke aktuell, Berliner Platz 1

Bremen

Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60

Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B

Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12

Celle

Stilke aktuell, Bahnhofstr. 6

Darmstadt

Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dortmund

Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107

Taranta Buba, Humboldtstr. 44

Düsseldorf

Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1

AStA Buchladen, Universitätsstr. 1

Büro für ständige Einmischung,

Corneliusstr. 108

Elmshorn

Stilke aktuell, Königstraße

Flensburg

Carl von Ossietzky-Buchhandlung,

Heiligengeistgang 9

Stilke aktuell, Am Bundesbahnhof 2

Frankfurt a.M.

Buchladen Georgi Dimitroff,

Speyerer Str. 23

Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11

Uni Buch, Jügelstr. 1

Land in Sicht, Rotteckstr. 13

Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18

Bahnhofsbuchhandlung

Freiburg i.Br.

Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15

Bahnhofsbuchhandlung

Fulda

Stilke aktuell, Am Bahnhof 3

Gelsenkirchen

Stilke aktuell, Im Bahnhof

Gießen

Bahnhofsbuchhandlung

Göttingen

Buchladen Rote Strasse,

Nikolaikirchhof 7

Gütersloh

Bahnhofsbuchhandlung

Hagen

Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Hamburg

Bahnhofsbuchhandlung Altona

Bahnhofsbuchhandlung Hauptbahnhof

Bahnhofsbuchhandlung Dammtor

Buchhandlung im Schanzenviertel,

Schulterblatt 55

Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 171

Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9

Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstr. 1

Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46

Tabakladen, Spritzenplatz

Hanau

Buchladen am Freiheitsplatz,

Am Freiheitsplatz 6

Hannover

Asta Uni Hannover, Welfengarten 1

Bahnhofsbuchhandlung

Buchladen Annabee, Gerberstr. 6

Heidelberg

Bahnhofsbuchhandlung

Herford

Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Husum

Stilke aktuell, Herzog-Adolf-Str.

Itzehoe

Stilke aktuell, Bahnhofstr. 32

Karlsruhe

Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1

Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

Kassel

Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

Kiel

Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Stilke aktuell, Sophienblatt 27-29

Köln

Bahnhofsbuchhandlung

Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

Konstanz

Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

Leer

Bahnhofsbuchhandlung

Ludwigsburg

Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

Ludwigshafen

Naturkostladen Schwarzwurzel,

Jakob-Binder-Str. 10

Lübeck

Stilke aktuell, Am Bahnhof

Magdeburg

Bahnhofsbuchhandlung

Mannheim

Buchladen M2, M 2,6

Bahnhofsbuchhandlung

Marburg

Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

München

Bahnhofsbuchhandlung Hauptbahnhof

Bahnhofsbuchhandlung Ostbahnhof

Bahnhofsbuchhandlung Pasing

Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Buchhandlung, Amalienstr. 67

Münster

Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12

Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Neumünster

Stilke aktuell, Konrad-Adenauer-Platz

Norderstedt

Info-Archiv Norderstedt,

Ulzburger Str. 6a

Nürnberg

Bahnhofsbuchhandlung

Bücherkiste, Schlehengasse 6

Oldenburg

Buchhandlung Carl von Ossietzky,

Marktstr. 24

Osnabrück

Bahnhofsbuchhandlung

Infoladen Zett, Alte Münze 12

Paderborn

Infoladen Paderborn, Borchenerstr. 12

Potsdam

Bahnhofsbuchhandlung

Buchladen Sputnik,

Charlottenburger Str. 28

Ravensburg

Kulturladen Karacho, Bachstr. 27

Recklinghausen

Attatroll, Paulusstr. 2

Stilke aktuell, Bahnhof

Saarbrücken

Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen

Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Stuttgart

Infoladen Ludwigstraße 110a

Trier

Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen

Der faire Kaufladen, Marktgasse 13

Wiesbaden

Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

Wolfsburg

Stilke aktuell, Bahnhof

Würzburg

Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25

ÖSTERREICH, Wien

Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus,

Postfach 173, Wielandgasse 2-4

Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

SCHWEIZ

St. Gallen

Comedia, Katharinengasse 20

Zürich

Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60

SCHWEDEN, Stockholm

Bokhandeln Info, Tjärhovsgatan 44

NIEDERLANDE

Amsterdam

Het Fert van Sjako, Jodenbreestraat 24

's-Gravenhage

De rode Hond, Buitenom 215 a

Groningen

Boekhandel Rosa, Folkingedwarstraat 16A

Utrecht

De Rooie Rat, Oudegracht 65

46. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak474/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:44

Spanischer Bürgerkrieg

Abel Paz, Zeitzeuge und aktiv Beteiligter des Spanischen Bürgerkrieges, kommt nach Deutschland. Im Gepäck hat er nicht nur Erinnerungen an den Bürgerkrieg, sondern auch die von ihm verfasste Biografie des spanischen Anarchisten Durruti, die bei der Edition Nautilus neu erschienen ist.

Leipzig, 20.6.03, 20 Uhr, Libelle - Libertäres Zentrum, Kollonadenstr. 19; Dresden, 22.6., 20 Uhr, AZ Conni Dresden, Rudolf-Leonhard-Str. 39; Sulzbach-Rosenberg, 23.6., 20 Uhr, Hängematte, Annabergweg 1; Bonn, 25.6., 19 Uhr, Buchladen "Le Sabot", Breite Str. 76; Düsseldorf, 26.6., 20 Uhr, Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1; Bremen, 28.6., 18 Uhr, Freizeitzentrum Buntentor, Geschorenenweg 11; Hamburg, 30.6., 20 Uhr, Buchladen in der Osterstraße, Osterstr. 171

Global Citys

Das International Network for Urban Research und Action-Berlin (INURA) lädt ein zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema "Urbane Bewegungen zwischen Neoliberalismus & New Governance". Wie reagieren linke soziale Bewegungen und Initiativen auf die gegenwärtigen Herausforderungen in global konkurrierenden Städten? Welche Chancen bieten sich ihnen, Politik und Gestalt ihrer jeweiligen Stadt zu beeinflussen? ReferentInnen sind u.a. Ismael Petersen, Kapstadt, Peter Marcuse, New York, Vesselina Penevska, Sofia und Filippo del Lucchese, Pisa.

Berlin, 24.6.03, 20.00 Uhr, Mehringhof, Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2 a, berlin@inura.org;

www.inura-berlin.de

Lateinamerika-Wochen

Im Juli finden im Rahmen der Oldenburger Lateinamerika-Wochen verschiedene Veranstaltungen statt. Am 1. Juli gibt es einen Diavortrag "Selbstverwaltung in Rebellion" über die basisdemokratischen Strukturen der Zapatistas. Am 3. Juli wird Klaus Hagedorn über seine Arbeit in Guatemala berichten. Am 14. Juli geht es um neoliberale Politik und deren Auswirkungen in Lateinamerika.

Oldenburg, 1.7., 3.Welt-Laden, Auguststr. 50; 3.7., KHG, Unter den Linden 23; 14.7., ALSO-Halle, Kaiserstr. 19; jeweils 20 Uhr

ak proudly presents

Auch in der Sommerpause gibt es zwei Veranstaltungen, die die ak und

Fantômas-Redaktionen präsentieren: Am 2. Juli wird der Exil-Iraker Sabah Alnasseri unter dem Titel "Bye, bye Saddam, hello Iran!" über die Hintergründe und Auswirkungen des Irak-Krieges berichten. Am 1. August findet in Hamburg der letzte Teil der Veranstaltungsreihe zur städtischen Imagepolitik statt. Die ReferentInnen Wiebke Grösch und Frank Metzger werden in einem Diavortrag über die Nachnutzung von Olympischen Dörfern nach den Spielen berichten

Nürnberg, 2.7.03, 20 Uhr, Villa Leon (kleiner Saal), Schlachthofstr./ Philipp-Körber-Weg 1

Hamburg, 1.8.03, 19.30 Uhr, in der Zone/Lichtmeß, Gaußstraße 25

Keine Festung Europa

Reiche Industrieländer, wie die BRD, scheuen keine Mühen, um Flucht und Migration unter Kontrolle zu bringen. Mittels einer gelenkten Migrationspolitik wird versucht MigrantInnen und Flüchtlinge gemäß ökonomischer Verwertungslogik aufzuspalten. Für die Unerwünschten, die den Nützlichkeitskriterien nicht entsprechen, soll Europa eine Festung bleiben. Im Landesinneren sind die Abschiebeknäste in Beton gegossener Ausdruck der Festung; so auch die in Ingelheim und Zweibrücken. Gegen die Festung Europa und gegen das globale Migrationsregime findet am 12. Juli in Ingelheim eine Demo statt.

Ingelheim, 12.7.03, 14 Uhr ab Bahnhof

Freiheit für Gabi

Gabriele Kanze wurde im Januar als mutmaßliche ETA-Unterstützerin von der Schweiz in den Folterstaat Spanien ausgeliefert. Nach einem Zwischenaufenthalt in Madrid ist sie nun in einen Provinzknast verlegt worden. Informationen zu ihrer momentanen Situation sowie zur aktuellen Entwicklung im Baskenland wird es auf einer Soliveranstaltung mit Film, Diskussion und Musik geben.

Berlin, 22.7.03, 20 Uhr, Sama-Café, Samariterstr. 32, Berlin-Friedrichshain

Linkes Sommercamp

Die JungdemokratInnen-Junge Linke veranstalten vom 1. bis zum 10. August ein linkes Sommercamp an der Ostsee, mit internationaler Beteiligung aus Frankreich, Dänemark und Finnland. Eingeladen sind u.a. Menschen von Mouvement Jeunes Communistes (MJCF), Vasemmistonuoret (VANU) und Socialistisk Folkepartis Ungdom (SFU). Es gibt Diskussionsrunden zu: Linker Schul- & Hochschulpolitik - Demokratie & Grundrechten - Wirtschaft- & Sozialpolitik - Antirassismus & Antifaschismus - Antimilitarismus & Frieden.

Beckerwitz an der Ostsee, 1.-10.8.03, Infos und Anmeldung: www.linkessommercamp.de

47. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak474/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:474:47

Manchmal ist es geradezu erschreckend, wie kurz die Halbwertzeit der Themen ist, die noch öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Mit der Einnahme von Bagdad und ein paar Scharmützeln im Anschluss ist der Irak-Krieg den bürgerlichen Medien kaum noch eine Bemerkung wert. Agenda 2010 und Sonderparteitag der SPD? Nach dem 1. Juni ist der alltägliche Horror, der in Berlin ausgebrütet wird, wieder auf die hinteren Plätze verschwunden, hinter Möllemanns Todessprung, den Koksverdacht gegen Michel Friedmann oder was auch immer morgen und übermorgen für ein, zwei Tage nach vorne gespült wird. Dramatische Bilder, fette Überschriften, markige Sprüche: In der Logik der vermarkteten Tagesaktualität kommt die Hintergrund- und Folgeberichterstattung nicht mehr vor. Für die medial vermittelte Öffentlichkeit wird die Welt zum Comic-Strip.

ak widersetzt sich als linke Monatszeitung dieser Logik. Effekthascherei für den Moment ist unsere Sache nicht. Doch das heißt nicht, dass wir völlig unberührt von den Dynamiken wären, nach denen die öffentliche Wahrnehmung funktioniert. Mit dieser ak haltet ihr die letzte Ausgabe vor der Sommerpause in den Händen, bis zu ak 475 müsst ihr nicht vier, sondern acht Wochen warten. Aber wie hat ein Aufmacher auszusehen, der auch noch in drei Wochen dazu reizt, die Zeitung in die Hand zu nehmen (und zu kaufen)? Welche Themen und Artikel sind auch noch in fünf, sechs oder sieben Wochen wichtig?

Natürlich gibt es auch in ak 474 wieder jede Menge Analysen, Berichte, Interviews zu den Hintergründen hinter den Hypes von gestern (und morgen). Über die scheinbare Realität des isolierten Ereignisses richten wir außerdem den Blick auf neue wie alte Knoten im Netz von Antimilitarismus, Internationalismus und sozialen Protestbewegungen. Und schließlich liegt für die ak-AbonnentInnen dieser Ausgabe auch die neue Ausgabe unseres Magazins Fantômas bei. Die Nummer 3 ("War Reloaded") führt eine Auseinandersetzung mit dem Thema Krieg, die nicht bei einer kurzatmigen Reaktion auf das jeweils aktuellste Gemetzel stehen bleibt. Und sie fragt nach der Bedeutung des Antimilitarismus in der linken Bewegung, früher wie heute.

Also: Jede Menge Material, um auch in acht Wochen die eigenen Gedanken immer wieder neu zu inspirieren. Und dabei absolut kompatibel mit jedem Urlaubsort und jeder Form der Urlaubsgestaltung.

In diesem Sinne mit den besten Urlaubswünschen

Eure ak-Redaktion